links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Clintons Weg

Brasilien nach der Wahl

Abschiebehaft

Frieden im Nahen Osten?

THEORIEN DES FASCHISMUS – FASCHISTISCHE THEORIEN

Offenbach Nr. 296 / 297 27. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Januar / Februar '95

Geneigte Leserinnen und Leser!

Es ist zum Haareraufen, lachhaft. Und es stimmt: Vorworte wie Editorials sind nicht zum Zitieren da. Doch genötigt wird, wer neuere Theorien zum Faschismus zur Kenntnis nimmt, den Brei, soweit er einem wie zufällig in die Quere gelangt, auch noch einmal herzusagen. Was also ist die Ausgangssituation? Unübersichtlichkeit? Georg Seeßlen eröffnet seine jüngst erschienene Untersuchung über „Faschismus in der populären Kultur" mit der gewiß nicht falschen Bemerkung: „Es ist hoffnungslos, das Wort 'Faschismus' so zu erklären, wie man das Wort 'Monarchie' oder 'Republik' erklären kann. Es zerfällt, je genauer man es ansieht." Deshalb sei es von anderen erklärt. So von Harold Bloom, US-Professor der Weltliteratur und streitbarer Kritiker für Proust, Kafka, Joyce (Zwerenz?), der des Lesers Tornister in allzu harten Zeiten mit „literarischem Notgepäck" (DER SPIEGEL, 44/1994) bestückt und deshalb halt auch meint, jeder Versuch, gegen den Kanon nicht enthnoeuropäische Literaturen anzubieten, liefe auf einen „Nationen-Proporz" hinaus, und der sei doch „sozialer Faschismus, ungeheuerlich". „Strom aktuell" 5/94 läßt sich darob nicht lumpen und preist – nun einen echten Faschisten – den ältesten und bald auch teuersten Stromabnehmer der Weltliteratur an: „Der weltweit geachtete und geehrte Schriftsteller Ernst Jünger – der letzte noch lebende Ritter des Ordens Pour le Merite – war kürzlich bei EVS-Chef Dr. Wilfried Steuer, seinem langjährigen Freund und Verehrer. Der immer noch rüstige 99jährige [in Worten: fast hundertjährige] Dichter erhielt eine Vielzahl von Auszeichnungen, darunter den Frankfurter Goethe-Preis (....)", ein Titel, der einst auch Jürgen Habermas zugedacht wurde – oder war's Löwenthal bzw. Adorno, von denen einer den Hegel-, der andere den anderen Preis erhielt? Tom Wolf hat sich für dieses Heft durch einen Brei gegraben, den „Strom aktuell" als „kühl distanzierte Sprache, einen eleganten Stil sowie eine ständige Verwandlung der Denk- und Darstellungsformen" charakterisiert.

Dem nicht genug. Von der anderen Seite tönte unlängst Alfred Hrdlicka gegen den nicht minder unerträglichen Biermann, dieser sei nicht bloß ein „Arschkriecher" usf., sondern er wünsche ihm „die Nürnberger Rassengesetze an den Hals". Solche bodenlose Dummheit war der ZEIT nur Anlaß genug, gegen den „allseits beliebten Antifaschismus" (50/1994) zur Jagd zu blasen. Und dann?

Dann krächzen die Spitzenkräfte des kritischen deutschen Kabaretts, diese Plage und Blase von „Badesalz", ins „Journal Frankfurt" (wohin sonst?) metropolitan erfahren, in unvergleichlicher Du-Diktion vollrohr hinein, was Faschismus denn nun wirklich sei. Nicht „sozialer" bzw. und/oder „Anti", sondern – „eine Form von": „Früher hast du doch um zwölf, halb eins ältere Leute, sechs, sieben Opas und Omas gesehen, die sich nach ihrem Äppler verabschiedet haben. Seit Jahren siehst du das nur noch ganz selten. Und das bedeutet einen Einschnitt an Lebensqualität [Aufschnitt an Leberpastete??]. Auch das ist eine Form von Faschismus, wenn, egal wer es ist, Maroks, Russen, Skins, nur noch die Stärkeren sich in ihren Revieren breitmachen, und du mußt daheim bleiben, weil du körperlich nicht mithalten kannst." Da bewegt sich jetzt also kein Volkskörper mehr, demoskopisch gut verteilt, auf den Straßen, und das ist Faschismus. Von den Alten lernen!

Zum Heft. Es beherbergt Texte, die nicht unbedingt in der U-Bahn, im Gedärm der Stadt, gelesen sein wollen. Keine U-Bahn-Texte, die den Versuch unternehmen, an den sowieso längst nur noch ausschnittsweise erfaßbaren Sprach- und Thesenschrott zum Faschismus allenthalben überall so anzuschließen, daß sie sich seiner entwinden. Der Schwerpunkt greift geläufige und historisch gewordene Theorien über den Faschismus auf, um zu prüfen, welche ihrer Momente ideologisch, welche nützlich sein könnten, um dem grassierenden Faschismusgestammel und gleichermaßen realen, möglichen politischen Entwicklungen *dem Begriff nach* entgegenzutreten. Ohne handfeste Handlungsanweisungen geben zu können oder gar zu wollen, sind die Beiträge zumeist theoretische Arbeiten, die vorläufig erscheinen müssen angesichts der lautstarken Selbstsicherheit obiger Faschismusexperten, aber doch die Mühe lohnen, auf ihre Gehalte hin überprüft zu werden. Nun denn.

In lockerer Assoziation zur Faschismusdebatte drucken wir als Vorveröffentlichung einen Brief aus dem im März bei *Fischer* erscheinenden fünfzehnten Band der „Gesammelten Schriften" Max Horkheimers ab. Doch damit nicht genug. Beinahe überraschend scheint nach Redaktionsschluß die themenspezifische Anbindung des Großteils der anderen Beiträge an den Schwerpunkt zu sein. Allein die PDS ließ uns nicht locker lassen – und den Blick auf (sozialistische) Perspektiven der Parteienlandschaft werfen. Wir lösen hiermit ein, was wir versprochen haben: Georg Fülberth und Christoph Winnat sind drangeblieben und spekulieren darüber, was aus der *Partei des demokratischen Sozialismus* werden könnte, wenn sie nur wollte – oder könnte. Während Joachim Hirsch die Sache wieder einmal anders sieht.

Die Planung des Schwerpunktes „Menschenrechtspolitik" schreitet unterdessen mächtig voran. Über Beiträge, die Möglichkeiten und Grenzen aktueller Menschenrechtspolitik reflektieren, freuen wir uns.

Auf bald also, um es mit Ernst Jünger zu halten: „Er bemühte sich um eine philosophische Analyse der Zeit." (Strom aktuell, 5/94)

Die Redaktion

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Frieder Dittmar, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter
Unser Mann in Spanien: Holm-Detlev Köhler

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Photo: Jorge Aguirre

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich,
6 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
März/April-Ausgabe '95 ist der 9. Februar'95

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Doppelheft W: DM 13,-/O: DM 10,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage
Ermäßigtes Abonnement (s.S.59) DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

Abbestellungen müssen spätestens bis 30.9. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-**HD**-Diskette (kein ASCII) eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

MOHSSEN MASSARAT: Naher Osten: Friedensprozeß in der Klemme 4

AKTUELL

TOM SAILOR: Seemannsgarn.
Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer „Antifa"-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K. 5

JOACHIM HIRSCH: The same procedure as every four years? Bewegungen in der Parteienlandschaft 8

MAX HORKHEIMER an Erich Fromm 24. Juli 1934, Vorabdruck 10

THEORIEN DES FASCHISMUS – FASCHISTISCHE THEORIEN

FRIEDER DITTMAR: Antifaschistische Eigentore.
Zum impliziten Faschismusbegriff in der heutigen Gesellschaftswissenschaft 13

ILSE BINDSEIL: Über Aktualität und Abgrenzungswert von Faschismus und Faschismusdiskussion 17

FRIEDER DITTMAR / JÜRGEN ROTH: Schäuble Thierse Stoiber Modrow.
Gespräch mit Eike Hennig über Faschismus, Faschismustheorie und Rechtsradikalismus 20

IRIS HARNISCHMACHER: Faschistischer Staat und bürgerliche Klasse.
Sohn-Rethels Faschismustheorie 24

LUDI LODOVICO: Wie die neuen Rechten die Nation retten: „mit dem 'Faust' im Tornister" gegen „großstädtische Zersetzungsdenker" 27

JÜRGEN ROTH: Massenhaft Volksgemeinschaft. Die Ästhetisierung der Politik 29

DIETHARD BEHRENS: Kontinuität deutscher Europapolitik? 33

HEINZ STEINERT: Wo der Faschismus anfängt 37

ZUR PERSON

TOM WOLF: *Weltformeln* oder: Die ewige Wiederkehr des gleichen Ernstes 39

DOKUMENTATION

RALPH MILIBAND: Der Dreck von Jahrhunderten 42

LANDESFLÜCHTLINGSRAT NORDRHEIN-WESTFALEN: Abschiebehaft 44

PDS

GEORG FÜLBERTH: Spekulationen über die PDS 47

ANMERKUNG: Arno Schmitt, Das steinerne Herz 49

CHRISTOPH WINNAT: Parteiprogramm als Beipackzettel 50

INTERNATIONAL

WOLFGANG FACH: Clintons Weg 51

REBECCA PINI: Die medizinische Situation der palästinensischen »Autonomie« 53

HANS FÜCHTNER: Brasilien nach den Wahlen.
Objekt soziologischer Feldforschung oder gesellschaftspolitischer Neubeginn? 56

RUBRIKEN

Termine 57

Tagung des Sozialistischen Büros: Perspektiven linker Politik 58

Abo 59

Naher Osten: Friedensprozeß in der Klemme

Das Gaza-Jericho-Abkommen, das im September 1993 in Washington unterzeichnet wurde, galt trotz der scharfen Ablehnung durch seine Gegner auf beiden Seiten hoffnungsvoll als Wegmarke im nahöstlichen Friedensprozeß. Es hatte den Anschein, als wären beide Verhandlungsparteien, die israelische Regierung und die PLO, weit über ihre Schatten gesprungen, hätten unerschütterliche Positionen aufgegeben und das Risiko einer innenpolitischen Gratwanderung auf sich genommen, um durch das Abkommen den Durchbruch zum Friedensprozeß zu ermöglichen.

Doch die Hoffnungen auf den Beginn einer positiven Entwicklung sind inzwischen weitgehend getrübt. Der Aufbau der Verwaltung der Teilautonomie kommt sehr schleppend voran, die Wirtschaft in Gaza ist nach übereinstimmenden Urteilen mit Ausnahme des Bausektors völlig lahmgelegt, eine beachtliche Zahl der Bevölkerung des Autonomiegebietes ist von der „Wanderarbeit" in Israel und damit von der Gunst der israelischen Regierung abhängig. Die PLO und Yassir Arafat verlieren zunehmend an Autorität und die Gewaltfront zwischen israelischer Besatzungsmacht und Palästinensern hat sich ein Stück in das innerpalästinensische Lager verschoben. Diese Entwicklung dem „fundamentalistischen Wahn" der Hamas allein anzulasten, wäre nicht nur unzutreffend, sondern auch ein untaugliches Mittel, daraus friedensgestaltende Schritte abzuleiten. Wichtiger scheint zu sein, die Ergebnisse des Abkommens selbst nüchtern einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Das Abkommen machte den Weg frei für eine palästinensische Teilautonomie in Gaza und Jericho. Demnach ist ein durch die PLO geführter „Palästinensischer Rat" für die Bereiche Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus innerhalb des Autonomiegebietes zuständig. Eine palästinensische Polizei, die inzwischen aufgebaut worden ist, soll die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit garantieren. Auf der anderen Seite behält Israel die Zuständigkeit für die Sicherheit der jüdischen Siedlungen in Gaza und Jericho sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik. Israel behält ferner auch die ökonomische Souveränität über Gaza und Jericho, insbesondere die Zuständigkeit für die Geld- und Kreditpolitik, für die Mehrwertsteuer und für alle Export- und Importgeschäfte.

Der Ausschluß dieser typisch nationalstaatlichen Verantwortungsbereiche aus dem Vertragspaktet hat für Israel prinzipielle Bedeutung, da Israel nach wie vor nicht bereit ist, von seiner bisherigen Position abzurücken und die Gründung eines palästinensischen Staates anzuerkennen. Das Abkommen sichert Israel darüber hinaus auch Sonderrechte im kommunalen Bereich in den besetzten Gebieten, insbesondere bei der Nutzung der Gewässer. Um spürbare Veränderungen im ökonomischen und sozialen Bereich und im Alltag insgesamt herbeizuführen, ist die PLO – da sie über die wirtschaftspolitischen Hauptinstrumente nicht verfügt – auf die Gnade Israels angewiesen, während der Verantwortung für die Lösung von alltäglichen Gesellschaftsproblemen, einschließlich der Herstellung der inneren Ordnung, den Palästinensern selbst überlassen bleibt.

Der politische und wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der PLO, um Weichen für den ökonomischen Aufbruch zu stellen, ist demnach äußerst klein; die von der Weltbank, den USA und der EU versprochenen Gelder hatten offenbar nur den Zweck, innerpalästinensische Gegner zu beschwichtigen. Die PLO hat nicht einmal die Möglichkeit, durch den Verweis auf die mittelfristig zu erreichenden Ziele von der gegenwärtigen Misere abzulenken. Ziele wie die Gründung eines eigenen Staates, die Regelung des künftigen Status von Jerusalem und das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 bis 1967 sind ja völlig offen, im Grunde genommen auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Feststellung dürfte nicht übertrieben sein, daß die PLO und die Palästinenser in den autonomen Gebieten insgesamt als Folge des Abkommens hauptsächlich Lasten ohne eine positive Perspektive auf sich geladen haben.

Wie sieht aber die Bilanz auf israelischer Seite aus? Für Rabin und seine Regierung ist die innenpolitische Gratwanderung offenbar weitgehend überwunden, die harten Gegner des Abkommens spüren, daß Israel den Palästinensern keine substantiellen Zugeständnisse gemacht hat mit der Ausnahme, daß sie die PLO nicht mehr als Terrororganisation einstuft. Dagegen öffnete das Gaza-Jericho-Abkommen Israel das Tor zu den arabischen Märkten. Mit Jordanien wurde inzwischen ein Separatfrieden geschlossen. In der Jerusalem-Frage und der Verteilung von Wasser wurden durch Zugeständnisse an Jordanien zu Lasten der Palästinenser neue Fakten geschaffen. Auch der Golf-Kooperationsrat, dem sechs ölreiche arabische Staaten angehören, hat den Wirtschaftsboykott gegen Israel aufgehoben. Daß die übrigen arabischen Staaten diesen Schritt tun werden, ist nur noch eine Frage der Zeit. So gesehen hat Israels Regierung all das erreicht, was sie wollte. Inzwischen überlegt sie gar, den Autonomievertrag mit dem Ziel zu revidieren, den Truppenabzug aus dem Westjordanland hinauszuschieben. Angesichts dieser Verhandlungsergebnisse werden in Palästina Stimmen immer lauter, die der PLO und Yassir Arafat Verrat an nationalen Interessen vorwerfen. Diese Kritik wird nicht nur von den Islamisten der Hamas, sondern zunehmend auch von Palästinensern vorgebracht, die die Verhandlungen mit Israel prinzipiell nicht ablehnen.

Tatsächlich verhandelte die PLO unter erheblich größerem Zeitdruck als die israelische Regierung. Im Prozeß der Radikalisierung und der Erfolge der Islamisten nach der Gründung von Hamas im Jahre 1988 entstand für die PLO neben dem ungelösten Problem eines eigenen Palästinenser-Staates ein weiteres: Um die eigene Existenz nicht aufs Spiel zu setzen, war die PLO gezwungen, durch Verhandlungen mit der Besatzungsmacht die eigene politische Initiative zurückzugewinnen. Der Verdacht liegt demnach nahe, daß die PLO im Verhandlungsprozeß aus Eigeninteresse zu weitgehenden strategischen Zugeständnissen bereit war, während die israelische Regierung, in Kenntnis dieser mißlichen Lage Yassir Arafats, diesem Zugeständnisse abgetrotzt hat, die an die Substanz der palästinensischen Interessen gehen. Während die PLO die Existenz des Staates Israel anerkannte und der Ausweitung von dessen ökonomischen und politischen Handlungsspielräumen zustimmte, anerkannte Israel zwar die Souveränität der PLO, jedoch nicht eine palästinensische Existenzgrundlage, die den Palästinensern die Perspektive für eine eigene Souveränität eröffnet.

Als Ergebnis der Verhandlungen von ungleich souveränen Partnern stecken die PLO und Yassir Arafat in einem mißlichen Dilemma: zum einen fungiert die PLO in den Augen einer einflußreichen Minderheit als Vollzugsorgan der israelischen Regierung; zum anderen wird sie zwischen den ökonomischen, sozialen und politischen Problemen einerseits, Israels Sicherheitsstrategie andererseits aufgerieben.

Das Gaza-Jericho-Abkommen ist für den Beginn eines Prozesses, der zu einem dauerhaften Frieden führen soll, offensichtlich äußerst dünn und brüchig. Würde die israelische Regierung ihre Position der Stärke mit dem Ziel weiterhin voll ausschöpfen, den Israel-Palästina-Konflikt in einen innerpalästinensischen Hamas-PLO-Konflikt zu verwandeln, so könnte sie zwar für sich einen kurzfristigen Sieg über die Opfer israelischer Besatzungspolitik verbuchen, einem bitter notwendigen Friedensprozeß im Nahen Osten jedoch einen schlechten und schwer wieder gutzumachenden Dienst erweisen. ●

MOHSSEN MASSARAT

TOM SAILOR

Seemannsgarn

Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer „Antifa“-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K.

Im November 1994 ging vor einer Jugendkammer des Moabiter Landgerichtes ein sogenannter Antifa-Prozeß gegen sieben Angeklagte wegen der Tötung des Faschisten K. im Frühjahr 1992 zu Ende. Während ein Angeklagter wegen erwiesener Unschuld nach der Verbüßung einer elf-monatigen Untersuchungshaft freigesprochen werden mußte, wurden die anderen wahlweise zu Bewährungsstrafen und Haftstrafen von bis zu drei Jahren Knast verurteilt. Alle Angeklagten wurden spätestens nach der Urteilsverkündung aus der Haft entlassen. Gegen zwei weitere, zum Zeitpunkt der Urteilsverkündigung noch flüchtige Beschuldigte dieses Verfahrens wurde der Haftbefehl aufgehoben. Er bleibt jedoch für einen weiteren flüchtigen Beschuldigten in Kraft, bei dem durch Aussagen der allermeisten anderen Angeklagten implizit oder explizit behauptet wurde, die tödlichen Stiche gegen den Faschisten K. geführt zu haben.

Im Verlaufe des Gerichtsverfahrens wandelte das Gericht die von der Staatsanwaltschaft erhobene Mordanklage in den Strafvorwurf einer „schweren Körperverletzung mit Todesfolge“ um. Dieser Vorgang machte es möglich eine in der engeren Soli-Szene wie in der weiteren Presse-Öffentlichkeit gegenüber einer zunächst befürchteten Strafhöhe von „lebenslänglich“ eine als relativ „mild“ empfundene Strafhöhe auszusprechen. Die vom Gericht zur Anwendung gebrachte Qualifizierung der zur Aburteilung anstehenden „Straftat“ als „Körperverletzung mit Todesfolge“, die in einem banalen rechtsstaatlich vorausgesetzten Sinne nur selbstverständlich wäre, wird allerorten in der Öffentlichkeit als „liberal“ bewertet. Eine derartig mißverständliche Betrachtungsweise, in der die schlichte Anwendung rechtsstaatlicher Grundsätze in einem immerhin öffentlichen Gerichtsverfahren weniger als „normal“ denn als „liberal“ gilt, sagt sowohl etwas über den gesellschaftlichen Kritikverlust als auch einiges über tatsächliche gesellschaftliche Kräfteverhältnisse aus.

Die nachfolgenden Überlegungen kreisen vor allem um den durchaus schillernd zu verstehenden Begriff der „politischen Verantwortung“ und haben in diesem Zusammenhang hauptsächlich die Nicht-Diskussionen und (soweit überhaupt von außen erkennbar) Positionierungen innerhalb der Antifa-Solidaritätsarbeit zu diesem Prozeß zum Gegenstand.

Dabei setzt der Autor bei den geneigten LeserInnen die Kenntnis der nicht eigentlich überraschenden Tatsache voraus, daß die Berliner Staatsschutz-Bullen besonders im Vorfeld dieses Verfahrens mit mehr als zweifelhaften Vernehmungs- und Ermittlungsmethoden sowie einer seitens des verurteilenden Gerichts nicht aufgeklärten Kooperation mit Nazifunktionären eine Manipulation des Strafverfahrens erreichen wollten. Resümierend kann in diesem Zusammenhang lapidar festgestellt werden, daß das politisch motivierte Repressionsinteresse der Berliner Staatsschutzbullen gegenüber der Antifa-Bewegung mit ein paar Abstrichen mehr oder weniger erfolgreich hat realisiert werden können. Deprimierend, aber wahr.

Wahr ist auch, daß sich in einer politisch verstandenen Soliarbeit zu den eigenen Gefangenen immer als ein wenig hilflos darstellt, wer Bullen und Justiz etwas öffentlich vorwirft, was man ihnen zugleich in den politischen Analysen ganz gerne unterstellt. Zudem befinden sich diese Institutionen nur – wenn überhaupt – mittelbar im Bereich des im eigenen Interesse ausgeübten politischen Einflusses. Hingegen kann eine Solibewegung, so sie denn stark genug ist, ganz unmittelbar die autonome Fähigkeit besitzen ihr eigenes – nach Möglichkeit ja kritisches – Selbstverständnis zu formulieren. Genau das – und kaum etwas anderes – steht unter ihrer unmittelbaren Kontrolle. Eine Soli-Bewegung konstituiert sich nicht vorrangig in der Abwehr der staatlichen Repression, sondern dadurch, daß diese Bewegung gegen die Logik der herrschenden Gewalt lernt, eine andere Sprache aus einem politisch begründeten Selbstverständnis zu sprechen. Und dabei kann es erst einmal bedeutungslos sein, daß die Bullen „als stark“ und die Gegenkräfte der Antifa-Bewegung „als schwach“ empfunden werden. Was zählt, ist in diesem ganz konkreten Zusammenhang – Bullen hin oder her – erst einmal nur, was man sagt und was man nicht sagt, bzw. was man damit begründen und vielleicht sogar „politisch“ zum Ausdruck bringen will.

Die nachfolgenden Aussagen basieren hinsichtlich des nicht unwichtigen Kriteriums einer autonomen Praxis seitens des Autors auf folgenden Voraussetzungen: 1. Teilnahme an mehreren Antifa-Solidemos für die Verhafteten. 2. Der Besuch zweier öffentlicher Solidaritätsveranstaltungen. 3. Regelmäßige Lektüre diverser Erklärungen und Mitteilungen des Solikreises sowie anderer in diesem Zusammenhang agierender Gruppierungen. 4. Zweimal sprühen gegangen. 5. Geld gespendet.

Eine verworrene Vorgeschichte

Etwas über ein halbes Jahr nach dem Pogrom in Hoyerswerda treffen sich im April 1992 Funktionäre einer kurz zuvor gegründeten faschistischen Gruppierung namens „Deutsche Liga“ in einem China(!)-Restaurant in Kreuzberg. Sie werden plötzlich von einer Gruppe Vermummter überfallen und mit Knüppeln und Messer attackiert. Einer wird dabei schwer verletzt, und derjenige, der am nächsten zum Ausgang sitzt, der Faschist K., getötet. Die Täter können unerkannt entkommen.

Im Unterschied zu den in diesem Land normal gewordenen rassistischen Morden gegen Menschen, die nicht Privateigentümer eines deutschen Personalausweisdokumentes sind, reagieren die Bullen prompt, bilden eine Sonderkomission und setzen die ungewöhnlich hohe Summe von 20 000 DM Kopfgeld aus.

Der Überfall und die Tötung eines Faschisten werden nach dem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit in einer Zeit des alltäglich mörderischen Rassismus in einen politischen Zusammenhang gestellt. Wie genau ist dieser „politische Zusammenhang“ beschaffen?

Wurde der Überfall von einer fest organisierten Gruppe von Antifaschisten gemeinsam vorbereitet, politisch bestimmt und dann überlegt mit einem gewünschten Ergebnis durchgeführt? War die Aktion im gesamten Ablauf zuvor innerhalb der Gruppe abgesprochen worden? Oder hat es im Verlauf mehrere Aktionen gegeben, die nur noch bedingt dem Zusammenhang der handelnden Gruppe zugeordnet werden können?

Diese Fragen waren (in unmittelbarer

Folge jener Aktion/en im Chinarestaurant) auch deshalb nicht zu beantworten, weil weder ein Bekennerschreiben noch eine Selbstbezichtigung irgendeiner Gruppe zu Ziel, Ablauf und dem beabsichtigten Ergebnis des Überfalls auf die Nazi-Funktionäre auftauchte. Im Prinzip wußte also niemand etwas über den konkreten „politischen Zusammenhang" jenes Ereignisses. Unsere diesbezüglichen Überlegungen und Spekulationen waren daher zunächst auf die Hergangs- und Ereignisschilderungen aus der bürgerlichen Presse angewiesen.

Im Tagesspiegel und in der TAZ wurde in den Tagen nach den ersten Verhaftungen notiert, daß nach Angabe der Ermittlungsbehörden der „Mordfall Kaindl" kurz vor der Aufklärung stehe. Beide Blätter setzten den doch eigentlich erst juristisch zu beweisenden „Mordfall" nicht in Anführungsstriche, den sie ganz im Sinne der Bullen – als bloße Tatsache zu behandeln.

Die Soliarbeit war demzufolge von Beginn seitens der Justiz und der bürgerlichen Presse mit dem Vorwurf des Mordes an die Adresse derjenigen konfrontiert, mit denen Solidarität gefordert werde.

Der Vorwurf des Mordes ist eine der dicksten Keulen, die die Justiz gegen eine Bewegung, eine linke allemal, schwingen kann. Dieser nicht ganz alltägliche Vorwurf beinhaltet neben immensen strafrechtlichen Konsequenzen auf der politischen Seite eine denunziatorische moralische Zuschreibung über den Charakter der Beschuldigten, inklusive der Bewegung, der sie angehören bzw. zugerechnet werden. Mörder sind, um ihrem zweifelhaften Titel gerecht zu werden, böse, fies, heimtückisch, brutal und gemein. Sie handeln aus niedrigen Beweggründen. Es war offenkundig, daß mit dem Vorwurf des Mordes an die Antifaschisten der antifaschistischen Bewegung als potentielle Mörderbande, im Sinne der bürgerlichen Gleichung: Links gleich Rechts die Legitimität ihres Anliegens, abgesprochen werden sollte.

Bemühungen der Soli-Arbeit

Freunde, Bekannte und GenossInnen der Verhafteten beginnen sich um die Soli-Arbeit zu kümmern. Sie schreiben ein Flugblatt und organisieren eine Kundgebung vor den Knästen in Plötzensee und Alt-Moabit. Kurze Zeit später findet eine Soli-Demonstration für die verhafteten und verfolgten Antifas durch SO 36 statt. Die Mobilisierungen zu den Knastkundgebungen und der Demo stehen unter den beziehungsreichen Slogans: „Wer Wind säht, wird Sturm ernten!" und „Wir holen sie raus!" Der Solikreis macht also nicht von seinem Schweigerecht Gebrauch.

In den Flugis, auf Plakaten und Redebeiträgen wird darauf verzichtet, den „Mordvorwurf" der bürgerlichen Justiz zurückzuweisen. Keine Probleme also? Statt dessen beklagt ein Flugi (Interim Nr. 263) ganz allgemein die Vorverurteilung durch die Behörden und Medien und die Kumpanei von Justizverwaltung und Nazis. Zum Schluß wird unter Bezug auf die Umstände der Ermordung Silvics die heroische Aussage: „Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen" hingeschrieben. Das Demo-Plakat fordert u.a.: „Offensiver Widerstand gegen Faschisten/Faschistinnen und Sexisten", kurz vor dem Hinweis: „Keine Aussagen bei den Bullen". In einem Kundgebungsbeitrag in Kreuzberg führt ein Redner aus, daß, da die Nazis in den letzten drei Jahren über 60 Menschen ermordet hätten, es schon „mal passieren kann, wenn einer von ihnen liegen bleibt". Diese Aussage, bei der man vergeblich darauf wartete, dafür noch eine genauere Erläuterung zu bekommen, beklatschen die allermeisten DemonstrationsteilnehmerInnen.

In der Szene kursieren nach diesem Ereignis Plakate, die davor warnen, „Gerüchte" in die Welt zu setzen oder gar Aussagen bei den Bullen zu machen. Auch diesmal galt: „Anna und Arthur halten's Maul!" Doch worüber eigentlich genau das Maul gehalten werden soll, wird in diesem Slogan nicht gesagt. Immerhin gehen die Wirkungen des gewaltsamen Todes eines Faschisten nicht nur wegen der Bullenreaktion in einer allgemeinen Öffentlichkeit, sondern auch in den Gedanken- und Gefühlswelten der autonom-antifaschistischen Szenerie quer durch alle Köpfe und Bäuche. Irgendetwas ist auch bei uns „bewegt" worden, hätten wir es doch sonst gar nicht registriert. Soll gerade über die Fragen, was die Wirkungen jenes Todes eines Faschisten mit uns eigentlich machen und wie wir das sowohl konkret als auch abstrakt finden, auch das „Maul gehalten" werden?

Diese Fragen unter Hinweis auf die tatsächlich existierende staatliche Repression zu umgehen, kann – wohlwollend betrachtet – den Verdacht aufwerfen, allgemeine und im schlechten Sinne abstrakte Benimmregeln für andere unter dem Motto: „Das gehört sich aber nicht!" aufzustellen. Das ist ein in jeder Hinsicht autoritäres Unterfangen. Böswillig betrachtet, ist nicht auszuschließen, daß sich hinter dem leeren Slogan: „Keine Gerüchte" eine Position verbirgt, die zwar „keine Gerüchte" sagt, aber die Zerstörung der für eine politisch kontroverse Diskussion notwendige Form der Öffentlichkeit meint.

Die Aktion/en gegen die Nazis im Chinarestaurant waren dadurch gekennzeichnet, daß Leute, von denen zunächst nur die Bullen behaupteten, es seien Antifaschisten gewesen, nicht irgendwohin weggelaufen, sondern ganz konkret dorthin gegangen waren, um dem Treiben der Nazis an diesem Ort zu jenem Zeitpunkt ein Ende zu bereiten. Das ist im Ansatz nur zu begrüßen, weil es einem politischen Selbstverständnis entspricht, welches (nicht nur) von vielen Antifas und Autonomen geteilt wird. Das ist weder als „defensiv" noch als „offensiv" zu beschreiben, weil eine derartige Haltung einfach nur selbstverständlich ist – oder sagen wir: sein sollte.

Welche Bedeutung hat das, was gesagt und gefordert wird?

Wie haben wir dann aber eine Aussage, in der zunächst richtig darauf hingewiesen wird, daß die Faschisten in der Tat Böse sind, zu bewerten, die im zweiten Teil zu dem Schluß gelangt: „Da kann es schon mal passieren, daß einer von ihnen liegen bleibt!"? Soll diese Beschreibung Ausgangspunkt dafür sein, sie zum Gegenstand der Kritik über die Reichweite und Grenzen unseres Handelns zu machen? Oder bleibt es lediglich bei der als „banal" verkleideten Beschreibung eines nicht von der Hand zu weisenden konkreten Sachverhaltes? Dann ist sie – in jeder Hinsicht – unpolitisch, weil jeder zu rätseln hat, was damit eigentlich gesagt werden soll.

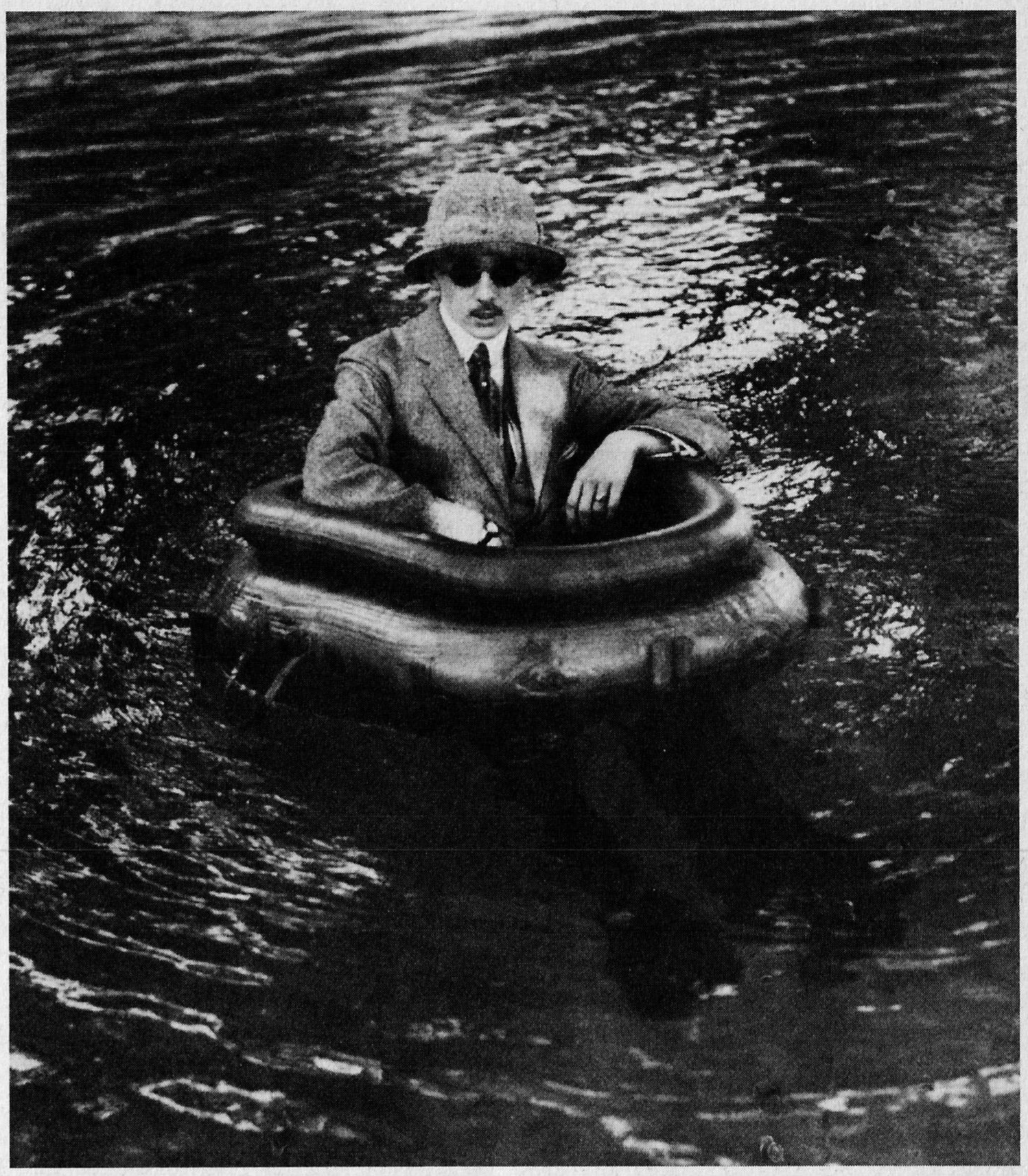
Sollte diese „da kann dann schon mal einer liegen bleiben"-Bemerkung jedoch tatsächlich „politisch" gemeint sein, aus taktischem Geschick natürlich auch „versteckt", dann ist sie in jeder Hinsicht für die von einer Solibewegung zu formulierenden politischen Ansprüche eine im wahrsten Sinne des Wortes demoralisierende Bankrotterklärung.

Was ist dann aber unter der Forderung „Offensiver Widerstand" gegen FaschistInnen zu vestehen? Von welchem Begriff des „defensiven Widerstandes" soll er abgegrenzt werden? Abgesehen davon, daß diese Unterscheidung als völlige Abstraktion wenig mehr ausdrückt als einen kompletten Unsinn, verhöhnt sie diejenigen, die im Falle eines konkreten Rassisten-Angriffs versuchen, sich irgendwie zu wehren. Die Leute, die in das Chinarestaurant hineingegangen sind, waren in der ganz konkreten Situation, frei ihr Tun zu kalkulieren und zu bestimmen. In diesem Falle war der Ansatz der Aktion konkret nicht Verteidigung, sondern Angriff. Und soweit daran ein antifaschistischer Zusammenhang geltend gemacht wird, muß genau *das* politisch verteidigt werden, anstatt in Begriffen über eine Realität zu sprechen, die in diesem Fall so nie existiert hat. Wenn man alles, was getan und nicht getan wird, unter dem diffusen Begriff des „Widerstandes" subsumiert, wird man, bezogen auf die Realität blind und kann nichts mehr über konkrete Handlungsmöglichkeiten im tatsächlichen Widerstand gegen diese Verhältnisse aussagen. Deshalb ist es nur selbstverständlich, öffentlich zu vertreten, daß wir die Faschisten, wo

immer sie sich zusammenrotten wollen, angreifen werden. Klar ist bei einer derartigen Positionierung, daß wir uns dann nicht mehr unter einem Begriff von „Widerstand“ als sogenannte Opfer gegen Kritik immunisieren können. Wer angreifen will, muß sich öffentlich als Täter ganz anders erklären und begründen können als ein Opfer. Und zwar in einer Form, die sich einer ständigen Selbst-Kritik ausgesetzt sieht, was überhaupt erst die Voraussetzung dafür ist, daß alle, die sich an diesem Angriff beteiligen, hinterher in die Lage versetzt sind, diese Aktion mit allen ihren Konsequenzen politisch zu tragen. Das ist doch gerade die politische Herausforderung: Opfer, namenlose allemal, gibt es schon zu viele. Wir haben statt dessen selbst-bewußte, verantwortliche TäterInnen zu werden.

Unzweifelhaft nährte die Forderung nach „offensivem Widerstand“ die Spekulation, daß damit eine politische Position vertreten werden sollte, die die gesamte/n Aktion/en inklusive der damit verbundenen Folgen im Prinzip für „ganz in Ordnung“ befindet.

Nun, ein Strategieentwurf, der halböffentlich damit kokettiert, daß darin auch die Tötung von Faschisten eingeschlossen ist, hat durch die Erwägung desjenigen Mittels, das für alle Beteiligten die gravierendsten Konsequenzen nach sich zieht, gegenüber anderen Strategien zunächst einmal den Vorteil, auf den ersten Blick am mutigsten und radikalsten zu erscheinen. Während andere noch überlegen und voller Widersprüche ihre Skrupel wälzen, sind die Faschistentöter eins mit sich selbst, ganz einheitliches Subjekt, welches gegen alle Ambivalenzen scheinbar konsequent reinen Tisch macht. Jede Kritik an derartigen Strategien kann dabei mit dem Verweis auf die faschistischen Greuel zurückgewiesen werden, verbunden mit dem doppeldeutigen Unterton, die Kritiker der Inkonsequenz und Feigheit zu beschuldigen. Wer nicht wie die Faschistentöter-Strategen kämpfen will, ist unter Umständen nicht nur an diesen abgelehnten Verhältnissen interessiert, sondern womöglich sogar noch verantwortlich im Sinne von „Schuld an ihnen“. Die Diskussion über verschiedene Formen von Widerstand verlagert sich von der Ebene der Dinge auf die Ebene der hochaufgeladenen Moral des latent schlechten Gewissens und wird hier von individuell gedachten Mutproben zu einem bloßen abstrakten Bekenntnis von autoritär abverlangten Mutproben. Dabei verkommt die Militanz auch gegen Faschisten, die sich von den Mühen einer politischen Begründung glaubt abkoppeln zu können, zur bloßen Gewalt derjenigen, die unkontrolliert und auf eigene Rechnung machen wollen, was sie – und nur sie – wollen. Politisch unkontrollierte Gewaltformen sind nicht nur spiegelbildlicher Ausdruck herrschender Gewalt, sie zerstören auch jeden Ansatz einer Bewegung, die einen ambivalenten Begründungszusammenhang braucht, weil sie sonst keine ist. Über die konkreten Interessen derjenigen, die jeden Ansatz einer Bewegung mit einer politisch entkoppelten Androhung von Gewaltformen zu verhindern versuchen, kann man spekulieren.



Ein vorläufiges Resümee

1. Die politisch verstandene Soliarbeit für die Verhafteten im Fall der Tötung des Faschisten K. zeigte sich zu keinem Zeitpunkt dazu in der Lage, diejenigen Fragen und Widersprüche der zur Solidarität aufgeforderten Menschen zum Gegenstand einer freien und dadurch emanzipatorischen Diskussion zu machen. Dabei ist es erst einmal egal, ob dies aus Unfähigkeit oder aus erklärtem Unwillen geschehen ist.

2. Insgesamt betrachtet haben antifaschistische Solikreise den gescheiterten Versuch unternommen, ein vielleicht aus vielen Gründen verständliches, jedoch niemals politisch erklärtes Ereignis, welches zufällig zum Tode des Faschisten K. führte, nachträglich mit einem politischen Sinn zu versehen, der zu keinem Zeitpunkt existierte. Und das war nicht nur einfach barer Unsinn, sondern schlicht und einfach gelogen.

3. Im Prinzip spricht natürlich nichts dagegen, wenn eine Bewegung versucht, die herrschende Macht zu belügen. Will sie aber eine sein, sollte sie sich hinsichtlich ihrer Fähigkeit, so gut als möglich lügen zu können, auch auf diese Adresse beschränken. Die konkrete Antifa-Soliarbeit hat jedoch in diesem Fall die (zurecht!) zur Solidarität mit den Verhafteten gebetenen Leute vollständig und umfassend belogen. Hoffentlich gelingt es wenigstens für die Zukunft, über die gesellschaftlichen Ursachen dieser insbesondere auf einigen Soliveranstaltungen als Erscheinung zu erleidende „Heckenschützenkultur“ gründlicher als bisher nachzudenken – und sie vielleicht zu verändern.

4. Wenn der Solikreis mit seiner Arbeit einen Sinn und auch relativen Erfolg gehabt hat, dann besteht er darin, konsequent verhindert zu haben, daß irgend jemand der zur Solidarität aufgerufenen Leute konkret aus einer komplett falsch gelaufenen Aktion für die doch als gemeinsam zu formulierende Zukunft etwas im Sinne von: „So nicht!“ lernen hat können. Deshalb ist es auch richtig zu sagen: Keine so „politisch verstandene Soliarbeit“ wäre besser gewesen als so eine.

5. Bis auf zwei Angeklagte haben alle Anderen sowohl vor der Aktion, bei der Aktion, in der Aktion, nach der Aktion und nachfolgend in Gesprächen bei den Bullen

und im Gericht gemacht, was sie, und nur sie machen und sagen wollen. Das mag aus vielen Gründen erklärbar und vielleicht auch verständlich sein, ein wie auch immer „politisch“ zu begründendes Verhalten ist es jedenfalls nicht. Zwei Angeklagte haben es vorgezogen – aus Gründen, die wir nicht im letzten Detail kennen – ihre Widersprüche zu jenem Ereignis im Chinarestaurant und zur Gruppe lieber mit der Polizei und dem Gericht zu besprechen als mit den Leuten, mit denen sie gemeinsam (?) zum Chinarestaurant gegangen sind. Drei andere sich selbst wohl noch immer als „politisch“ verstehende Angeklagte haben nicht der unentwegt zur Solidarität aufgeforderten Bewegung Rede und Antwort gestanden. Statt dessen haben sie die Entscheidung getroffen, erst einmal mit Vertretern der staatlichen Repressionsorgane eine Verständigung zu erreichen. Das sagt im Grunde genommen fast schon alles nicht nur über die „Politik“ jenes niemals politisch erklärten Ereignisses, sondern auch über die reale Schwäche der Solibewegung: In letzter Instanz wird doch als erste Adresse mit dem Staat, anstatt mit den zur Solidarität Herbeizitierten kommuniziert.

6. Diese Verhaltensweise ist den Angeklagten als den ohnehin schwächsten Gliedern einer antifaschistischen Bewegung nicht individuell im Sinne irgendeiner „Schuld“ anzulasten. Mit dieser Betrachtungsweise ist ohnehin keine Erkenntnis möglich. Unhintergehbar ist aber für die Zukunft die Erkenntnis, daß dieser bemerkenswerte Vorgang eigentlich nur illustriert, was auch schon vorher mit einem entschieden selbstkritischen Nachdenken zu haben gewesen wäre: Ein in der halböffentlichen politischen Praxis mit Militanz kokettierendes Maulheldentum führt im Falle des Eintretens von Gefahr und höchster Not eher zu einer freundlichen Plauderei mit Bullen, Gericht und der Staatsanwaltschaft denn zu einem selbstkritischen Kommunikationsprozeß innerhalb einer Bewegung.

7. Sowohl die Aktion/en im Chinarestaurant, die nachfolgende Nichtbewältigung durch die teilnehmenden Gruppenmitglieder, die nach deren Verfolgung einsetzende „politische“ Soliarbeit als auch das konkrete Verhalten der meisten Angeklagten während des Gerichtsverfahrens waren – und das ist im wahrsten Sinne des Wortes gemeint: verantwortungslos. Nur auf der Basis dieser ganz konkret in diesem Fall zu erleidenden Erkenntnis würde überhaupt den Versuch einer neuen Diskussion lohnen, wenigstens dem Anspruch eines Begriffes von Solidarität nach. Alles andere ist – so oder so – dem Vergessen anheimgegeben. Vernünftigerweise. ●

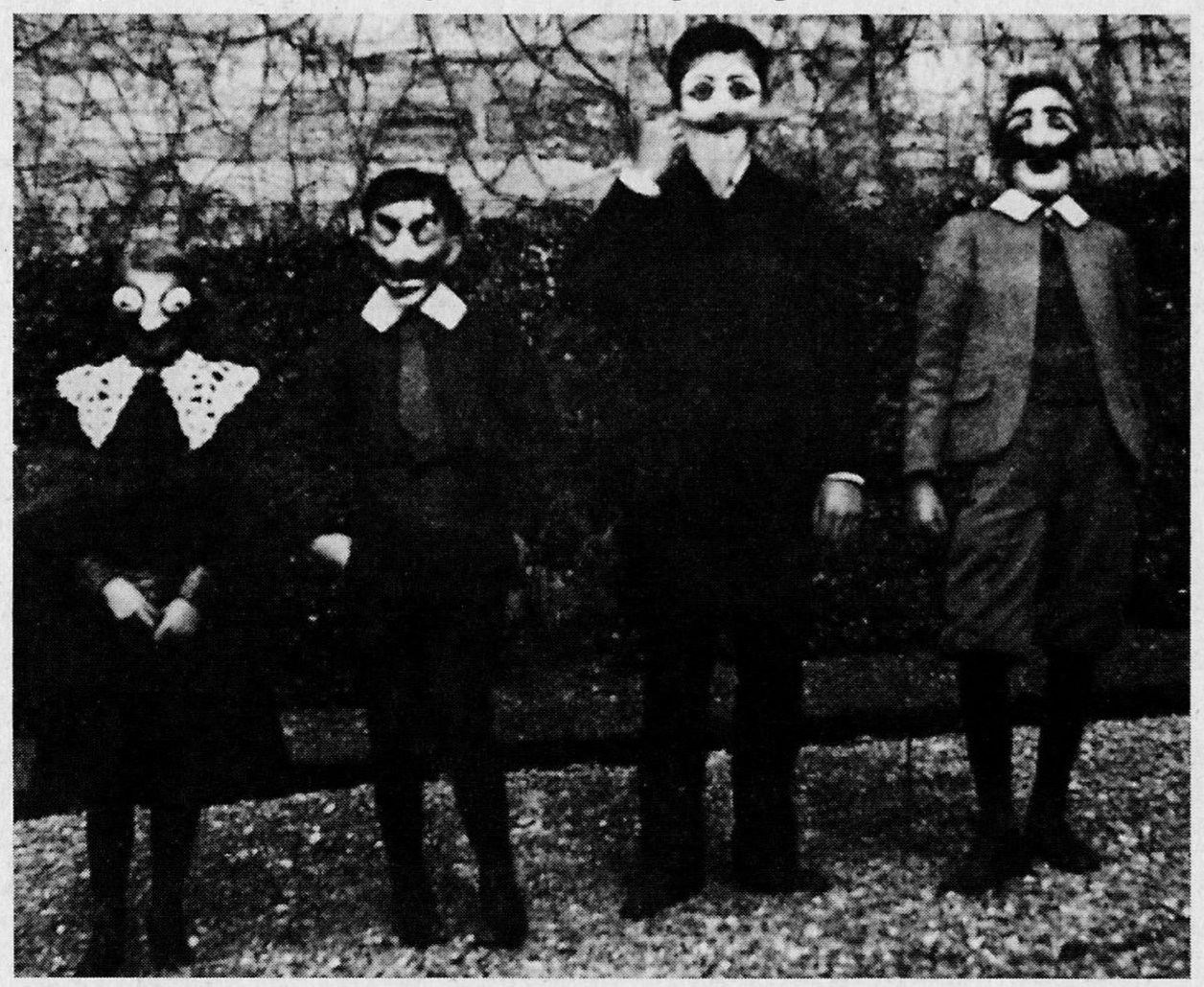
JOACHIM HIRSCH

The same procedure as every four years?

Bewegungen in der Parteienlandschaft

Daß die letzte Bundestagswahl nur siegreiche Parteien zurückgelassen hat, könnte die Vermutung nahelegen, eigentlicher Verlierer sei das immer noch fleißig zu den Urnen laufende Volk. Jedenfalls hat sich auf den ersten Blick überhaupt nichts geändert. CDU/CSU und Kohl können mit Unterstützung einer konkursreifen Partei weiterregieren, von der politisch nicht mehr als drei (Minister-) Pünktchen übriggeblieben sind. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung haben gezeigt, daß von irgendwelchen Neuanfängen keine Rede ist. Das Motto des unverdrossenen „Weiter So“ gilt auch für die SPD, die angesichts ihres inneren Zustandes und der politischen Situation zufrieden ist, nicht regieren zu müssen. Diejenigen, die von der Wahl weder Überraschungen noch Veränderungen erwartet haben, können sich bestätigt fühlen. Falls man SPD, GRÜNE und PDS als links bezeichnen möchte, so hat es eine kleine Verschiebung zu ihren Gunsten gegeben. Für Arbeitgeber, Zahnärzte und ähnlich Unentwegte eine passende Gelegenheit, mal wieder das abgezehrte Sozialismus-Gespenst aus der Kiste zu holen. Praktisch bedeutet das allerdings nicht mehr als eine Normalisierung des Wählerverhaltens nach dem Vereinigungsrummel.

Trotzdem ist die politische Situation nach der Wahl anders geworden. Augenfälligstes Ergebnis ist, daß das Land in den nächsten vier Jahren von einer personell und konzeptionell ausgelutschten Regierung ohne stabile Mehrheit regiert werden wird, die sich zudem noch mit einem oppositionellen Bundesrat arrangieren muß. Das bedeutet endgültig die faktische große Koalition. Die Politik des sich Durchwurstelns, der taktischen Blockaden und der Kompromisse auf kleinstem gemeinsamen Nenner wird angesichts einer ökonomisch wie politisch ziemlich krisenhaften Lage also weitergehen. Die Börse hat dies zuerst gemerkt, als sie nach einem kurzen Kohl-Hoch nach der Wahl schnell wieder absackte. Die Einrichtung eines „Zukunftsministeriums“ kaschiert nur, daß es so etwas wie eine konzeptionell kompetente und durchsetzungsfähige politische Führung nicht mehr gibt.



Das Parteienkartell der herrschenden politischen Klasse hat sich noch einmal gerettet, auch wenn in Gestalt der PDS nun mit einem gewissen Störfaktor gerechnet werden muß. Nicht zuletzt die hysterischen Reaktionen auf dieses eigentümliche politische Gebilde zeigen, wie prekär die gesamte politische Situation eingeschätzt wird. In der Tat verbergen sich hin-

ter der scheinbaren Stabilität Entwicklungen, die zu einer nachhaltigen Umformung des parteipolitischen Gefüges führen könnten. Entgegen dem postmodernen „Individualisierungs"-Gerede zeigen die vom globalen kapitalistischen Restrukturierungsprozeß erzeugten klassenstrukturellen Verschiebungen ebenso politische Wirkungen wie die ökonomisch-soziale Zementierung des Ost-West-Gegensatzes.

Während es CDU und CSU vorerst noch gelingt, ihr traditionelles Klientel einigermaßen beieinander zu halten, treffen diese Verschiebungen vor allem die SPD. Ihr fällt es immer schwerer, die auseinanderdriftenden Lager von moderner Kleinbourgeoisie einerseits und den ökonomisch abgehängten Lohnabhängigenschichten – im Soziologenvokabular: den „Modernisierungsverlierern" – auf der anderen Seite politisch zusammenzubinden. Die von Scharping und anderen ausgerufene Modernisierungs-, was heißt: Sozialstaatsabbauprogrammatik bringt die Partei in eine zumindest wahltaktische Zerreißprobe. Verschärft wird diese durch den sich vertiefenden, sowohl soziokulturellen als auch ökonomischen Ost-West-Gegensatz. Vor allem davon profitiert die PDS, die sich als Partei nicht nur der (Vereinigungs-) Verlierer, sondern zunehmend auch modernisierungsbedrohter Mittelständler etablieren kann und damit zu einer um so gefährlicheren Konkurrentin der SPD wird, je mehr diese ihre neoliberale Wende betreibt. Für die Bündnisgrünen ist die Sache einfacher: in Ostdeutschland auf absehbare Zeit ohnehin chancenlos, können sie sich um so konsequenter zur Vertretung der neuen, von der kapitalistischen Modernisierung profitierenden Kleinbourgeoisie mausern. Als deren Partei treten sie das Erbe der FDP an, was gleichzeitig heißt, daß sie die SPD verstärkt von der anderen Seite her in die Zange nehmen. Das Debakel der Sozialdemokraten und der Triumph der GRÜNEN in den modernen „Dienstleistungsmetropolen" ist kein Zufall, sondern Folge eines gesellschaftsstrukturellen Trends, der die sozialen Kräfteverhältnisse nachhaltig verschiebt. Die Wahl Antje Vollmers zur stellvertretenden Bundestagspräsidentin durch CDU und CSU ist trotz aller Dementis ein Signal für künftige Koalitionen. In mehreren nordrhein-westfälischen Städten existieren seit der letzten Wahl immerhin bereits schwarz-grüne Bündnisse. Auf Bundesebene setzt dies zwar bei beiden Parteien noch einige innere Auseinandersetzungen und Klärungen voraus, doch kann da durchaus auf die Logik des Machterhalts vertraut werden, die das Verhalten aller Parteien jenseits aller ideologischen Klimmzüge immer nachhaltiger bestimmt.

Ob die alt-neue Regierung die Zeit bis 1998 durchstehen wird, bleibt abzuwarten. Angesichts noch zunehmender weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Turbulenzen, einer strukturell nicht behobenen ökonomischen Krise, aber auch der Tatsache, daß sich die Kosten einer gescheiterten Vereinigungspolitik immer weniger nur auf die sozial Schwächeren abwälzen lassen, sind erhebliche Zweifel angebracht. Ein früherer oder späterer Regierungswechsel ist also nicht ausgeschlossen, aber es ist fraglich, ob er noch der überkommenen politischen Lagerlogik folgen wird. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die SPD mit einer Regierungsbeteiligung auf jeden Fall die endgültige Spaltung ihrer Wählerschaft riskieren würde und schon daher kaum als zuverlässige Partnerin einer großen Koalition taugt. Vielleicht sollte sie die Zeichen der Zeit erkennen und sich angesichts des historisch gescheiterten sozialdemokratischen Projekts selbst auflösen. Eine Neugründung, z.B. unter dem Namen SLU (Sozialverträglich Liberale Union) bewiese endlich mal Zukunftsfähigkeit.

Hinter der scheinbaren Stabilität einer Demokratie, die von einer nur noch am Erhalt ihrer Positionen interessierten politischen Klasse verwaltet wird, verbergen sich tiefreichende Erosionsprozesse. Das ökonomische und soziale Auseinanderfallen der Gesellschaft in Verbindung mit einer Politik, für die die Maximen kapitalistischer Standortsicherung absoluten Vorrang haben, stellt Regierungsfähigkeit als demokratisch legitimierte Kompetenz zur Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt in Frage. Das allmähliche Verrotten der liberaldemokratischen Institutionen wird Folgen haben, auch wenn das politische Tagesgeschäft als business as usual weiterläuft. Die Bundesrepublik steht damit nicht allein, wie ein Blick auf die USA, Frankreich oder Italien zeigt. Italienische Verhältnisse mit der aparten Figur Silvio Berlusconis nehmen sich aus hiesiger Sicht zwar noch exotisch aus, doch sind ähnliche Entwicklungen nicht mehr gänzlich unvorstellbar. Auch wenn ein Kirch, der mit seinem Medienmonopol ohnehin schon die Politik entscheidend bestimmt, sich noch nicht dazu entschlossen hat, Politiker zu werden.

Was in der vergangenen Wahl auch deutlich wurde, ist eine verheerende Parteifixierung der ehemals links-alternativen Szene. Im Gegensatz zum allgemeinen, durch eine Mischung von Resignation und Zynismus gekennzeichneten politischen Bewußtsein scheint die Parlamentarismusillusion bei ihr eine letzte Zuflucht gefunden zu haben. Die Hoffnung, durch Parteipolitik und Wahlmanöver ließen sich gesellschaftliche Verhältnisse nachhaltig verändern, herrscht gegen jede Erfahrung ungebrochener denn je. Dieser Entwicklung liegen nicht zuletzt interne soziale Ausdifferenzierungen zugrunde, insbesondere der Aufstieg der modernen, ökoliberal orientierten Kleinbourgeoisie, die sich von der „Modernisierung" des Kapitalismus durchaus einiges versprechen kann und nun antritt, diesen in ihrem Sinne zu „zivilisieren".

In der Entwicklung der Parteienlandschaft spiegelt sich der Zerfall der linksoppositionellen und Bewegungs-Szene wider, die die Politik der siebziger und achtziger Jahre noch höchst nachhaltig beeinflußt hatte. Selbst ein oberflächlicher Blick auf das herrschende politische System lehrt, daß eine auf die liberaldemokratischen Institutionen und die Parteiapparate fixierte Politik weitergehende emanzipative Interessen an Gesellschaftsveränderung von vorneherein ausschließt. Die Frage ist allerdings, wer diese überhaupt noch hat. Eine Revitalisierung politischer Strukturen außerhalb und gegen die herrschende Machtapparatur insgesamt wäre heute nötiger denn je, sie wird allmählich sogar zu einer Art gesellschaftlicher Überlebensfrage. Aber je mehr dies so ist, desto weniger scheint es noch Ansätze dazu zu geben. ●

Neuerscheinung im VERLAG 2000

»Antirassistische Arbeit im Betrieb«

Autor: **Thomas Kuchinke**
Herausgeber:
TIE-Bildungswerk e.V.

Seit einigen Jahren beginnen sich unter dem Etikett 'Schlanke Produktion' neue Rationalisierungskonzepte in Betrieben ganz unterschiedlicher Branchen durchzusetzen:

Die vorliegende Broschüre beschreibt den Stand der Diskussion innerhalb eines TIE-Bildungswerk-Projektes 'Rassismus im Betrieb'. Dieses Projekt besteht seit 1992. Beteiligt sind GewerkschafterInnen aus England, Frankreich und Deutschland.

Es hat zum Ziel, dazu beizutragen, das Bewußtsein von Gewerkschaftern in Betrieb und Apparat auf die Höhe des Problems zu bringen. Das bedeutet nicht allein, es zuallererst einmal besser zu verstehen. Es muß eine Praxis angestoßen werden, die die Diskussionen aus dem Ghetto von Ausländerabteilungen, Ausländerbeiräten und Sonntagsreden herausholt und ihr die Bedeutung verleiht, die ihr allein angemessen ist: Die Diskussion über Rassismus ist eine Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften.

Verlag 2000 – Offenbach
ISBN 3-88534-125-5
40 Seiten, DM 7,– zzgl. Porto

Max Horkheimer an Erich Fromm

[Lake Placid, N.Y.], den 24. Juli 1934

Am 14. Februar 1995 jährt sich Max Horkheimers Geburtstag zum hundertsten Mal. Horkheimer hat als Mitbegründer der Kritischen Theorie durch Bücher wie die „Dämmerung", die zusammen mit Theodor W. Adorno verfaßte „Dialektik der Aufklärung" oder Texte wie „Autoritärer Staat" die Theoriegeschichte nachhaltig beeinflußt. Philosophie, so hat Iring Fetscher Horkheimers Konzeption einmal zusammengefaßt, „soll und muß dienen, wenn sie human sein will. Die dient, indem sie, 'rücksichtslos' und allein der Wahrheit verpflichtet, alle Verhältnisse kritisiert, in denen der Mensch ein geknechtetes, entfremdetes, beschädigtes Wesen sein muß, und indem sie zugleich diejenigen Wissenschaften der mangelnden Humanität überführt, die zur Verschleierung der Unmenschlichkeit dienen statt zu ihrer Entlarvung."

Zum einhundertsten Geburtstag Horkheimers wird der erste von vier Bänden mit Briefen von und an Horkheimer erscheinen, die Leben und Werk umfassend dokumentieren. Damit werden die von Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr herausgegebenen *Gesammelten Schriften* Horkheimers erstmals vollständig zugänglich sein.

Aus dem im Februar erscheinenden ersten Band dokumentieren wir einen Brief Max Horkheimers an Erich Fromm vom 24. Juli 1934, in dem er Grundzüge eines Begriffs der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung entwickelt. Die weiteren Bände der von Gunzelin Schmid Noerr betreuten Edition der Briefe werden voraussichtlich bis zum Frühjahr 1996 erhältlich sein.

Lieber Fromm,
Mit Ihrem Brief vom 18. habe ich mich sehr gefreut. Auch ich hätte Sie schon angerufen, wenn nicht der Preis von $ 9.– für drei Minuten wahrscheinlich miserabeler Verständigung ein gewisses Hemmnis bildete. Nach meinen bisherigen Erfahrungen mit hiesigen Telephonen ließe sich kaum hoffen, daß wir uns an der Verbindung freuen könnten. Sollte sich etwa ein dringender Anlaß bieten, so werde ich natürlich trotzdem versuchen zu telephonieren.

Ihre Nachrichten über das Indianerdorf sind besonders interessant. Wichtig wäre es noch zu wissen, ob der Ackerbau eine wesentliche Bedingung dieser Lebensform bildet und wie das Verhältnis beider Geschlechter bei den notwendigen Arbeiten ist. Spielt die Frau beim Ackerbau selbst eine Rolle? Besitzt sie in irgendeiner der entscheidenden Produktionsverrichtungen größere Tüchtigkeit als der Mann? Sind ferner die Lebensbedingungen der Männer, abgesehen von den ungünstigen Verhältnissen bei der Heirat, schlechter als die der Frauen? Wird am Ende die Benachteiligung der Ehemänner durch die Stellung des Bruders der Ehefrau wieder aufgehoben, so daß gar nicht die Männer als solche, sondern nur die Männer in der Rolle des Ehegatten benachteiligt sind? – Außer diesen Fragen drängen sich natürlich noch eine ganze Reihe anderer auf, vor allem solche, die unmittelbar mit unseren Problemen der Autorität zusammenhängen. Ich bin überzeugt, unsereiner könnte sehr lange in jener Gegend zubringen, ohne daß es ihm langweilig würde.

Die Lage in Europa läßt sich gegenwärtig besonders schwer beurteilen. Es sieht eben fast so aus, als ob die französische Politik wirklich Erfolg hätte. Möglicherweise wird auch dieser Erfolg für die nächste Zukunft maßgeblich sein. Trotzdem fällt es mir schwer, an eine Dauerhaftigkeit zu glauben. Die maßlosen Ungeschicklichkeiten der deutschen Regierung bei Erledigung der Aufgaben, die ihr vom internationalen Großkapital zugewiesen sind, haben offenbar jenen Gruppen der Bourgeoisie, welche einen zu großen Anteil Deutschlands an der künftigen Machtverteilung in Europa entgegenarbeiten, ein augenblickliches Übergewicht verliehen. Dies bedeutet, daß man der deutschen Regierung etwas scharf auf die Finger sehen wird. Bestimmt reden die englisch-amerikanischen Bankiers, von deren geplanter Hilfsaktion für Deutschland in der gestrigen Times zu lesen war, eine ziemlich energische Sprache. Aber es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn es Herrn Krupp (1) und seinen Freunden nicht gelingen sollte, mit oder ohne Hitler Deutschland zu einem einigermaßen brauchbaren Mitglied der europäischen Völkerfamilie zu machen. Der eigentliche Sinn der französischen Politik geht ja auch gar nicht dahin, das gegenwärtige System in Deutschland zu vernichten – dies ist kaum noch der Traum einiger Emigranten –, sondern mit einem Deutschland, vor dessen Revanchegelüsten man materiell und durch die Bündnispolitik gesichert ist, in ein möglichst freundliches Verhältnis zu kommen. Daß die Deutschen nach Stresemann's (2) Tod die Verwirklichung dieser Notwendigkeit immer wieder gestört haben, ist eigentlich mehr auf eine Reihe von Unglücksfällen und ärgerlichen Mißverständnissen als auf die grundsätzliche Abgeneigtheit (der Deutschen) zurückzuführen.

Ernsthaft gefährlich könnte eigentlich Deutschland nur der Umstand werden, daß Frankreich selbst sich wieder zu dem großen Ordnungsfaktor in Europa aufschwänge, wenn es den Franzosen gelingen sollte, die politische Neuordnung im Innern rasch und reibungslos durchzuführen, so daß Deutschland trotz seiner großen Verdienste um die Stabilisierung des Monopolkapitalismus immer weiter als Unruheherd erschiene, dann könnte es geschehen, daß man den Franzosen in manchen Punkten freie Hand ließe. Ja, sollten sogar die Russen, nachdem sie ihre Propaganda schon nahezu liquidiert haben, selbst noch gewisse Konzessionen im Innern machen (ich glaube, sie haben in dieser Richtung schon allerhand getan), dann könnte es sich ergeben, daß – im Zuge der Einigung der westeuropäischen Staaten – das Problem Deutschland gegenüber dem Problem der Anti-Ostorientierung als das dringlichere erschiene. Man darf jetzt nicht vergessen: Alarmnachrichten, wie sie regelmäßig aus Deutschland kommen, bedeuten auch dann, wenn gar nichts ernsthaft Beun-

ruhigendes dahintersteckt, ein ärgerliches und störendes Moment. Wenn Hitler das nicht abschafft, könnte er schließlich trotz seiner hervorragenden Eigenschaften noch unbrauchbar werden. Und am Ende wird man noch über all diese Unfähigkeiten der deutschen Kollegen so mißmutig, daß man die immerhin zuverlässigen Franzosen machen läßt. Diese haben es ja bei den diplomatischen Verhandlungen schon immer gesagt: Deutschland ist ein Unruheherd. Man hat es ihnen bisher nicht geglaubt, sondern diese Reden für bloße Taktik gehalten, schließlich aber kann man ihnen nicht mehr so ganz unrecht geben. – Die Ursache für diese Probleme liegt bestimmt nicht in den Persönlichkeiten der deutschen Führer. In diesen drückt sich vielmehr nur die klassenmäßige Tatsache aus, daß das deutsche Kleinbürgertum, dessen man im Staatsapparat dringend bedarf, zur Niederhaltung der Bevölkerung eines rapid gewachsenen, sehr weit entwickelten Industriegebietes doch zu schlechte Qualitäten hat. So gescheit waren die deutschen Industrieleiter schon gewesen, daß sie dies im voraus bemerkt hatten, aber der Versuch, sich zur Bewältigung der staatlichen Aufgaben eines ausgesuchten Menschenmaterials, nämlich der Frontsoldaten, zu bedienen, erschien angesichts der vertieften Klassengegensätze doch von vornherein als ungenügend. Schließlich hatte man ja eben jenes Kleinbürgertum und große Massen der Arbeitslosen, um sie gegen die Ansteckung immun zu machen, selbst organisiert und ihnen eine Ideologie gegeben, welche weit zugkräftiger war als der dem früheren Zustand angemessene Patriotismus alten Stils der Frontsoldaten. Die gesellschaftliche Dynamik drängte gewaltig dazu, sich dieser Kräfte nun auch zu bedienen. Jetzt zeigt es sich, daß diese Bewegung, welche von ihren Förderern und Leitern aus rationalen Motiven der Beherrschung und Ablenkung vorangetrieben worden ist, infolge der eigentümlichen Klassensituation in Deutschland die Ursache zu ganz eigenartigen Schwierigkeiten bietet. Die äußeren Symptome dafür sind die schlechten Qualitäten, die „Ungeschicklichkeiten" der Führer, der sozial-psychologische Untergrund liegt darin, daß die Massen aus den verschiedenen Klassenlagern in Deutschland sich kaum an die neue monopolkapitalistische Struktur anpassen können. Das merkwürdige Phänomen, welchem wir daher gegenwärtig zuschauen, ist die Tendenz, daß sich die Beherrschungsprobleme der deutschen Industrie in solche des europäischen Bürgertums verwandeln. Diese Tendenz äußert sich natürlich viel weniger in der Form realer Hilfe als in dem Übergewicht, das konkurrierende Machtgruppen erlangen, zunächst einmal in den Bedingungen der fremden Bankiers. Eine solidarische Aktion könnte nur dann entstehen, wenn die Gefahr von links sich nicht in der vermittelten Form von Auseinandersetzungen im Lager der Regierungspartei, sondern in einer sichtbaren Organisation der ihr feindlichen Massen äußerte. Aber auch dann würde diese Solidarität des Bürgertums, wie die jüngste Geschichte lehrt, durch die auseinandergehenden Konkurrenzinteressen ganz wesentlich getrübt.

All dies ist natürlich insofern „von oben" gesehen, also sowohl die ökonomische Lage in Deutschland wie auch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern nicht (genügend) berücksichtigt sind. Andererseits glaube ich jedoch, daß diese wirtschaftlichen Gegensätze selbst nur vermittelte Wirkungen dessen sind, was in der ökonomischen Geschichtsauffassung „ökonomisch" heißt. Dieser Begriff wird in ihr vielmehr zunächst auf die Gesamtheit der Faktoren angewandt, welche die Stellung der Menschen im Prozeß der Produktion und Reproduktion ihres Lebens bestimmen. Diese Faktoren, die menschlichen und außermenschlichen Produktivkräfte und die ihrem Stand entsprechende Produktionsweise sind aber auch in der gegenwärtigen europäischen Situation keineswegs unmittelbar identisch mit den Interessengegensätzen der konkurrierenden industriellen Machtgruppen. Diese Phänomene der Konkurrenz wirken freilich auf ihre eigenen Grundlagen wiederum zurück, und sie können durch die unmittelbar von ihnen abhängenden Ereignisse, z.B. durch kriegerische Aktionen, für die Menschen höchst bedeutsam werden. Aber der große Zug in der Geschichte, schließlich auch die Konsequenzen solcher Kriege, werden am Ende doch von der ökonomischen Grundstruktur der Gesellschaft und der sich aus ihr ergebenden Klassengegensätze bestimmt. So kann es geschehen, wie wir im Weltkriege selbst erfahren haben, daß das Antlitz der Erde sich wenige Jahre nach dem Kriege sehr stark von ihrem Aussehen im Vorkrieg unterscheidet, ohne daß die Konstellation der im Kriege miteinander kämpfenden Gruppen einen besonders wichtigen Erklärungsfaktor dabei bildete. Diese hätte auch ganz anders sein können, und die Folgen wären doch sehr ähnlich gewesen. Der Krieg hat die Entwicklung beschleunigt, und im Zuge dieser Beschleunigung erscheint die Verteilung der Länder im Kampf als ziemlich zufällig. Deshalb sollte man auch jetzt, d.h. in der Vorgeschichte neuer Kriege, die wirtschaftlichen Gegensätze nicht mit den ökonomischen Grundlagen verwechseln. Eine Auffassung, welche Geschichte aus Konkurrenzphänomenen erklärt, ist ebenso wenig materialistisch, wie die Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung aus Angebot und Nachfrage (diesen spezifisch national-ökonomischen Kategorien). Diese im fachlich national-ökonomischen Sinne „wirtschaftlichen" Erscheinungen festzustellen und zu ordnen, genügt keineswegs, um zum historischen Kern vorzudringen. Gerade in der gegenwärtigen Periode sind die aus dem Klassenverhältnis hervorgehenden Schwierigkeiten grundlegend, und die Gegensätze zwischen den großen kapitalistischen Gruppen, die ganz gewiß auch ihre Bedeutung haben, muten dabei wie zusätzliche Verwicklungen an, welche die Bemühungen, mit der großen Frage fertig zu werden, durchkreuzen und komplizieren.

Der Gedanke, daß ein Abflauen der gegenwärtigen Krise auch die Beherrschungsprobleme außerordentlich erleichtern könnte, vermag diesen Gedankengang nicht ungültig zu machen. Es ist nämlich die Krise nur scheinbar ein Phänomen im rein national-ökonomischen Sinn, nur in der positivistischen Denkart unserer Fachwissenschaftler sieht es so aus, als ob die Krise, welche sich freilich in Schwierigkeiten des Absatzes, der Kreditversorgung der Kapitalanlage usw. äußert, auch aus der Disziplin, welcher diese Kategorien in der traditionellen Einteilung der Wissenschaften gerade angehören, begreifen lassen müßten. Die Krise mag sich zwar am auffallendsten in dieser Sphäre manifestieren, und da es sich gewiß dabei um die unmittelbarsten Ursachen handelt, ist das Gedankenexperiment, daß beim Wegfallen all dieser Faktoren auch die Krise verschwände, leicht und reibungslos anzustellen. Aber schon die Entwicklung der Technik, die Erfindungen und ihre Anwendung oder Nichtanwendung, welche doch bei der Krise stark mitbestimmend sind, dürfen keineswegs vorwiegend aus Konkurrenztatsachen verstanden werden, sondern es spielt mindestens ebensosehr der Anspruch der Arbeiterklasse, der Grad ihrer Organisation, ihre Fähigkeiten, ihre Psychologie eine Rolle dabei. Diese Momente hängen selbst freilich von ökonomischen Faktoren, vor allem von der Entwicklung ihrer Arbeitssituation ab, und diese selbst ist wieder durch die Eigentümlichkeiten der Maschinerie mitbestimmt. Aber diese eigentlich ökonomischen Größen sind mit denen der National-Ökonomie nicht unmittelbar identisch, und zu ihrer Erfassung genügt keineswegs die Sprache der Finanzleute und Spekulanten. In Wahrheit ist die Krise die geschichtliche Stelle, an der die Unvereinbarkeiten der gesamten gesellschaftlichen Formen mit den wachsenden Fähigkeiten der in diese Formen eingezwängten Menschheit sich zunächst ankündigt und schließlich zur Katastrophe wird. Bei der Darstellung der eigentümlichen Dialektik, welche zur Krise führt, haben die speziellen Konkurrenzphänomene gewiß einen Vorrang vor den oberflächlichen politischen Kategorien, wie z.B. der „Staatseinmischung" oder gar vor den eingebildeten Wesenheiten einer idealistischen Geschichtsauffassung, wie z.B. dem Mangel oder Vorhandensein von Gemeinschaftsgefühl, Bescheidenheit usw., aber nicht etwa vor jenen Kategorien, in denen sich unmittelbar die Klassenverhältnisse widerspiegeln.

Diese Ansicht ist keine allgemeine, sie gilt

z.B. in viel geringerem Maße für die Zeit des aufsteigenden Bürgertums als für die gegenwärtige. Auch in dieser ist nun das Verhältnis keineswegs eindeutig, so daß man (heute) die spezifisch national-ökonomischen Kategorien vernachlässigen dürfte, sondern zu den vorhandenen Widersprüchen kommt noch die Vertiefung des Widerspruchs zwischen den Gegensätzen der großen monopolistischen Machtgruppen untereinander und der Anforderung, im Innern der von ihnen beherrschten Staaten Ruhe zu halten, hinzu. Die ökonomische Geschichtsauffassung gibt eben kein allgemeines Rezept, wie ihre sie entstellende Gegner behaupten – die Überbau-Unterbauthese isoliert genommen gibt ein höchst verzerrtes Bild –, doch ist sie freilich sehr von jenen positivistischen Ansichten verschieden, in welcher alle Elemente des Geschichtsganges nebeneinandergeordnet sind. Die Methode der ökonomischen Geschichtsauffassung, der Sinn ihrer Kategorien erfährt im Fortschritt der geschichtlichen Ereignisse selbst tiefgreifende Veränderungen, ohne daß doch die zu Grunde liegenden Intentionen, welche mit dem Kampf um Aufhebung der herrschenden Ungerechtigkeit zusammenhängen, aufhören, in ihr wirksam zu sein. Diese Intentionen sind es, an welchen sich im besonderen Fall materialistische Denkweise viel rascher erkennen läßt als an dem Manipulieren mit spezifisch national-ökonomischen Kategorien. Die Grundbegriffe dieser Auffassung wie Produktivkräfte, Produktionsweisen, Gebrauchswert und Tauschwert, Klasse und Ausbeutung sind denn auch solche, in welche der gesellschaftliche Gesamtprozeß und nicht bloß die Welt der Konkurrenzinteressen eingeht.

Dies gilt nicht bloß für die Beurteilung der Diplomaten, die sich gegenwärtig in den verschiedenen europäischen Hauptstädten unterhalten. Nicht bloß ihre Persönlichkeiten überhaupt, sondern auch der Grundton ihrer gegenwärtigen Stimmung sind von der Tatsache des Klassenkampfes bestimmt, und daher arbeiten sie wohl in der nächsten Periode ziemlich eifrig an der Herstellung eines europäischen Gleichgewichts, welche Arbeit freilich durch die entgegenstehenden Profitinteressen und ihre unter Umständen blutigen Konsequenzen zeitweilig gestärkt werden kann. Dies gilt vielmehr auch für die Beurteilung der gesamten Ideologie in der gegenwärtigen Periode. In ihr ist der Chauvinismus nach außen (zwar natürlich) auch durch die vorhandenen äußeren Interessengegensätze bedingt, aber seine eigentümliche Prägung erhält er doch durch die Rolle, welche sogar er noch durch seine Funktion unter den psychologischen Herrschaftsmethoden im Innern erfüllt. Selbst der Imperialismus ist ja nicht bloß aus speziell wirtschaftlichen, sondern auch echt ökonomischen Umständen heraus zu begreifen. Die Existenz der strukturellen Reservearmee spielt bei ihm gewiß eine ebenso große Rolle wie die Aussicht profitabler Kapitalanlagen. Doch versagt auch hier das undialektische Denken: die Ansicht, daß die europäischen Staaten infolge ihrer „inneren Schwierigkeiten“ miteinander Krieg anfangen werden, ist viel zu einfach. Vielmehr bilden diese „inneren Schwierigkeiten“ zu gleicher Zeit, wie sie ein kriegsförderndes Element sind, in noch stärkerem Maße einen Antrieb zur Verständigung. Und der Sinn der nächsten Periode in Europa wird daher, selbst wenn sie durch kriegerische Spannungen, ja Entladungen unterbrochen sein sollte, die Herstellung eines Zustandes außenpolitischer Stabilität in diesem Erdteil sein. Inwiefern diese ganze hier angedeutete Dynamik, deren Grundrichtung die Verständigung und deren immanente Gegentendenzen die auseinandergehenden Konkurrenzinteressen sind, durch Ereignisse verändert wird, welche die ganze Entwicklung in eine völlig neue Bahn treiben müßten und Kämpfe andern Inhalts hervorbrächten, bleibt natürlich dahingestellt. Ich glaube, wir sollten in dieser Hinsicht nicht allzu rationalistisch denken: diese Periode braucht gar nicht so lange zu dauern! Jedenfalls glaube ich, daß die obige Betrachtungsweise, die ja uns beiden gemeinsam ist und die ich jetzt nur etwas geschwätzig umrissen habe, den gegenwärtigen Ereignissen adäquat ist, und die Oberfläche, zu denen unter Umständen auch die Mächtekonstellation in einem Krieg gehört, als Oberfläche begreift, die freilich vom Kern her gesprengt werden kann. – Da haben Sie nun eine Reflexion in ganz undisziplinierter Form und vor allem Länge und auch noch eine solche, in der wirklich nichts Neues vorkommt. Aber wir haben ja ausgemacht, daß uns dies gegenseitig erlaubt sein soll. Vor allem tut es mir leid, daß ich so wenig Konkretes geschrieben habe.

Dankbar bin ich Ihnen für den Hinweis auf die Nachrichten über Laski. Sie haben mit Ihrer Beurteilung sicher recht.

Von hier gibt es nicht besonders Neues zu melden. Mit M(arcuse) spreche ich über die dialektische Logik (3) und versuche, in meine Probleme ein wenig hineinzukommen. Heute ist G. (4) mit Frau hier angekommen. Er teilte mir mit, daß ihm der Arzt Höhenluft verordnet habe. Als Verantwortlicher für die von uns kritisierten Entwürfe zur Familienarbeit hat sich Löwenthal gemeldet. Er versucht sie in einem längeren Schreiben zu verteidigen, vermag aber im Grunde nur äußerliche Zweckmäßigkeitsgründe an die Stelle von wissenschaftlichen Argumenten zu setzen. Als ob nicht unsere Publikation nur dann auch äußerlich zweckmäßig sein könnte, wenn sie wissenschaftlich einwandfrei ist.

Als ich New York verließ, habe ich noch heftig nach dem Exemplar Ihrer Autoritätsarbeit (5) gesucht, das ich zu besitzen glaube. Da ich es in der Eile nicht finden konnte, bleibt nun nur die Wahl, daß Sie es mir zuschicken oder die Lektüre bis zu unserem Zusammentreffen aufgespart wird. Dieses letztere erscheint mit nur dann wünschenswert, wenn Sie Ihr Exemplar in den nächsten Wochen brauchen. Im anderen Falle bitte ich Sie um Übersendung. Ferner bitte ich Sie im nächsten Brief um eine Nachricht, welche ich in den letzten Briefen vermißt habe: was haben die Ärzte dort zu Ihrem Befinden gesagt? Ist ihr Urteil überhaupt zuverlässig? Wie sind die speziellen Bedingungen für Ihre Erholung? Ich freue mich darauf, bald wieder einen Brief von Ihnen zu bekommen und bitte Sie schon im voraus um Verzeihung, falls meine Antwort spärlich und verzögert sein sollte. ●

A rivederci!

Anmerkungen:

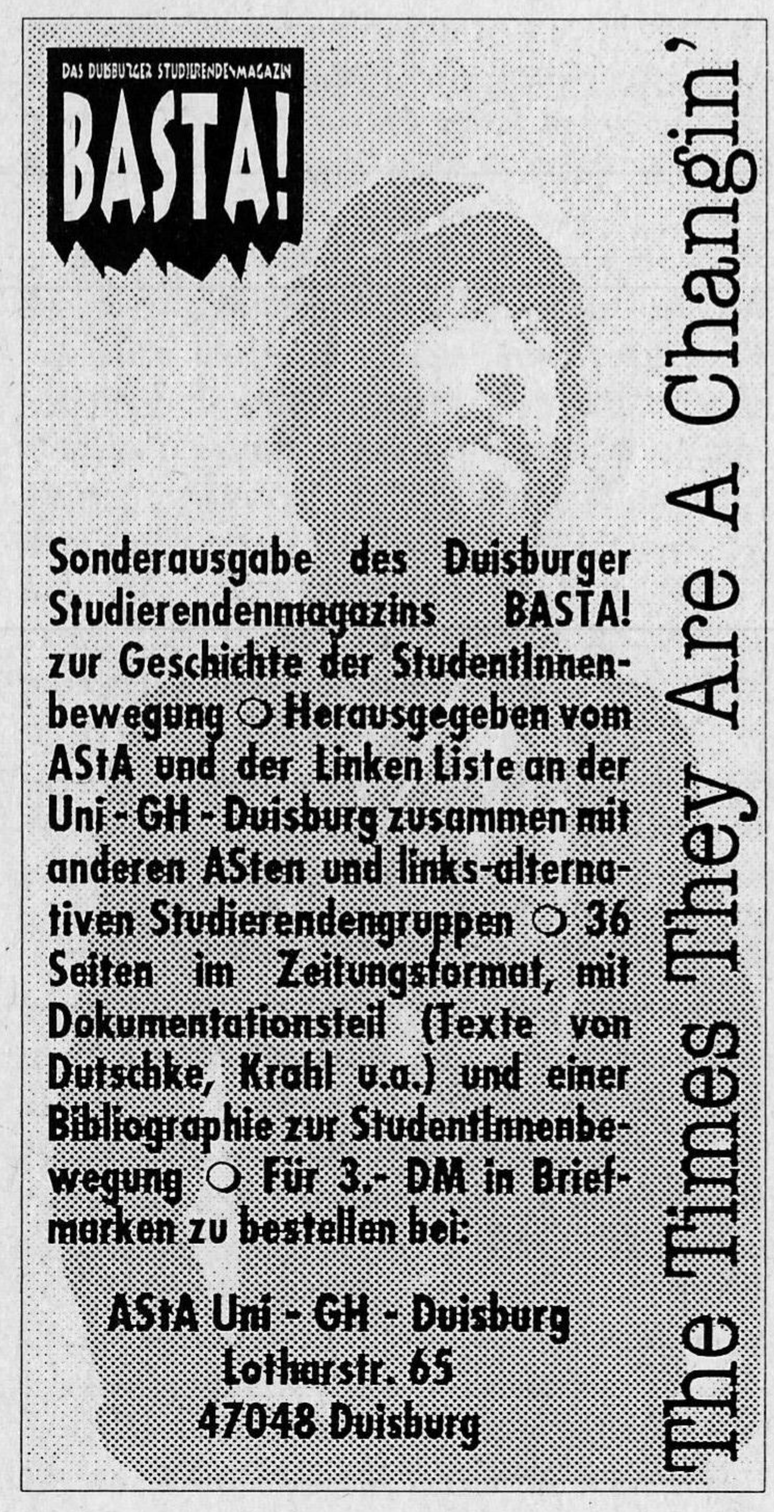
1 Alfried Krupp on Bohlen und Halbach (1907-1967); er war allerdings erst seit 1943 formeller Eigentümer der Firma Krupp, des zwischen den Weltkriegen führenden deutschen Rüstungskonzerns.

2 Gusta Stresemann (1878-1929); 1923 Reichskanzler und danach Außenminister in erschiedenen Regierungen; seine Politik war zeitlebens on deutschen Großmachtplänen bestimmt, strebte aber in späteren Jahren zunehmend ein kollekti es Sicherheitssystem mit den Westmächten an.

3 Vgl. B. om 20.7.1934, Anm. 2.

4 Nicht ermittelt; ielleicht Julian und Lotte Gumperz.

5 Fromms einleitender Beitrag 'Sozialpsychologischer Teil' zu den Studien über Autorität und Familie (eröff. : Paris 1936, S. 77 ff.; in: FGI, S. 141 ff.).

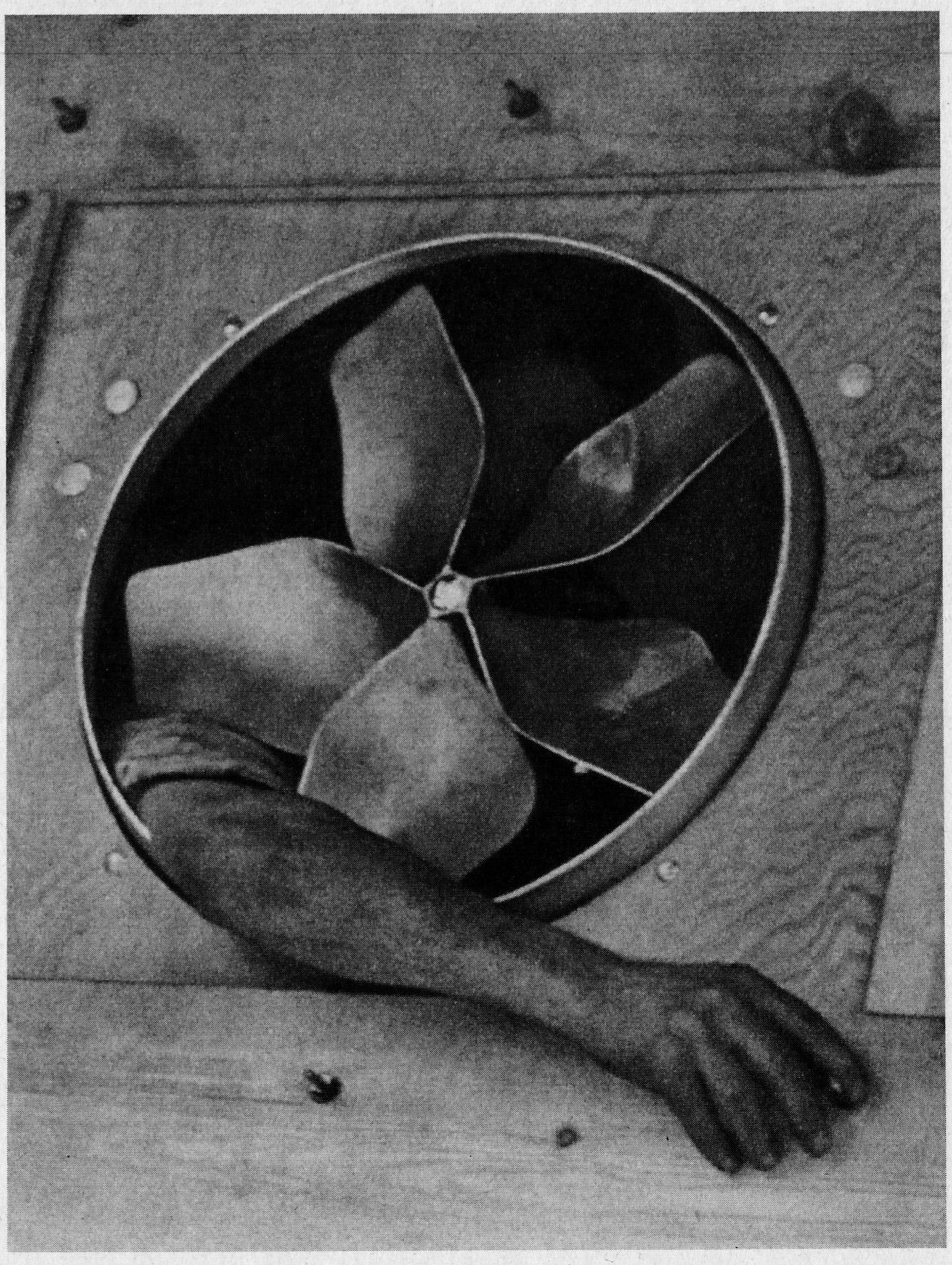


FRIEDER DITTMAR

Antifaschistische Eigentore

Zum impliziten Faschismusbegriff in den heutigen Gesellschaftswissenschaften

Wer derzeit noch den Begriff Faschismus für die Analyse der heutigen Gesellschaft als notwendig erachtet, gilt im sozialwissenschaftlichen Apparat bestenfalls als geduldeter Restbestand versunkener Theorietraditionen, im allgemeinen als unwissenschaftlicher Demagoge. Im politischen Tagesgeschäft dagegen erfreuen sich die Bezeichnungen Faschismus, Faschist und faschistisch andauernder Beliebtheit. Selten bezeichnet jemand die hiesigen Verhältnisse unmittelbar als faschistisch, etwa in der These vom 4. Reich. Öfter schon wird eine schleichende Faschisierung prognostiziert oder die drohende Gefahr einer Rückkehr des Faschismus an die Macht betont. Um so häufiger wird wiederum auf die augenscheinlichen Differenzen zum historischen Faschismus verwiesen. Wo die eigene gesellschaftliche Realität mit Samthandschuhen angefaßt wird, gesellt sich häufig ein recht undifferenzierter Umgang mit auf den Faschismus verweisenden Metaphern hinzu, wenn es gilt, ein in die Distanz gerücktes Feindbild zu zimmern. Russen-Hitler, Führer Saddam und das Völker-KZ Jugoslawien sind die gültigen Spielmarken.



Entgegen dieser politischen Relevanz führt eine explizite Faschismustheorie heute ein stiefmütterliches Dasein. Die Konjunktur der 70er Jahre ist abgeflaut. Jegliche politische Anspielung auf den Faschismus bliebe allerdings chimärisch, wüßten nicht alle, die den Begriff verwenden, für sich ganz genau, was unter Faschismus so vorzustellen sei, und könnten sie nicht davon ausgehen, daß die Angesprochenen mit der Beschreibung ebenfalls etwas anfangen können. Ein heimlicher Faschismusbegriff bleibt auch in der heutigen gesellschaftswissenschaftlichen Theorieproduktion permanent präsent.

Spätestens seit der Vereinigung, seitdem Städtenamen als gebündelte Beschreibung bundesrepublikanischer Realität taugen, bleibt es auch dem Wissenschaftsbetrieb nicht mehr verborgen, daß Rassismus, Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Nationalismus nicht als Phänomene vergangener Epochen angesehen werden können. So mehren sich die sozialwissenschaftlichen Versuche, die aktuellen Ereignisse theoretisch einzufangen. Die Vielzahl der Arbeiten und Studien zu diesen Themen läßt sich kaum mehr überblicken.

Gemeinsamer Ausgangspunkt der öffentlichen Empörung wie der meisten Forschungen sind die recht unmittelbar zugänglichen Manifestationen: Brandanschläge auf Asylbewerberheime, Verwüstungen jüdischer Friedhöfe, Gewalttaten und Morde. Der Blick auf die Exzesse verstellt im ersten Moment die Sicht auf die Alltäglichkeit und die strukturelle Dimension der Diskriminierung. Weitergehende Untersuchungen über Diskriminierung und Chauvinismus als Ordnungsprinzip in Institutionen, Verfahrensregeln und Gesetzestexten oder nach

rassistischen, antisemitischen oder nationalistischen Erklärungsmustern und Argumentationen offenbaren recht schnell, daß ein Abflauen der Gewaltexzesse, sei's real, sei's medial, nicht mit einer Behebung des Problems gleichgesetzt werden darf. Doch gelten dabei Diskriminierung und Chauvinismus zumeist als das Gegenstück zu Demokratie, dem Hort der universalen Menschenrechte, als vordemokratische Überbleibsel oder undemokratische Hartnäckigkeit. Im Zentrum der – in den seltensten Fällen ausformulierten – Theorie solcher Studien stehen Straßen- oder Schreibtischtäter, deren Verhalten entschuldigt oder angeprangert werden soll.

Die Rechtsextremismusforschung endlich entkoppelt die als rechtsextrem markierte Phänomene offensiv von der Gesellschaft, indem sie diese als undemokratisches politisches Programm faßt. Rechtsextremistische Phänomene bedrohten von außen die Gesellschaft. Der Streit, ob die Übergriffe vorwiegend nun von verblendeten, geistig und finanziell minderbemittelten oder falsch erzogenen Einzeltätern verübt werden, oder ob ein starkes rechtsextremes Netzwerk angenommen werden muß, tangiert diese Grundlage nicht. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung bringt die Forschungsbemühungen heim in den nationalen Konsens, wenn es in Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit das Gegenstück zu Demokratie sieht (Memorandum 1992). Es ist nicht zu übersehen, daß die jeweilige Verortung des extremistischen Potentials mit eigenen praktischen Verhinderungsstrategien und dem eigenen Standpunkt in der Gesellschaft korrespondiert.

Eine Version der Rückkopplung des Rechtsextremismus an die real-existierende parlamentarische Demokratie stellt der Versuch dar, die Neigung zum Extremismus in der Mitte der Gesellschaft – oder gar aus ihr heraus – aufzuspüren. Da die parlamentarische Demokratie idealiter von ihren Exzessen und ihrem undemokratischen Charakter unterschieden bleibt, drängt sich notwendigerweise die Frage auf, warum und wie diese Phänomene jetzt zu Tage treten.

Faschistische Tatbestände

Von einem Wandel der Gesellschaft im Sinne einer Verschlechterung ist heute allenthalben die Rede, ob nun unter der Rubrik Rechtsruck, Entdemokratisierung oder Faschisierung. Der Streit beginnt mit den Fragen nach Inhalt, Form und Motor dieser Prozesse.

Als Indikatoren für die diagnostizierte Veränderung dienen recht unterschiedliche Phänomene, wobei etliche direkt auf den historischen Faschismus verweisen. Neben der Wiederkehr einer sich selbst als faschistisch bezeichnenden Bewegung, der Rückkehr rechtsextremer Parteien in die Parlamente und einer weitgreifenden Wahlmüdigkeit, richtet sich der Blick auf den Staat, seine ihn tragenden Parteien und die Öffentlichkeit. Mit rassistischen, rechtsextremistischen und nationalistischen Argumentationen sind nicht nur Wahlen zu gewinnen, sie bestimmen maßgeblich die Richtlinien der Politik. Flüchtlingslager erinnern nicht von ungefähr an KZs, Abschiebungen etwa in die Türkei an Deportationen. Wie soll die Illegalenjagd bezeichnet werden? Wie die Entsubstantialisierung des Rechts? Die innere Aufrüstung erscheint als Schritt zum totalen Staat. Muß noch ein Wort zur völkischen Öffentlichkeit verloren werden, wenn ein süddeutscher Getränkehändler vorschlägt, für Asylbewerber ein eigenes Pfandflaschensystem einzuführen, da diese sonst für ihre Lebensmittelmarken Wasserkästen kaufen, austrinken, hinterher einlösen und somit bares deutsches Geld erschleichen könnten?

Evident erscheint die Differenz auf dem klassisch-politologischen Terrain der Institutionenkunde: Im Faschismus gibt es kein parlamentarisch-demokratisches Institutionensystem, im wesentlichen also keine Legitimation durch Wahlen, sondern charismatische oder technokratische Herrschaft, entsprechend Terror statt durch Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung gezügeltes Monopol legitimer Gewalt. Daß der jetzige Gesellschaftszustand nicht als Faschismus bezeichnet werden kann, erklärt sich so von selbst. Eine soziologisierendere Variante der Faschismusdefinition sucht den springenden Punkt in der Gleichschaltung der Verbände und Medien, kurz: in der unmittelbar staatlichen Organisation der (Zivil-) Gesellschaft, und landet damit beim gleichen Ziel.

Freilich dämmert es so manchem kritischen Gesellschaftswissenschaftler, daß parlamentarische Demokratie höchst unterschiedliche Ausprägungen haben, sehr unangenehme Züge annehmen kann, ohne daß ihre Institutionen offensiv abgeschafft werden. Erst von Faschismus sprechen zu wollen, wenn alle Erscheinungsformen eine Identität mit dem historischen Faschismus aufweisen, ist offensichtlich oberflächlich. Die Gegenargumentation zur obigen Augenfälligkeit könnte darauf verweisen, daß zwar eine formale Gleichschaltung der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht mehr stattfindet, aber auch nicht mehr nötig zu sein scheint. Oder: Der biologisch begründete Rassismus ist allgemein verpönt, dafür wird mit einem kulturalistischen argumentiert; die institutionelle Form der Demokratie bleibt zwar erhalten, in ihrer demokratischen Substanz wird sie aber ausgehöhlt. Muß also eine wie auch immer geartete Kontinuität des Faschismus konstatiert werden?

Solcherlei Definitionen von Faschismus lassen sich durchaus auch auf höherem Niveau bilden, werden dabei aber weder unproblematischer noch eindeutiger: Soll als Wesentliches am Faschismus festgehalten werden, daß jede rationale Überlebensstrategie zunehmend unmöglich gemacht werde, müßte ebenso einer wie auch immer gearteten Kontinuität das Wort geredet werden, wollte man nicht die kapitalistische Leistungsideologie affirmieren, daß *jeder* seines (Un-)Glückes Schmied sei.

Der Versuch, den Faschismus mittels Definition zu packen, läßt ihn verschwinden: Entweder ein für alle Mal in der Vergangenheit oder aber in der Kontinuität der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Ist der Faschismusbegriff also nicht dazu geeignet, Veränderung und Wandel zu messen?

Gemeinplatz Veränderung

Die Diagnosen der derzeitigen Veränderung sehen recht unterschiedlich aus. Am populärsten ist die These des Rechtsrucks, also der Verschiebung des öffentlichen Bewußtseins nach rechts. Entsprechend wandeln sich die Politikinhalte von 'mehr Demokratie wagen' und 'Wohlstand für alle' in autoritäre, rassistische (netter: fremdenfeindliche) und nationalistische. Nach rechts rückt der Souverän – der mögen die herrschenden Eliten zwecks Herrschaftsabsicherung, der mag die Bevölkerung aus Unzufriedenheit, Dummheit, Manipulation oder Egoismus sein. Der Rechtsruck ist somit eine Angelegenheit der verschiedenen Kräfte der Politik. Sind die derzeitigen Veränderungen bloß auf geschickte Propaganda zurückzuführen oder gar als das Besinnen auf die eigenen Interessen zu verstehen? Am elaboriertesten ist hier wohl ein Ansatz aus der Diskurstheorie, derzufolge es der intellektuelle Neuen Rechten durch eine kluge Strategie gelang, ehemals linke Kritik an den herrschenden Verhältnissen diskursiv zu wenden, deren Begriffe zu besetzen und die kulturelle Hegemonie der Linken zu entreißen. Verschwörungstheorien verlocken stets.

Die These der Entdemokratisierung zielt mehr auf die Veränderung der demokratischen Institutionen selbst. Mit der Einschränkung, daß der bloße erneute Meinungswandel nicht viel an der schrecklichen Diagnose ändern würde, ist sie an die These des Rechtsrucks unmittelbar anschlußfähig. Weitmehr würden sich die Institutionen selbst wandeln, die Chancen für demokratische Bewegungen, mithin die Aussicht auf einen Linksruck mindern. Dem Rechtsruck wird der unmittelbar reversible Charakter genommen, die Veränderung ist keine Angelegenheit an der Oberfläche der Form parlamentarischer Demokratie, sondern unterminiert diese selbst.

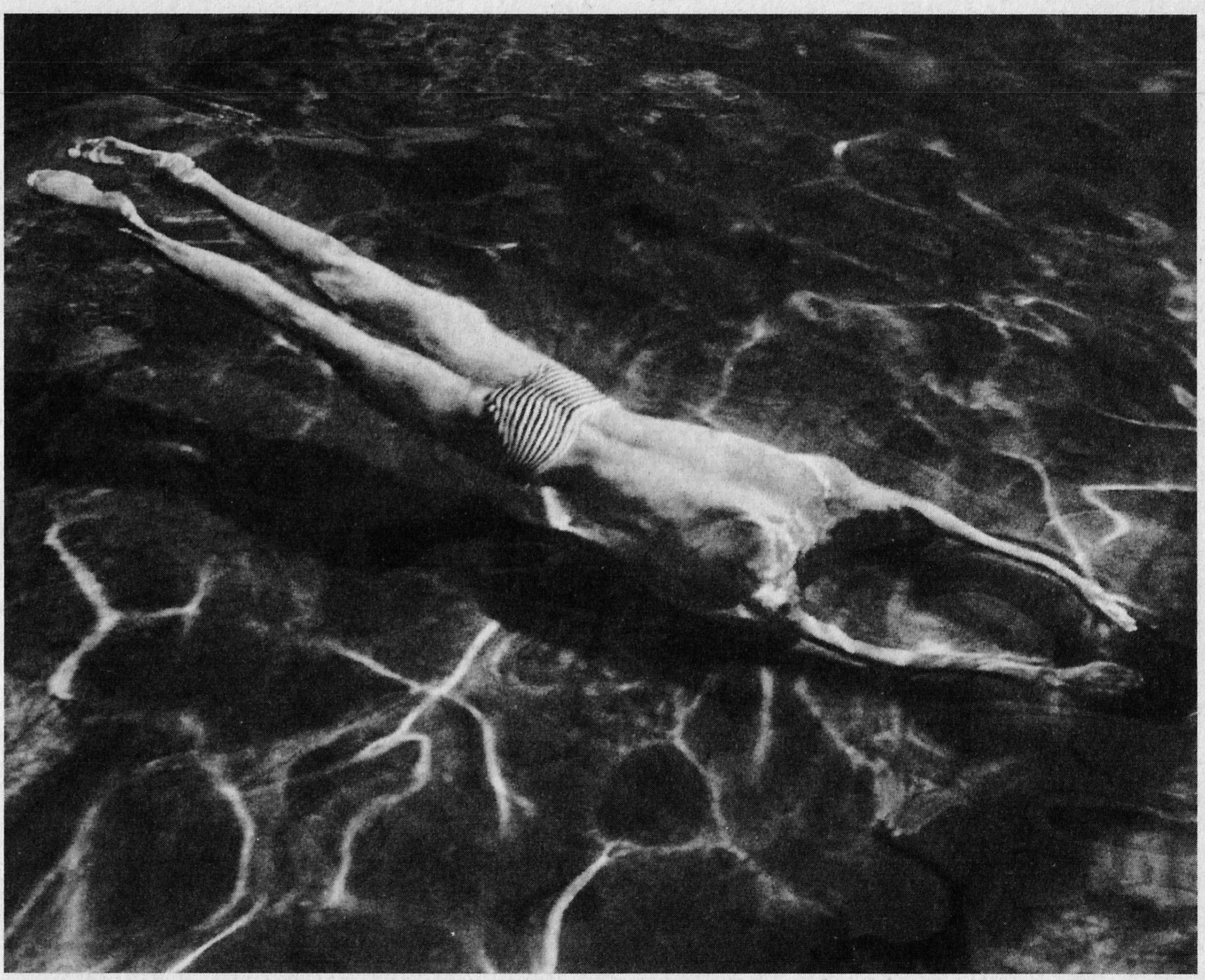
Die These der Faschisierung scheint in erster Linie mit ihrer Prognose radikal zu sein. Zu einem drohenden Faschismus läßt sich

allerdings sowohl die These des Rechtsrucks wie auch die These der Entdemokratisierung unmittelbar erweitern, da in beiden die Bedeutung politischer Kräfte ins Zentrum gerückt wird. Kernstück der Argumentation in der These der Faschisierung dagegen, wie etwa bei Heiner Möller, ist die Verschränkung von Demokratie und Faschismus. Die Demokratie tendiere in der kapitalistischen Vergesellschaftung notwendigerweise zum Faschismus. Faschismus ist so keine Angelegenheit der falschen Politik, sondern das Resultat kapitalistischer Vergesellschaftung. Die bürgerliche Demokratie komme im Faschismus zu sich selbst. Doch warum die bürgerliche Demokratie nicht schon immer bei sich selber ist, muß ihnen unbegreiflich bleiben.

Auffällig ist die allgegenwärtige Betonung der Veränderung gerade auch im Begriff der Faschisierung. So sehr darum gestritten wird, wie dieser Prozeß aufzufassen sei, ob als Wiederkehr des historischen Faschismus oder in aktualisierter Form, ob als zwischenzeitliche Störung der parlamentarischen Demokratie oder als Entwicklung zur autoritären Massendemokratie, so vehement darüber debattiert wird, wie sich die heutigen Zustände zur parlamentarischen Demokratie der alten BRD und zum historischen Faschismus verhalten, so wenig wird der Status der Veränderung systematisch beleuchtet.

Zur entscheidenden Instanz für den Zustand einer Gesellschaft gerät die politische Herrschaft, mithin die staatliche Organisation der Politik. Noch die kritischste Diskussion fällt mit der scheinbaren Evidenz des Arguments 'Wenn hier und jetzt Faschismus wäre, könnten wir hier nicht sitzen' ins Schweigen. Entsprechend muß die real-existierende Demokratie, auch wenn sie als tendenziell sich auflösende begriffen wird, zumindest als Ort, wo Widerstand (eben Politik) formuliert und formiert werden darf und kann, verteidigt werden. Übrigens bietet die Verortung der Macht beim personifizierten Kapital in keiner Weise die Zurücknahme der Politik hinter die Ökonomie: Sie fundiert zwar die Macht, freischwebend liegt sie aber dann in der Willkür ausgewählter Kapitalisten.

Wenn nun Demokratie nicht als Metapher für den Zustand nach der völligen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse fungiert, sondern die egalitäre Verteilung der Souveränität auf jeden einzelnen Bürger meint und durch einen Staat dieses Unterfangen potentiell gewährleistet werden könne, erscheint der Faschismus als unmittelbare Herrschaft weniger. Faschismus an der Macht reduziert sich auf die Eroberung und Beschlagnahme der Staatsapparate, ob mit demagogisch-propagandistischen oder militanten Mitteln, sei's durch Führer oder Partei, sei's durch ökonomische Potentaten. Widerstand gegen Totalitarismustheorien der einfachsten Strickart ist dann zwecklos.



In den 60er und 70er Jahren, in denen die Welt angeblich eher in Ordnung gewesen sein soll, waren Totalitarismustheorie und Extremismusforschung streng verpönt, dienten sie doch als Legitimationswissenschaft für die BRD und lieferten sie passable Feindbilder, ob gegen den real-sozialistischen Block oder im Inneren als Begründung für Berufsverbote oder Symphatisantenhatz.

Kapitalistische Schatten- und Sonnenseiten

Freilich stand der theoretische Widerstand gegen die Produktion von Herrschaftswissen auch in weiten Teilen der expliziten Faschismusforschung auf recht wackligen Füßen. Horkheimers endlos zitierter Satz, daß über den Faschismus schweigen solle, wer über den Kapitalismus nicht reden wolle, schien die Sache einfach zu machen: Der Kapitalismus galt für nicht wenige in den real-sozialistischen Staaten als abgeschafft. Konnte so eine Grenze zwischen dem Westen, seinen parlamentarischen Demokratien und den möglichen oder zwangsläufigen faschistischen Transformationen, und den proletarischen Diktaturen gezogen werden, konnte in diesem Sinne von der Alternative zwischen Sozialismus und (möglicher oder tatsächlicher) Barbarei gesprochen werden, so wurde eine systematische Theorie des Verhältnisses von Kapitalismus zu seinen gesellschaftsordnenden Ausformungen allzu oft vernachlässigt. Entpuppt sich der Realsozialismus erst als Warengesellschaft und scheint die Überwindung der bestehenden Verhältnisse sowieso unmöglicher denn je, wurde und wird zwischen einer kapitalistischen Sonnen- und einer Schattenseite fundamental unterschieden. Speziell von denen, die in den bestehenden Verhältnissen Halt suchen.

Der Streit um die Zwangsläufigkeit der Transformation der Demokratie verrät unter diesem Gesichtspunkt viel über die eige-

Lang erwartet - jetzt erschienen:

Das neue Aktionshandbuch Dritte Welt

des BUKO! Unentbehrlich für die praktische Arbeit in jeder Aktionsgruppe, jedem Info- und Weltladen!

- ☐ ***Die entwicklungspolitische Szene*** in West- und Ostdeutschland, Österreich, Luxemburg und der Schweiz
- ☐ ***Kritische Fragen*** an uns selbst
- ☐ ***Zusammenschlüsse***, Kampagnen, überregionale Vernetzung usw.
- ☐ ***Aktionsbeispiele*** & Tips für die Praxis
- ☐ ***Information***, Bildung, Medien, Archive, Materialien und Beratung, Zeitschriften, Literatur
- ☐ ausführlicher ***Adressteil***

Erschienen ist es im Schmetterling Verlag, hat 344 Seiten und kostet DM 24,80. Zu beziehen beim BUKO, Nernstweg 32 - 34, 22765 Hamburg, Tel. 040 393156, FAX: 040 3907520

nen Vorstellungen und politischen Perspektiven des oder der TheoretikerIn – über das individuelle Arrangement mit den kapitalistischen Verhältnissen, die als unveränderlich erscheinen.

Daß in dieser Welt unfaßbare Dinge passierten und fortdauernd passieren, ist allgemein anerkannt. Allein an der Frage des 'Warum' scheiden sich die Geister, implizieren sie häufig doch praktische Handlungsanweisungen wie persönliche Entschuldung.

Eine Tagung der Theoriesektion des dt. Soziologentages im letzten Jahr beschäftigte sich mit dem Thema „Modernität und Barbarei". Da die Moderne unweigerlich mit der bürgerlichen Demokratie als Staatsform und der Herausbildung einer spezifischen Rationalität (und beides entwickelt sich zeitgleich wie auch systematisch mit der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsformation) verbunden ist, erscheint die Barbarei in der bequemsten und verbreitetsten Lesart als etwas Undemokratisches oder Irrationales, als etwas Vor- oder Außerkapitalistisches. Barbarei stünde jenseits der Moderne. Durch die Ersetzung des aufklärerischen 'oder' durch ein 'und' sollte schon der Titel den systematischen Zusammenhang behaupten.

Um Modernität und Barbarei aufeinander beziehen zu können, bedarf es einer gemeinsamen Basis. Freilich finden sich auch Möglichkeiten jenseits von Kapitalismus, etwa, unter Anleihe der Erbsünde, in der Geschichte menschlicher Zivilisation. Die Verknüpfung beider mündet so in düstere Zivilisationskritik.

Je mehr man sich allerdings mühte, Moderne und Barbarei aufeinander zu beziehen, möglichst eng miteinander zu verknüpfen, gar als zwei Seiten einer Medaille zu fassen, um so entscheidender wog das 'und' als fundamentale Differenz wie als conditio sine qua non. Der Streit um die Verhinderungsmöglichkeiten beziehungsweise um die Notwendigkeit der Barbarei marginalisiert sich hinter der prinzipiellen Unterscheidung. Ulrich Beck etwa wollte mit der Individualisierung, diesem „Kampf ums eigene Leben", der „den europäischen Weg von dem anderer Kulturen" unterscheidet, gegen die Folgen der Individualisierung streiten. Es beugten sich zwar noch nicht alle der Alternative zwischen (kapitalistischer) „Modernität und Barbarei", doch der Rückbezug auch der Barbarei auf kapitalistische Moderne allein, bietet noch längst keinen Ausweg. Vielmehr scheidet er den guten (oder weniger schlimmen, gezügelten) Kapitalismus vom schlechten Kapitalismus. Das gleichzeitige Zusammentreffen der Moderne und der Barbarei wird bestenfalls als Schicksal interpretiert. Fast gänzlich verloren ging die Position, die versucht, die Modernität als barbarische und die Barbarei als moderne zu kennzeichnen und damit den Status der Differenz zu reflektieren.

Wenn das Hamburger Institut für Sozialforschung in seiner Zeitschrift „Mittelweg 36" Hiroshima als barbarisches Resultat einer parlamentarischen Demokratie aufgreift, heben die Autoren zwar die Grenzziehung von „Modernität und Barbarei" zwischen Staaten und Staatsformen auf, behalten den Gegensatz, nun innerhalb staatlicher Verfaßtheiten verortet, allerdings gleichfalls bei. Eine Unterscheidung in notwendige oder überflüssige Mittel wie im Falle der Atombombe auf Hiroshima ist zynisch, wenn nicht gar barbarisch. Wie sind also die Errungenschaften der Modernität zu beurteilen, wenn sie notfalls mit barbarischen Mitteln gegen die Barbarei zu verteidigen sind?

Grenzen der Faschismuskritik

Es ginge also darum, das Verhältnis zwischen kapitalistischer Sonnen- und Schattenseite als dreifach verschränkt zu begreifen. Die Modernität produziert nicht nur Barbarei, ohne Barbarei könnte die Modernität gar nicht existieren, und letztendlich ist die Modernität selbst als barbarisch zu entlarven.

Um eine Kapitalismustheorie, welche die jeweiligen staatlichen und sozialen Ausformungen des Systems klären und kritisieren will, ist es nicht viel besser bestellt als um die Faschismustheorie insgesamt. Auch diese Diskussionen fanden irgendwann in den 70er Jahren ihr Ende. Auffällig ist allerdings, daß es in diesem Diskussionszusammenhang gelang, Demokratie und Faschismus nicht als sich diametral gegenüberstehende Formen zu begreifen. Jenseits der Frage der Potentialität und Notwendigkeit des Faschismus, die ihn in der Historisierung oder Verallgemeinerung verliert, wurde versucht, die metropolitanen und peripheren Verhältnisse zu kritisieren.

Einen wichtigen Beitrag stellt Agnolis „Transformation der Demokratie" dar. Agnoli versucht, die repressive Ausformung der Gegenwart zu fassen jenseits eines Indikatorenbündels parlamentarisch-demokratischer Institutionen oder einer Vorstellung, die Faschismus in Graden mißt. Seine Aufmerksamkeit richtet sich zentral auf die Integrationskraft der parlamentarischen Institutionen besonders unter der Frage, wie die Arbeiterbewegung ihren revolutionären, systemsprengenden Anspruch verlor, ohne die Veranstaltung als bloßen Verrat ihrer Führung oder als falsche Politik abkanzeln zu müssen. Die Integration steht für ihn unter dem Zeichen der Herrschaftsabsicherung, ist also alles andere als demokratisch, ohne die demokratischen Institutionen abschaffen zu müssen, ja unter Funktionalitätsaspekten abschaffen zu wollen. Trotz seines Beharrens auf eine positive Vorstellung von Demokratie (sonst könnte er nicht von einer Transformation reden), kann er die politischen Formen des bürgerlichen Staates funktional analysieren, da er reale Demokratie, und sei's als Versprechen, weit in die Geschichte verbannt.

Die Frage nach dem Übergang und adäquaten Verhinderungsstrategien stellt sich dann neu, nämlich jenseits von Notwendigkeit, Potentialität und Kräfteverhältnissen. Vielmehr wäre zu prüfen, welche Funktionen von unterschiedlichen politischen Systemen in der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit welchen Mitteln erfüllt werden. Die Differenzierung in verschiedene Modelle, parlamentarische und autoritäre Demokratie, italienischer Faschismus und Nationalsozialismus, Diktatur der Partei des Proletariats vor, während und nach Stalin, tritt im Gegensatz zur heimlichen Renaissance des Totalitarismusansatzes in die zweite Reihe zurück.

Sicherlich bildet die Beschäftigung mit dem Faschismus für viele einen wichtigen biographischen Ausgangspunkt in der Kritik der bestehenden Verhältnisse. Um so verheerender ist die Reduktion der kapitalistischen Schattenseiten auf schlechte oder irregeleitete Politik. Die bürgerliche Gesellschaftsformation nur noch vom Standpunkt des Faschismus kritisieren zu können, deutet nicht nur auf eine Position der Schwäche hin, sondern steht für das Arrangement mit dem Kapitalismus, sobald die Potentialität des Faschismus als verhinderbar gefaßt wird. Der bloße antifaschistische Standpunkt, ganz gleich, aus welchem Begründungszusammenhang er sich speist, bleibt ohnmächtig. ●

ILSE BINDSEIL

Über Aktualität und Abgrenzungswert von Faschismus und Faschismusdiskussion

I. Im Warenfetischismus-Kapitel sagt Marx, in den Waren kämen den Menschen die Verhältnisse, die sie selbst gemacht hätten, als sachliche, un- oder übermenschliche, schicksalsmäßige oder natürliche, kurz als Verhältnisse entgegen, die nun mal so sind und in die man in keiner anderen als ebenfalls sachlichen, im Grunde Selbstregulierung meinenden Weise eingreifen kann.

Würden wir heute ein Fetischismus-Kapitel schreiben, müßten wir umgekehrt sagen, Verhältnisse, die die Menschen nicht gemacht haben, die strikt sachlich, un- oder übermenschlich, schicksalsmäßig und in jedem Fall naturwüchsig sind, kommen ihnen als menschlich und daher nicht nur regulierungsbedürftig, sondern auch regulierungsfähig, selbstregulierungsfähig, entgegen.

Kostete es Marx schwere Aufklärungsarbeit zu zeigen, daß das, was hochgradig sachlich erschien, in Wirklichkeit Produkt lebendiger Arbeit, dynamischer gesellschaftlicher Verhältnisse war, so kostet es heute schwere ideologische Arbeit zu zeigen, daß das, was hochgradig sachlich ist, in Wirklichkeit lebendig ist. In dieser ideologischen Beweisführung spielt die Faschismusdiskussion eine wichtige Rolle. Doch dazu weiter unten.

Der Unterschied in der Beurteilung dessen, was Fetischismus ist, sowie in der Beurteilung der je verschiedenen Fetischismusdebatte einerseits als Aufklärung, andererseits als Ideologie hat zwei wesentliche Gründe. Der eine, systematische Grund ist natürlich der, daß Marx, wenn er über die menschliche Natur der dinglichen Verhältnisse redet, über die Vergangenheit, die Entstehung, das Gemachtsein dieser Verhältnisse redet, während, wenn heute über die menschliche Natur der dinglichen Verhältnisse geredet wird, die Zukunft, die Veränderbarkeit, die Regulierung oder Revolutionierung dieser Verhältnisse gemeint ist. Der zweite, historische Grund ist weniger einfach, und hier entfernen wir uns notwendig, das heißt um ein gutes Jahrhundert, von Marx. Auf eine einfache Formel gebracht: Die Hoffnung, die Entdeckung der eigentlich menschlichen Natur der dinglichen Verhältnisse werde zu einer Humanisierung dieser Verhältnisse führen, diese würden sich umstandslos in das zurückverwandeln, was sie eigentlich wären, hat sich überlebt. Statt dessen hat sich im strikten Jenseits der dinglichen Verhältnisse, auf der Basis ihrer als Entstehungsgeschichte und Voraussetzung, eine lebendige Sphäre entwickelt, in der Menschen alles, nur nicht hinter sie zurückgehen können. Diese lebendige Sphäre ist natürlich die Konsumsphäre, und deshalb kann man mit gutem Recht auch hier von Warenfetischismus sprechen, sind es doch die Waren, die auf jeder denkbaren Ebene ihrer Herstellung und Konsumtion zu Entscheidung und Gebrauch, Reflexion und Tätigkeit nötigen, nur daß der Fetischismus nicht mehr in der Verdinglichung, sondern in der Verlebendigung besteht.

II. Wer indes glaubt, daß warenförmiges Leben sich auf *hertie* und *aldi* beschränkt, der macht sich von der Tatsache, daß Leben auf dinglichen Verhältnissen so aufruht wie eine beschwingte Statue auf ihrem soliden Sockel, keine auch nur annähernd zutreffende Vorstellung. Nicht nur Wählen und Genießen, sondern auch Reflektieren tragen zur Verlebendigung der dinglichen Verhältnisse entscheidend bei. Setzt warenförmiges Wählen und Genießen vermeintlich nichtwarenförmige Entscheidungs- und Genußfähigkeit voraus, so warenförmiges Denken eine vermeintlich nichtwarenförmige Grundformel à la „ich denke, also bin ich" oder „ich bin, also denke ich". In Wirklichkeit setzen jedoch warenförmiges Wählen und Genießen Freiheit und Fähigkeit allererst frei, und ebenso setzt die Warenform Denken frei; Denken jedenfalls in jener radikal immanenten Form, die man als strukturalisierendes Denken bezeichnet und die den Spielraum, den die Konsumsphäre als eine radikal abgeleitete Sphäre bietet, auslotet und thematisiert.

Die Linken tun sich mit dieser von der Produktionssphäre abgekoppelten neuen Gegenwart schwer, weil Produktionsideologie – das wahrhaft Goethesche Pathos der Produktivität – beinahe jahrhundertelang das einzig denkbare Erbe theologischer Schöpfungsideologie und philosophischer Ursprungsmythologie, der einzig denkbare Träger von Säkularisierung und damit ebenso teleologischer Fluchtpunkt der Vergangenheit wie revolutionärer Quellpunkt der Zukunft zu sein schien. Die geschichtsphilosophische Attitüde, die nicht nur abergläubisch nach objektiven Zeichen lugt, sondern in sich selbst die Kraft zu einem objektiven Aufbruch gewahrt – sei es in der bescheiden optimistischen Form von Geschichtszeichen oder regulativen Ideen, sei es in der stolz resignativen Form der Negation oder in der zynischen des Als ob –, ist nur schwer ad acta zu legen. Zu sehr besetzt sie, die verkörperte Anstrengung des Begriffs, sie, die durch Anstrengung Veränderung hervorruft, den Begriff der Reflexion, als daß sie ein Denken, das sich bewußt nicht anstrengt, als solches gelten lassen könnte. Dennoch kann geschichtsphilosophisches Denken letztendlich nicht übersehen, daß, je mehr es den Begriff in der vertrauten, Tendenz und Perspektive herauspressenden Weise anstrengt, desto mehr die Wirklichkeit vergewaltigt und logischerweise selbst ins Abseits gerät.

Diese Erfahrung könnte unversehens zur Liquidierung linker Theorie führen, würde nicht auch eine konsumtionsmäßig ontologisierte, zu ihrem eigenen Grund und Zweck gewordene kapitalistische Wirklichkeit krisenförmig verlaufen. Ohne daß der Skandal als solcher empfunden würde, treten diese Krisen die Nachfolge der alten Geschichtszeichen und damit zugleich den Beweis für die Validität eschatologischer Entwürfe an. Hat der ökonomische Streit über die Krise ohnehin etwas im schlechtesten Sinn Philosophisches, so der politologische über Faschismus nicht minder. Faschismus ist zum Garanten dafür geworden, daß das ökonomische System in seiner Horizontalität nicht aufgeht, sondern noch so etwas wie eine Perspektive aufweist, ein wie immer untergründig wirksames genealogisches Moment, das eine futurologische Perspektive rechtfertigt. Mag diese sich als faschistische auch noch so bedrohlich ausnehmen, so überglänzt sie doch das schlechte Bestehende und gibt ihm etwas von jenem Goetheschen Pathos zurück, dessen mephistophelischer Bruder sie ist.

Faschismus ist zum Faustpfand der politischen und politologischen Abgrenzung da geworden, wo Abgrenzung längst nicht

mehr möglich ist. Dank seiner kann auch die total integrierte Gesellschaft sich von sich selbst unterscheiden; wobei der Akzent nicht mehr auf der Abspaltung alles Bösen, sondern eher auf dem dynamischen Moment liegt, für das der Faschismus als Gradmesser dient: „noch nicht" Faschismus, „ein bißchen" Faschismus, „fast schon" Faschismus usw. Daß das, was gegen Faschismus zu verteidigen ist, nichts anderes sein kann als der Status quo, genaugenommen die notorische Vorstufe eben von Faschismus, wird nicht nur nicht thematisiert, sondern zunehmend auch affirmativ interpretiert. Dem Faschismus jeden Fußbreit zu verweigern – oder jeden Fußbreit mehr –, ist Tagesprogramm und emphatisches Ziel zugleich, Faschismus folglich etwas, woran man sich gewöhnen kann.

Faschismus ist zum Garanten dafür geworden, daß es Werte gibt, die mit ihrer Denunziation als bürgerlich keineswegs schon vom Tisch sind; Gott sei Dank, sagen sich nicht nur die Bürger, denn andere Werte gibt es nicht. Nimmt im Faschismus, dieser besonderen Form des revolutionären Aufbruchs, das Bestehende selbst, als Bestehendes, die Form der Bewegung an, so gewinnt unter der Abgrenzung vom Faschismus das Bestehende die Perspektive der Utopie zurück. Daß von ihm ein dunkler Weg in den Faschismus führt, der seinerseits das Bestehende bedroht, wird zum Beweis für die Möglichkeit eines anderen Wegs, der die ständige latente Bedrohung der demokratisch geordneten Gesellschaft durch Faschismus zum utopischen Ende bringt.

In Würdigung dessen, was der Faschismus der bürgerlichen Gesellschaft antut, lautet die Heilsformel so: Gibt es Werte, die in den Faschismus hineinführen, so muß es auch Werte geben, die von ihm wegführen. Diese frei extrapolierten Werte sind es nun, für die es sich nicht nur gegen den drohenden Faschismus zu kämpfen lohnt, die vielmehr bereits das Leben im faschismusträchtigen Bestehenden mit Sinn erfüllen. Das gilt ganz besonders für die, die nicht nur Nutznießer, sondern als solche zugleich auch Theoretiker der bürgerlichen Werte sind, müssen sie doch das, was systematisch zusammengehört, Faschismus und bürgerlicher Staat, im Kriterium ihrer eigenen räsonierenden und reflektierenden Tätigkeit als geradezu existentiell unterschieden empfinden. Denn im bürgerlich-demokratischen Normalfall wird eben politisch räsoniert und politologisch reflektiert, und im bürgerlich-faschistischen Ausnahmezustand werden bürgerliche Sumpfblüten wie politisches Räsonnement und politologische Reflexion ausgerottet.

Da der Faschismus nun einmal die politische Sphäre zerstört und die Politologie überflüssig macht, ist es das Schicksal der politologischen Diskussion, daß ihr gerade radikale Kritik zur bürgerlichen Binnendifferenzierung gerät – ohne bürgerliche Öffentlichkeit nun mal keine Diskussion – und daß sie, je radikaler sie ihre Kritik formuliert, sich damit nur desto fester auf den Boden der bürgerlichen Demokratie stellt; denn ohne bürgerliche Demokratie keine Kritik. Da die Ersetzung der drögen politischen Sphäre durch charismatische Entscheidungskompetenz durchaus Gegenstand politologischer Selbstreflexion ist, freilich auf der Rechten, wird der Widerstand gegen die Glorifizierung der Abschaffung zur vornehmsten Aufgabe einer liberal- oder radikalbürgerlichen Politologie, die angesichts der avancierten Erscheinungsform von Faschismus als direkter Demokratie geradezu altjüngferliche Züge annimmt.

Eine dezidiert linke, irgend grenzüberschreitende politologische Position, speziell wenn es um Faschismus geht, läßt dieser Gegenstand offenbar nicht zu. Die Zerrform einer solchen Position lautet: Eigentlich müsse man am Faschismus das Manifestwerden der bürgerlichen Widersprüche, eigentlich also müsse man den Faschismus begrüßen. Die Verzerrung – die die Beschwörung der Eigentlichkeit sprachlich bereits unabweisbar macht – steckt nun ihrerseits im Begrüßen: Was passiert, wird gleichsam als objektive Erkenntnis, Reflexion von wem immer, präsentiert. Das heißt, was die Reflexion nicht zustande bringt, das bringt die Wirklichkeit, indem sie sich faschisiert, zustande. Nur ist sie dann eben nicht mehr die bürgerliche Wirklichkeit, die ihre Widersprüche teils bändigt, teils verdeckt, sondern eine dezidiert andere, die sie ausagiert – nicht zuletzt auf dem Rücken derer, die die Wendung zum Manifesten begrüßt haben und sie nun bitter büßen müssen. Der Gedanke, der in der Zerrformel steckt, bedeutet dagegen unverzerrt die Forderung nach einem zusammenhängenden Begriff der demokratischen Gesellschaft, und das heißt die theoretische Zerstörung künstlicher Projektionsflächen, auf denen die bürgerliche Gesellschaft sich noch einmal, aber als ganz andere gespiegelt sehen kann.

III. Faschismus dagegen als qualitatives Unterscheidungsmoment zu reaktivieren, wo es zur aktuellen Erscheinungsform des Faschismus gehört, dieses qualitative oder unterscheidende Moment gerade verloren zu haben, ist allerdings frivol. In Italien etwa ist der Unterschied zwischen Faschismus und Demokratie nur mehr ein ritueller Unterschied. Verliert das Tabu seine Geltung – das heißt fallen Ekel, Abscheu, ritueller Widerstand weg –, ist der Unterschied nicht mehr erkennbar; Identität regiert. Der Herstellung dieser Identität ist die Einbindung Italiens in Weltpolitik und Weltwirtschaft – siehe EU und G 7 – offenbar nicht nur nicht im Wege gewesen, sondern für die letzteren auch ohne existentiellen Belang; was auf deren eigene Verfassung schließen läßt.

Der deutschen Presse zufolge kündigt Rabin nach den Anschlägen fundamentalistischer Palästinenser diesen den „totalen Krieg" an (*Stern*, Nr. 44). Der israelische Ministerpräsident oder vielmehr der *Stern*, der die Äußerung in der Übersetzung womöglich erst auf den deutschen Begriff bringt – „Rabin: 'Ich will den totalen Krieg gegen Hamas'" –, dokumentiert damit, daß der Abgrenzungswert, den der Ausdruck immerhin lange Jahre besaß, dahin ist. Jahrzehntelang war er eine Untergangsmetapher ersten Ranges, konnte man an ihm den faschistischen Staat erkennen, der in seiner Bedrängnis das Bewegungsförmige noch einmal herauskehrt, zum Aufbruch in den Abgrund, zum gigantischen Selbstmord bläst. Heute dagegen ist er geradezu eine Metapher für Balance geworden, ein Ausdruck der Staatsneurose, Inbegriff dessen nämlich, was in einem zivilisierten Staat beständig droht: daß dieser „nervös" wird, wenn er sich in Frage gestellt sieht, und sich allzu leicht desintegriert. Denn wie beim Neurotiker steht auch beim modernen Staat notorisch immer alles auf der Kippe. Er reagiert denn auch mit jener Härte, die von den übrigen zivilisierten Staaten gewissermaßen als privat empfunden wird, so als wäre er tatsächlich das mühsam sein Unbewußtes niederringende Ich und sein Gegner eben dies Unbewußte persönlich.

In China schließlich soll die Zahl der Behinderten reduziert werden, weil das Land sich seiner schlechten „Bevölkerungsqualität" schämt (vgl. *Berliner Zeitung*, 31.10.94). Das Ineins von staatlicher Modernisierung und Barbarei präsentiert sich natürlich als ein schönes Beispiel für Faschismus. Da es sich aber um China, nicht nur ein Land der Dritten, sondern auch der Zweiten Welt, dazu ein sehr altes und sehr großes Land handelt, in dem die gewohnten Kategorien sich verlieren, liegen die Dinge nach allgemeiner Auffassung schwieriger. Wer würde es sich zutrauen, den Koloß zu modernisieren? Müssen, wenn er denn modernisiert wird, die zivilisierten Staaten nicht beide Augen zudrücken und unter der Überschrift „Frühkapitalismus" sowie „uralte Staatstradition" abbuchen, was nach zivilisierten Maßstäben nichts als Barbarei, und zwar eine unangenehm modern angehauchte, wissenschaftlich ausgetüftelte und mit Gesetzesvorlagen operierende, also irgendwie faschistische Barbarei ist?

So ergibt sich ein Befund, der den italienischen sinnreich ergänzt. Dort hat die faschistische Wende ihre qualitativen Merkmale offensichtlich eingebüßt. Die große Abgrenzung im Land und in Europa bleibt daher aus. China – und die jeweiligen Beispiele sind wahrhaftig rein zufällig und könnten jederzeit durch andere, ebenfalls

sehr „persönlich" strukturierte Fälle ersetzt und ergänzt werden –, China also bietet den komplementären Fall faschistischer Details ohne faschistisches Ganzes. Jedenfalls würde niemand, der an der unterscheidenden Leistung des Faschismusbegriffs hängt, es sich antun, diesen den chinesischen Verhältnissen als Oberbegriff anzudienen, obwohl nach europäischen Maßstäben und Erfahrungen gerade der Eingriff des Staates in die biologische Reproduktion der Gesellschaft nur unter der Voraussetzung einer ungeheuren Biologisierung des Staates im Sinne des Volksganzen möglich ist. Dagegen wird unter der affirmativen Überschrift „Umbau", „Modernisierung", „nachholende Entwicklung" verlangt, die durch letztere allererst auf den Weg gebrachte Barbarei nicht zu denunzieren, sondern durch rascheres Erreichen eines zivilisierten Akkumulationslevels zu überwinden. Die realistische Einsicht, nicht Moral, sondern Profit sei die Bedingung für Humanität, wirkt dabei höchst avanciert, ist aber nichts anderes als auch nur ein ideologischer Reflex der Gegenwart, die in processu und vor allem ohne nachträgliche Dramatisierung zeigt, daß sich dem Faschismus nichts entgegenstellt, es sei denn der Profit.

IV. Das war beim klassischen deutschen Faschismus nicht anders, der in- und ausländisch durchaus als graduelle Erscheinungsform staatlicher Ordnung betrachtet und erst, als er als Partner des Profit versagte, unter dankbarem Rückgriff auf den Holocaust in den qualitativen Sprung umgedeutet wurde, der er als Antagonist von Profit und nur in dieser Funktion ist. Vom historischen Faschismus – und zwar von seiner inneren Akzeptanz ebenso wie von seiner realen Einbettung in eine nichtfaschistische Umwelt, im ganzen also von seiner naturwüchsigen Verwicklung in den ökonomischen Gang – läßt sich ein realistisches Bild an seinen heutigen Erscheinungsformen gewinnen. Daß diese Erscheinungsformen versprengt sind und in unserem Beispiel etwa Israel die Konstitution des Staats als lebendigen Gegner, China die Konstruktion des Volkskörpers durch den Staat, Italien die Auflösung des Staats durch die Bewegung entmischt repräsentiert, spiegelt nichts anderes als eine universal gewordene Ökonomie, deren versprengte Erscheinungsformen, höchst biologistisch, sowohl Einzelfunktionen als auch Gesamtfunktionen darstellen. Darum ist auch der Betrachter hin- und hergerissen zwischen dem Verlangen, von Italien hinüber nach China oder lieber doch genauer auf Italien zu blicken, und auch Italien selbst ist hin- und hergerissen zwischen der praktischen Einsicht, Teil eines Ganzen zu sein, und dem eher theoretischen Verlangen, Gesamtentwicklung als Modell abzubilden und als Kurzfassung durchzuspielen, das heißt eine Bewegung zu werden. Was aber den Standort der Betrachtung, Deutschland, angeht, so kann es mit ebenso guten Gründen zum Beispiel gemacht, wie aus der Beispielsammlung eben herausgelassen werden. Letzteres ist dem ökonomischen Spielraum der Bundesrepublik, ersteres dem prekären „vegetativen" Zustand der postfaschistischen bundesrepublikanischen Synthesis geschuldet. Scheint es angesichts der ökonomischen Stabilität der Bundesrepublik durchaus unsinnig, ausgerechnet sie zum Beispiel für Destabilisierung machen zu wollen, so bringt sie sich durch scheinbar willkürliche Destabilisierung nach dem erwähnten neurotischen Muster selbst ins Spiel. Wenn etwa die FDP als Vertreterin des liberalen Kapitals auf den Hungerstreik der PDS-Funktionäre mit der Forderung nach Zwangsernährung reagiert, bleiben Hochrechnungen, das faschistische Potential der Bundesrepublik betreffend, nicht aus.

Nicht bloß China-hinter-der-Mauer, sondern auch das europäische Italien, die ehemalige Achsen-Macht, wird dank seiner angeblich eher leidenschaftlichen als substantiellen Natur zu den Randerscheinungen gezählt. Das abstrakte Bedürfnis, das Gelernte durch eine irgend angenommene Substanz und Mitte bestätigt zu bekommen, bleibt daher unbefriedigt und virulent. Befriedigt werden könnte es nur, wenn Deutschland, das wiedervereinigte Deutschland, die ihm durch den Nationalsozialismus zugewachsene Eigentlichkeit erneut bewiese, das heißt nicht in der zitierten „neurotischen" Weise, sondern mit der ganzen Power seiner Ökonomie und seiner mit Auschwitz bewiesenen originalen Gesinnung sich faschisierte. Diese latente Hoffnung auf „Praxis" stellt der Theorie natürlich ein Armutszeugnis aus. Vor allem ist sie aber eine Kapitulation vor der aktuellen Realität kapitalistischer Vergesellschaftung und damit vor der eigentlichen Aufgabe, Faschismus gerade in seiner Nichteigentlichkeit zu klären. Konsequent verkommt die Suche zur *selffulfilling prophecy*, gegen die ein seinerseits sinnentleertes „So nicht" oder „Noch nicht" aufgeboten wird. In der ins Wissenschaftliche abirrenden Debatte wird der Ausgangspunkt, Faschismus, gleichsam ursprungsmythisch festgehalten, die Kritik dieses Ausgangspunkts, die allein seine reale Vermittlung herausarbeiten könnte, daher unbedingt versäumt. ●

FRIEDER DITTMAR / JÜRGEN ROTH

Schäuble Thierse Stoiber Modrow

Gespräch mit Eike Hennig über Faschismus, Faschismustheorie und Rechtsradikalismus

Die on Mitte der sechziger bis in die siebziger Jahre hinein in der Zeitschrift „Das Argument" geführte Debatte über Faschismus – eröffnet on W. F. Haugs Beitrag zum 'hilflosen Antifaschismus' – ist aus heutiger Sicht theoriegeschichtlich on weitreichendem Interesse. Sie bildete in der BRD das Zentrum einer ersten intensi en Auseinandersetzung über den historischen Faschismus sowie methodische Probleme, wie der Begriff des Faschismus zu bestimmen sei. Wie erklärst Du Dir im nachhinein die Bedeutung dieser doch recht systematisch entfalteten Diskussion?

Hennig: Im Rückblick ist für mich das Biographische fast das Wichtigste. Die Beschäftigung mit Faschismus, gerade auch mit dem Wort Faschismus, nicht Nationalsozialismus, als etwas Kapitalismuskritischem ist mit der Biographie der „Achtundsechziger" eng verbunden, auch mit der Präsentation des Themas Nationalsozialismus – eben nicht Faschismus – in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, vor allem aber auch an den Universitäten. Anfang der 60er Jahre waren erste Aufarbeitungen vorangegangen. Ich kann mich zum Beispiel hier in Frankfurt an Arbeiten in der Germanistik, an die Entdeckung ihrer braunen Geschichte erinnern. Studenten und nachkommende Assistenten haben die Erfahrung gemacht, daß sie darüber mit ihren Professoren so gut wie gar nicht diskutieren konnten.

War Haugs Kritik an antifaschistischen Strategien und Vorstellungen der 50er Jahre dann so etwas wie eine Initiation für die nachfolgende Faschismusdiskussion?

Hennig: Haugs Darstellung des 'hilflosen Antifaschismus' war der Versuch, solche universitären Ringvorlesungen aufzuarbeiten und ihre inhärente Hilflosigkeit aufzuzeigen. Hilflosigkeit heißt für Haug und für die Teile von studentenbewegter junger Intelligenz und kritischer Politik, daß es in der BRD zwar keinen offenen Rechtsextremismus gab, zumindest vom System her. Die NPD wurde allgemein kritisiert. Aber der Umgang damit, was atmosphärisch als der heutige Rechtsextremismus und die gegenwärtige Gefährdung der Demokratie angesehen wurde, war außerordentlich hilflos, wortlos, schweigend oder eben mit Versatzstücken hauptsächlich aus dem Instrumentarium der Totalitarismustheorie versehen und also weniger dazu gedacht, totalitäre Systeme zu analysieren, als vielmehr die BRD zu legitimieren. Hinzu kam das Interesse, die eigenen Biographien in Ordnung zu bringen.

Von heute aus gesehen ist es sehr interessant, sich die Reichweite der Theoriediskussion vor Augen zu führen. Die Argument-Debatte hat in einer nahezu unvergleichbaren Situation auch eine breite studentische Öffentlichkeit interessiert, war also nicht bloß isolierter Teil von Theorieentwicklung.

Theoriegeschichtlich ist als aufschlußreich anzusehen, daß die Kritik der Totalitarismustheorie, die in den 50er Jahren, Stichwort Bracher, zunächst die Diskussion beherrschte, am Anfang stand und on dort aus sich anschließend das Interesse an der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kapitalismus artikulieren konnte. Zugleich begann ein methodologischer Streit darüber, wie bestimmte Formierungsprozesse im Kapitalismus zu begreifen seien. Könntest Du kurz schildern, wie sich da um die Begriffe herum die theoretische Auseinandersetzung entwickelt hat.

Hennig: Da gibt es verschiedene Stichworte zu nennen. Bracher würde ich nicht so bruchlos mit Totalitarismustheorien in Verbindung bringen. Sein herausragendes Thema war das Entstehen und Auffüllen eines politischen Vakuums durch eine politische Rechte. In seiner Darstellung der Endphase der Weimarer Republik hat er schon etwas Maßgebliches für die damalige Situation angesprochen, nämlich, daß unter kapitalistischen Systemumständen bestehende politische Demokratien als gefährdet wahrgenommen wurden. Da bestehen Verbindungen zu Agnolis 'Transformation der Demokratie' hin zu autoritären Zuständen. In der Diskussion etwa im Kontext der Formierung von Gesellschaft (Erhard), die in der Auseinandersetzung über die Notstandsgesetze kulminierte, und immer wieder in der Parallelisierung von der BRD und Weimar wurde die Verletzlichkeit einer politischen Demokratie, wurden Bilder von politischen Eliten und auch politisch maßgeblich einwirkenden Interessengruppen der Industrie, die an demokratischen Konfliktaustragungen kein Interesse hatten, thematisiert. In den heftigen Abgrenzungen der SPD zu internen Gegnern von Godesberg oder zum SDS haben diese Gruppierungen nicht nur theoretisch, sondern praktisch selbst solche Erfahrungen gemacht.

Aber es gab einige Autoren, Bracher etwa, dann im „Argument" eine frühe, außerordentlich positive Rezension von Noltes Faschismusbuch. Warum? Weil er von Faschismus redet und eine Struktur der Vergleichbarkeit herausstellt, eben nicht nur vom italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus spricht. Spätere Rezensionen, z.B. von Richard Saage, zeigen das sehr unkritische Wahrnehmen von Nolte. Aber man war sehr begierig auf solche Äußerungen, weil das Defizit der Universität insgesamt spürbar gewesen ist. Eine Theorie wurde daran gemessen, inwieweit sie in der Lage war, die Ebene von Faschismus als Bewegung und als System, das Zusammenwirken von Partei, Bewegungselementen, Interessengruppen abzubilden, und inwieweit sie in der Lage war, gegenwärtige politische und ökonomische krisenhafte Prozesse von Kapitalismus und Demokratie einzuschließen. Von einer Faschismustheorie wurde verlangt, daß sie historisch, prognostisch und politisch argumentierte.

Es wurde also einerseits über die soziale Funktion des Faschismus gearbeitet, über seine Verankerung in der Massenbasis, etwa on Leuten wie Abendroth, der or dem Hintergrund des Scheiterns der größten Arbeiterbewegung feststellt, Faschismus spielt sich in Öffentlichkeiten ab, während auf der anderen Seite die Debatte darüber geführt wurde, in welchem Verhältnis sich Ökonomie und Politik zueinander erhalten. Ich denke, an dieser Trennungslinie zwischen einer alltagsgeschichtlich, bewegungsgeschichtlich orientierten Faschismustheorie und einer stärker kapitalismustheoretisch moti ierten Auseinandersetzung entstand die Primatfrage als Leitfrage.

Hennig: Ja, das Bild halte ich für zutreffend. Eine weitere Komponente ist noch zu erwähnen: Mit einer ganz bestimmten Variante der Faschismusinterpretation hat die DDR-Forschung damals theoretisch sehr mechanisch, historiographisch, positivistisch, sehr emsig zugleich versucht, die Dimitroff-Definition zu untermauern, nämlich daß Faschismus an

der Macht die Macht des Finanzkapitals und auch seiner ideologischen Interessen zur Manipulation sei.

Die Position des Primats der Ökonomie wurde von der DDR mit einer sehr massiven Kritik an den westdeutschen Eliten vertreten. Auf der anderen Seite gab es innerhalb der westdeutschen Linken unorthodoxe marxistische Autoren, etwa in bezug auf den Austro-Marxismus oder KPÖ-Autoren, die mit dem Erfolg des Faschismus bestimmte Niederlagen und Defizite der Arbeiterbewegung diskutierten und Faschismus mit der Frage, wie attraktiv demokratische Alternativen seien, in Verbindung brachten. Es ist m.E. nicht gelungen, beides zu vermitteln. Da vermischten sich auch praktisch-politische Positionen – contra eine sich wieder formierende DKP oder Spartakus – mit SDS-Fraktionierungen dagegen. Meiner Meinung nach stände es heute zu Gebote, beide Komponenten noch einmal systematischer zu diskutieren, zu sehen, daß beide Seiten bestimmte Momente wohl begriffen haben.

Wo könnten sich heute Teile dieser Diskussion als nützlich erweisen?

Hennig: Wer über Republikaner etwas wissen will und nur eine Republikaner-Monographie betreibt, der wird nie etwas über die Partei erfahren, weil die Interaktionen, die zum Verschwinden der bürgerlichen Demokratie führen, wichtig sind. Die andere Seite ist aber, daß Faschismus immer auch System ist, d.h. es müssen Studien betrieben werden über Ökonomiereproduktion und über kapitalistische Interessengruppierungen. Man war eigentlich immer noch auf eine ziemlich einfache Erklärungsvariante aus. Der archimedische Punkt mußte entweder die Politik-, Bewegungs- oder die Ökonomiekomponente sein. Das würde ich aus heutiger Sicht als verschenkte Chance verstehen.

Dann wäre zu untersuchen, wie diese ermittelnde Anknüpfung an die Primatfrage aus der un erkrampften historischen Distanz in bezug auf gegenwärtige Entwicklungen aussehen könnte. Zum Beispiel kann man sich die Frage stellen, ob die nationale Besonderung des Kapitals oder des Kapitalismus heutzutage ein her orstechendes Merkmal dafür ist, daß man on faschisierenden Tendenzen spricht, und zugleich wäre zu zeigen, wie sich insofern die politischen Verhältnisse einerseits auf der Bewegungsseite, andererseits auf der Seite organisierter Politik dazu erhalten.

Hennig: Man muß, wenn von Faschismus geredet wird, immer an beide Momente denken, an das Vorhandensein einer offen undemokratischen Massenbewegung und an politische, industrielle, aber auch wissenschaftliche, künstlerische Eliten, die dieser Massenbewegung einerseits ideologisch zuarbeiten, sich ihrer andererseits auch bedienen. Und zwar Eliten im Zentrum von Macht und Gestaltung. Der Faschismus ist als Massenbewegung, als Politikum über die Straße oder über Wahlen, also sowohl durch politische Gewalt wie auch durch politische Legitimationsversuche, nirgendwo an die Macht gekommen, sondern immer nur in Kooperation mit den besagten großen Eliten. Es gibt aufschlußreiche Untersuchungen, die zeigen, daß seit der ersten deutschen Weltwirtschaftskrise 1873 alle Ideologiemuster des Nationalsozialismus schon ausformuliert waren. Es braucht aber eine ganz bestimmte Wachstumsphase in der Krise, offensichtlich mit Eliten und mit Massen mit einer besonderen Sozialisation, also mit Dispositionen für diese autoritären Komponenten. Es braucht wohl auch das Versagen der demokratischen Kräfte. Diese wachsende Kooperation würde ich als ein Lernen bezeichnen. Beide Seiten, d.h. Kapital, aber auch Intelligenz, Publizistik und die Newcomer in der Politik, eben die faschistische politische Oligarchie, lernen sich gemeinsam ein neues Reproduktionsmodell an, ökonomischer und politischer Art. Die wichtigen Themen wären m.E. für die Ökonomie eine sehr stark auf absolute Mehrwert-Aneignung setzende Reproduktion. Politisch verbinden sich mit ihr Formierungen: keine Opposition, kein gewerkschaftlicher Widerstand und eine Exekutivgewalt, die in der Lage ist, politische Opponenten direkt auszuschalten.

Angesichts dessen wäre es aus meiner Sicht für die BRD heute bei aller Kritik außerordentlich schwierig, einen Faschismusbegriff in Anwendung zu bringen. Erstens sehe ich keine Massen, zweitens sehe ich keine maßgeblichen Eliten, und drittens sehe ich auch deren Kooperation nicht.

Allgemeiner gesagt: Solange diese Strukturgefährdung genereller Art da ist – Faschismus, Kapitalismus, Krise –, bilden sich die radikalen Versuche sozusagen nach hinten aus. Massiv ist Faschismus ideologisch ja auch Antiliberalismus, immer wieder verbunden mit dem Versuch eines Zurückdrehens hinter die französische, die bürgerliche Revolution. Wenn wir jetzt vor diesem Begriff von Faschismus bestimmte Skepsis haben, müssen wir gleichwohl immer darauf achten, ob sich nicht entscheidend die Momente der Krise geändert haben.

Du hast orhin darauf hingewiesen, daß es den Versuch gab, die zunehmende Repression innerhalb der aktuellen Verhältnisse theoretisch aufzugreifen. In der Zeit on 68 schien ja e ident, daß es sich bei den gegenwärtigen politischen Bedingungen bestimmt nicht um ein identisches System zum historischen Faschismus handelt. Trotzdem gab es Versuche, die bürgerliche politische Herrschaft in Kategorien jenseits der kanonisierten Polarisierung 'Faschismus und parlamentarische Demokratie' zu fassen. Ich denke jetzt einerseits an Agnolis 'Transformation der Demokratie', auf der anderen Seite an Poulantzas, der den Begriff des autoritären Etatismus einführt. Zudem wäre kritisch zum Begriff des Faschismus als Aufhebungsprogramm der Versprechen oder Errungenschaften der bürgerlichen Re olution anzumerken, daß der Faschismus die konsequente Entwicklung om liberalen zum repressi en, d.h. zum oll ausgebildeten Polizeistaat ist, daß der liberalistische Staat schon alle terroristischen Optionen in sich trägt, und zwar als Klassenstaat.

Hennig: Das ist eine Kontroverse, die können wir heute nur anreißen. Also, das wäre etwas, wo ich mich radikal von Agnoli oder auch von Poulantzas distanzieren möchte und darauf hinweise, daß mir das eine zu wenig differenzierte Wahrnehmung von bürgerlicher Staatlichkeit ist. Hier haben die Linken ein Problem. Ich würde viel eher Otto Bauer und das Linzer Programm ins Gefecht führen, den Austromarxismus. Die politisch verfaßten Formen von kapitalistischer Herrschaft in Gestalt bürgerlicher Demokratie können in der Tat sehr unterschiedlich sein. Die Position beispielsweise der deutschen politischen Linken '32 ist in diesem Punkt zu diffus. Sie hat z.B. keinen Begriff – was nach '45 etwa Abendroth versucht hat – vom Kampf um Verfassungspositionen und deren politischer Bedingtheit. Daraus ergeben sich aber unterschiedliche Möglichkeiten des Ausübens kapitalistischer Herrschaft. Für die Bedingungen von Opposition sind wesentliche Unterschiede darin auszumachen, ob Herrschaft liberal oder eben faschistisch unter Aufhebung gerade der verfaßten Freiheitsansprüche ausgeübt wird.

Otto Bauer weist darauf hin, daß der bürgerliche Staat prozeßhaft in autoritäre Formen umschlagen kann. Und dann stellt er die Frage, die er aus der Sicht einer reformistischen Arbeiterbewegung mit breiten Anteilen an der Ausgestaltung politischer Macht nicht beantworten kann: Was ist letztlich dieser kritische Umschlagpunkt, wo ist der 'point of no return' des Prozesses von einer liberal verfaßten, teilweise sogar sozialstaatlich verfaßten politischen Demokratie hin zu autoritären Komponenten, von denen man eigentlich nur noch sagen kann, gegen sie ist Widerstand angesagt. Für die österreichische Sozialdemokratie war der Widerstand auch mit der Waffe legitim. Diesen Punkt kann Bauer theoretisch aber nicht einholen, und die Praxis gerade der Austromarxisten bewies schließlich auch, daß sie ihm politisch nachlaufen mußten. Also eilte sie erst zum Widerstand, als dieser 'point of no return' schon überschritten war und keine aussichtsreiche Chance mehr bestand, politisch etwas zu tun. Dann machen sie Heroismus. Zurück zu Agnolis These von der Transformation der Demokratie: Ich glaube kaum, daß heutige Eliten transformieren, vielmehr lassen sie bestehen. Für mich wäre der moderne Begriff die Aushöhlung von Demokratie. Heute besteht nicht mehr die Maxime, demokratische Verhältnisse etwa durch so was wie ein Ermächtigungsgesetz zu beseitigen. Das Parla-

ment delegiert nicht mehr an Kohl. Zugleich kommen kaum mehr Gesetze aus der Mitte des Parlaments, ihre Rückbindung zur Gesellschaft ist fast gänzlich geschwunden. Das geschieht aber unter Beibehaltung aller demokratischen Titel.

Aus diesem Blickwinkel reduziert sich aber doch Faschismustheorie oder -forschung auf die demokratietheoretische Reflexion darüber, wie weit parlamentaristische Verfahren noch gewährleistet sind, oder ...

Hennig: Natürlich eine böswillige Unterstellung, aber ich denke schon, daß Faschismus, Faschismusforschung und Demokratietheorie sehr viel miteinander zu tun haben. Erst wenn Demokratie unfähig ist, Konflikte zu lösen, hat Faschismus eine Chance.

Du hast bestimmte Kriterien zur Sprache gebracht, die in der Faschismusforschung immer wieder eine Rolle spielen. Da ist die Konsensbildung, die Integration on Massen, die einerseits integrati -konstitutionell, andererseits integrati -terroristisch onstatten gehen kann. Diese zwei Optionen hat Agnoli mal genannt, beide sind auch bei Dir angeklungen. Auffallend ist doch, daß sich – ließe man das Klassenkampfparadigma fallen – gerade das Indiz des Kampfes der Nationen für gegenwärtige Politik als bedeutsam herausstellen müßte. Wenn infolgedessen mit Nachdruck die Politik der nationalen Konzentration formiert wird, dann steht die Bildung bestimmter Identitäten an: beispielsweise zwischen Regierungsapparat und Gewerkschaften, zwischen weiten Teilen on Intelligenz und Publizistik. So wird sehr iel stärker der Massenbindung orgearbeitet, als es in Deiner Stellungnahme anklang.

Hennig: Ich sehe da schon offene Fragen, aber vielleicht müßte man noch mal zurück. Der historische Faschismus '32/'33 oder in Italien seit '23 unternimmt sicher diese Lösung innerhalb einer Nation, aber mit der Konfliktfront in der Nation – hier Faschisten, dort Arbeiterbewegungen, und besonders in Deutschland das Thema, das die Linke sehr spät erst begriffen hat, zumindest als ein gleichgewichtiges Thema: Faschismus und Juden, die Nation und eine kulturell-religiöse Sondergruppe, die vernichtet wird. Beide Faschismen haben zunächst einen nationalstaatlichen Handlungsrahmen. Konzepte einer faschistischen Internationale waren zunächst eher Spielwiesen, politisch maßgeblich wurden sie erst unter der militärischen Dominanz Deutschlands. Die Komponente von einem weißen Europa – da würde ich auch heute die neuen rechten Tendenzen ernstnehmen –, werden innerhalb z.B. der EU angesiedelt. Die interessante Akzentverlagerung besteht nun darin, daß man innerhalb der einzelnen Nationalstaaten schon eine Kooperation mit meinetwegen Dänemark, Holland, mit Frankreich, England anstrebt, bei Italien wird wahrscheinlich in der Mitte irgendwo der Strich gezogen. Die Konstellation bezieht sich heute nicht mehr nur auf die Bruchebenen im Nationalstaat. Gerade im Nationalstaat wird jetzt eine gewisse Öffnung propagiert, politisch etwa auf der Ebene des Wahlrechtes. Gleichzeitig wird mit demselben Argument eine Exklusion hin zum Südrand des Mittelmeeres und nach Osten betrieben. Aber mit dieser Politik der nationalen und weißen europäischen, von großen Wirtschaftsnationen dominierten Gruppenbildung versucht man zu verhindern, und das ist entscheidend, die faschistische Komponente der Vernichtung betreiben zu müssen.

Doch diese Entwicklung setzt in den jeweiligen Nationalstaaten die Implantation des Selbst erständnisses, „ein Volk" oder „Volksgemeinschaft" zu sein, oraus. Es ist ja kaum on der Hand zu weisen, daß der Kooperation der mittel- und westeuropäischen Nationalstaaten ein Prozeß orgeschaltet ist, der innergesellschaftlich die Auszugrenzenden ausmacht und gleichzeitig sich selber darüber erständigt, man sei nun eine Volksgemeinschaft, die auch im europäischen Rahmen zu agieren ermag, gegen den wiederum Nächsten, dem seinerseits klargemacht wird, daß er draußen zu bleiben hat.

Hennig: Ich würde andere Akzente setzen. Gestützt auf diverse Meinungsumfragen, kann man sagen, daß etwa von Schäuble – aber das pflegen ja auch andere, also Stoiber und Thierse, auch Modrow kann hier genannt werden – darauf hingewiesen wird, es gäbe eine nationale Besonderheit, die im positiven Sinne förderungsfähig und -würdig sei und die Komponenten einer Rousseau'schen Zivilreligion abgibt. Materiell hat man zwar wenig zu bieten, aber wir sollen uns alle als patriotische Gemeinschaft fühlen. Als Volksgemeinschaft würde ich das nicht akzentuieren, vor allem mit den Konnotationen, die dieser Begriff historisch hat. Man pflegt diese nationalchauvinistische Ebene von oben herab, wie auch von unten, was uns über die Republikaner-Untersuchungen zugänglich geworden ist. Die nationale Identität wird als eine Gemeinschaft von Wohlstandsbürgern, die etwas zu verlieren haben, gepflegt. Aber gleichzeitig bedeutet das keine deutsche Abgrenzung von größeren Teilen Europas inklusive der USA und Japans.

Welche Bedeutung wäre in diesem Zusammenhang dem Historikerstreit beizumessen, der in den 80er Jahren das Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus bildete?

Hennig: Theoretisch meiner Meinung nach gar nichts. Diskutiert wurde ein geschichtspolitisches Legitimationsmodell durchaus schon im Kontext moralischen Kapitals für eine Politik der nationalen Identität. In diesem Zusammenhang ist gegen die Instrumentalisierung historischer Bilder argumentiert worden, gegen die 'Normalisierung der Geschichte' oder 'Schlußstrich ziehen', daß es in allen Partien der Welt schreckliche Kapitel der Geschichtsbücher, so unter anderem auch in Deutschland, gebe und man das doch in einer gewissen Weise auch mal beenden müsse. Die Aufforderung zur Relativierung drängt sich als der gemeinsame Nenner dieser Viererbande auf. Auf der anderen Seite vom Mainstream der Kritiker, etwa Wehler oder Habermas, stand durchaus der ebenfalls pathetisch-moralische Versuch, die 'westliche Gemeinschaft' dagegen noch mal zu mobilisieren. Gemeinschaft sage ich deshalb, weil ich im Begriff 'Patriotismus', den Habermas zwar als Verfassungspatriotismus, aber immerhin eingebracht hat, auch zivilreligiöse Komponenten sehe. Ganz charakteristisch zeigt sich das im Schlußsatz seines ersten Beitrages in der ZEIT. Habermas verwendet an diesem Punkt das Wort „wir" genauso pathetisch wie die Gegenseite. Da sind zwei ideologiepolitische Konzepte zusammengetroffen. Das Interessante des Historikerstreits ist die ideologiepolitische Wende, die moralisch-kritische Gehalte aus der Faschismusgeschichte wissenschaftlicher und politischer Art herausnehmen will. Bei Lübbe ist ganz deutlich geworden, daß er den Historikerstreit mit einer Wende hinter 68 zurück verbindet. Diese Irritationen, die damals in die deutsche Geschichte hineingekommen sind, sollen wieder beseitigt werden, damit man die Normalisierung der nationalen Identität betreiben kann, ohne daß irgend jemand immer wieder aufs neue dem Faschismus ein tabuisierendes, irritierendes Argument entwinden kann.

Wie soll man es mit den sogenannten intelligenteren Rechten wie Johannes Gross halten, der jetzt on Faschismus als politischer Option spricht? Ist das belangloses Geschwätz? In den Sozialwissenschaften ist der Begriff heute ja ganz erschwunden.

Hennig: Ja, sozialwissenschaftlich ist er verschwunden, leider. Vor allen Dingen in der Politikwissenschaft. Aber der Zusammenhang solcher Äußerungen wie die zitierte von Gross dürfte in der Wendung hin zu einem sehr italienisch gemeinten Faschismusbegriff liegen. Da bestehen Ähnlichkeiten etwa zu Mohlers Faszination für den faschistischen Stil, also eine ästhetisch-stilistisch faßbare Politik im Gegensatz zu einer Politik, die im Gewirr von Apparaten erstickt, ist gemeint. Das wäre eine klare autoritäre Variante. Autoren wie Gross und Mohler haben immer große Mühen unternommen zu zeigen, daß der italienische Faschismus mit Auschwitz, mit dem Antisemitismus, mit formloser brutaler physischer Gewalt im Sinne von vernichtender politischer Gewalt nicht identifiziert werden dürfe, sondern daß er die ordnungstiftende Gewalt sei – also der neue Leviathan angesichts der neuen Unübersicht-

lichkeit. Es wäre genauer zu untersuchen, ob Teile der journalistischen Intelligenz und der bürgerlichen Eliten offen autoritäre Modelle dieses stilisierten Bildes des italienischen Faschismus propagieren. Es steht allerdings in den Sternen, ob dieses stilisierte Bild eines italienischen Faschismus: also mit Kopf und Gewalt, mit Analyse und politischer Gewalt als Faschismus, der Schlägergarde und Mob wie in Deutschland nicht nötig hätte, ob das historiographisch richtig ist. Denn gezeigt worden ist, wie stark auch die Komponenten von Intelligenz, von Planung gerade innerhalb der SS gewesen sind.

Inwiefern legt die Ökonomie ein solches Politikmodell nahe?

Hennig: Ja, wie weit legt die das nah?

Du stellst Dir ja eben dieses Problem, wenn Du sagst, daß genau dann faschistische Herrschaft auftritt, sobald die demokratischen Verfahren nicht mehr funktionieren. Rein logisch muß für die Gegenüberstellung zweier Modelle ein gemeinsamer Bezugspunkt angenommen werden. Was funktioniert denn nicht mehr, wenn die demokratischen Formen, Institutionen nicht mehr funktionieren oder ausgehöhlt werden?

Hennig: Die Konsensbildung würde halt weniger funktionieren. Ich sehe keinen ökonomischen Anknüpfungspunkt für offen autoritäre oder faschistische Positionen innerhalb der Bundesrepublik. Mit dem Stichwort 'Standort Deutschland' ist es gerade gelungen, in einer ganzen Reihe von Großbetrieben zusammen mit den großen Gewerkschaften Einigungsformen herbeizuführen, die durchaus den ökonomischen und politischen Vorstellungen der Eliteseite Rechnung tragen. Die Sockelarbeitslosigkeit oder die seit längerem beobachtbare Senkung der Reallöhne stellt in der BRD alles andere als ein gravierendes oder schwelendes revolutionäres Problem dar. Es gelingt offensichtlich über die Zusammenarbeit von Firmenleitungen und Gewerkschaften, durch öffentliche Diskurselemente in großen Zeitungen und durch flankierende Politikeräußerungen, eine große Koalition unter dem Motto 'Wir sitzen alle in einem Boot' herzustellen.

Und wer ist der Steuermann?

Hennig: Es ist eindeutig, wer der Steuermann ist und wer die Ruderer sind, wer die Rahmendaten vorgibt, nach denen jetzt definiert wird, welches die Parameter sind, an denen man sich zu bescheiden hat. Aber ebenso eindeutig ist, daß es im Gegensatz zur Weimarer Republik keine revolutionäre Arbeiterbewegung gibt, noch nicht mal eine, die man hinstilisieren könnte als ideologisches Subjekt. Die KPD in der Weimarer Republik war auf jeden Fall ein relevanter Angstfaktor. Aber selbst den gibt es ja in der Bundesrepublik nicht, selbst auf einer ganz platten Ebene nicht. Die PDS wird ja von keiner Seite der Eliten als wirklich revolutionäre Gefährdung der Bundesrepublik angesehen. Was kritisiert wird, ist kein ernsthaftes, oppositionelles Potential, sondern ein nostalgischer Entwurf, weit entfernt davon, ein Konflikt zwischen einer machtvoll vertretenen demokratischen Öffentlichkeit und dem dagegen sich formierenden faschistischen Gegenschlag zu sein. Den sehe ich weder in der Bundesrepublik noch im westlichen Ausland.

Dagegen sehe ich die Produktion von nach außen gerichteten Feindbildern dort, wo man gegen Asylbewerber, gegen Wirtschaftsflüchtlinge vorgeht – oder wie die Konstellation in Afrika, in Teilen Asiens, in Osteuropa gewertet wird. Da werden massive ideologische Fronten aufgebaut, um eine 'handlungsfähige Politik' zu fordern und sicherzustellen, daß niemand in die Bundesrepublik reinkommt, den wir hier nicht wollen, um in der Lage zu sein, gegen internationale Kooperation, Mafia, Drogenhandel etc. zu handeln. Doch innerhalb der Bundesrepublik selber – und das macht das nur Ideologische solcher Positionen aus, wie sie etwa Johannes Gross vertritt – sehe ich noch keinen Anknüpfungspunkt. Diese Ansätze sind bislang eher abstrakte Ideologiearbeit, der die Brisanz des ökonomischen und politisch wirklich bewegten Fundamentes noch fehlt. Aber ein interessantes Thema wäre das. Da könnte die Faschismusanalyse direkt die heutige Sozialwissenschaft erheblich anregen.

Du warst in den 70er Jahren an der Faschismusdebatte selbst beteiligt. Gegen Ende der Dekade brachen die Diskussionen ab. Im folgenden hast Du Dich der Rechtsextremismusforschung zugewandt. Wie kam es zu dieser Verlagerung?

Hennig: Ende der 70er Jahre war mit Michael Kühnen, wie er sagte, der Generationensprung gelungen. Es gab jetzt junge, in der Bundesrepublik großgewordene Neonazis ganz militanter Art. Ich habe immer wieder das Politikum in meinen Untersuchungen über den Faschismus hervorgehoben. Als dann vom 'Bundesjugendring' ein Hilferuf kam, haben wir dort doch ein recht großes Forschungsprojekt durchgeführt.

Mitte der 80er Jahre hat sich der Akzent erneut verschoben. Die Versuche, etwa Hooligens zu organisieren, waren im großen und ganzen fehlgeschlagen. Die Gruppen stagnierten. Die Dynamik, die man ihr Anfang der 80er Jahre zubilligte, schien verschwunden zu sein. Die neue Gruppierung, die Republikaner, verkörperte dann das Novum eines doch wieder wählbar gewordenen rechten Extremismus. Das Buch „Republikaner im Schatten Deutschlands" hat mir klargemacht, daß die Dynamik aus bestimmten peripheren Gegenden der Großstädte kommt. So haben wir also mit der Stadtanalyse begonnen, um über die Republikaner hinaus zu zeigen, wo die Quellen und die sozialen Räume liegen, aus denen sich die Wendung vom Demos zum Ethnos speisen kann. Fragen nach den politischen Mustern, an denen Parteien wie die Republikaner ansetzen können, nach ihrer Wahrnehmung durch Öffentlichkeit und Wähler und dem sogenannten Protestpotential, das sie auf sich ziehen, lassen sich einigermaßen verbinden mit den Gegenständen, die wir angesprochen haben. Was aussteht, wäre jetzt vielleicht eine aktuelle Elitenstudie, aber das ist mir eigentlich erst durch das Gespräch deutlich geworden.

Wir haben im Verlauf dieses Gesprächs wechselseitig die Notwendigkeit angedeutet, theoretisch auf die Faschismusdebatte zurückzugehen, die wissenschaftliche Ausgangslage insgesamt noch einmal aufzugreifen. Fraglich bleibt, inwieweit heute die Konzentration auf den Rechtsextremismus oder auf rechtsextremistische Phänomene, die Schwierigkeit aufkommen läßt, on diesem Standpunkt überhaupt zu einer kritischen Gesellschaftstheorie zu gelangen, die den Faschismus nicht als das ganz Andere faßt.

Hennig: Ja, das ist sehr, sehr richtig. Man muß aber den Leuten, die sich über Skins und Faschoschlägereien empören, zunächst einmal zubilligen, einfach anzufangen, darüber zu arbeiten. Aber wenn man sich die Literatur querbeet anguckt, so ist sie doch sehr essayistisch, sehr deskriptiv, viele Interviews, sehr plastisch, und niemand von uns hat schon diese direkten Kenntnisse über solche Milieus. Aber die Studien, die bei diesen Horrorgemälden zurückbleiben, laufen immer Gefahr, ein Publikationsboom zu sein, parallel zu den angezündeten Häusern. Und danach ist man dann wieder bei der Normalität, was heißt, daß man sich wieder im normalen Ablauf dessen bewegt, was Aushöhlung der Demokratie genannt werden kann. Wichtig wäre in einem breiteren Maße der sozialwissenschaftlicher Diskurs.

Wenn man an den Tenor denkt, der vorschreibt, wie denn erzogen werden soll, wenn ein neuer Mut zur Erziehung oder eine neue Vorliebe nicht für Autorität, sondern Autoritas (Leggewie) gefordert wird – da mangelt es. Not tut eine Verbreiterung, so, wie '68 in der 'Argument-Debatte' hinter diesen vielen Bildern auch nach dem theoretischen Kern dieser Gewaltformen gefragt wurde. Auch danach, ob und in welchem Maß die Phänomene wirklich aufs System hin zu verallgemeinern sind oder doch nur als Episode hinter bzw. vor uns liegen. An den Sozialwissenschaften würde ich schon kritisieren, daß sie diesen Fragen ebenso ausweichen wie in meiner studentischen Jugend die Professoren ausgewichen sind. ●

Die Faschismusdebatte im 'Argument' erstreckt sich über die Hefte 30, 32, 33, 41, 47, 58. J. Agnoli, „Die Transformation der Demokratie", Freiburg 1989, N. Paulantzas „Faschismus", D. Bauer „Austromarxismus", Frankfurt 1970.

IRIS HARNISCHMACHER

Faschistischer Staat und bürgerliche Klasse

Sohn-Rethels Faschismustheorie

I. Eine materiale Faschismustheorie, die im Kontext der allgemeinen Analyse kapitalistischer Vergesellschaftung zu situieren wäre, sieht sich zunächst mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Fixierungen der bürgerlichen Geschichts- und politischen Wissenschaft, die sich des Gegenstands sei's historisierend in seiner konkreten, sei's typologisierend in seiner abstrakten Gestalt vergewissern, aufzulösen. Diese Fixierungen kommen nicht allein in den expliziten Aussagen, im *Inhalt* der jeweiligen Untersuchung zum Ausdruck, sie präformieren auch deren Kategorien. Die *Formen* der Faschismusanalyse bieten – indem sie den Gegensatz von parlamentarischer Demokratie und Faschismus als unterschiedener Herrschaftsformen begrifflich festschreiben – die beste Gewähr dafür, letzteren zum historischen Phänomen herabzustufen oder ihn zum Typus zu verdünnen, der unter der Hand: auf dem Wege historischer Assoziationen, die er zwangsläufig evoziert, die Gestalt des leibhaftigen Faschismus annimmt. Dieser Formen kann sich die Theorie, die den Faschismus strikt auf die kapitalistische Ordnung rückbezieht, ihm also ein gerüttelt Maß an Immanenz bescheinigt, nicht im Handstreich entledigen. Es gilt, die Formen, die, weit entfernt, neutrale Instrumente einer im Ergebnis offenen Analyse zu sein, in ihrer Funktion, teils zur positivistischen Verkleinerung des Faschismus, teils zur Entleerung seines sodann wissenschaftlich geadelten Begriffs beitragen, kenntlich zu machen.

Krankt bisher das Unterfangen, das Verhältnis von historischem Faschismus und bundesrepublikanischem Status quo zu bestimmen, daran, daß es einen abstrakt-allgemeinen Faschismusbegriff und insofern die Möglichkeit des Vergleichs voraussetzt, so gilt es nun, auf dem Wege der Kritik derjenigen Theorien, die den Faschismus zu ihrem Gegenstand erheben und ihn sich gleichwohl vom Leibe halten, einen konkret-allgemeinen Begriff des Faschismus zu gewinnen.

Eine Theorie des Faschismus, die die Genese faschistischer Herrschaft und die faschismusträchtige Verfaßtheit der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu begreifen sucht, kommt nicht umhin, diejenigen begrifflichen Formen zu verwerfen, die den Gegenstand vorab strukturieren und ihn in jenen Dualismus geradezu hineinzwingen, der nicht mehr wankt noch weicht und in unbelehrbarem Stupor selbst der materialgesättigten besseren Einsicht standhält. Daß aber, wenn man die Begriffe nur ruhig sich selbst überläßt, sie dahin tendieren, ihre Abgrenzungsfunktion, derenthalben man sie schätzte, zu verlieren; daß sie ineinander übergehen; daß, darüber hinaus, mittlerweile eine kulturkritisch gewendete Theorie die Grenzen zwischen Moderne und Barbarei wieder zu verwischen trachtet und nun, latent antiaufklärerisch, eine Entwicklung, der sie mit geschichtsphilosophischem Gestus unverbrüchliche Notwendigkeit bescheinigt, implizit rechtfertigt; daß dies so ist und mittlerweile seinen Niederschlag etwa in der Modernisierungstheorie Zygmund Baumanns gefunden hat, indiziert den prekären und stets reversiblen Charakter derartiger Auf- und Abspaltungstätigkeit. Je sorgfältiger die Phänomene geschieden und die historischen Fakten sortiert, je beflissener die Begriffe fixiert und gegeneinander abgedichtet werden, mit desto größerem Furor schlagen sie, haltlos geworden, ineinander um. Angesichts um- und überschnappender Dualismen politologischer (in Gestalt hie faschistischer, da demokratischer Herrschaftsformen), historischer (in Gestalt eines zeitlichen Vor- und Nachher) und soziologischer (in Gestalt von Zivilisation und Barbarei) Provenienz erhebt sich die Frage nach dem gemeinsamen Substrat der zweifellos zu konstatierenden Veränderung.

Der Begriff der Zivilisation, von einem die eigene Geschichte rekonstruierenden Bürgertum aus der Taufe gehoben, um den Fortschritt, die Überwindung vorbürgerlicher, eben: barbarischer Zustände anzuzeigen, bezeichnet einen Prozeß. Indem nun der zivilisatorische Prozeß zum Stillstand kommt, zum Zustand gerinnt, der der Barbarei logisch und historisch vorhergeht, wird sein Begriff obsolet. Eine Zivilisation, die die Barbarei aus sich heraustreibt, kann schlechterdings nicht als Zivilisation angesprochen werden. Die metaphorische Rede vom Zivilisations*bruch* versucht – übrigens auf Kosten der andernorts festgehaltenen Einheit des historischen Prozesses –, sich um diese Konsequenz herumzudrücken. Indes ruft niemand anders als die bürgerliche Gesellschaft, deren zivilisatorischer Charakter darob in zweifelhaftem Licht erscheint, den Bruch hervor. Dieser Einsicht ist auch durch die Erbsenzählerei, die sich darin gefällt, die Momente bürgerlicher Gesellschaft säuberlich voneinander zu scheiden und die einen ins licht-zivilisierte Töpfchen, die anderen ins naturhaft-barbarische Kröpfchen zu sortieren, nicht beizukommen. Schließen, analytisch betrachtet, Zivilisation und Barbarei einander rigoros aus – denn kein tertium comparationis vermag ihre Vergleichbarkeit zu begründen –, so erweist sich der Begriff der ersteren, Ursache der letzteren, in der sie zu sich selbst käme, als obsolet. Werden indes, synthetisch, Zivilisation und Barbarei auf ihren gemeinsamen ökonomischen Grund bezogen, so zeigt sich, daß in ihm die beiden Momente so miteinander verwoben sind, daß sie als isolierte nicht mehr dingfest gemacht werden können.

Die Wissenschaften erfüllen ihre Funktion der Unterscheidung selbst dann noch, wenn sie pro forma auf ihre gemeinsame gesellschaftliche Grundlage des demokratischen und des faschistischen Staatswesens verweisen: Sie erfüllen sie, solange sie den *Übergang* vom bürgerlichen Rechts- zum faschistischen Unrechtsstaat in verheißungsvolles Dunkel tauchen. Mögen die Wissenschaften notieren, daß dem Faschismus ein ökonomisches und gesellschaftliches Fundament zukommt, so erscheint er, per definitionem auf die *Spezifika* der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft verkürzt, als das ganz Andere wenn nicht der Gesellschaft, so ihres die Herrschaft des Gesetzes achtenden Staates. Die herkömmlichen Faschismustheorien reservieren dem Moment des Putschismus, der Unwägbarkeit – dessen, das in Gestalt der spektakulären *Machtergreifung*, des kühnen, die Gunst des Augenblicks nutzenden (und darum durch Wachsamkeit zu verhindernden) Griffs nach der Macht den Bürger erschauern läßt –, einen nur dem ersten Anschein nach bescheidenen Platz in der Theorie. Diese Leerstelle entfaltet nämlich eine Sogwirkung, die geeignet ist, die gesamte sorgfältig

auseinandergelegte Konstruktion zunichte zu machen. Die Theorie hält sich angesichts des drohenden Nachweises ihrer Nichtswürdigkeit an die Tatsachen, die in ihrer kreuzbraven Positivität und hausbackenen Einsinnigkeit aber nicht hinreichen, die Genese jenes doppelsinnigen, jenes „dilemmatischen" (Enderwitz), die bürgerliche Klassenherrschaft kontinuierenden und sie zugleich radikal übersteigernden faschistischen Gemeinwesens zu erklären.

II. Bürgerliche Wissenschaft, die sich auf die Erscheinungsformen des Faschismus kapriziert, handelt sich das Problem ein, die *Genese* des Faschismus – seinen Hervorgang aus bürgerlichen Formen der Vergesellschaftung – nicht erklären zu können.

Marxistische Wissenschaft, die den Faschismus als stringenten Ausdruck bürgerlicher Klassenherrschaft – genauer: der avancierten und ökonomisch potenten Fraktionen des Kapitals – interpretiert, vermag umgekehrt das Moment bourgeoiser Opposition, die wie immer phänomenale und bloß subjektiv registrierte Entfremdung des Bürgertums von seinem der Form nach gänzlich unbürgerlichen, nämlich über die Maßen radikal und bewegungsbesessen sich gerierenden Staatswesens nicht zu erklären, ja muß sie im Interesse stringenter Argumentation sogar leugnen. Spricht die bürgerliche Wissenschaft die Bourgeoisie von aller systematischen Verstrickung in die faschistische Unternehmung frei; konzediert etwa die Sonderwegstheorie, daß die spezifische politische *Rückständigkeit,* die historisch begründete Illiberalität eines *feudalisierten* Bürgertums – das sich demnach nicht auf der Höhe substantieller Bürgerlichkeit, auf die es den Westmächten sei Dank 1945 katapultiert wurde, befunden habe – es zum Mittel der Diktatur habe greifen lassen, so unterstellt umgekehrt die marxistische Wissenschaft, daß, da die politische Macht den ökonomisch intakten, profitabel produzierenden Teilen des Monopolkapitals zufalle, die Gewaltherrschaft über das Proletariats, die den Lohnraub einschloß, dem subjektiven Interesse am Extraprofit, somit der Willkür eben dieser Kapitalfraktion geschuldet sei. Demgegenüber lenkt Sohn-Rethel das Augenmerk auf das widerspruchsvolle Verhältnis von Faschistengarde und Bourgeoisie. Er zeigt, daß die Partei, die keineswegs das gehorsam dienende Werkzeug des Kapitals war, ihre Macht gleichwohl nicht „aus eigener Kraft oder vermöge irgendeiner eigenen politischen Konzeption und Linie, sondern allein von Gnaden der Zwangslage besaß, in der die Bourgeoisie zwischen der Profit- und Verlustrechnung ihres Klasseninteresses eingeklemmt war". Demnach „wuchs die Macht der Partei mit der bloßen Verschärfung der Lage." (91)

Sohn-Rethels ökonomische Analysen, seine Überlegungen zur Krise und zum Charakter der faschistischen Konjunktur, gewähren unvermutete Einsichten in das Verhältnis von bürgerlicher Gesellschaft und faschistischem Staat. Diese Einsichten sind unvermutet darum, weil Sohn-Rethel, weit davon entfernt, dem faschistischen Staat – den er strikt funktional als das Organ zur Durchsetzung eines allerdings widersprüchlichen ökonomischen Programms begreift – auf die Schliche seiner Vermengung von reaktionären und putschistischen, statischen und dynamischen Momenten kommen zu wollen, weit davon entfernt auch, sich dem scholastischen Problem des Primats des Politischen oder des Ökonomischen zu widmen (das etwa zur selben Zeit die Theoretiker des Instituts für Sozialforschung umtrieb); weil also Sohn-Rethel zielsicher den materialen Widerspruch zwischen der Reproduktion des Einzelkapitals und der Reproduktion des Systems der Kapitalien, herausarbeitet. Die Einsicht in diesen Widerspruch gewährt ihrerseits allen nur wünschenswerten Aufschluß über den faschistischen Staat.

„Der Übergang zum Faschismus in Deutschland beruhte auf dem politischen Sieg der defizitären Teile der Bourgeoisie, gesammelt in der 'Harzburger Front', über die hinter Brüning versammelten konkurrenzfähigen Teile." (143) Das Regime des defizitären Kapitalismus verkehre „die kapitalistische Ökonomie in eine solche des Bankrotts ... und [führe sie] in dieser Verkehrung weiter" (60). Identifiziert etwa Franz Neumann die Großindustrie, die er „idealtypisch auf einen Machtblock unter mehreren reduziert" (Agnoli u.a., S.10), als die Trägerin faschistischer Herrschaft, so bezeichnet Sohn-Rethel die objektiv divergierenden Interessen der exportorientierten und der defizitären Fraktion des deutschen Kapitals. Der Interessen*ausgleich*, der die Zwangslage der defizitären Kapitalien reflektiert, bestimmt den Charakter der faschistischen Konjunktur, die sich als die Lösung der ökonomischen Krise der Weimarer Republik präsentiert.

Die Frage, wie sich das „Regime der faulen Debitoren" etablieren konnte, lenkt den Blick auf die Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre. Sohn-Rethel untersucht, ausgehend vom allgemeinen Problem der Überproduktion, die *spezifische* produktionstechnische Dimension der Krise und die daraus resultierenden ökonomischen Friktionen. Anders als Neumann, der die auf Kartellbildung und Preisabsprachen – die wiederum die „Macht der Konzerne" reflektieren – zurückgehenden „künstlich hohen Preise" und die damit einhergehende mangelnde Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals als Ursache der Krise auffaßt, begreift Sohn-Rethel die marktökonomischen Effekte als das Resultat struktureller, die Produktion tangierender Veränderungen der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Neumann und Sohn-Rethel kommen aber darin überein, daß die negative Aufhebung des konkurrenzwirtschaftlichen Kapitalismus eine Lösung der Krise im „orthodoxen Sinne": qua „Senkung des Kostenniveaus auf den Stand einer echten Konkurrenzfähigkeit" (56) – eine Lösung, die die finanziell schwachen Firmen unweigerlich in den Bankrott triebe – ausschloß. Die faschistische Variante der Krisenbewältigung prolongiert die Krise, etabliert eine regelrechte Ökonomie des Verlusts und ist darum geeignet, das allseitige Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Kapitalismus, die ihm selbst die Kritik konzediert, respektive in die der Geschichte, die nach geschichtsphilosophischer Auffassung eine überholte Gesellschaftsform in den Orkus zu befördern hätte, nachhaltig zu zerstören.

III. Sohn-Rethels Analyse der Krise indiziert einen Bruch mit dem allfälligen Produktivkraftfetischismus des wissenschaftlichen Sozialismus, dem an den Produktionsverhältnissen vor allem dies nicht behagte, daß sie fortschrittsfeindlich, deshalb Fesseln der Produktivkräfte seien. Sohn-Rethels Krisenbegriff reflektiert neben den politökonomischen, das Problem der Wertrealisierung umgreifenden, auch die produktionstechnischen Faktoren der Krise. Die ökonomischen, an der Sphäre des Marktes gebildeten Begriffe erhalten so ein materialistisches Fundament, indem die Sphäre der Produktion, dem wissenschaftlichen Sozialismus als Ort der Wertproduktion sakrosankt, ins Zentrum einer durch schrankenlose Produktivkraftentwicklung und katastrophenträchtigen Produktionszwang belehrten Ökonomiekritik rückt.

Die spezifische Gestalt der Krise der zwanziger Jahre beruht Sohn-Rethel zufolge nicht auf machtpolitisch begründeten marktökonomischen Friktionen der Preisbildung – die durch die Eroberung neuer Absatzmärkte überwunden werden könnte –, sondern auf einer gewaltigen Überproduktion, die sich unter den Bedingungen einer schon stattgehabten Rationalisierung vollzieht. Sie setzt die konkurrenzkapitalistischen Mechanismen der Krisenregulierung außer Kraft. „Tatsächlich hatten Funktionsstörungen der marktwirtschaftlichen Art wie z.B. Währungs- und Krediteinbrüche nicht mehr die krisenerzeugende Wirkung, die sie zuvor hatten, als der Verwertungsmechanismus des Kapitals noch die Produktion regulierte und sie im Falle ernstlicher Produktionsstörungen zu Einschränkungen, wenn nicht zum zeitweiligen Stillstand zwang." (47)

Sohn-Rethel zeigt, daß der Konkurrenzkapitalismus durch eine neue Form der Ökonomie, die Profitbildung und Verlustprozeß, technisch begründeten Produktionszwang und faktische Überproduktion in haarsträubender Weise verklammert, abgelöst wurde. Als Grund der Trustbildung und Monopolisierung gilt ihm nicht eine un-

term Aspekt der Profitmaximierung vorgenommene, von interessierten industriellen Kreisen betriebene Politik der (Zwangs-) Kartellierung, sondern gelten ihm objektive, aus dem Rationalisierungsprozeß selbst erwachsende Zwänge produktionstechnischer Art. Er zeigt, daß die technische und ökonomische Kooperation synchronisierter Produktionsstätten, daß etwa die prima facie rationale Verflechtung der Stahl- und der Kohleproduktion, die absolute Priorität der Produktions- über die Marktökonomie begründet. Rationalisierung, die Herstellung der technischen Bedingungen, unter denen ein immer geringeres Quantum lebendiger Arbeit ein größeres Quantum an Produktionsmitteln in Bewegung setzt, erscheint nun nicht als Himmelsleiter, die aus der Krise heraus – *sooner or later* in die sozialistische Gesellschaft hineinführt, sie indiziert vielmehr die ungebrochene Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit. Sohn-Rethel kennzeichnet die erfolgreiche Rationalisierung insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie, die sich im Zuge der Wiederaufbaukonjunktur und unterm Druck der Reparationsverpflichtungen vollzog, als das entscheidende Hindernis eines sang- und klanglosen Niedergangs und unspektakulären Hinscheidens des objektiv defizitären Kapitals. Der hohe Stand der technischen Entwicklung erweist sich als ein die Krise verschärfendes Moment. Rationalisierung und Steigerung der Betriebsgröße lassen die fixen Kosten, die „ohne Rücksicht auf die Produktionsmenge entstehen" (40), in die Höhe schnellen. Ist aber ein Großteil der Kosten fix, so trägt eine Verringerung der Produktion nicht zur Kostensenkung bei. Die Höhe der fixen Kosten legt vielmehr nahe, die Produktionskapazitäten trotz mangelnder Nachfrage voll auszulasten. Daraus resultiert ein „Auseinanderklaffen der *Produktionsökonomie* der fixen Kosten und der *Marktökonomie* der Nachfrage- und Preisbewegungen" (41), das sich im weiteren Verlauf der Krise zur vollständigen Entkopplung von Produktion und Konsumtion auswächst. In dieser Entkoppelung manifestiert sich die fundamentale Widersprüchlichkeit und faktische Desintegration des Systems der Verwertung des Werts, das seinen gesellschaftsstiftenden Charakter vollends einzubüßen droht.

Sohn-Rethel untersucht die Zusammensetzung des Kapitals „nach der Seite des Stoffs, wie er im Produktionsprozeß fungiert" (MEW 23/640). Der Verweis auf die technische Seite der Zusammensetzung des Kapitals begründet die Differenz zu den Zusammenbruchstheorien der 20er (Grossmann) und der 90er Jahre (Kurz). Die Diagnose steigender organischer Zusammensetzung erweist sich als Dreh- und Angelpunkt der Krisentheorie Sohn-Rethels. Er hütet sich jedoch, aus dieser zunächst produktionstechnisch zu charakterisierenden Entwicklung das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zu deduzieren und versagt sich so jenem elenden Determinismus, der, den Tendenzcharakter großzügig außer Acht lassend, sich aufs vermeintliche Gesetz (im naturwissenschaftlichen Sinne) glaubt kaprizieren, den gesetzförmig verlaufenden Niedergang der kapitalistischen Ordnung glaubt erwarten oder gar – als sei der Schaden nicht schon groß genug – prognostizieren zu können. Sohn-Rethel, allem Prognostizismus abhold und statt dessen dem kapitalistischen Diesseits zugewandt, kennzeichnet die steigende organische Zusammensetzung – die es den Kapitalien nicht erlaubt, die Wanderung in profitable Branchen anzutreten, und im übrigen eine Kostensenkung qua Drosselung der Produktion ausschließt – als die Ursache dessen, daß die Krise nicht mehr in manchester-liberalistischer Manier: durch rigorose Entwertung des in den Produktionsmitteln verkörperten Werts (die mit einer Senkung der Löhne unter den Wert der Arbeitskraft einherzugehen pflegt) zu bewältigen ist.

IV. Erwies es sich wenn nicht als unmöglich im absoluten, so doch als faktisch unmöglich im kapitallogischen Sinn, der Überproduktion durch Drosselung der Produktion – deren Sinn, da sie keine Kostensenkung verspricht, dem betriebsblinden Einzelkapital partout nicht einleuchtet – zu begegnen, so offenbart sich, indem nun munter auf Halde produziert und insbesondere die „ökonomisch-leerlaufende Rüstungsproduktion", die Produktion nicht-konsumtiver Güter forciert wird, das Resultat dessen: Die faschistische Investitionskonjunktur durchschneidet jede „funktionelle Bindung der Produktionstätigkeit an den komsumtiven Endbedarf" (135). Eine ökonomische Desintegration greift Raum, die sich zunächst darin ausdrückte, daß die Krise (eine Reaktion des Gesamtsystems auf die Machenschaften seiner Glieder) den Einzelkapitalien keine systemadäquaten Reaktionsweisen mehr aufzuherrschen vermochte. Die faschistische Variante einer politischen Bewältigung der Krise besteht darin, daß der *Staat* tendentiell die Funktion der Konkurrenz (der abstrakten Macht, die den Ausgleich der Profitraten organisiert und die Integration der Kapitalien in das System der Produktion, Distribution und Konsumtion garantiert) übernimmt. Das abstrakte Prinzip der Konkurrenz scheint die konkrete Gestalt staatlicher Herrschaft anzunehmen. Obwaltete in der ökonomischen Sphäre der zwanglose Zwang der Konkurrenz, die ebenso blind wie neutral: ohne Ansehen der kapitalen Person ihr Urteil fällte, so schaltet dort nun sehenden Auges: gemäß politischer, etwa rassistischer Kriterien, der Staat. Er setzt eine Rüstungskonjunktur ins Werk, die die kriegerische Entwicklung antizipiert. Die faschistische Konjuktur *erstärkt* die zentrifugalen Tendenzen des ökonomischen Systems. Die "Konjunkturentwicklung entzieht sich dem zyklischen Krisenzwang, jedoch nur, um den Zwang zur unausgesetzten und tendenziell schrankenlosen Produktionssteigerung dafür einzutauschen. (...) Es gibt keinen oberen Sättigungspunkt der faschistischen Konjunktur; sie schreitet bis an die Elastizitätsgrenzen der Produktion, die Grenzen der verfügbaren Materislien, Kapazitäten und Arbeitskräfte fort" (151).

Die Doppeldeutigkeit des faschistischen Staates, der zweifellos die ökonomischen Interessen der bürgerlichen Klasse vertritt, ohne jedoch im strikten Sinne mit ihr zu kollaborieren; der aber der bürgerlichen Öffentlichkeit, von Rechts wegen Trägerin des Staates, den Garaus macht, sie offen brüskiert, sie in ihrer Funktion als Kontrollinstanz demontiert und darum nicht mehr umstandslos als bürgerlicher Staat zu bestimmen ist – die politische Doppeldeutigkeit also dieses Staates liegt in seiner ökonomischen Funktion begründet. Sie bestünde darin, im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung die widerspenstigen Einzelkapitalien zur kapitalistischen Raison zu bringen. Der Staat, Exekutor der Funktionsgesetze einer ökonomischen Ordnung, die die Krise perpetuiert, macht sich als der Vertreter des Allgemeinen gegenüber den besonderen Kapitalien geltend. Kompensiert der im Staat verkörperte *Terror des Allgemeinen* die tendenzielle Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Kapitalien, findet dieser objektive Terror des Allgemeinen seinen ideologischen Ausdruck in der scheinhaften Klassenneutralität des faschistischen Staates, so liegt in eben der Tatsache, daß der faschistische Staat die Funktion der Allgemeinheit verkörpert, die Möglichkeit einer partiellen und allemal selbstzerrissenen Opposition der Bourgeosie gegen die Diktatur, die sie aus nicht minder objektiven Gründen installiert hatte, begründet. ●

Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf Alfred Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag", Berlin 1992.

Weitere Literatur:
Ulrich Enderwitz, Der re olutionäre Staat: Das Paradox der bürgerlichen Gesellschaft, in: Notizbuch 4: Faschismus, Literatur und bürgerlicher Staat, Berlin 1981
Agnoli, Blanke, Kadritzke, Einleitung der Herausgeber, in: Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Ffm 1973

LUDI LODOVICO

Wie die neuen Rechten die Nation retten: „mit dem 'Faust' im Tornister" gegen „großstädtische Zersetzungsdenker"

Rechts tut sich was. Außerhalb des etablierten Rechtsradikalismus von DVU, Republikanern und anderen Neo-Nazi-Gruppen formiert sich eine intellektuelle Rechte, die außer mit Büchern mit einem Berliner Appell und mit einer Fronde innerhalb der Berliner FDP auf sich aufmerksam machte. Die intellektuelle Rechte, die sich hauptsächlich aus CDU/CSU-Mitgliedern, freischwebenden Konservativen, rechten Redakteuren und Publizisten zusammensetzt, gibt sich in ihrem Aufruf pluralistisch („gegen Extremisten von links und rechts"), doch weit gefehlt: ihre intellektuellen Wortführer, die im Sammelband „Die selbstbewußte Nation" vertreten sind, kennen keinerlei Abgrenzung mehr nach rechts. Für diese Führungsriege schließt der „freiheitlich-demokratische" und „antitotalitäre Konsens" Figuren ein wie Botho Strauß und Ernst Nolte, wie den Rechtsradikalen Gerd Bergfleth oder den „Junge Freiheit"-Redakteur Roland Bubik, wie den an den Verhältnissen und seiner eigenen Geschichte irre gewordenen Konfusionisten Hans Jürgen Syberberg oder den nach rechts beliebig anschlußfähigen Klaus Rainer Röhl. Nur einem der Mitautoren, dem FAZ-Redakteur Eduard Beaucamp, wurde es übel, nachdem er gelesen hatte, in welche Gesellschaft er sich da begeben hatte: „Beiträgers Erbleichen ... man schämt sich" (FAZ v. 20.10.94). Die Witwe, immerhin SPD-Mitglied, schwieg bislang.

Wenn sich 27 deutsche Männer und eine Witwe in einer „deutschen Debatte" über die „selbstbewußte Nation" hermachen, kann man allerhand erleben. Was zunächst ins Auge sticht: sechs Siebentel der Teilnehmer an dieser „deutschen Debatte" schreiben ein ganz erbärmliches Deutsch, aber die Gesinnung stimmt und die Gemütslage ist ausgezeichnet, weil wir „endlich wieder Deutsche werden" (A. Graw, SFB-Redakteur). Einen Vorgeschmack vermittelte im letzten Jahr der Sammelband „Westbindung" (herausgegeben von R. Zitelmann, K. Weissmann und M. Grossheim). Außerhalb der rechten Kampfpresse und rechtsradikaler Postillen nahm das Buch niemand ernst. Wer braucht angesichts brennender Menschen und Häuser noch eine Rehabilitierung von Nationalismus, „nationalen Interessen", „Geopolitik" und dergleichen? Der Mißerfolg scheint das Haus Ullstein beflügelt zu haben, es mit einer schärferen Version zu versuchen: „Die selbstbewußte Nation. 'Anschwellender Bocksgesang' und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte" (herausgegeben von H. Schwilk und U. Schacht). Die Stammgäste aus dem Vorjahr sind wieder dabei – dieses Mal hinter dem Zugpferd Strauß (Botho) und seinem „Anschwellenden Bocksgesang". Außer Strauß bestimmen die untadeligen Demokraten Carl Schmitt, Martin Heidegger und Ernst Jünger, wie sich „die selbstbewußte Nation" den „Pluralismus" vorstellt, der „den linken und rechten Demokraten gleichermaßen Raum und Entfaltungsmöglichkeiten" (Berliner Appell) bietet. Was „Raum" und „Entfaltung" im Rechtsdeutsch bedeuten, schreiben die „neuen" intellektuellen Rechten Wort für Wort von denen aus der Weimarer Zeit ab.

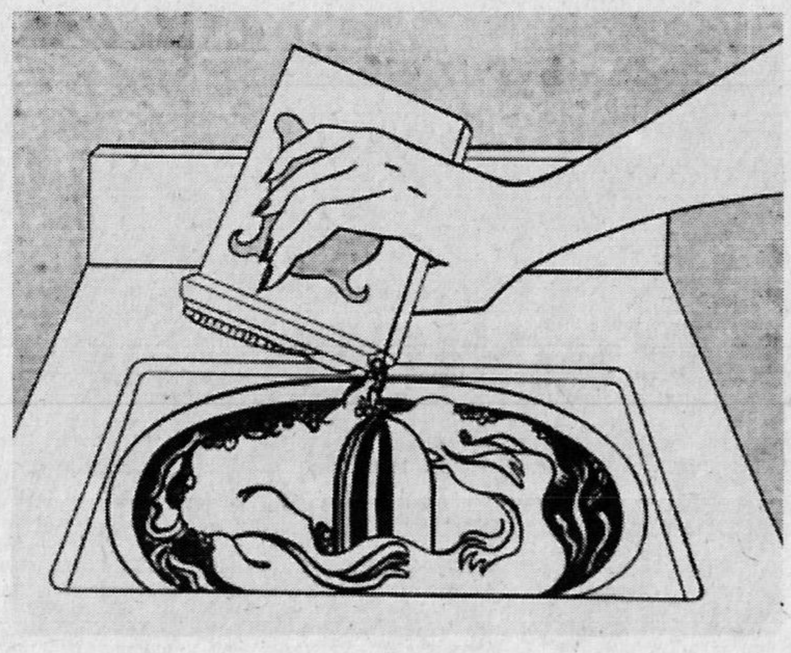
R. Zitelmann leiht den Titel seines Beitrags („Position und Begriff") bei Carl Schmitt aus und möchte begründen, daß zur „pluralistischen Demokratie" außer der Mitte, um die sich alle balgen, eine Rechte ebenso selbstverständlich gehöre wie eine Linke. Der Jammerton des Berliner Appells läßt darauf schließen, daß Zitelmann dabei ebenso mitredigiert hat wie beim Rechts-Aufruf der Berliner FDP mit dem ehemaligen Bundesanwalt von Stahl als Aushängeschild. Der gelernte Maoist Zitelmann macht jetzt umtriebig auf rechte Rechtsstaats-Rettung. Aus der „pluralistischen Demokratie" ausgrenzen möchte er deshalb Rechts- bzw. Linksextreme. Das Unternehmen scheitert im Ansatz, weil sich die neuen Rechten von der gewalttätigen Rechten ziemlich mißverständlich, halbherzig oder gar nicht abgrenzen kann. Martin Walser sprach noch jüngst verniedlichend von „Skinheadbuben", und Zitelmann qualifiziert den Protest gegen Neonazis nach den Morden in Ost- und Westdeutschland als „Inszenierung" und „Kampagne". Dieselbe Unentschiedenheit und Zweideutigkeit kennzeichnet das Verhältnis der neuen Rechten zum Nationalsozialismus. Zur Berliner Mode gehört, in der Wolle gefärbte Antisemiten zu zitieren und hinzuzufügen, „ich will dies alles jetzt ... nicht moralisch deuten" (H. Lange). Da wird im Stil und im Windschatten Ernst Noltes verharmlost mit Vokabeln wie „Bewältigungsexzeß", mit seichten Analogien, mit der „Freiheit des Fragens" oder mit dem „nüchternen Blick" auf den „technischen Vorgang des Vergasens" (E. Nolte). Einer der Herausgeber spricht, um die gegen Neonazis erhobenen Mordvorwürfe zu kontern, von den „Wohlfahrtsausschüssen der Bonner Republik" und vom „Kostüm-Humanismus", der „noch primär in Talk-Shows und Leitartikeln ausmerzt" und nicht in der Realität: „Aber damit fängt es an." Die Differenz zum ganz gewöhlichen Revisionismus ist minimal. Was der national durchwirkte Restverstand als „postdeutsche nationalsuizidale Geschichtsschreibung" denunziert, wird auf eine Stufe gestellt „mit dem totalen Vernichtungswillen NS-Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk" (U. Schacht, „Welt am Sonntag"). Der Philosophieprofessor R. Mauer aus Berlin fragt: „Was kann man aus Auschwitz oder Bosnien lernen", als ob es sich dabei um Verbrechen auf gleicher Stufenleiter handelte. R. Bubik von der „Jungen Freiheit" verkündet die rechte Zeitrechnung als Clearing-Verfahren durch Vergessen: „Doch 1990 war nicht mehr 'nach Auschwitz', sondern das Jahr nach der deutschen Einheit".

Die neue Rechte steht vor zwei bislang ungelösten Dilemmata: Erstens kann sie sich nicht überzeugend vom älteren und neueren Rechtsradikalismus absetzen, weil ihre Thesen dann in sich zusammensacken würden. Implizit wird das sogar zugegeben, wenn behauptet wird, „immer mehr Demokratie, immer mehr Aufklärung, immer mehr Emanzipation" brächten nichts als den Untergang von „Identität, Transzendenz und Bindung" (A. Graw). Sollte man dann, wie die alte Rechte seit Burke, Bonald und de Maistre immer schon meinte, Demokratie, Aufklärung und Emanzipation nicht gleich über Bord werfen? Einige wollen dies mit Sicherheit. Noch mag es keiner für zeitgemäß halten, denn damit würde die weitgehend fiktive Grenze zum Neonazismus ganz fiktiv. Und zweitens steht die neue Rechte (wie die alte) immer noch dafür, daß ihr intellektuelles und geschmackliches Ni-

veau nach unten keine Grenzen kennt. Der Berliner Professor R. Maurer dokumentiert den intellektuellen Standard des Sammelbandes und der Bemühungen von rechts bündig mit dem einfältigsten aller Tricks – dem Spiel mit Eigennamen: Jürgen Habermas habe es, so Maurer, mit den „Habermäusen". Wenn Maurer von „kulturellen Unterschieden" und „höherer Kultur" daherredet, weiß man ungefähr, woher der Wind bläst und wohin die Reise gehen soll. Der FAZ-Autor K. R. Röhl (Ex-'Avanti') belegt seine eminente Kenntnis „renommierter" Lexika dadurch, daß er eines auf acht Zeilen zweimal mit zwei unterschiedlichen, aber gleich falschen Titeln herzitiert.

Die neuen Rechten verwahren sich dagegen, Nationalisten zu sein, mit dem Argument, es gelte zwischen „Nationalismus" und „vernünftigem Nationalbewußtsein" zu unterscheiden. Das hat man nun schon seit etwa hundert Jahren versucht, aber es ist nie gelungen. Und der vorliegende Band ist ein Schulbeispiel dafür, daß die Unterscheidung nicht gelingt. Die bescheidener Strukturierten weichen deshalb auf Schummriges in der Preislage von „Zusammengehörigkeitsgefühl" aus, was ohne Zweifel jede Räuberbande auch besitzt, mindestens solange die Geschäfte laufen. Die Anspruchsvolleren sprechen von einem quasi-natürlichen „Bedürfnis", das einfach da sei. Aber die meisten landen wie eh und je beim Kitsch. G. Bergfleth, mit „einem Draht zum einfachen Volk" ausgestattet, plädiert für uriges „Deutschsein" und für „die Heimkehr zur heiligen Mutter Erde". Und der angeblich „andere Anfang" beginnt wieder auf den ausgetretenen Holzwegen durch den Schwarzwald. Noch plädiert er für den „Aufstand gegen die Entortung" (was immer das sei); daraus kann im Handstreich ein Kampf gegen die Entartung werden. Die „höhere Kultur" hatten wir schon bei Maurer, die „Partei des echten Lebens" bei Bubik, und die Trauer um die goldenen Zeiten, als „Ehebruch noch strafbar" war, bei Meier-Bergfeld („Rheinischer Merkur"). Es kommen härtere Zeiten, denn A. Graw plädiert für „Opferbereitschaft, Staatsbewußtsein, Nationalbewußtsein" und „Kampfbereitschaft", und M. J. Innacker („Welt am Sonntag") pfeift den Marsch vom „Staat als Schicksals- und Selbstbehauptungsgemeinschaft".

Wo es den Autoren darum geht, das angeblich „Vernünftige" am Nationalbewußtsein darzulegen, erscheint in der provinziellen Berliner Privatdozentenphilosophie der Hinweis auf „die deutsche Sehnsucht nach Metaphysik" (T. Krause). Offensichtlich erschöpft sich das vom national strukturierten Bewußtsein avisierte „Vernünftige" in der irrational-brutalen Einfachheit des homogenisierten „Wir" gegen Andere und Fremde. „Die intensivere Art des Seins", eine historisch bekannte Form des „vernünftigen Nationalbewußtseins", beginnt erst, wenn



„wir die Lieder unseres Volkes" wieder singen lernen und „Einpassung" (R. Bubik) kein Fremdwort mehr ist, dagegen Aufklärung eines wird.

Die Abteilung Kitsch ist die mit Abstand am besten dotierte im Sammelband. In der nationalreligiösen Boutique bietet U. Wolff mit „doppelter Optik und spirituellem Tiefgang" Rezepte gegen „Bindungslosigkeit", „Dekadenz" und „Transzendenzverlust" an, aber auch unfreiwilligen Trost für die gebeutelte FDP: „Am Ende des Jahrtausends ist der Ewige Deutsche liberal geworden" – wogegen jetzt mit einer „Ethik des Dienens" mobil gemacht werden soll. Für den ehemaligen Offizier und Friedensforscher A. Mechtersheimer ist der historische Frischling Nation eine „Urkraft" und obendrein „das wesenhaft Tägliche". Eine „deutschpositive Haltung" erscheint deshalb so selbstverständlich wie die Spindordnung. „1989" steht für Nation, d.h. „den hundertjährigen Kampf gegen die Revolution". Durch diesen „nationalen Problemlösungszugang" erhält der fast allein von deutschen Eliten entfesselte Weltkrieg eine aparte Umdeutung.

Vom Radau-Rechtsradikalismus unterscheiden sich die neuen Rechten durch ihre Kulturkritik. Unterschiedlich akzentuiert, deuten sie auf Defizite und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft. Sie tun dies unter dem Generalnenner des Wertezerfalls und beklagen, „der angebliche Pluralismus der Lebensstile, der unbändige 'Individualismus', der sich in den freien Gesellschaften so herzerfrischend zeige", sei „bei näherem Hinsehen ein Ergebnis der Warenwelt und der Werbung" (E. Straub, Stifterverband Deutsche Wissenschaft). So vordergründig präzis einzelne Einsichten auf diesem Feld registriert werden, so wenig überzeugend sind dann auch die Erklärungen, die die neuen Rechten dafür anbieten. Nicht etwa die fast unbegrenzte Dynamik von kapitalen Verwertungs- und Profitinteressen, die die modernen Gesellschaften weitgehend bestimmen, werden dafür verantwortlich gemacht, sondern pauschal „Demokratie", „demokratische Gesellschaft" und „Demokratisierung", ganz so, als ob im Bundestag über Warenproduktion, Konsum, lifestyle-Klim-Bim und Fun-Business entschieden würde und nicht in den Führungsetagen der Konzerne und PR-Agenturen. Auch die neue Rechte prägt das alte Ressentiment gegen die parlamentarische Demokratie. Sie spricht es nur nicht so deutlich aus wie die Herrenreiter in der Weimarer Republik.

Zur demagogischen gesellt sich eine rustikale, genuin rechte Erklärungsvariante: „Wir müssen zukünftig nicht weniger, sondern mehr Staat haben, wenn unsere Lebensform weiterexistieren soll" (K. Weißmann). Nichts gerät von rechts so unter Beschuß wie Emanzipation und Selbstverwirklichung. Schlechter als der „Totalitarismus des Konsumierens" (H. Schwilk, „Welt am Sonntag") kommen nur „Feminismus" und „Multikulturalismus" (R. Zitelmann) weg. „Das große nationale Abenteuer" (J. Thies, „Die Welt") sieht im Feminismus eine Gefahr für die „Staatsmoral": „Der Staat aber muß – im Extremfall – vom Leben seiner Söhne als Soldaten zehren; das kann keine Frauenmoral billigen. Sich die Staatsmoral als erweiterte Familienmoral zurechtzuschustern, das bedeutet aber das Ende des Staates" (P. Meier-Bergfeld, „Rheinischer Merkur"). Damit stellt er sich den Thesen der Herausgeber entgegen, wonach „Erfahrungsraum und Identität von Familie und Nation ... das Gemeimsame" konstituieren (H. Schwilk / U. Schacht). Zumindest Schwilk belegt dann schnell, daß er auch anders herum kann: Gegen die „Pazifizierung" und „Effeminierung" der Gesellschaft beruft er sich auf Ernst Jünger. „Den Heroismus" der „Stahlgewitter" beschwört ein anderer Autor, „Lehrmeister Krieg" (K. O. Hondrich) und „Lehrmeister Schmerz" stehen ebenfalls bereit. Staat und Nation bilden die „höheren Werte" in der „Ethik des Schmerzes", nach der es gilt, im Namen einer „politischen Ästhetik des Erhabenen ... den eigenen Tod (zu) riskieren ... Schmerzbewußte Gegen-Aufklärung" mit einer „Institution" als „Halt" soll dem „Geist der Zersetzung" trotzen (H. Schwilk) – Stammtisch-Nietzsche, dekoriert mit Nachkriegs-Gehlen. Ein 24-jähriger, der sich erregt, daß sich „die Masse der Menschen" an RTL und „am Schund ergötzt", beschwört die guten alten Zeiten: „1914 stürmten deutsche Soldaten mit dem 'Faust' im Tornister in die Schlacht, den sie alle gelesen hatten (den Tornister? LL), wenn nicht gar auswendig konnten" (R. Bubik).

Fazit: „Rechts zu sein, bedarf es wenig" (FAZ v. 29.9.1994) – einige zoologische Grundkenntnisse genügen. Die intellektuellen Rechten nehmen Tauben als Lehrmeister: die kennen nämlich „keine Tötungshemmung gegen ihre Artgenossen" (P. Meier-Bergfeld), und die Witwe, wenn sie sich nicht gerade vom herben Charme viriler Kerle auf granitenen Kriegerdenkmälern durchrütteln läßt, dirigiert dazu den Choral mit dem Titel: „Über die Liebe zum eigenen Land". ●

Zitate aus: Heimo Schwilk, Ulrich Schacht (Hg.), „Die selbstbewußte Nation", Ullstein Berlin 1994.

JÜRGEN ROTH

Massenhaft Volksgemeinschaft

Die Ästhetisierung der Politik

Mit dem *historischen* Faschismus ist jener Einschnitt im Denken markiert, der die ideologiekritische Destruktion von Verblendungen, Täuschungen wie ins verkehrte Verhältnis zur antagonistischen Wirklichkeit gesetzten Vorstellungen und Bewußtseinsformen der gesellschaftlichen Individuen unterhalb politischer Repräsentation und innerhalb ökonomischer Vermittlung – die nun in permanenten Zwang, Terror, nackte Herrschaft und das Kommandosystem mutiert – unmöglich werden zu lassen scheint. Denkbar ist, daß mit der historisch einmal abgeschlossenen Transformation der Konkurrenz in die Monopole jeder Theorie, die auf materiale Dialektik zwischen Allgemeinem und Besonderem abzielte, jener Begriff der Vergesellschaftung, der nicht über die Individuen hinweg verliefe, in Mißkredit geraten muß; gerade dann, wenn sich Gesellschaft durch die zentralen Bestände des Selbst hindurch abbilden soll, mit ihr Ideologie, die zu gleichen Teilen an der Konstitution desselben wie an seiner Zerstörung, der Androhung seiner Auslöschung ebensosehr wie an seiner totalen Integration in geschlossenen Institutionen (die Fabrik, in einem historisch genau bestimmbaren Stadium der Akkumulation, geht der „Partei" voraus) teilhat.

Die gesellschaftliche Geltung des Ästhetischen hält indessen unvermindert an. Das Kunstwerk, Inbegriff von Autonomie und scheinhaft prätendierter Freiheit des Subjekts in seinen von der Fiktion transportierten stofflichen Bezügen dort, wo es nach Marcuse gegen die Verewigung als „gesamte Kultur" selbst noch Einspruch erhebt, steht dennoch kaum für Ästhetisierung schlechthin, für die Präsenz symbolisch geleiteter Aktion ein; hingegen für Form, die Distinktionsgewinne, von der Hochkultur einst gegen den Pöbel verbucht, autoritärer Politik attraktiv werden läßt – freilich auf der Basis ihrer ökonomischen Determination, die in alle sekundäre Begrifflichkeit der Person, des Subjekts, der Realisation gesellschaftlicher Ziele hineinreicht.

Der ästhetische – anders zunächst als jener in den Lebensverhältnissen kontinuierlich reartikulierte – Schein transformiert sich dann, wenn die Vermittlung von Freiheit und Notwendigkeit – im bürgerlichen Kunstwerk als Einheit von Vernunft, Sinnlichkeit und Ordnung vorgestellt – von der technischen Mobilisierung der Allgemeinheit und ihren auf homogene Öffentlichkeit zielenden Agenturen abgelöst wird, mithin scheinhafte Gebilde ihre Praxisseite hervorkehren. Marcuses Aufsatz über den Doppelcharakter der Hochkultur steht dagegen als spätes Zeugnis einer dialektischen Technik- und Formanalyse, an der noch Adornos späte ästhetische Theorie in der Überschreitung sosehr wie im Gestus der vollständigen Negation kulturindustrieller Semiotisierung festzuhalten vermochte. Gemeinsam ist beiden Arbeiten die Einsicht, daß wer vom Faschismus rede, über die bürgerliche Gesellschaft und ihren ästhetischen Vorstellungskreis nicht schweigen dürfe.

Währenddessen war dem Bürger sein Kunstwerk seit jeher beides: Einübung in die Versöhnung und milder Vorschein gesellschaftlicher Rationalität, in der er sich zu den Gegenständen seiner Arbeit wie zum sinnvollen Resultat der Gattungstätigkeit illusionär einmal zu verhalten gedachte.

Zum wesentlichen ist sein Ich im Verhältnis zur Produktion von Weltwissen, das sich im Rezeptionsakt als sinnvoll strukturiertes, gefügtes Weltverstehen erschließen soll, Ergebnis der Imagination, die sich als solche zu erkennen gibt, weil sie phantasiert, wo produziert, anschaut, wo Bewußtsein konstituiert, Ideologie formiert wird. Die *Tat der Imagination* bleibt folgenlos, da sie in der zu Ökonomie, Politik und Leiblichkeit differenten Sphäre gehalten wird. Allein Philologie, Hermeneutik und die Philosophie der Geschichte – ihr zugehörig Gattungstypologie und Formbegriffe – regeln den Sinn, den das Kunstwerk macht. Der Anstrengung interpretatorischer Rückübersetzung chiffrierter Gehalte in die Lebensverhältnisse korrespondiert deren gesellschaftlicher Gehalt: Versagung und Erbauung. Indessen signalisiert das Kunstwerk in Koalition mit seinen Deutungen, wo die Grenze sei: Geschäfte werden woanders gemacht. Daß es anders werden könnte, ist nicht ausgeschlossen.

Der ästhetische Schein trägt jene Koordinaten in sich, die die Selbstermächtigung, nicht die Emanzipation vom verhärteten Selbst inaugurieren. In der *Imagination der Tat* schießen die Bedingungen von mißratener gesellschaftlicher Transzendenz und des Verlusts der Ichkontrolle bei synonymer Entwicklung ihrer wesentlichen Bestandteile – der Herrschaft über die Anderen bis zum Terror gegen sie – zusammen: als totale Kontrolle über die Funktionen des in Form gebrachten Selbst, das bruchlos in die Allgemeinheit übergeht. Denkbar ist, daß die Ästhetisierung der Politik diese Aufgaben erfüllt. Obgleich spekulativ, rührt die – vorläufig so genannte – Symbolisierung oder Semiotisierung an das Bedürfnis des Bürgers, Kultur, im Kern Gesellschaft, in Natur, ins Substrat absoluter Geltung zurückzuverwandeln. Die Unerträglichkeit antagonistischer Erfahrung wird abgewendet. Ihr zum Ersatz dienen zuverlässig einfältige Einsichten, daß das Stück, das man hier spielt, doch reibungslos funktionierte, hielten sich nur alle an die Regeln.

Eine solche Tendenz aber ist zunächst immer nur die der herrschenden Klasse, noch Luxus, später Instrument der Repression. Sich ihr zugehörig zu fühlen und heimisch in ihren absoluten Verwertungszielen zu werden, ist die soziale Programmatik des Faschismus, der seine Massenbasis auf der Funktionalen opaker Inszenierungen errichtet. Es sind Kleinbürger und die Mittelschichten zuvorderst, die auf Angebote zur umstandslosen Vermittlung von Selbstaufgabe und Herrschaft antworten. Wo ökonomischer Zwang unkontrollierbare Ausmaße annimmt und in der Unkenntlichkeit seiner Gründe zu verschwinden droht, schlägt die Stunde der Erlösung. Mit einemmal weicht der Druck – in der Mythologie der Volksgemeinschaft, säkulare Tanszendenz und rasende Hingabe an das Versprechen, das die Kunst gab, aber nur als Aussicht auf ein besseres Leben in entrückter Distanz gegenwärtig hielt. Die Vergegenwärtigung des Wir, nicht Bewußtsein der Klasse und Wissen um gesellschaftliche Bedingungen von Unterdrückung ist der Möglichkeit, Erfahrung an den Schein zu delegieren, geschuldet. Ihr weicht, was je als Praxis denkbar war. Subjektivität und Staat rücken in die ihnen gemeinsame Totale der Imagination ein, angezeigt von einer Aufhebungsfigur, mit der Entdifferenzierung politisch wird:

Der Nationalsozialismus – oder allgemeiner, der Faschismus – steht (...) für (...) das Ideal des Lebens als Kunst" (Susan Sontag).

Nicht der futuristische Technikkult, von dem sich noch Walter Benjamin schillernd fasziniert zeigte, formt Medien, in denen die Pathologie des bürgerlichen Subjekts und seiner Ökonomien zu sich kommt; er erschöpft sich in der Anbetung des Panzers. Den einzelnen verlangt nach Aufhebung, die er als eigene Praxis, als Teilnahme imaginiert. Teil hat er zwar nur am Spektakel, doch das rollt und wogt durch sein Innerstes. Solche Erlebnishaftigkeit konterkariert das ehedem als zufällig, äußerlich oder kontradiktorisch vorgestellte Verhältnis zwischen Ästhetik und Politik. Im Bezirk des Ästhetischen selbst konstituiert sich nun allererst Politik als das Politische, die Anwesenheit des Ganzen. 'Ich bin enorme Einheit' macht Ernst mit dem Wunsch, das „Volk" zu sein. „Volk" seinerseits aber ist nur als nach-rationale Gemeinschaft, technisch erzeugt also mit den Mitteln, die die bürgerliche Gesellschaft zur rationalen Überbrückung ihrer irrationalen Verfassung bereithielt. Der Faschismus operationalisiert, insofern er die Belange einer entkoppelten wie enthemmten Öffentlichkeit anvisiert, was in der Struktur des Ästhetischen vorgezeichnet war: die Grenzen seines Verhältnisses zur materiellen Wirklichkeit zu definieren, um sie zu überschreiten und sich schließlich die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens zu unterwerfen. Prekäre Vermittlung weicht der Verabredung, man treffe sich im Wir. Wo die Verschiebung gesellschaftlicher und subjektiver Konstituentien erfolgreich abgeschlossen wurde, waltet nicht länger schlichte Propaganda und Demonstration. Die „Bewegung" bildet sich im ästhetisch enthusiasmierten einzelnen zum Funktionszusammenhang des faschistischen Staates um. Dieser bedient sich schließlich nur noch seiner eigenen Programmatik, derzufolge die (selbst-) darstellende Bewegung die „Einheit des Staatswesens selbst" (Sontag) repräsentiert. Da nach Goebbels alle Politik Propaganda, Zustimmung produzierende, den Wahn nicht überhöhende, sondern affirmierende Ästhetisierung der Totalität zu sein habe, wird die „Inszenierung der Macht" und vice versa „Faszination der Gewalt" als technisches Problem ersichtlich, dessen operativer Charakter in der Horizontalen der „Volksgemeinschaft", die der „Vergötterung der Macht" wie der Ermächtigung zur Machtausübung gleichermaßen gehorcht, gründet. Protest, einst Merkmal, das sich am beredten Kunstwerk gegen die herrschenden Verhältnisse ausmachen ließ, zerfließt in der Sphäre blinden, stummen, aber gleichwohl sprachlich von der Basis faschistischer Konsensbildung angeleiteten *totalen Ausdrucks*. Transzendenz in der Immanenz, Erbschaft des Reiches schönen Scheins, entfernt die Differenz zwischen Werk-Form und gesellschaftlichen Rezeptionsbedingungen, die sich der Analytik des Kunstschönen noch darbieten mochte. Wenn die Rede von der formierten Gesellschaft Sinn für sich beanspruchen kann, dann hier, in der Formierung des Formgedankens.

Potentiell nähert sich die faschistische Ästhetisierung der Politik jenen spätromantisch-mythologischen Projekten an, die Kunstschönes an der unbearbeiteten, reflexionsfreie Geistesübung und Gefühlsgymnastik erheischenden Oberflächenerscheinung des Naturschönen maßen. Zu ihrer im politischen System verankerten Inszenierung aber bedurfte es der Akkumulation von Techniken, vermöge derer die Konstruktion des Mythos' auch die Artikulation der „Volksgemeinschaft" als öffentliche Veranstaltung ermöglichte, in der sich jeder gleich nahe zum eigenen wie zum allgemeinen Ursprung wähnen muß. Im Herrschaftszusammenhang der Massenveranstaltung, Ergebnis staatlicher Einbindung in die Faszination des Scheins, macht sich deshalb zum geringsten die Vergötterung des „Führers" geltend; die Masse, auf dem Weg zum Reichsparteitag, bewegt sich bereits von selbst. Wenn Benjamin mit seiner Formel von der „Ästhetisierung der Politik" die faschistische Inszenierungsgewalt über die Massen im Auge hatte, so ist der Verweis auf die neu erschlossenen Strategien des antikommunistischen Blocks systematisch gehaltvoll nur als Bezeichnung eines Selbstsignifikationsprozesses, in dessen Verlauf die „Masse" ihre Kompetenzen bestimmt: Wiederaneignung des Gewaltmonopols unter Anleitung ihrer eigenen Imaginationsgewalt.

Keine Phänomenologie des „braunen Kultes" etwa, die den naturalisierenden Effekt Speerscher Fahnenmeere in Beziehung setzt zum eskapistisch motivierten Bewußtsein, das – abgeblendet und verführt – das Ästhetische als Ersatzreligion sympathetisch zum Einsatz bringt, kann da heranreichen. Wenn sich Ästhetisierung als Herrschaftsmodus beschreiben läßt, der über die Stilisierung des Staates zum Gesamtkunstwerk hinaus in die Individuen hinein verlängert wird, dann gilt staatlichen und ideologischen Transformationen besonderes Interesse. Schein als Modus der Selbstproduktion (der Masse) deutet die Faschisierung des Subjekts nach dem Muster ästhetischer Vor-Bildung, die in den psychischen Mechanismen der gesellschaftlichen Institutionen befestigt wird. Vor diesem Hintergrund integrativer Funktionen autoritärer Herrschaft (die ihrerseits der „Person" gewahr wird, um sich ihr voranzustellen) konvergiert die Transformation der Klassengesellschaft in die „Volksgemeinschaft", weil sie das Selbsterhaltungsinteresse des Systems als Expansion seiner Selbsterhaltung betreibt, mit den ästhetisierten, interesselosen Interessen selbst mancher Unterdrückter.

W. Benjamins Hinweis, die faschistische Massenbewegung lasse die Massen zu ihrem Ausdruck, nicht zu ihrem Recht kommen, da die Eigentumsverhältnisse unangetastet blieben, räumt der Signifikanz des psychologischen 'Vorschusses', der allererst Dispositionierungen im Moment des Subjekthandelns kenntlich macht, den Vorrang vor der reinen Manövrierbarkeit enteigneter Individuen ein. Gleichwie: Ästhetisierung der Politik richtet sich als sublimiertes Terrorsystem ein, das Gewalt in den Einzelnen verübt, nicht unmittelbar gegen sie. Vermittels der Inszenierung von Allgemeinheit stabilisiert sich Systemherrschaft als funktionale Kontinuierung von Raum-Zeit-Mythologemen, die in ihrer mit großem Aufwand sichergestellten Eigendynamik gewährleisten, daß Politik als institutionalisierte Imagination der Identität von Gemeinschaft und Staat in Permanenz herstellbar wird. Politik im Vakuum des Scheins erfüllt infolge der Einübung permanenter Unterwerfung ihre Funktion, Teilhabe an der Macht zu suggerieren, nicht mehr ausschließlich als offenes Terrorsystem. Sie bezeichnet jenes Stadium autoritärer Herrschaft, das die Phase ursprünglicher Konstitution (gemeinhin die Bewegungsphase des Faschismus genannt) weitgehend hinter sich gelassen hat und zur Konsolidierung der „Volksgemeinschaft" übergegangen ist, die sich im Kontext des Regimes als Rahmen von Subjekt-'verständigung' und Alltagshandeln etabliert hat. Nur um so effektiver richten sich die terroristischen Akte nun gegen jene, die nicht dazugehören (wollen).

Ist das Totale als das 'Eigene' erst gänzlich routinisiert, so wird der Wirkungsgrad eines psychischen Mechanismus, wie er im faschisierten Massensubjekt aufscheint, in Gänze deutlich durch den legitimatorischen Klappmechanismus, der die Akzeptanz von Herrschaft für den einzelnen je einsichtig gestaltet. Lichterketten ihrerseits (nicht allein als bloße Blendwerke des Massenornaments) beerben Sozialtechnologie, die die stumme Gewalt der Verhältnisse beredt gestaltet und aktualisierbaren Deutungen überantwortet. Selbstvergewisserung über die eigenen Beweggründe, hier und jetzt gegen „Ausländerfeindlichkeit" zu sein, konzentriert sich auf die Darstellung bzw. Ausstellung von Effekten, Formen, also die Außensphäre innengeleiteter sozialer Kontrolle, die den guten Willen des einzelnen überwacht. Deviant sind jene, die am höchst innervierenden sinnlichen Spektakel zu partizipieren sich weigern. Sie stören ein System verhandlungsloser, unreflektierter Normen, das aus der wechselseitigen Referenz zwischen Schein und Politik gespeist wird. Verdrängung nicht als Flucht in jenseitige Welten, sondern ins Institutionengebilde verwandelte Ein-Bildung des Meta-Subjekts sanktioniert eine spezifisch funktional gewordene ideologische Entpolitisierung des Gegenstandes, die im 'überwältigenden Ausdruck' ihre Zustimmung zum Bestehenden kultiviert. Im Stande des Terrors erscheint das Dasein allemal als sinngesättigt.

Im deutschen Faschismus gelangte mit der Massenveranstaltung der Reproduktionsmodus immer schon wahnhafter Identität solcher gesellschaftlich zugerichteten Subjekte, die sich als Masse selbst ins Gesicht blicken mochten (Benjamin), auf die Stufe organisierter Identität von Selbst- und Ganzheitspräsenz. Handeln ist nun ganz der Performation des Systems untergeordnet, während die Darstellung zur Performation ideologischer Vergesellschaftung schlechthin wird. Sein Vorbild findet das „praktische Exerzieren der Volksgemeinschaft" (Ley) an der Organisation von Suggestion, wie sie in der permanenten Initiation von Gemeinschaft etwa durch den militärischen Drill vonstatten geht. Öffentlichkeit richtet sich als Kolonne ein, gestützt auf rituelle Obligationshandlungen. Solche „Produktion gesellschaftlicher Unbewußtheit" (Erdheim) stellt Untergebene, unter den Staat Subsumierte her, die nach Anerkennung verlangen: ihrer Anerkennung als Subjekte, die der Liquidation entkommen dürfen, weil sie den Souverän des stillgestellten Ausnahmezustands zu verkörpern dauerhafte Anstalten machen. „Der ideologische Subjekteffekt besteht darin, daß das Handeln in der vorgegebenen Anordnung als spontan und freiwillig gelebt wird; die Verhältnisse werden von innen nach außen gelebt." (M. Behrens)

Öffentlichkeit, einmal zur „uniformierenden Institution" (Goffman) geworden, synthetisiert Subjekt-Effekte und die materiellen Vollzugsformen der ideologischen Staatsapparate in der Sphäre von Selbstdarstellung, dort, wo Subjekt und Staat, Freiheitsillusion und Ordnung, Unterwerfung und Spontaneität zusammenfallen. Die Transformation der bürgerlichen Öffentlichkeit in die faschistische läßt sich überdies als Prozeß der praktischen Semiotisierung beschreiben. Roland Barthes' Untersuchungen zur ideologischen Syntax, in der alle formalen Elemente in die Ein- und Unterordnungsperspektive gerückt werden, um als sinn-belehnender und über-formender Text (sekundäres semiotisches System) die primären, alltagsgebundenen Erfahrungen und Sprachen für die autoritäre Totale zu binden, unterstreichen jene Konnotationsaktivität, die im ästhetischen Prinzip, Macht über die Organisation von Material zu etablieren, begründet ist. Ästhetisierte Politik heftet Anschauung an die Einfühlung, gleichermaßen die Ich-gestützte wie die systemische, die den Nachvollzug strenger Anordnung von Sinn-Elementen verlangt. Hier verschwindet die Grenzziehung zwischen Akteur und Zuschauer. Die Vermittlung von Ästhetischem und Politik wird demnach politisch in letzter Konsequenz dadurch, daß sie sich im Ästhetischen vollzieht als

Praxis, die Ordnung schafft. Für das Subjekt entfällt die Abspaltung seiner selbst vom Nicht-Identischen: es wird einverleibt oder ausgelöscht. Eine Gewaltlogik, die nicht mehr durchschaut sein will, exekutiert das Formgesetz des Ästhetizismus. Im Werk Ernst Jüngers, so P. Bourdieu, gilt – stellvertretend für die reaktionäre Modernität konservativer Revolutionäre – schließlich: Die signifizierte Substanz ist die signifikante Form.

Stellte das bürgerliche Kunstwerk Schönheit als „Freiheit in der Erscheinung" (Schiller) vor, dann gehorcht ästhetisierte Politik dem Gesetz, interesseloses Wohlgefallen sei die Organisation von Erfahrungslosigkeit als Erlebnis. An Entfremdung irre geworden, wird die fiktive Befriedigung total, die materiallose Synthese des Kunstwerks zur Synthesis von Herrschaft. Von Benjamin stammt der Hinweis, daß unter dem Gesetz des Tauschwertes die Masse zum Material mutiert, freilich im doppelten Sinn: um Gegenstand der Formierung wie der Unterwerfung unter die Expansion zu sein.

„Schönheit ist Leistungsfähigkeit und Staatsgläubigkeit", als scheinhafte Aufhebung der Klassengegensätze Signum „für die erfolgreiche Faschisierung des Subjekts" (W. F. Haug). Dort, wo „sich immer ungestörter ein alogischer Raum bilden (konnte), worin Wünsche und Romantizismen, Urtriebe und Mythizismen rezent werden" (Bloch), endet die Masse schließlich als Institution; als Umkehrung Marxscher Hoffnungen kulminiert die bürgerliche Gesellschaft in der lebendigen Herrschaft der Abstraktion. „Der Kleinbürger sieht darin (im Bild der homogenen „Volksgemeinschaft", J.R.) Sozialismus, der Großbürger besitzt darin Kulisse, und für beides war dem Kapitalismus höchste Zeit." (Bloch)

Hatte noch Benjamin die Operationalisierung der öffentlichen Künste – des Kinos und des (epischen) Theaters – für die taktischen Ziele des z.T. medial interpretierten, d.h. in den Aktionsfeldern strategisch als teil-autonom vorgestellter Kultur aktualisierten Klassenkampfes im Sinn, so wird aus der historischen Distanz einer doppelten Verabschiedungsgeschichte sichtbar, was aus den Erbresten jener „politischen Kultur", die Fernwirkungen der 68er-Revolte zugeschrieben wird, heutzutage durchaus mit einer gewissen Konsequenz zusammengebastelt wird.

In dieser eigentümlich wahnhaften politischen Distributionssphäre zwischen Lebensstilidentitäten, Quartiermentalitäten und nationaler Besserungssehnsucht zirkulieren Überzeugtheiten, Wehklagen (stets zuverlässig darüber, was „im Lande" nicht funktioniert und „vom Ausland" zum eigenen Nachteil ausgelegt werden könnte), Bilderreste und Tümeleien. Verklebt zu einem Konglomerat aus gutem Gewissen und stolzem Bessersein, wird jeder Gedanke an politische Kräfteverhältnisse, geschweige denn an ökonomisch verhängte Herrschaft hartnäckig geleugnet, mehr noch: ästhetisch verhöhnt, als wisse man eh schon, was Sache ist, um je souveräner aber darüber hinwegsehen zu können, den eigenen Schädel einem Anflug von Wissen zu öffnen. Diese Melange, in der sich schlichte Dummheit zu erheblicher Verblödung gesellt und obendrein mit Gewinnlersucht auf der moralischen Habenseite paart, ist keineswegs so (gruppen-)heterogen, wie sie scheint. Ihr voraus geht der Anschluß des kleinbürgerlichen Begehrs an die Unterwerfung unter die identitäts- als gesinnungsstiftende Funktion des Symbols, dem samt und sonders der staatliche Impetus, es sollten die Pogrome halt besser (noch) ohne Radau vonstatten gehen, innewohnt.

Wo der Bürger aber sein Ansinnen, wohl doch bitteschön nicht gleich um seine Pizza gebracht zu werden (Th. Gsella), in die machtvoll lichternde Ornamentierung fügt, zeigt er auch seine wahre Stärke: zu demonstrieren, daß er nicht entfernt daran denkt, von der Seite des Staates und seinen rassistischen Planzielen (ab-)zuweichen. Noch in der multikulturellen Einbildung muß er jene denunzieren, die das tun, was er sich und seinesgleichen, seinen Klassengenossen und Menschkameraden vorgaukelt. Peinlich berührt, ertappt sich der Lichterkettensteher – in glücklichen Fällen rar gesäter Halb-Einsicht – dabei, bloß wieder faul herumzustehen. Deshalb affirmiert er seine Sankt Martins-Umzüge durch echt „gesamtdeutsche Fußgängerzonen" (RTL) als „sichtbares Zeichen" gegen diesunddas; Deutschland schläft nicht. Wer anders, und notfalls militant, gegen das Pack von Mölln, Rostock, Solingen sich stellte, ist mindestens Links-Faschist. Demokratie, minimal die Abwesenheit von schlägernden Banden, wird zum Ruf, der Staat möge nicht länger nur mit, sondern in uns sein. In der ästhetisch potenten Pracht der Lichterketten finden einst faschistische Mobilisierungs- und Formierungstechniken dorthin zurück, wo sie im 19. Jahrhundert mit Heimat-Nation-Gesangs-Gesocks jedweder Provenienz ihren Anfang fanden – in die Fusion von „Volk" und Staat.

Nein, man sieht nicht weg. Iwo. Längst wieder verherrlicht man, als Mob, den Staat, auch dann, wenn er scheint's verhöhnt wird. Faschisierung nämlich ist nicht die bloße Anbetung der autoritären Repräsentation, sondern Appell ans eigen-innerste Ich, das nach Anwesenheit von Sicherheitsgarantien im turbulenten, verstörten Gefühlshaushalt giert. Bullen, die sich dem rasenden Pack vor brennenden Asylbewerberheimen als hilflose Gesellen mit minderwertigem Waffenarsenal darstellen mochten, werden geschlagen, bis sie tun, was man von ihnen verlangt. Sie zu prellen, heißt, ihre augenscheinliche Schwäche, die Indisponiertheit des Sicherheitsapparates zu verlachen und im gleichen Atemzug dessen Stärke einzufordern. Wo so getreten wird, ist Gewalt längst ästhetisches Bedürfnis, Kriterium, ob der Staat das Spektakel denn biete, das man gern wieder zu sehen bekäme. Geht er dann nicht konsequent gegen die anderen, die Adressaten der Schlägertrupps vor, bekommt er die Ruten seiner Gefolgsleute zu spüren.

Zu denken ist die mit Lichterketten obszön demonstrierte Friedfertigkeit des Volksgenossen nicht ohne ihre Kehrseite, den Kultus nackter Gewalt, die aus allen Verträgen aussteigt. Von ihr sich ostentativ fernzuhalten, verlangt die Inszenierung des Ich im symbolisch hergestellten Kollektiv der Gewillten. Wo endlich zu erfahren ist, daß man zusammengehört, ist die Gewalt weit mehr der innere Antrieb als komplementäre Erscheinung einer ästhetisierten, stilisierten Politik – Politik allerdings als Technik, die nicht schlicht Gefolgschaft erzwingt oder zu ihr verführt, sondern zu weiten Teilen schon längst in den Agenturen des bürgerlichen Individuums prädisponiert ist.

Die Revolte des Kleinbürgers hat stets nach Unterwerfung, gar ihrer offenen Organisation verlangt. Infolge der Liquidation bürgerlicher Freiheitsillusionen erfüllt sich im Medium ästhetisierter Politik gänzlich das Versprechen, das die bürgerliche Gesellschaft jenen, die nicht dazugehören und deshalb „die anderen" geheißen werden, wohl seit spätestens 1848 gab; man wird's euch schon zeigen. Die Verhältnisse, unter denen Faschismus sich zu formieren beginnt, sind vorgezeichnet nicht nur im Begriff des Nationalstaates, sondern ebensosehr im hinzugehörigen der Gemeinschaft. Sie zu konstituieren, ihre Erfolge auszubauen, ist das Programm irregewordener Bürger, die den Kapitalismus abschaffen wollen, weil ihnen die Dauerkrise auf die Nerven fällt. Daß die Kunst in der Selbsterziehung des Menschengeschlechts einmal so weit würde reichen können, haben gewissermaßen weder Lessing noch Schiller oder weißgottwer ahnen können.

Mag indessen die Diskussion um Ästhetisierungsstrategien, wie sie aktuell von rechtskonservativen Feuilletons hie und da forciert werden, um die Nation zu volkhaftem Erleben anzuspornen, zuletzt angesichts solcher spätkapitalistischer Formierungsprozesse, die sich ideologisch-symbolisch (noch) unverklärt, sozialpsychologisch kaum manifest hinter dem Rücken der Betroffenen vollziehen, eher nebensächlich erscheinen, so bleibt doch unverbrüchlich, daß der Schein (nicht) trügt. ●

DIETHARD BEHRENS

Kontinuität deutscher Europapolitik?

Die Einrichtung des EG-Binnenmarktes 1992 war mit großartigen Erwartungen wie schlimmsten Befürchtungen verbunden. Offizielle Vertreter von Politik und Wirtschaft, Euro-Experten aller Provenienz versprachen sich von der Liberalisierung der Märkte, von fortschreitender Kapitalkonzentration und einer stärkeren Vereinheitlichung der Verwaltungs-, Industrie- und Handelsnormen einen Innovations- und Rationalisierungsschub, Wachstums- und Beschäftigungseffekte sowie eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Eben diese Entwicklung der Kapitalkonzentration und technischen Innovation läßt andererseits eine überproportionale Deregulierung und den zügigen Abbau erkämpfter tarif- und sozialpolitischer Positionen erwarten, der u.a. die Gewerkschaften relativ vereinzelt und ohnmächtig gegenüberstehen.

Europäische Gemeinschaft

Hinter den warnenden Stimmen aus Wirtschaft und Parteien, die nach Präventivmaßnahmen angesichts der Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs riefen, werden nationale Interessen (Standort Deutschland) sichtbar. Die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion veränderte Situation sowohl der Märkte als auch der militärischen Bündnisse hat diese Tendenz vollends deutlich werden lassen. Festzuhalten ist, daß die jeweiligen nationalen Europapolitiken auf spezifischen Traditionen beruhen, die im Zuge der aktuellen Transformation erneut virulent werden könnten. Mit dem Traum von einem Großeuropa „der verschiedenen Geschwindigkeiten", das als ein in sich gestufter Block anderen Kontinenten gegenübertritt, lebt auch die Diskussion über die Möglichkeit deutscher Dominanz in Europa wieder auf. Die altbekannten Stichworte von „Großraumwirtschaft", „Mittellage" und „internationaler Verantwortung" provozieren die Frage nach Kontinuität oder Bruch deutscher Europapolitik.

„Nationalgeschichtliche Kontinuitäten" bestimmen die deutsche Europapolitik der letzten 100 Jahre. Seit der wilhelminischen Ära lassen sich zwei europapolitische Richtungen unterscheiden, die abwechselnd zum Zuge gekommen sind: das imperiale Konzept der Eroberung eines Großraums unter direkter Verfügung des Deutschen Reiches oder der Achsenmächte und das eher weltmarktorientierte Konzept struktureller ökonomischer und politischer Verflechtungen bei starker Dominanz des Deutschen Reiches.

Zwei Großraumkonzepte

Mit der Miquelschen Sammlungspolitik tritt der spezifisch wilhelminische Imperialismus mit seiner vorwiegenden Orientierung auf den europäischen Südosten in Erscheinung: die imperiale Politik einer Interessenbündelung der wichtigsten politischen und ökonomischen Fraktionen, also das spezifische „Interessenaggregat" von Industrie, Agrariern und Adel, Admiralität, Seehandel und kaiserlichen Optionen. Kehr kennzeichnet diese „Formation" als ein „agrarisch-industrielles Kondominium mit der Spitze gegen das Proletariat" (Kehr). Das Bündnis von Agrariern und Industriellen – die Grundlage einer solchen Einheitspolitik – setzte aber die Überwindung der politischen und ökonomischen Divergenzen voraus. Hätten ihre jeweiligen *politischen* Interessen den agrarischen Konservatismus an die Seite Rußlands, die liberalen Industriellen an die Seite Englands führen müssen, so führten vielmehr ihre *ökonomischen* Interessen die Agrarier in die Konkurrenz mit der russischen Agrarproduktion und die Industriellen in die Konkurrenz mit England.

„Der Liberalismus tendierte ideologisch stets zu England als dem Land angeblicher Freiheit, gegen Rußland als das Land angeblicher Unfreiheit. Aber wirtschaftlich sah er umgekehrt in England den Konkurrenten und in Rußland das Land, dessen Getreideexport die Existenz der ostelbischen Rittergutsbesitzer, seiner sozialen und innenpolitischen Gegner ... auch praktisch aus dem Sattel hob." (Kehr)

Der unter Miquel getroffene Kompromiß hatte eine agrarisch-industrielle Schutzzollpolitik zum Ergebnis, die im Zollgesetz von 1902 endgültig zementiert wurde. Bei diesem Kompromiß haben sich die agrarisch-konservativen Interessen auf fatale Weise durchgesetzt und in vielen Bereichen eine kapitaladäquate Weiterentwicklung behindert. Der Schutzzoll, ein entscheidendes Element wilhelminischer Politik, kündigte eine Tendenz an, die das außenpolitische Schema, der „friedliche(n) Verständigung zwischen den drei großen Kaisermächten" (Hallgarten) revidierte. Die Schutzzollbewegung, entstanden während der „Großen Depression" am Ende des Gründerzeitbooms, führte im Oktober 1877 zum Bündnis von Agrariern und Industriellen und manifestierte sich endlich in den Schutzzollgesetzen von 1879. Diese Politik enthielt eine Dynamik mit zwangsläufiger Expansion. Der Konflikt zwischen politischem und ökonomischem Kalkül in der Außenpolitik Bismarcks mündete in Kolonialismus und eine aggressive Weltpolitik in der spätwilhelminischen Phase. Diese Entwicklung wurde durch die Politik nationalistischer Verbände verstärkt.

Die Massenbewegungen der militarisierten Verbände, wie des Wehrvereins, des Flottenvereins, der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Alldeutschen Verbandes (Hallgarten) wurden von einem nationalistischen und militarisierten Bürgertum getragen und zumeist schwerindustriell geführt. Für diese Konstellation ist nicht nur die „allgemeine politische Mentalität, sondern die ganze Sozialverfassung des Reiches" (Kehr) ausschlaggebend. Getragen von der „kapitalistisch-imperialistische(n) Machtidee", diktierte ein „feudalisiertes und militarisiertes Bürgertum" endlich de facto die Innenpolitik und suchte in antisozialistischer nationalistischer Übersteigerung Kompensation für die eigene Unterwerfung und Militarisierung durch den preußischen Klassenstaat.

Zwei Verbände bestimmten vor allem die Politik: der Alldeutsche Verband und der Flottenverein. Der Flottenverein, der den Flottenbau agitatorisch begleitete, war anfangs eher kleinbürgerlich dominiert (Storchbein), wurde aber bald, dank der Berliner Banken und Krupp, zum Verband der Interessen von Schwerindustrie und Finanziers. Der Alldeutsche Verband formierte sich 1891 unter der Führung von Alfred Hugenberg in Reaktion auf den Austausch Sansibars gegen Helgoland mit den Engländern, der als Verrat deutscher Interessen aufgefaßt wurde. Trotz seiner Massenpropaganda verstand er sich eher als Verband ei-

ner bürgerlichen Elite. Der Alldeutsche Verband entfaltete eine betont deutsch-imperiale Propaganda, die zur Verbreitung imperial-europäischer Denkmodelle beitrug. Deutschland brauche mehr Land oder zumindest ein erweitertes Wirtschaftsgebiet, denn es befände sich mit Amerika und Rußland in einer gefährlichen Konkurrenzsituation. Es gehe, so der Vorsitzende des Verbandes, Claß, um die Sicherung des deutschen Lebensraumes. Als bevorzugtes Interessengebiet einer solchen Politik galt der Balkan, allgemeiner der europäische Südosten. Die dort lebenden Völker sollen dann assimiliert, germanisiert, vertrieben oder umgesiedelt werden. Ziel dieser Politik war es, ein Großdeutschland als arrondierte Großmacht oder zumindest als Macht in einem autarken Block zu schaffen. Mit imperialer Geste, die die deutschsprachigen Schweizer, die niederländischen „Volksgenossen“ samt flämischen Belgiern eingemeindet, wird eine Westgrenze anvisiert, die als „deutsche Sprachgrenze“ von den Ardennen bis zum Montblanc reicht. Nordpolen soll als Südpreußen heimgeführt werden. Man erwägt die deutsche Besiedlung Kleinasiens, um auf diese Weise endlich am Schwarzen Meer Fuß fassen zu können. Da man den kleinen Völkern sowieso das Recht auf eine eigene Nationalität abgesprochen hat, will man auch den Habsburger Staat auf eine antislawische Politik einschwören, ihm notfalls mit Intervention und Diktatur drohen. „Der Habsburger Staat wird deutschfreundlich sein, oder er wird nicht sein.“ (Claß) Dieser Entwurf verlangt nach einer Neuordnung Europas, strukturiert durch ein zentrales Großdeutschland und „verbündete“ Gebiete, die in einer Zollunion zusammenzufassen seien und sich durch eine rechtliche „Klassenteilung“ von Deutschen und Nichtdeutschen auszeichnen soll (Hasse).

Diese Eroberungswünsche wurden weder durch die Kriegszieldenkschrift zu Beginn des Ersten Weltkrieges noch durch die nationalistische Agitation in den 20er Jahren überboten. Andere Vorstellungen schoben sich in den Vordergrund.

Die Zielvorstellungen der liberal-imperialistischen Fraktion scheinen sich zunächst von denen der Alldeutschen wenig zu unterscheiden. Der 1904 gegründete „mitteleuropäische Wirtschaftsverein“ enthält eine gewisse Differenzierung der in ihm wirksamen politischen Richtungen.

Eine mehrheitlich liberal-imperiale Meinung wollte eine der Miquelschen Sammlungsbewegung entgegengesetzte Reform als Bedingung einer deutschen Führungsrolle inaugieren: Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, wirklichen Parlamentarismus und Beseitigung des polizeilich-bürokratischen inneren Regiments sowie Abschaffung des überhöhten Getreidezolls. Die Realisierung dieser Politik setzte den Interessenausgleich zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie voraus.

Die Propagierung der Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins stand im Zentrum der publizistischen Aktivitäten des „mitteleuropäischen Wirtschaftsverein(s)“. Ein solcher Zollverein sollte die mitteleuropäische Dominanz gegenüber dem europäischen Osten und Südostasien sichern. Im Kern besteht er aus dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn. „Mitteleuropäisch“ kann er fallweise im Sinne einer „verständige(n) Nationalitätenpolitik“ (Mangoldt) erweitert werden durch ein Bündnissystem mit dem Balkan bis hin zur Türkei. Voraussetzung dieser anvisierten Zollvereinspolitik als Klein-Imperialismus ist eine liberale Wirtschaftspolitik, also „Freiheit der Niederlassung, des Gewerbebetriebs und des Grundeigentumerwerbs für alle Angehörigen dieser Staaten“ (Mangoldt). Interessenpolitisch geht es den Propagandisten des „mitteleuropäischen Wirtschaftsverein(s)“ um die Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten mittels Handelspolitik. Eine machtvolle Handelspolitik setzt aber eine funktionierende Infrastruktur voraus. Stolberg-Wernigerode fordert daher, die Eisenbahnen und die gesamte Binnen- und Seeschiffahrt zu verstaatlichen, und die Infrastruktur länderübergreifend auszubauen. Eine solche Wirtschaftspolitik soll der Konkurrenz mit den anderen Kolonialmächten entsagen. Es wird bewußt dem Besitz von Kolonien kein hoher Stellenwert eingeräumt und auch kriegerischen Lösungen eine Absage erteilt. So erblickt Rathenau in der Zollunion, die gekoppelt mit einem ökonomischen Bündnissystem und auf eine integrierte Handelspolitik gegründet, ein Pallativ gegen den nationalistischen Haß.

„Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.“ (Rathenau)

Der nationalistische Aufbruch zu Beginn des ersten Weltkrieges ging auch nicht spurlos an der liberal-imperialistischen Fraktion vorbei. Die Adaption nationalistischer Vorstellungen vollzog sich aber in langsamen Schüben und mit starken Widerständen. Während Naumann schon 1915 ein auf das Gebiet des Dreibundes zurückgenommenes Mitteleuropa ins Auge faßte, hielten andere an der traditionell-liberalistischen Mitteleuropakonzeption fest. So plädierte Rathenau für einen baldigen Frieden mit Frankreich und eine „zwischenstaatliche Organisation“. Staatssekretär Delbrück verwies auf die Implikation eines Bruchs mit der bisherigen Wirtschaftspolitik: Aufhebung des Schutzes der nationalen Arbeit und der eigenen Zölle, auch der agrarischen, uneingeschränkten Konkurrenz, allgemeiner Liberalismus. Das Ziel der liberal-imperialen Politik, die Herrschaft eines zollgeeinten Europa auf dem Weltmarkt war allerdings nur mit der Sozialdemokratie, bzw. desjenigen Flügels, der „die Überführung der internationalen Sozialdemokratie in eine nationale Demokratie“ (Delbrück) wollte, zu erreichen. Im Verlaufe des Krieges identifizierte sich die liberal-imperiale Fraktion zunehmend mit den Zielen des Achsen-Militärbündnisses.

Das Ende des Ersten Weltkrieges beendete zugleich die Dominanz der konservativ-schwerindustrielle Einheit, die ihren extremen propagandistischen Ausdruck im Alldeutschen Verband gefunden hatte. Auch die politisch-ökonomischen Vorstellungen der Liberal-Imperialen erfahren eine notwendige Transformation: Angesichts der Niederlage des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie schien nationale Bescheidenheit oder grenzüberschreitende Völkerverständigung geboten.

Die Mitteleuropa-Idee wurde einerseits stark nationalistisch interpretiert, auf die Gestalt eines Großdeutschland, d.h. als Vereinigung von deutschem Reich und Deutsch-Österreich, zurückgenommen, lebte andererseits in ihrer traditionellen Gestalt einer mittel-südosteuropäischen Achse als Ausgangspunkt eines Groß-Europa wieder auf – vereinzelt wurde eine Westbindung des deutschen Reiches diskutiert. So entwickelte Grotkopp ein differenziertes Modell einer deutsch-österreichischen oder einer deutsch-österreichisch-französischen Zollunion, die auf ganz Südosteuropa erweitert werden könne. Sie schließe die Arbeitsteilung zwischen einem agrarisch fixierten und durch Vorzugszöllen gestützten Südeuropa und Mitteleuropa ein. Am Ende der 20er Jahre spielte die Mitteleuropa-Idee eine zunehmend bedeutsame Rolle bei den Propagandisten des Tatkreises und dem 1929 als „Mitteleuropäischer Wirtschaftstag“ (MWT) neugegründeten Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein.

Die deutsche Politik optierte zunächst für eine Verständigung mit dem Westen, um sich die „Klärung“ der Grenzfragen in Osteuropa offenhalten zu können. Auf Elsaß-Lothringen wurde dabei verzichtet, während am Anschluß Deutsch-Österreichs festgehalten wurde. Als das Projekt einer Zollunion mit Österreich 1931 scheiterte und angesichts der Wirtschaftskrise sich das Problem der fehlenden Absatzmärkte verschärfte, lagen schon Konzeptionen vor (Tat-Kreis), die gegenüber der klassischen Südost-Orientierung der liberalen Mitteleuropa-Vertreter eine sukzessive Umorientierung auf den gesamten Osten erkennen ließen. Obwohl die Sowjetunion nach der Revolution zu Agrarexporten nicht mehr in der Lage, und damit die traditionell agrarische Konkurrenz der ostelbischen Grundbesitzer hinfällig geworden war, blieb das

Problem der Konkurrenz beim Handel mit dem nicht industrialisierten ost- und südosteuropäischen Staaten prinzipiell bestehen. Um eine Lösung dieses Problems bemühte sich das „Büro Hahn“ (Sohn-Rethel) als Schaltstelle der verschiedenen ökonomischen Interessen. Es erarbeitete ein handelspolitisches Konzept, das die „Vereinigung unterschiedlicher Kapitalinteressen“ (Agnoli) möglich machen sollte, es ging erneut um die Aufhebung des Gegensatzes von Industrie- und Agrarinteressen. Auch den innerindustriellen Interessengegensatz zwischen den zu diesem Zeitpunkt krisengeschüttelten Schlüsselindustrien und den weniger gefährdeten, immer noch exportorientierten Chemie-, Elektro- und verarbeitenden Industrien sowie den inneragrarischen Interessengegensatz zwischen ostelbischem Großgrundbesitz und westlichem Klein- und Mittelbauerntum galt es zu berücksichtigen. Das Konzept einer „Agrarkartellisierung“, als Dreiecksgeschäft zwischen deutscher exportorientierter Industrie, deutscher Getreide- und Futtermittelproduktion und südosteuropäischer Veredelungswirtschaft geplant, sollte den Ausgleich der Fraktionen herbeiführen. Die Interessen der Klein- und Mittelbauern sollten geopfert, den Interessen der Schwerindustriellen sollte durch Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen Rechnung getragen werden. Der starke Staat, der die Optionen dieses Interessenbündnisses innenpolitisch durchsetzen sollte, wurde durch die „Regierung der nationalen Einheit“ 1933 geschaffen. In ihrer Stoßrichtung gegen die Arbeiterbewegung und in bestimmten außenpolitischen Entscheidungen ergibt sich eine Parallele der Regierung der „nationalen Erneuerung“ zur Miquelschen Sammlungspolitik. Sie betrieb dann allerdings den Abschluß vom Weltmarkt und damit die Begünstigung der einheimischen Schwerindustrie wie überhaupt die Rückkehr zu alldeutsch-deutschnationaler imperialistischer Politik eines Siedlungs- und Germanisierungsprogramms. Die nationalsozialistische Benachteiligung der „neuindustriellen“ Fraktion beseitigte damit auch die letzten Reste an „europäischer“ Orientierung. Der imperiale Block hatte gesiegt.

Dieser Sieg vollzog sich in drei Etappen. Die Südosteuropapolitik der Zwischenkriegszeit war darauf ausgerichtet, über die Wahrnehmung ökonomischer Interessen außenpolitische Handlungsfähigkeit zu erlangen, mit dem Resultat einer politisch motivierten, konsumfundierten Außenwirtschaftspolitik. Mit der Gründung des handelspolitischen Ausschusses (HPA) 1925 war ein internationalisiertes Organ geschaffen, dem das Arrangement industrieller und agrarischer Interessen oblag und das auf Südosteuropa als deutschen Großwirtschaftsraum orientiert war. Die Brüningsche Exportoffensive bei gleichzeitigem Agrarprotektionismus leitete als nächster Schritt zu einem Präferenzzollsystem und bilateralen Zahlungs- und Warenhandelsabkommen mit einzelnen südosteuropäischen Staaten über, deren Unsinnigkeit schon in den 30er Jahren durchsichtig war. Vor diesem Hintergrund gab es drei gegenläufige Versuche von Friedensinitiativen, durchweg von den progressiven Industriefraktionen getragen, die den Grad der Durchdringung der Politik durch einen industriell-agrarischen, kriegerischen Ausbeutungs- und Siedlungsimperialismus anzeigen: 1. eine gegen die Sowjetunion gerichtete Initiative einer deutsch-französischen Zollunion mit einer gemeinsamen ökonomischen Herrschaft über Mittel- und Osteuropa, 2. die Ausgleichsverhandlungen 1939 (Wohltatsgespräche) zwischen England und dem Deutschen Reich mit dem Ziel einer britisch-deutschen Weltvorherrschaft, und 3. den Vorschlag eines ökonomisch-politischen Weltherrschaftsdreierbundes USA-Großbritannien-Deutsches Reich. Wie sehr diese Machtpolitik die ökonomischen und machtpolitischen Realitäten verkannte, war spätestens dann offensichtlich, als die NS-Wirtschaftsplaner konstatierten, daß das „Unternehmen Barbarossa“ keineswegs vermochte, die agrarischen Überschußgebiete im Süden der SU in eine Ergänzungswirtschaft gegenüber dem Deutschen Reich und seiner Wehrmacht zu zwingen und die Zuschußgebiete im Norden mitsamt ihren Industriezentren auszuhungern, daß vielmehr die erbeuteten Güterkontingente noch hinter dem zurückblieben, was die SU auf Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes zuvor geliefert hatte. (Ueberschär/Wette)

Schien mit dem Jahre 1945 die Zeit dieser deutsch-imperialen Europapolitik endgültig abgelaufen, so war die damit verbundene Neuorientierung schon spätestens ab 1943 mit der Vorlage eines Entwurfs für einen europäischen Staatenbundes längst vorgegeben, wie dieser Entwurf einer Denkschrift für einen einzurichtenden europäischen Staatenbundes des auswärtigen Amtes von 1943 beweist, der weit stärker zukunftsorientiert war als etwa die gleichzeitig entstandene Denkschrift Goerdelers.

Neue deutsche Europapolitik? – Das Problem von Bruch und Kontinuität

Augenscheinlich scheint die alte Tradition imperialer Europapolitik in der BRD nicht mehr die entscheidende Rolle zu spielen. Zumal durch die Teilung der Welt auch die agrarisch-konservative Fraktion, die so oft eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, in ihrer Bedeutung und Machtfülle selbst nach 1989 sehr geschmälert werde, da sie inzwischen industrieideologisch überformt worden war. Anders formuliert heißt dies: Es scheint, daß die Struktur eines deutschen klassischen Imperialismus sich gewandelt hat. Auch die Interessengruppen sind nicht mehr exakt dieselben. Diese Interessentransformation ist selbst erklärungsbedürftig. Zwar finden sich nach 1945 militaristische Drohungen gegenüber dem „Osten“ bis hin zu Forderungen nach einem Präventivkrieg in den Verlautbarungen deutscher Industrieller, zwar beklagt selbst Erhard, daß der Konkurrenzschutz aus der Zeit des Nationalsozialismus sich im Korpsgeist der Unternehmer der späten 40er Jahre fortsetze, zwar läßt sich die „deutsche Wirtschaft“ nur zögernd auf die das Großkapital begünstigende Politik der Alliierten in den Westzonen ein, und Schacht versucht sich wieder – bis 1947 – in der Politik der Bilateralisierung (Abelshauser), zwar bemüht sich Adenauer, das Machtpotential der Ruhrindustrie zu erhalten und die alte „Sammlungspolitik“ wieder aufleben zu lassen, ergänzt durch den politischen Katholizismus (Radkau), zwar wird mit der Bundeswehr wieder ein beträchtliches militärisch-industrielles Risikopotential aufgebaut, und dennoch ist eine Verschiebung im Machtgefüge unbestreitbar. Mit der Einbindung Deutschlands in die bipolare Blockstruktur waren zwei entscheidende Differenzen gegenüber der alten Konstellation gesetzt:

1. Die agrarischen Überschußgebiete Ostdeutschlands stehen nicht mehr zur Verfügung; damit transformiert sich die ehemals mit den Großagrarierinteressen verbundene Fraktion.

2. Der ost- und südosteuropäische Raum steht als Objekt ökonomischer und politischer Strategien der BRD vorerst ebenfalls nicht zur Verfügung.

Unterstellt man, daß die Europakonzeption der „liberal-imperialen“ Fraktion aufgrund der Interessenbindung einer exportorientierten Industrie, wie sie in den 50er Jahren wieder entstand, nach wie vor als virulent, so konnte sie sich offenbar aufgrund des Ost-West-Gegensatzes zeitweilig kaum auswirken. Aber nicht nur deswegen: Adenauers Westorientierung (Radkau), die beginnende Verflechtung mit Westeuropa ab 1947, die auf amerikanischen Druck erfolgte Intensivierung europäischer Austauschbeziehungen mit gleichzeitigem Abbau der Handelsschranken und ab 1950/51 dem Bruch mit der Schutzzolltradition wie die ökonomische Entwicklung im Anschluß an den Korea-Boom, haben einen Prozeß in Gang gesetzt, der eine „Verlagerung der Handelsströme von Ost nach West“ mit sich brachte. Die Exporte nach Osteuropa sanken, die Weltmarktabhängigkeit stieg.

Mit der „Entwicklung Europas“ als westeuropäische Integration auf ökonomischer und politischer Ebene und der militärischen Integration in das westliche Bündnis und später der polizeilichen Kooperation, scheint auch eine wesentlich auf ökonomisch und industriell schwachen Wirtschaftsräumen beruhende national-imperiale Epoche ver-

gangen zu sein. In dieser Perspektive stellte sich dann der spätestens ab 1973 stärker forcierte Osthandel nicht mehr als erster Schritt auf einen zu monopolisierenden Raum dar. Der Osthandel war gleichwohl nie ganz zum Erliegen gekommen. Er blieb trotz der Adenauerschen Politik des Niederkonkurrierens, und trotz des kalten Krieges bis in die 80er Jahre attraktiv, und so wurden die ihn begrenzenden Bestimmungen auch zunehmend unterlaufen. Die europäische Gemeinschaft war unterdessen zu einem Faktum wie der westeuropäische Großraum zu einer multidominanten Struktur geworden. Ein Traditionsbruch deutscher Europapolitik schien in den 80er Jahren trotz aller imperialen Intentionen unübersehbar. Obwohl diese Tatsache sicherlich ein Novum darstellte, insofern die weltmarkt- und westeuropäische Seite, die Exportindustrien sich gegenüber dem „alten" Imperialismus durchgesetzt hatten, was schon daran deutlich wurde, daß die Schrittmacher der ökonomischen Verflechtung auf EG-Ebene, die Chemie- und Elektroindustrie (Radkau), in ökonomische Stärkepositionen gegenüber den alten Industrien gelangten, sind Kontinuitäten jedoch nicht zu übersehen: Dafür stehen Personen, wie etwa Karl Schiller, „einstige(r) Theoretiker der NS-Großraumwirtschaft", Institutionen, wie die konzertierte Aktion als Modell des sozialen Interessenausgleichs und gleichzeitig als Fortsetzung des Konzepts der „NS-Wirtschaftsführung" sowie die Renaissance der Großraumwirtschaftspläne im Sinne eines antiamerikanischen Euronationalismus.

Es scheint, als ob es endgültig gelungen wäre, die brisante Position des Deutschen Reiches als gegen Ost und West gerichtete „Mitte" zugunsten einer Integration der ehemaligen Mittelmächte in die Blöcke aufzulösen und im Rahmen ökonomischer, politischer und militärischer Kooperationen einzubinden. Spätestens mit der Krise 1973/74 wurde jedoch eine weltpolitische Konstellation sichtbar, in der nicht nur die US-Hegemonie brüchig geworden, ihr mit den EG-Staaten und Japan eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz auf dem Weltmarkt erwachsen war, sondern sich auch im Bereich der SU-Hegemonie zunehmend Probleme zeigten. Die Phase der „Nachrüstungspolitik" ließ sich nicht zuletzt als Reaktion auf diese Veränderungen begreifen.

Die Friedensbewegung als eine Initiative, die sich gegen die Nuklearmilitarisierung und konkret gegen die beiden Nuklearmachtblöcke in Ost und West richtete, ließ nicht nur den „Mitteleuropagedanken" erneut der Asche entsteigen, auch die Diskussion um die Stellung Deutschlands in Europa entbrannte wieder neu. Mit der Diskussion um die verschiedenen Friedens- und Abrüstungsvorschläge ging dann von seiten vor allem osteuropäischer Diskutanten die Vorstellung von einem Mitteleuropa als Großraum einher, nur jetzt mit dem Unterschied, daß der Diskurs über Mitteleuropa eingesetzt wurde, um die Westbindung Osteuropas zu betonen. Der Osthandel hatte nicht nur Kapitalien in die osteuropäischen Länder einströmen lassen und damit zu ihrer inzwischen horrenden Verschuldung beigetragen, in seinem Gefolge war es auch gerade in der deutschen Diskussion zu einer Neuauflage alter Wirtschaftsraumvorstellungen gekommen. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen ist es kein Wunder, wenn diese neuen Tendenzen traditionell deutsch-imperialistisch gedeutet wurden. Die Ereignisse der späten 80er Jahre, die „Wende" von 1989, haben trotz der Erfahrung des Zusammenbruchs der Ostmärkte erneut die Möglichkeit traditional imperialistischer Politik aufscheinen lassen.

Eine Neuauflage einer der beiden traditionellen deutschen Konzepte eines Großraums Europa scheint vorerst nicht zur Debatte zu stehen. D.h. weder ein gestuftes Bündniskonzept, etwa im Sinne einer deutsch-dominierten Donauförderation, wie in den 20er Jahren die Nachfolgelösung des Habsburger Reiches konzipiert war, noch eine deutschnationale imperiale Variante haben derzeit Realisierungschancen. Oder doch? Ist die deutsche Europapolitik, wenn auch etwas modifiziert, zumindest in ökonomischer Hinsicht jetzt kurz vor dem Ziel? Solchen bündnisdrapierten neuen deutschen Großraummachtpolitikvorstellungen stehen zur Zeit zumindest noch einige Bedingungen entgegen. In diesem Sinne lassen sich vier Faktoren nennen:

- In dem von Überproduktionsproblemen geschüttelten, hoch subventionierten europäischen Agrarsektor gibt es keine deutsche Dominanz.
- Es existiert innerhalb der europäischen Gemeinschaft zum Teil eine entnationalisierte Konzernstruktur, und es operieren in diesen Ländern eine Anzahl multinationale Konzerne.
- Es existiert, trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze der einzelnen Staaten, sowohl eine zunehmende Verflechtung der europäischen Industrie wie auch eine sie verstärkende wechselseitige Durchdringung der Handelsbeziehungen.
- Es existieren partiell integrierte politische Bereiche, sowie innereuropäische Verträge und Absprachen, die verhindern, daß Verhandlungen ausschließlich national geführt werden.

Trotz nationalwirtschaftlicher, durch eine bestimmte Industriepolitik verstärkte, Konkurrenz hat die Außenhandelspolitik „als klassisches nationalstaatliches Mittel" zu Teilen an Bedeutung verloren. Zudem ist inzwischen die Kompetenz für Handelsabkommen an die EG übergegangen. In bezug auf den Osthandel ist auch daran zu erinnern, daß schon in den 20er Jahren, partiell auch schon früher, viele osteuropäische Staaten gerade zu Frankreich vielfältige kulturelle, ökonomische und politische Beziehungen unterhielten, die an Intensität denen des Deutschen Reiches zu Osteuropa nicht nachstanden. Eine integrierte europäische Handelspolitik scheint von daher auf der Hand zu liegen.

Die gegenwärtige Situation zeichnet sich auf den ersten Blick dadurch aus, daß zum Teil äußere und innere Feindbilder abgenommen zu haben scheinen, so daß der von Kehr beschriebene Mechanismus als Element einer modifiziert imperialen Krisenlösung offensichtlich nicht greifen kann. Der neuere ausländerfeindliche Rassismus ist offensichtlich noch nicht spezifisch genug. Hinzu kommt, daß es eine Opposition, die in ihren Vorstellunhgen weiter geht als die von den Protagonisten einer europäischen Integration nationaler Kapitalien projektierten Entwicklungsdimension, nicht gibt. Die exportorientierte Dynamik der europäischen Staaten soll im Binnenmarkt neuen Bewegungsspielraum finden. Das ausgewiesene Ziel der Integrationspolitik, die Stärkung der wirtschaftlichen Position Europas in der internationalen Konkurrenz qua Schaffung effektiverer und auch größerer Produktionseinheiten inklusive der notwendigen Märkte, bedeutet auf jeden Fall – so es denn wirklich über die schon stattfindenden Kapitalkonzentrationsprozesse erreicht wird – eine Verschärfung des Exportdrucks auch nach außen. Dabei sind, läßt man die militärpolitische Konstellation vorderhand außer acht, folgende Entwicklungsmöglichkeiten denkbar:

- Ein Ausbau der deutschen Dominanz innerhalb des EG-Marktes;
- Ein innerer Interessenausgleich durch imperiale Orientierung auf die Dritte Welt, verstärkternExportdruck gegenüber Osteuropa und eine verschärfte agrarisch-industrielle Handelskonkurrenz mit den USA und den ostasiatischen Industrieländern;
- Die Weiterentwicklung der Sonderstellung der deutschen Exportindustrie innerhalb der EG in Richtung auf ein relatives Osthandelsmonopol. Damit wäre die alte Mitteleuropakonstellation außenhandelspolitisch wieder auferstanden.

Es scheint aber deutlich, daß gegenwärtig vorerst weder die politisch-ökonomischen Fraktionen imperialer oder integraler Kapitalstrategien aufgebaut sind, noch, daß die politische und ökonomische Grenzziehung den Interessen alten Vorgaben folgen wird – auch wenn Schäuble mit einer Forderung nach einem Kerneuropa eine Kompromißformel zwischen den Strategien anbietet, die auf ein vergrößertes Mitteleuropa hinausläuft. Es sei denn, man deutet die Politik des inneneuropäischen, nationalen und ökonomischen Interessensausgleichs und einer wie auch immer begrenzten innenpolitischen Integrationspolitik als Basis einer von der BRD dominierten Großraumwirtschaft mit ökonomisch expansiver Tendenz und so als endliche Verwirklichung des ursprünglich liberal-imperialen Projekts. ●

HEINZ STEINERT

Wo der Faschismus anfängt

In seinem letzten explizit politischen Buch, „Aussichten auf den Bürgerkrieg", ist Hans Magnus Enzensberger die Peinlichkeit der folgenden Sätze unterlaufen (die keine einmalige Entgleisung, vielmehr durchaus repräsentativ für den Gesamtduktus des Textes sind):

„War der Terror damals (in den dreißiger Jahren) ein Monopol der totalitären Regimes, so kehrt er heute in entstaatlichter Form wieder. Gestapo und GPU sind überflüssig, wenn ihre infantilen Klone die Sache selbst in die Hand nehmen.

Auf diese Weise kann jeder U-Bahn-Wagen zu einem Bosnien en miniature werden. Für das Pogrom sind keine Juden, für die Säuberung keine Konterre olutionäre mehr nötig. Es genügt, daß einer einen anderen Fußballklub be orzugt, daß sein Gemüseladen besser geht als der nebenan, daß er anders angezogen ist, daß er eine andere Sprache spricht, daß er einen Rollstuhl braucht oder sie ein Kopftuch trägt." (S. 30)

Mehreres ist hier erstaunlich: Es wird die Tatsache verwischt, daß „Faschismus" keine private, sondern eine staatliche Angelegenheit war, daß daher die private Nachahmung polizeistaatlicher Vorgehensweisen (deren „klassisches" Beispiel die Lynch-Justiz ist) zwar widerlich und ein klares Erkennungszeichen für autoritäre Bewegungen ist, aber eben nicht „Faschismus" sein kann.

(Die selbstverständliche Gleichsetzung von Hitler- und Stalin-Regime ist uns, obwohl sie immer noch falsch ist, infolge beständiger Abnutzung nicht mehr erstaunlich.)

Gleich nachgeschoben wird die weitere Gleichsetzung eines so verschwommen verstandenen „Faschismus" mit „Bosnien", von Skinheads in der U-Bahn mit den Truppen, die auf „ethnische Säuberungen" aus sind, so kann man vermuten.

(In den beiden letzten zitierten Sätzen klingt noch unbehaglich an, daß an den seinerzeit verfolgten „Juden" und „Konterrevolutionären" vom Standpunkt der Herrschenden mehr Verfolgungswürdiges dran war als an den jetzt terrorisierten Anhängern eines anderen Fußballvereins, an Rollstuhlfahrern und Kopftuchträgerinnen. Aber diese merkwürdige Fehlleistung soll hier unkommentiert bleiben.)

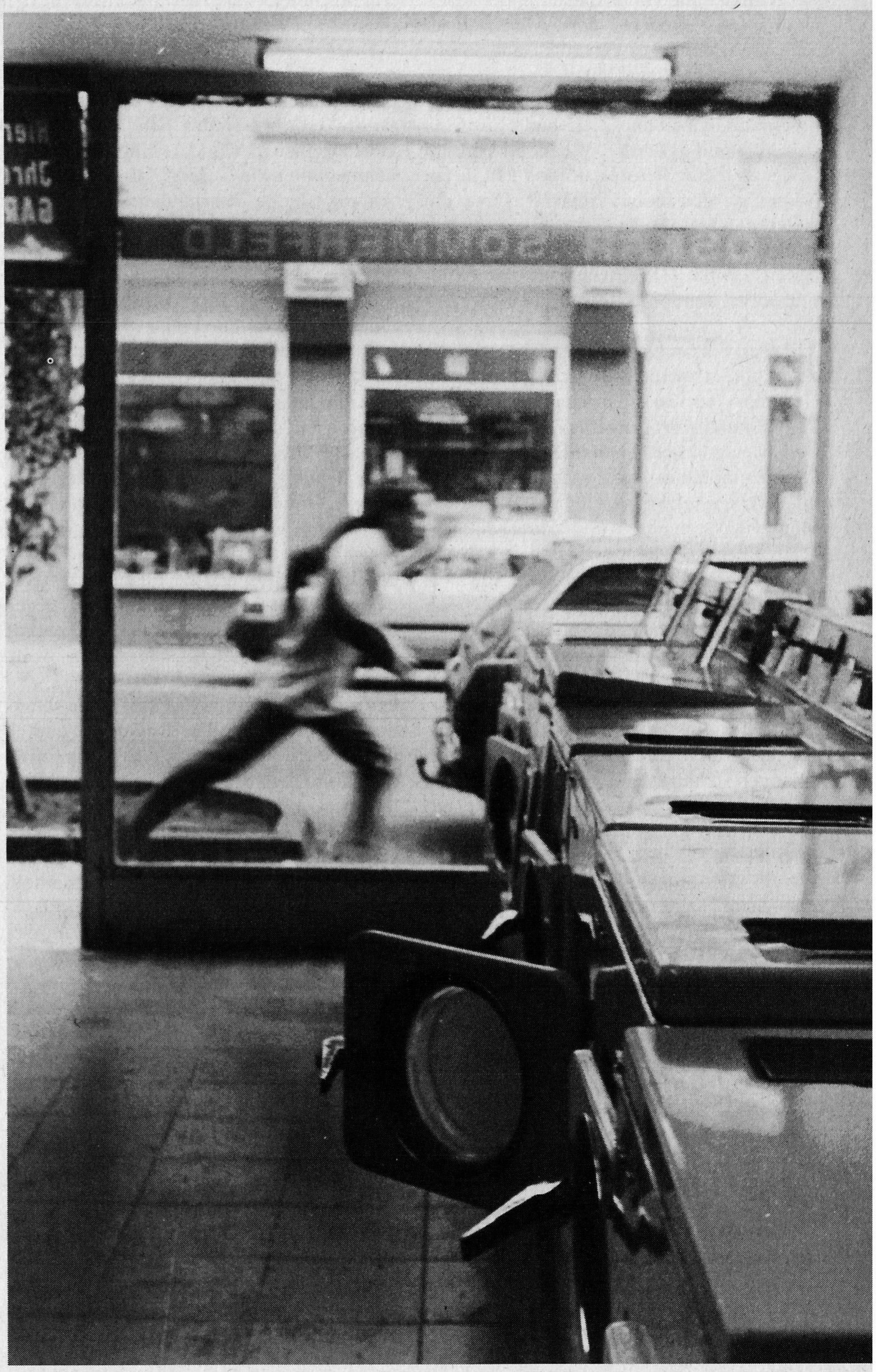


Photo: Benjamin Fehr

Was insgesamt auffällt, ist die Kühnheit der Gleich- und Analog-Setzungen aufgrund dubioser Merkmale, mehr Anmutungen als Begriffe. (Der Text fügt sich damit in den gängigen „Gewalt-Diskurs". Man hätte erwartet, daß Enzensberger ihn analysiert, nicht an ihm teilnimmt.)

Das war schon seinerzeit so, in der Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Hitler, die wir als Enzensbergers Beitrag zur Golfkrieg-Debatte („Spiegel", 6/1991) lesen durften und für die schon eine Erklärung gegeben wurde, die jetzt wieder ihren Auftritt hat: Saddam und Hitler sind und waren gleichermaßen „Feinde des Menschengeschlechts", denen es eigentlich um Selbstvernichtung geht und ging. So auch jetzt: Der „Welt-Bürgerkrieg", den Enzensberger beschreibt, wird ohne Ziele und ohne Sinn und Verstand geführt – es handelt sich um wildgewordene Selbstzerstörung. (In ihrem Namen werden freilich zunächst einmal die anderen umgebracht.)

Was ist das für eine Form von Argument, in der so kühne Gleichsetzungen eine Funktion haben können?

Enzensberger ist für diesen Essay viel gescholten worden, oft aus den falschen Gründen – so von Glucksmann („Spiegel", 37/1993) und von Greiner („Zeit", 36/1993), weil er quietistisch sei und den Rückzug ins Private empfehle, was er nicht ist und nicht tut, vielmehr setzt er sich für eine Politik des Möglichen (statt der großen Worte) ein. Seine wirklich auffallende Eigenheit ist aber diese ungebremste Abstraktion, die nur mehr an „das eine" denken kann: Was sich auf der Welt Auffallendes tut, ist Gewalt ist Faschismus ist Selbstzerstörung. Die Einzelheiten verschwinden, die Ratlosigkeit greift um sich.

Das Muster ist nicht unbekannt: Wir kennen die große Bereitschaft mancher Linker, Personen, Phänomene und Zustände als „faschistisch" zu erkennen, woraus folgt, daß man sehr verzweifelt und mit allen (in einer Phase der BRD auch gewalttätigen) Mitteln dagegen aktiv werden muß, oder aber, daß man gar nichts mehr tun kann. Für diese sehr schnelle Bereitschaft zur Identifikation von „Faschismus" gibt es einige gut klingende Gründe:

„Wehret den Anfängen" – das mutet wie eine vernünftige Maxime an: Wenn sich einer zum Diktator aufzuschwingen droht, muß man ihn daran hindern, bevor er so mächtig geworden ist, daß er alle Versuche der Verhinderung problemlos unterdrücken kann.

Dazu müsse man den Anfängen der Gewöhnung und Verrohung auch bei sich selbst wehren: Wenn man erst einmal hingenommen hat, daß eine Kategorie von Leuten bestimmte Berufe nicht ausüben und bestimmte Orte nicht betreten oder nicht verlassen darf, dann folgen bald Selbstbetrügereien und Wegschaureflexe, die auch den Abtransport solcher Leute an Orte, über die man lieber nichts Genaues wissen will, geschehen lassen.

Schließlich sei es im Zweifel nötig, lieber einmal zuviel Alarm zu schlagen, als damit zu spät zu kommen, weil die meisten Leute so abgestumpft und sonst manipulativ ruhiggestellt seien, daß sie noch den Weltuntergang interessiert vor ihren Glotzen bewundern und sich allenfalls über die schlechte handwerkliche Qualität der Inszenierung echauffieren würden. Deshalb müsse man sie möglichst drastisch aufrütteln. Ein bißchen Dramatisierung müsse für den guten Zweck schon erlaubt sein.

Das Problem: daß man nicht genau weiß, wo der „Faschismus" anfängt und man ihn deshalb sicherheitshalber eher früh anfangen läßt, verbindet sich mit dem der Harthörigkeit der anderen in einigen Annahmen über die Gesellschaft, die man am Anfang dieses Jahrhunderts gut haben konnte: Damals sahen sich die Künstler und Intellektuellen überrumpelt von einer Kombination aus Verdrängungsmoral und einsetzender verharmlosender Unterhaltungsindustrie, die es ihnen plausibel erscheinen ließ, (nur) mit Schockeffekten „aufklären" zu können. Schocks wie Aufklärung entstanden, indem „das Verdrängte" laut ausgesprochen und unausweichbar öffentlich gemacht wurde. Manche, wie etwa Freud oder Schönberg, gerieten in das Schockieren der Öffentlichkeit unabsichtlich hinein, indem sie einfach das vorführten, was sie als wahr und richtig erkannt hatten. Das ergab in einer erneuerten Fassung das Bild des heroischen Intellektuellen, der gegen die allgemeine Verblendung unerschrocken und ohne Rücksicht auf sein eigenes Wohlergehen „die Wahrheit" vorführt, ja „bekennt". Später wurde das Verfahren selbstbewußt, etwa bei den Dadaisten und in ihren Nachfolgern (bis zum antiautoritären Teil der Studentenbewegung): Die künstlerische und intellektuelle Technik wurde eine Technik des sachgerechten Provozierens.

Inzwischen ist das alles längst überholt. Hinter den Fertigkeiten jedes zweitklassigen Horrorfilmers kann sich ein Poe oder Artaud oder Ionesco nur beschämt verstecken. Und die aus dem 19. Jahrhundert überkommene Verdrängungskultur hat sich längst in ihr Gegenteil, eine Kultur der exhibitionistischen Geständnisse verkehrt. Die schamlose und unverschämte Mitteilung der jeweiligen Eigeninteressen und sonstigen „Wahrheiten" hinter den Angeboten von Politik, Verwaltung und Wirtschaft, identisch verarbeitet in den Mechanismen einer erweiterten Kulturindustrie, hat das aufklärerische „Aufdecken" und „Entschleiern" der Ideologiekritik zunehmend ins Leere laufen lassen. (Man kann viel gegen Sloterdijk sagen, aber in diesem Punkt seiner Analyse der „zynischen Vernunft" hat er illusionslos recht.)

Insofern hat der skandalisierende, provozierende, aufrüttelnde, eine verblendete Bevölkerung vor nahendem Unheil warnende, also prophetische und bußpredigende Intellektuelle irgendwelche kritischen Funktionen verloren – vielmehr gehört er zum Standardrepertoire eines halbwegs kompletten Unterhaltungsangebots. Was wir an diesen Auftritten besonders schätzen, ist die malerische Verzweiflung des einsamen, ungehörten Rufers, sein heiliger Zorn, das Authentische und Aufgewühlte seines Wissens, das sich bei uns abgeschwächt in „Mitbetroffenheit" umsetzen kann, in ein bißchen schlechtes Gewissen, aber auch in die angenehme Teilhabe an moralischer Überlegenheit angesichts dessen, daß wir das auch schon immer gedacht haben. Denn das ist inhaltlich entscheidend an den aufgeregt agitierenden Intellektuellen: Sie sagen, was wir (und alle, die wir kennen) auch sagen (würden), nur mit mehr Emphase und mit dem Gestus der Aufklärung und der Herausforderung einer ganzen Welt. Sie machen unsere hilflose „Betroffenheit" heroisch: Wir können zwar noch immer nichts tun, aber wir wissen jetzt, warum – weil die anderen vernagelt, verbohrt, Holzköpfe (und sonst Metaphorisches aus dem Bereich der Tischlerei) sind, Beispiele für die Unfähigkeit zur Betroffenheit, zu der die Trauer heruntergekommen ist. Die Aufgabe aller Wohlmeinenden ist damit klar: die anderen betroffen machen. Wenn es anders nicht geht, dann mit starken Worten. (Übrigens ist das schnelle Beschwören von „Faschismus" noch die fast politische Variante, viel unverzeihlicher wird es mit „Tier-KZs", „Holocaust auf der Autobahn" oder „Auschwitz in Bosnien".)

Gerade in schwierigen Situationen brauchen wir Intellektuelle nicht zum Dramatisieren. In der Situation der erweiterten Kulturindustrie gehört „schockieren und aufrütteln" zum Alltagsgeschäft dieses Betriebs, und oft werden Intellektuelle dafür eingesetzt. Wer sich nicht einsetzen lassen will, kann nur Nüchternheit und Gelassenheit bewahren, Distanz halten, sich von den gerade hochgekochten Aufgeregtheiten nicht hinreißen lassen, den Blick für das Komische kultivieren, Sensationen auf ihre Normalgröße zurückführen, Aufgeblasenheiten die Luft auslassen – wie Enzensberger in anderen, in früheren Texten.

Für den Intellektuellen, der von seinen Veröffentlichungen leben will und muß, entsteht das Problem, daß er so aus dem Wettbewerb um die Aufmerksamkeit austritt. Aber bekanntlich ist Produktdifferenzierung auch eine gute Taktik in der Konkurrenz, oft eine überlegene.

Der einfach nur politisch denkende Mensch hat noch viel weniger Grund, die großsprecherische Sensationshascherei der kulturindustriellen Darstellungen in seinen politischen Hausgebrauch zu übernehmen. ●

TOM WOLF

Weltformeln oder: Die ewige Wiederkehr des gleichen Ernstes

Der Schriftsteller Ernst Jünger steht kurz vor seinem hundertsten Geburtstag. Wenn man die „abenteuerliche Topographie" seines „einzigartigen Lebens" (E. J.: Leben u.Werk \ hrsg. v. H. Schwilk, Stuttgart 1988, Klappentext) betrachtet, muß man den Hut ziehen – erstens vor der immensen Zahl *großer Namen*, die seinen irdischen Weg garnierten, zweitens vor der unentwegten Großspurigkeit seines Lebensstils in Krieg und Frieden, sowie drittens vor all den Myriaden von Sätzen, die er zu Werken aneinandergereiht hat, mit nie verlöschendem Wortkampfeseifer immer neue Gesamtausgaben erzwingend: „Mein Gegner ist die Sprache!" sagte er einmal zu Ben Witte. (B. Witte: Spaziergänge mit Prominenten, Zürich 1969, S. 87) Man kann aber den Hut ziehen, ohne damit Zustimmung zu signalisieren. Es ist nur eine Frage der Höflichkeit und des Respekts vor dem Alter.

Wer die gedankliche Substanz der Jüngerschen Hauptwerke – der Aphorismenkataloge, Tagebücher und fragmentarisch wirkenden Romane – bestimmen will, könnte sich fragen, ob dieser Mann jemals jünger als (mindestens) hundert Jahre war? Er wirkt wie eine Figur des achtzehnten, bestenfalls neunzehnten Jahrhunderts, ein später Kümmertrieb des Absolutismus, eine bereits braun gewordene aristokratische Blüte. Bewundernd blickt er auf den „feinen Kopf" des Comtes de Rivarol (Antoine (Comte de) Rivarol, 1753-1801), der mit einer kleinen, an den Chevalier de Seingalt gemahnenden Namens-Retusche in die vorrevolutionären Pariser Nobelsalons eindrang, nichts weiter als blasierte reaktionäre Phrasen in der Perücke. Jüngers Rivarolübersetzung bekundet tiefe Sympathie mit seiner unphilosophischen, nicht-denkerischen, nur schwadronierenden Geisteshaltung. In Jüngers Vorrede heißt es: „Wie vor gewissen Unwettern fast alles elektrisch wird, so daß die St.-Elms-Feuer aus jeder Spitze sprühen, gibt es auch ein gesellschaftliches Klima, bei dem das Gespräch als ein unmittelbares, unreflektiertes Fluidum die Geister bindet und fasziniert. Darin liegt in der Tat etwas Elementares, eine Rückkehr zur Natur auf höherer Ebene. [...] Der Einfluß des Salons auf die politische Entwicklung bleibt anonymer als jener der Höfe oder Kabinette und dann auch der Parlamente, aber nicht minder eingreifend." (E.J.: Rivarol, Frankfurt/M. 1962, S. 13; 19)

Als Jünger 1941/42 in Paris weilte, dachte er oft an Rivarol und die Salons. Die Parallelen zu seiner Situation waren da. Leider konnte er seine aristokratische Ideologie in Ermangelung eines Sonnenkönigs nur als Nazi-Führungsoffizier (nix Erneste Comte de Junger!) im konfiszierten Pariser Hotel *Raphael* ausleben. Die Stimmung, die in der vergewaltigten Metropole herrschte (hie Herren – da Knechte) war ganz nach Jüngers Geschmack. Der noch nicht ganz erstorbene Parnaß zog einen Schwarm illustrer Persönlichkeiten an. In den Hotels der Führungschargen herrschte reger Salonbetrieb. Hier ungestraft (nur mit dem pour le mérite bekleidet) den großen Herrn spielen zu dürfen, behagte ihm. Aus seinen Tagebüchern geht hervor, daß seine Stimmung auf dem Siedepunkt war. Jünger hatte Paris genommen, wie er sonst offenbar nur Frauen zu nehmen pflegte: Die Stadt „erhielt sich [...] auf weibliche Art, indem sie keinen Widerstand leistete." „Es ist die einzige Stadt, zu der ich ein Verhältnis besitze wie zu einer Frau." (E. J. an Carl Schmitt, 28.8.41) Während eines englischen Luftangriffes verschmähte er als einziger den Schutzraum und genoß lieber einsame apokalyptische Beobachterwonnen auf dem Dach des Hotels *Raphael:* „Beim zweiten Male, bei Sonnenuntergang, hielt ich ein Glas Burgunder, in dem Erdbeeren schwammen, in der Hand. Die Stadt mit ihren roten Türmen und Kuppeln lag in gewaltiger Schönheit, gleich einem Blütenkelche, der zu tödlicher Befruchtung überfloßen wird. Alles war Schauspiel, war reine, von Schmerz bejahte und erhöhte Macht." (E. J.: Strahlungen II, München 1988, S. 270) An dieser Selbstinszenierung im Tagebruch fällt neben der erneuten Vergewaltigungsphantasie vor allem die neronische Attitüde auf: Jünger als einsamer Kaiser, halb wehmütig, halb begierig dem Untergang zusehend. Der gesellschaftliche Verkehr kam Jüngers dekadenter Hochstimmung zupaß: Künstler, Militärkameraden und Aristokraten hofierten ihn als *heroischen Nihilisten*. Seinem Bruder berichtete er: „Wie ich dir wohl schon schrieb, begegnete ich in Paris dem Grafen Podewils. Ich fand ihn sehr angenehm, und wir unterhielten uns gut. Ich traf ihn inmitten eines Kreises von intelligenten Offizieren an, deren Mittelpunkt der Oberst Speidel, Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber von Frankreich ist. Der Eindruck, den ich dort erhielt, bestätigte meine Theorie von der Bildung sehr kleiner geistiger Eliten in unserer Zeit."(E. J. an Friedrich Georg, 12.6.41) Wie Hans Heinz Holz bemerkte, blieb dem heimlichen Militäraristokratismus „nichts anderes übrig, als sich seine Elite gleichsam selbst zu schaffen. Nietzsches Programm der Züchtung des Übermenschen spukt in den Köpfen derer, die an der Restauration hängen, ohne sie durchführen zu können." (H. H. Holz: Ein schillernder Parasit, Streit-Zeit-Schrift VI,2 1968, S. 47) Die Salon-Atmosphäre, die ihm Rivarol und Baudelaire artverwandt erscheinen läßt, gebiert gedoch statt echter Gedanken nur *sprühende St.-Elms-Feuer* – gleißnerische, oberflächliche Dekors, die wie vornehme Spitzen über eine machthungrige Bestie gebreitet sind. Die *Rückkehr zur Natur*, die der Rivarol-Adept und Nietzscheaner Jünger im *unreflektierten Gespräch auf* der *höheren Ebene* der Pariser Hotels erlebt, verheißt ihm die Nähe von elementarer Kraft. Mit ihr würde die Abschaffung des demokratischen Welt-Bürgertums durch eine Welt-Führer-Elite gelingen, der anzugehören er hoffte. Sein diesbezüglicher Entwurf, der „Arbeiter", war 1932 erschienen.

Als zentrale Figur einer neuen dramatischen „Einheit des Ortes, der Zeit und der Person, deren Heraufkunft hinter den Trümmern der Kultur und unter der tödlichen Maske der Zivilisation zu ahnen" sei, steht der Arbeiter mit Elementarkräften im Bund, die ihm bei der letztendlichen Beseitigung des Bürgers helfen werden. Jünger spintisierte sich eine Art leicht lenkbarer, weil geistig unbedarfter lemurischer Massenwesen zusammen, „eine Gesellschaft primitiver Seelen, [...] eine Urrasse, die noch nicht als Subjekt einer historischen Aufgabe aufgetreten und daher frei für neue Aufträge ist." Wer diesen Robotern die Aufträge erteilen würde, war klar – Leute wie Jünger, Angehörige der Herrenrasse, die das machtverleihende Wissen über die Technik besitzen – die Dirigenten der *totalen Mobilmachung* und des *totalen Krieges*. „Der natürli-

che Raum, auf den sich Herrschaft und Gestalt des Arbeiters beziehen, besitzt planetarische Dimension. Es ist der Erdball, den ein neu aufkeimendes Erdgefühl als Einheit begreift – ein Erdgefühl, das kühn genug zu großen Konstruktionen [...] ist. Der Angriff hat bereits begonnen [...] Weltrevolutionär ist die Technik [...]" Jüngers Utopie hatte mit der diffusen nationalsozialistischen mehr als nur die Grundannahme gemein, „daß der Aufgang des Arbeiters mit einem neuen Aufgange Deutschlands gleichbedeutend ist«. (E. J.: Der Arbeiter, Stuttgart 1982, S. 95; 84; 227; 27) Seine Herrenphilosophie konnte den Führungsprinzipien des Hitlerstaates tendenziell nur zustimmen. Unterm Hakenkreuzbaum tummelte sich allerlei auch für Jünger interessantes Ideologengelichter: Nietzsche bot seine blonde Bestie und den Herrenmenschen zur Mißdeutung feil, Spengler brummelte was vom barbarischen Cäsarismus, Schmitt hatte ein für alles Politische passendes Freund-Feind-Schema anzubieten, und Chamberlain rührte Rassenphilosophie in eine volkstümlich dampfende Blut-und-Boden-Suppe ein. Ungeschriebenes oberstes Gebot aller rechten Visionäre waren die sozialdarwinistische Vorfahrtsregel des Stärkeren und die Präferierung der Tat, das Endziel war die totale internationale Macht durch innere Repression und globale Expansion.

Den Kult der selbsternannten, von Natur mit Macht begabten Unterdrücker hatte Jünger bereits als lauthals schreibender junger Nationalist gepredigt: „Wir Nationalisten glauben an keine allgemeinen Wahrheiten. [...] Wir glauben vielmehr an ein schärfstes Bedingtsein von Wahrheit, Recht und Moral durch Zeit, Raum und Blut. Wir glauben an den Wert des Besonderen. [...] Wenn wir an das Besondere glauben [...], so bewegt uns dazu vor allem ein Gefühl des Ekels gegenüber den [...] Phrasen der Aufklärung. [...] Daher sind wir auch die Einzigen, die dem Fremden gegenüber wirklich offen sein können, die der Außenwelt entgegentreten können mit jener heiteren Offenheit von Kriegern, von denen jeder weiß, was er zu erwarten hat. [...] Daher lehnen wir das Gejammere der Unterdrückten ab. Unterdrückt zu werden ist keine Schande, aber um Erbarmen flehn, das kann nur erbärmlich sein." (E. J.: Leben u. Werk \ hrsg. v. H. Schwilk, Stuttgart 1988, S. 105) Dieses Wutgestammel, das auf den *Wortbrei* der Aufklärung spuckte, ohne selbst mehr als dummer Brei zu sein, enthielt schon die Geschichte Nazi-Deutschlands in nuce. In der realen politischen Landschaft war der junge Nationalist Jünger indes ein Schreibtischkämpfer und geistiger Spätzügler. „Der durch den pour le mérite nobilitierte Kleinbürger entdeckte die Giftküche der groß-bürgerlichen Décadence in einem Augenblick, in dem die geistige Avant-Garde der Welt längst zu neuen Horizonten aufgebrochen war." (N. Sombart: Jünger in uns, Streit-Zeit-Schrift VI,2 1968, S. 7) Nikolaus Sombart nennt Jüngers antibourgeoisen *heroischen Nihilismus* die „dumme Pose eines geistig unbedarften Stoßtruppführers [...], der überhaupt nie begriffen hat, worum es geht." (ebenda) Das *geistig unbedarft* ist zu flach. Jünger kann durchaus einfache Sachverhalte erfassen: wer beherrscht wen, von wo aus wird geschossen, wie kommt man am besten wo durch, welches Kaliber ist en vogue? Er ist aber ein geistiger Heckenschütze, ein situativer Denker, einer, der mit dem reichen, wenngleich thematisch beschränkten Wort- und Bilderschatz, der ihm als notorisch Gestriger zur Verfügung steht, in jedem Augenblick aufs neue sein immer gleiches Wahngebilde von Welt erschaffen kann. Nur innovativ und produktiv zu werden, ist ihm als Konservativem unmöglich. Er weiß, worum es *ihm* geht, und das genügt für ihn, da er in der Verblendung lebt, daß seine Welt die einzig richtige sei. Er glaubt, hinter den Vorhang der Erscheinungen geschaut und gesehen zu haben, weiß, wie die Welt zusammengeklebt ist. In der Hierarchie seines visionären Weltreiches würde er wohl am ehesten den Part des Auguren, des Sehers und Eingeweihten für sich beanspruchen. Wer weiß, was im Falle eines Erfolgs der von Jünger mit verhaltener Sympathie beobachteten (aber nicht aktiv unterstützten) Widerstandsaktion des 20. Juli geschehen wäre? Gut möglich, daß Leute wie er oder Heidegger einflußreiche Positionen in einem konservativen, vornehmeren III. Reich *ohne Hitler* eingenommen hätten. Sogar Prinz Louis Ferdinand von Preußen, der Stauffenbergs Widerstandsgruppe über die obligatorischen zehn Ecken nahe stand, hätte sich in diesem Fall noch ein paar Hoffnungen auf einen repräsentativen Thronsessel machen können.

Der Arbeiter im Klubzimmer der regierenden Oberschicht. Kolorierte Zeichnung von Eduard Thöny, München, Staatliche Graphische Sammlung

Über Jüngers Beziehung zu den Nazis ist viel gestritten worden. Die Sympathie, die ihm Hitler entgegenbrachte und die er – wie jede Hofierung (später etwa von Heuss, Lübke, Späth, Kohl und Mitterand) – genossen haben dürfte, war auf die Kriegsbücher gegründet, die er dem aufstrebenden *Traumfänger* widmungsbeflissen in Verehrung übersandt hatte. Dem Bruder schrieb er 1926 wie nebenbei zwischen Käferbeobachtungen: „Hitler wird in der nächsten Woche durch Leipzig kommen und hat sich

bei mir angemeldet. Im Garten auf der tabakartigen Staude in der Nähe der Erdbeeren habe ich einen schönen Buprestis erbeutet. Er ist bräunlich erzfarben [...]" (E. J. an Friedrich Georg, 15.6.26) Die Begegnung kam nicht zustande, weil sich die Reiseroute Hitlers kurzfristig änderte. (E. J.: Leben u.Werk \ hrsg.v.H.Schwilk, Stuttgart 1988, S. 111) Jünger hatte schon damals die Gewißheit, daß die extreme Rechte irgendwann „einmal ans Ruder kommen würde." (E. J. an Bruno von Salomon, 10.9.29) Später ließ Jüngers Bewunderung für Hitler etwas nach – freilich mußte ihn jede Inkarnation des Führer-Typus wie ein sehr seltener Käfer (Buprestis?) faszinieren. Die zwiespältige Schilderung Hitlers im 1939 erschienenen Roman „Auf den Marmorklippen" konnte für Jünger nicht gefährlich werden, weil ihn der Diktator ein für alle Mal auf den Kriegsbuchautor und Weltkriegshelden festgelegt hatte. Selbst als der Volksgerichtshof 1944 wegen angeblicher defaitistischer Äußerungen im Strudel des Pariser Verschwörungssalons gegen Jünger ermittelte, reichte der Sympathiekredit noch aus. Freisler schrieb an Bormann: „Am 20.1.M. hat der Führer von Wolfsschanze aus mir fernmündlich den Befehl erteilt, die Sache nicht weiter zu verfolgen." Auf dem Schreiben prangt unterstrichen die Zeile: „der Führer wünscht sofortige Vorlage." (E. J.: Leben u. Werk \ hrsg. v. H. Schwilk, Stuttgart 1988, S. 213) Unmittelbar nach der Meldung von Hitlers Tod am 1. Mai 45 konnte Jünger nicht umhin, ihn einen „großen Mann" zu nennen. (E. J.: Strahlungen II, München 1988, S. 421)

Tatsache ist, daß Jünger 1933 sowohl ein ihm zum zweiten Male angetragenes Reichstagsmandat der NSDAP als auch die Berufung in die Deutsche Nazi-Dichterakademie ablehnte. Es wirft jedoch abermals ein merkwürdiges Licht auf seine Haltung, wie er seine Ablehnung gegenüber dem Präsidenten Beumelburg relativierte: „Sehr geehrter Herr Beumelburg! / [...] Ich möchte nochmals betonen, daß ich dem Institute der Akademie mit der allergrößten Hochachtung gegenüberstehe, und daß der Hinweis auf mein Schrifttum in meinem vorigen Briefe *lediglich in der Bedeutung eines für meine persönliche Lebensführung gültigen Grundsatzes* aufzufassen ist. / Zum Formalen möchte ich bemerken, daß ich mich zu meinem [Ablehnungs-] Briefe natürlich erst berechtigt fühlte, nachdem ich unter einem namentlichen Aufrufe der Akademie genannt worden war. Ich habe bei dieser Gelegenheit meinen Namen mit *besonderer Freude* zur Verfügung gestellt, – einmal des ausgezeichneten Anlasses wegen, dann aber auch, *um zu betonen, daß ich zur positi en Mitarbeit am neuen Staate, ungeachtet mancher persönlichen Verärgerung, wie etwa der Haussuchung, die in meinen Räumen stattgefunden hat, durchaus entschlossen bin. Ich bin überzeugt, daß dies auch auf meine eigene Weise möglich ist und schreibe Ihnen diese Zeilen frei on der Leber weg. / Mit kameradschaftlicher Hochachtung als Ihr ergebener /* Ernst Jünger." (J. Wulf: Lit. u. Dichtung im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1983, S. 38f.) Wohlgemerkt: dieser Brief hätte nicht geschrieben werden müssen; hatte Jünger doch Muffensausen bekommen wegen seiner Schroffheit gegen die Oberen? Möglich, daß es sich nur um ein Produkt der Kriecherei und des Selbstschutzes handelt – möglich, aber das sähe Jüngers Politik des aufrechten Ganges nicht ähnlich. Das Dokument ist ein offenes Bekenntnis zur *positi- en Mitarbeit* am neuen Nazi-*Staat. Frei on der Leber weg* erklärt der Gebauchpinselte, noch atemlos von der großen Ehre der Berufung, daß er trotz seiner eiligst-störrischen Verweigerung überzeugt sei, *auf* seine *eigene Weise* mitarbeiten zu können am Aufbau des Nationalsozialismus. Daß man in seinen Räumen gestöbert hatte, war ihm nur Grund, ärgerlich zu sein, wahrscheinlich wegen der Mühe des Aufräumens oder wegen des schlechten Geruchs, der sich im trauten Heim verbreitet hatte. Seine *Verärgerung* über die üblen Manieren der Schergen des neuen Staates war allerdings nicht so groß, daß Jünger sich gänzlich hätte abwenden müssen. Auch die Art, mit der Freunde und Bekannte kassiert werden, regt ihn nicht in den Grundfesten auf. Die im Beumelburgbrief erwähnte Haussuchung stand im Zusammenhang mit Jüngers Freundschaft zu Ernst Niekisch. Dieser Kontakt zeugt von Jüngers Mut zur Exzentrik. Daß er 1939 Niekischs Familie bis zu ihrer Verhaftung bei sich versteckte, beweist auch eine Zivilcourage, die für soldatische Menschen ungewöhnlich war. Freilich hatte er großkalibrige Fürsprecher (siehe oben), die ihn vor Argem schützten. Als Niekisch 1932 „Hitler – ein deutsches Verhängnis" verfaßte, wurde dem Exzentriker Jünger der Ausflug in die Subversion denn doch zu gefährlich. „Niekisch kam mir vor wie ein Mann, der im Begriff steht, sich in die Luft zu sprengen; ich riet ihm von der Veröffentlichung ab. [...] Kurze Zeit danach verschwanden er und [A. Paul] Weber in den Gefängnissen." (E. J.: Leben u. Werk \ hrsg. v. H. Schwilk, Stuttgart 1988, S. 138) Jüngers Widerstand gegen die Nazis, sofern er überhaupt vorhanden war, äußerte sich in der heroischen Verweigerung und Verärgerung. Sein eigenes Ziel, die neue Welt-Elite, bedurfte des neuen deutschen Aufgangs und Deutschlands Führungsrolle in der Erzeugung des technischen Weltrevolutionärs – des *faber jüngeri*. Aus diesem Grund hat Jünger die kleinen häuslichen Stöbereien und die großen öffentlichen Schindanger als Teil einer noch nicht endgültig gefestigten, aber in der Entwicklung begriffenen künftigen totalitären Weltordnung stoisch ertragen.

Mit Blick auf Jüngers utopischen Roman „Heliopolis" (1949), in dem die Zukunftsvision einer postatomaren Herrenwelt mit verfügbarem Arbeitermaterial vorgeführt wird, diagnostizierte Erich Fried, daß Jünger aus den zwölf Jahren Hitlerreich „nicht allzuviel" gelernt habe. „Jünger war Faschist und ist es in Entscheidendem geblieben." (E. Fried: Bemerkungen zu e. Kult, Streit-Zeit-Schrift VI,2 1968, S. 66) Bei aller Achtung gegenüber Jüngers „subjektiv zweifellos echten, ehrlichen und zum Teil mannhaft bestandenen Konflikten" sieht Fried in der öffentlichen Vergötterung Jüngers angesichts der gleichzeitigen Nichtbeachtung etwa Walter Benjamins ein schlimmes Zeichen fürs bundesrepublikanische Kulturbewußtsein. Helmut Heißenbüttel erkennt in Jünger den unveränderten Metaphysiker und beobachtet mit Argwohn einen *erdächtigen* Hang zum Planetarischen und Kosmischen. In der Schrift „Der Weltstaat" (1960) sieht und propagiert Jünger die finale Fusion aller Staaten zu einem nonpluralistischen, allseits befriedeten Weltei. Die Glucke auf diesem Ei ist mit den Jüngerschen Schriften gefüttert worden.

Jene Vorliebe für Übergrößen hat Jünger sich bis heute bewahrt. Seine zunehmende Öffnung gegen das Tagesgeschehen, seine im methusalemischen Alter zunehmende Medienpräsenz (bis hin zum *Gruppenbild mit Kohl*) bestärken ihn, an dem Konzept des „Arbeiters" festzuhalten. Als 98jähriger gab er in der ZEIT eine Prognose auf das 21. Jahrhundert, eine *Entgegnung auf Heisenbergs Weltformel*. Nun: Heisenberg hat die Welt wissenschaftlich nicht aus den Angeln gehoben, und es ist nicht zu erkennen, daß Jünger es vermöchte. Jüngers jüngstes Weltgeformel ist zusammengestückelt aus seinen ewigen inneren Zettelkästen – aufgekochtes Alter, ausgekochter Alter ... Götter, Titanen, der Arbeiter, die Theologie, die Technik, der Tod – Spengler, Schopenhauer (gezwungenermaßen!) und freilich der *Pul erkopf* Nietzsche mit seiner Lehre von der Ewigen Wiederkehr. „Diese Lehre wird meist insofern mißverstanden, als sie nicht eine Frucht der Erkenntnis, sondern ein Bekenntnis ist." (E. J.: Gestaltwandel, DIE ZEIT Nr. 29 1993, zugl. im Biennale-Kat.) Ernst Jünger hat dieses *Bekenntnis* an allen zentralen Stellen in seinem Werk eingeschweißt. Der *Gestaltwandel der Götter* ist nur äußerlich. Der Gestaltwandel Jüngers auch. „In der Wiederkehr deutet sich nicht nur Ähnliches an, sondern dahinter und darüber hinaus Identisches. Wenn wieder ein Frühling kommt, sei es ein guter oder ein schlechter, keimt mit ihm die Idee oder die Hoffnung auf einen ewigen Frühling auf." (E. J.: Dankrede zum Premio Internazionale Tevere 1987) ●

Tom Wolf ist Schriftsteller und Maler. Lebt in Hechingen. Zuletzt erschienen: „Streusel. Die reale Biographie eines imaginären Selbst". Genista-Verlag, Tübingen 1994.

RALPH MILIBAND

Der Dreck von Jahrhunderten

Die Geschichte sozialistischer Theorien war immer auch geprägt von quasi religiösen, heilserwartenden Betrachtungsweisen, von dem Glauben, der Sozialismus würde alle Übel heilen, alle Probleme lösen, alle Konflikte beenden und die Menschen von all den Lasten befreien, unter denen sie immer gelitten habe. Sozialismus bedeutete Erlösung, das Hervorbringen einer neuen Welt und die Erschaffung neuer Männer und Frauen. Das, so wurde zugestanden, sei nicht alles auf einmal zu erreichen. Aber nach der Beseitigung der alten Ordnung würde es nicht lange dauern, bis dieser Zustand erreicht werde.

Die Vision des völligen Bruchs mit dem Bestehenden, des Reinwaschens von allem Übel dieser Welt übte über die Jahrhunderte hinweg eine mächtige Anziehungskraft aus. Ergänzung dazu, aber auch logisch aus dieser Vision abgeleitet, ist die von Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* formulierte Vorstellung, daß die Revolution „nicht nur nötig ist, weil die *herrschende* Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die *stürzende* Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden". Hier geht es nicht darum, ob die Revolution der einzige Weg zum Erreichen einer neuen Gesellschaftsordnung ist. Vielmehr möchte ich darauf hinweisen, daß die Revolution weder die Revolutionäre noch die Gesellschaft unmittelbar vom Dreck der Jahrhunderte befreien wird. In Diktaturen ist die Revolution höchstwahrscheinlich eine absolute Notwendigkeit, und sie wird wie kein anderes Instrument die Möglichkeiten zu großen Fortschritten eröffnen. Wie Lenin einmal sagte, „ist die Revolution das Fest der Unterdrückten". Allerdings dauern Feste nicht sonderlich lange, und die Revolution wird oft von erbittertem Widerstand gegen sie begleitet. Das daraus resultierende Chaos und Leid werden den erlösenden Charakter der Revolution nicht nur beeinträchtigen, sondern können ihn ins Gegenteil verkehren. Auf jeden Fall braucht es wesentlich mehr als eine Revolution, um den Dreck von Jahrhunderten zu beseitigen. Bereits Marx selbst wies in *seiner Kritik am Gothaer Programm* darauf hin, daß in der ersten Phase einer nach langen Geburtswehen aus dem Kapitalismus hervorgegangenen kommunistischen Gesellschaft Defizite unvermeidbar seien. Damit rückt er die Revolution in eine realistische Perspektive ein. Es muß unterschieden werden zwischen dem, was kurz- bis mittelfristig erreicht werden kann, und dem, was erst langfristig möglich wird. Langfristige Ziele können erst erreicht werden, wenn ganze Generationen in einer Welt aufgewachsen sind, in der Kooperation, Gleichheit, Demokratie und Gesellschaftlichkeit den Gemeinsinn geformt haben.

Derartig langfristige Perspektiven sind mehr als unattraktiv für solche Menschen, die die Durchsetzung des Sozialismus in wesentlich dramatischeren und unmittelbareren Begriffen definieren. Für diese schmecken langfristigere Überlegungen eindeutig nach einem gefährlichen und außerdem diskreditierten Reformismus. Für sie ist der Sozialismus nicht denkbar ohne eine revolutionäre Erhebung, auf die unmittelbar die Durchsetzung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung folgen muß.

Es handelt sich hier allerdings um zwei unterschiedliche Ansätze. Denn selbst wenn der revolutionäre Aufstand notwendig ist, so bleibt doch die Tatsache, daß die Realisierung des in ihm enthaltenen Versprechens ein höchst diffiziles Unternehmen ist, das nur dann erfolgreich sein kann, wenn es mit größter Vorsicht und reiflicher Überlegung durchgeführt wird.

Diese Auffassung ergibt sich aus dem Charakter der kapitalistischen Produktionsweise. Frühere Produktionsweisen konnten in bestimmten historischen Situationen per Erlaß für beendet erklärt werden. Lincolns Proklamation der Befreiung der Vereinigten Staaten im Jahr 1863 – eine der größten Enteignungsaktionen in der Geschichte – ist ein deutlicher Beweis für diese These. Ähnliches trifft auch für die Beendigung der Leibeigenschaft in Rußland durch eine zaristische Order im Jahr 1861 zu. Eine der wichtigsten Forderungen des Sozialismus ist die Abschaffung der Lohnarbeit. Daraus ergeben sich natürlich wesentlich größere Probleme. Die Transformation der Lohnarbeit in eine Arbeit, die unter gänzlich anderen, nicht-kapitalistischen Bedingungen ausgeführt wird, erfordert einen langen, umfassenden Veränderungsprozeß: Die Vorstellung, man könne dies sozusagen auf einen Streich durchsetzen und dabei zum gewünschten Ergebnis kommen, wird Lügen gestraft durch die entsetzlichen Erfahrungen, die wir mit solcher Willkür gemacht haben. Auch in einer Gesellschaft, die sich auf dem Weg zum Sozialismus befindet, werden auf Ausbeutung beruhende Produktionsverhältnisse in einem kleinen, aber nicht zu vernachlässigenden privaten Sektor für lange Zeit neben dem öffentlichen Sektor, in dem die Ausbeutung abgeschafft ist, weiterbestehen. Selbst wenn dieser private Sektor streng reguliert wird, so wird die Ausbeutung dort nur modifiziert, nicht aber abgeschafft werden.

Marxisten und Sozialisten haben immer dazu geneigt, die Probleme, die sich aus der Organisation und Verwaltung der post-kapitalistischen Gesellschaft ergeben müssen, zu unterschätzen. Ein deutliches Beispiel dafür findet sich in Lenins „Staat und Revolution", wo er darauf hinweist, wie einfach diese Aufgabe sei. Eine Meinung, die er revidieren mußte, sobald die Bolschewiken an die Macht kamen. Eine etwas andere Art von „Utopismus" war dem Stalinismus eigen, der glaubte, die Gesellschaft sei unmittelbar und unendlich formbar und könne mit eisernem Willen und rücksichtloser Führerschaft in jede nur gewünschte Richtung verändert werden. Dasselbe trifft auch auf den Maoismus zu. Unter Maos Kommando wurde „der große Schritt nach vorne" durchgesetzt, der zu einer Hungers-not und dem Tod von Millionen von Menschen führte. Diese Willkür war ein hervorstechendes und desaströses Merkmal kommunistischen Denkens und Handelns, das viele kommunistische Führer dazu veranlaßte, riesige Projekte gesellschaftlicher Veränderungen einzuleiten, ohne dabei die menschlichen und materiellen Kosten zu berücksichtigen. Ein beliebtes Motto am Anfang der „Revolution von oben", die Stalin in Gang setze, lautete: „Es

gibt keine Zitadelle, die die Bolschewiken nicht stürmen können." Der Nachteil dieses Sturms auf die Zitadellen bestand darin, daß sie als Ruinen zurückblieben.

Jede gegenwärtige Auseinandersetzung mit dem Sozialismus muß folgende Tatsache akzeptieren: Die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung wird selbst unter den günstigsten und kaum erreichbaren Umständen ein äußerst schwieriges Unterfangen darstellen, das mit folgenreichen Entscheidungen und großen Spannungen einhergeht. Zu Recht haben Sozialisten immer wieder auf die Widersprüche des Kapitalismus hingewiesen; wie uns aber die Erfahrung zeigt, müssen sie sich ebenso mit den Widersprüchen auseinandersetzen, die notwendiger Bestandteil des sozialistischen Projektes sind.

Besondere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Gewohnheiten und Traditionen, tief verwurzelte Überzeugungen und überkommene Vorurteile ebenso wie vererbte Denk- und Verhaltensmuster einen Teil der Realität ausmachen, der in bemerkenswerter Weise selbst unter den widrigsten Umständen weiterexistiert. Die Erfahrungen in den post-kommunistischen Ländern mit dem Wiederaufleben lang unterdrückter nationalistischer, ethnischer und religiöser Gefühle sind ein deutlicher Beweis dafür. Es ist nicht leicht, den schmalen Grat zu finden zwischen der rücksichtslosen – und katastrophischen – Willkür auf der einen Seite, die von der Voraussetzung ausgeht, daß alles sofort durchführbar ist, und einer übertriebenen Vorsicht auf der anderen Seite, die in Rückzug oder Lähmung übergehen kann. Sozialismus muß sich in Gesellschaften entwickeln, die ein außergewöhnlich verwobenes Ganzes darstellen, dessen Geschichte und Komplexität zu berücksichtigen sind. Der Sozialismus kann nicht alles von der Hand weisen, was im Laufe der Jahre in das gesellschaftliche Ganze, oft als Ergebnis bitterer Kämpfe von unten, eingewoben wurde. Andrerseits kann es sich der Sozialismus aber auch nicht erlauben, in den „Dreck der Jahrhunderte" hinabgezogen zu werden. Beim Sozialismus geht es um eine neue Gesellschaftsordnung, die sowohl Kontinuitäten als auch Diskontinuitäten aufweist. Diese neue Ordnung gründet im gegenwärtig Bestehenden. Zugleich transzendiert sie es aber auch. Genau darum geht es: Die sozialistische Demokratie ist sowohl eine Erweiterung der kapitalistischen Demokratie als auch deren Überscheitung.

Sozialismus bedeutet die Befreiung der Gesellschaft von den Beschränkungen, die sich aus den Zwängen des Kapitalismus ergeben. Marx' Überzeugung, daß der Kapitalismus an einem bestimmten Zeitpunkt seiner Entwicklung zur Fessel der produktiven Entwicklung wird, ist mit viel Abschätzigkeit bedacht worden. Dies ist tatsächlich nicht eingetreten, obwohl der Kapitalismus den Produktionsprozeß durchaus beeinträchtigt, indem er den privaten Profit über humane und rationale Ziele stellt. Dennoch will ich betonen, daß der Kapitalismus tatsächlich zur selbstgeschaffenen Fessel für die größtmögliche Nutzung der Ressourcen geworden ist. Zweifelsohne sind für die Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus umfassende Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen erreicht worden. Allerdings werden diese Verbesserungen durch den Charakter des Systems ausgehöhlt und begrenzt. Es geht also darum, das System zu verändern und die Beschränkungen abzuschütteln, die die richtige Nutzung dieser Ressourcen verhindern. Dabei handelt es sich keineswegs nur um materielle Ressourcen. Die Vorstellung der Befreiung geht weit darüber hinaus und umfaßt alle Aspekte der Gesellschaftsordnung, nicht zuletzt ihre moralische Qualität. Kapitalistische Gesellschaften sind von ihrer Natur aus unmoralisch, insofern sie in Herrschaft und Ausbeutung gründen – Charakteristika, die die menschlichen Beziehungen tiefgreifend beeinflussen. Diese Meinung machte einen wesentlichen Teil früherer Sozialismusvorstellungen aus und bedarf heute dringend der Wiederbeachtung.

In den letzten Jahren ist gerade der Ansatz, den Sozialismus als umfassende Reorganisation der Gesellschaft zu definieren, stark unter Beschuß geraten. Und zwar vorwiegend von Leuten, die mehr oder weniger für eine progressive Politik stehen. Der Post-Marxismus, die Postmoderne, der Poststrukturalismus und alle ihnen verwandten Theorien dienten unabhängig von den Intentionen ihrer jeweiligen Protagonisten hauptsächlich dazu, den Rückzug von emanzipatorischen Ideen, insbesondere von denen des Marxismus, zu unterstützen. Alle derartigen „Meta-Sagen" – so die verächtliche Formulierung des Propheten der Postmoderne, Jean-Francois Lyotard – werden als gefährliche Illusionen abgetan. Jedwede Vorstellung von einer umfassenden gesellschaftlichen Erneuerung, gleichgültig, wie vorsichtig und qualifiziert sie ausgearbeitet ist, wird mit schlimmsten Verdächtigungen, offener Feindschaft und Denunziation bedacht. Das, was immer schon Merkmal konservativen Denkens war, ist heute Bestandteil der Denkmuster eines großen Teils der intellektuellen Linken geworden. Heute liegt der Schwerpunkt auf dem Erreichen partieller, lokaler, fragmentierter und spezifischer Ziele; universalistische, „totalisierende" Perspektiven sind verpönt.

Die Ursache für dieses veränderte Denken ist in den zahlreichen Niederlagen und Enttäuschungen der Linken in den letzten

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)

Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her. Deshalb

Sozialismus

abonnieren!

Unsere Themen:
- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
- Nation: Sinnstiftung der Rechten
- Ende des Wohlfahrtsstaates
- Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
- Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
- Europa nach dem Zerfall des Osten
- USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
- Das »Vergessen« der Dritten Welt

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Bestellcoupon für ein Probeheft:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

An: Redaktion Sozialismus
Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg
Tel. & Fax 040/250 10 11

Jahrzehnten zu suchen. Dazu gehören: das katastrophale Versagen der kommunistischen Regimes; die immer stärker voranschreitende Integrierung sozialdemokratischer Parteien und Regierungen in die kapitalistische Gesellschaft; die Zerstörung der Hoffnungen, die der Bruch von 1968 hervorgebracht hatte; die Widerstandskraft und die Vitalität des Nachkriegskapitalismus; das Selbstvertrauen der Rechten und ihre Wahlerfolge; die Vehemenz, mit der die Rechte Werte wie „freie Marktwirtschaft", die Überlegenheit des unabhängigen Unternehmertums und der Konkurrenz vertrat; die Glorifizierung des sozial indifferenten Individuums gegenüber dem vergesellschafteten Individualismus, dem der Sozialmus verpflichtet ist.

Dadurch konnten Theorien entstehen, die dazu beitrugen, jeden Glauben daran, daß eine umfassende Alternative zum Kapitalismus möglich oder nur wünschenswert sei, zu unterminieren. Die Erosion solcher alternativer Vorstellungen von Gesellschaft hat nicht zu unterschätzende Auswirkungen. Die Behauptung, daß es keine wirkliche Alternative zum Kapitalismus gäbe, fördert ein Klima, in dem gefährliche Pflanzen im kapitalistischen Dschungel heranwachsen. Es handelt sich dabei um Pflanzen mit bekannten Namen: Rassismus, Sexismus, Xenophobie, Antisemitismus, ethnischer Haß, Fundamentalismus, Intoleranz. Die Tatsache, daß die rationale Alternative des Sozialismus aus unserer heutigen politischen Kultur verschwunden ist, trägt dazu bei, daß sich reaktionäre Bewegungen entwickeln können, die sich von solchen Krankheitserscheinungen nähren und sie in ihrem Sinne manipulieren.

Solche Bewegungen werden auf jeden Fall florieren, wenn die kapitalistischen Gesellschaften ihre vielfältigen Krisen nicht lösen können. Das laute Triumphgeschrei ihrer Apologeten ändert daran nichts. Schon aus diesem Grunde muß die Forderung nach einer radikal anderen gesellschaftlichen Ordnung gestellt werden. ●

Der Beitrag ist ein Auszug aus einem Artikel, der zu den letzten Publikationen Ralph Milibands gehört. Er ist unter dem Titel „Die Plausibilität des Sozialismus" in der englischen Zeitschrift „New Left Re iew" 206/1994 erschienen. R. Miliband, geb. am 7. Januar 24, ist am 21. Mai 94 gestorben. Die Übertragung ins Deutsche besorgte E a-Maria Krampe.

Abschiebehaft

Am 10.12.1994 fand in Worms die erste größere Demonstration gegen einen bundesrepublikanischen Abschiebeknast statt. Im Rahmen einer Aktion, die sich der Form zivilen Ungehorsams bedient, sollte das Wormser Gefängnis „entzäunt" werden, um der Forderung nach genereller Abschaffung der Abschiebehaft und Auflösung aller Abschiebegefängnisse Nachdruck zu verleihen. Im Vergleich mit der Bundestags"blockade" bei der Ratifizierung des „Asylkompromisses" durch die Bundestagsparteien war die Beteiligung bei dieser Aktion eher gering. Zwar wurde der Aufruf vielfach unterzeichnet, gekommen waren aber gerade einmal etwa 800 Personen. Gleichwohl ist das Kalkül der Bonner PolitikerInnen, die Aufregung würde sich nach der Abschaffung das Asylgrundrechts bald wieder legen und die Öffentlichkeit wieder zur Tagesordnung übergehen, nicht aufgegangen. Das zeigt nicht zuletzt die Vielzahl der nach wie vor tätigen Initiativen. Die „Asylfrage" bleibt im Kern der Auseinandersetzungen um die künftige Gestalt und Entwicklung der Bundesrepublik.

Die Praxis der Abschiebung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen ist ein politischer Dauerskandal, der nur selten schlagzeilenträchtig ist, etwa nur dann, wenn es dabei „Todesfälle" gibt oder wenn Menschen ganz offenkundig ihren Verfolgern und Folterern ganz direkt ausgeliefert werden. Daß ohne Rücksicht auf Menschenrechte und -würde Menschen eingesperrt, ihrer juristischen Möglichkeiten beraubt und durch die Abschiebung zumindest einem ungewissen Schicksal überlassen werden, nur weil sie keinen deutschen Paß besitzen, ist durch die Änderung des Artikels 116 GG und die ihn begleitenden gesetzlichen Regelungen möglich geworden. Gegenüber den Befürwortern des „Asylkompromisses", die jetzt über einzelne Auswüchse Krokodilstränen vergießen, bleibt allerdings festzuhalten, daß es nicht nur um Gesetzesverletzungen und menschenunwürdige Praktiken einzelner Behörden geht. Vielmehr ist die Normalität des administrativen Gesetzesvollzugs, oder genauer: das Gesetz selbst der Skandal. Die flächendeckend errichteten Abschiebeknäste symbolisieren die Realität einer Demokratie, die immer stärker auf sozialer und rassistischer Apartheid beruht.

Zur Information über die Praxis der Abschiebehaft drucken wir nachfolgend auszugsweise eine Dokumentation des Landesflüchtlingsrates Nordrhein-Westfalen ab.

Ein Schlagwort der Asyldebatte war 'Abschiebedefizit'. Damit gemeint war die Praxis, abgelehnten AsylbewerberInnen, wenn schon kein Bleiberecht, so doch wenigstens eine Bleibemöglichkeit einzuräumen. Diese sogenannten Abschiebedefizite werden z.Zt. mit Vehemenz abgebaut. Die Inhaftierung von AusländerInnen zum Zwecke der Sicherung der Abschiebung wird dabei rigoros eingesetzt.

Nach Angaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung befanden sich am 31.1.94 insgesamt 926 Abschiebegefangene aus 60 Ländern in JVAs in NRW. Die sechs am stärksten vertretenen Nationalitäten waren: Algerien, Polen, Rumänien, Indien, Jugoslawien, Türkei.

Abschiebegefangene sitzen nicht wegen krimineller Delikte ein, sondern lediglich, weil ihnen vorgeworfen wird, sich in Deutschland ohne Erlaubnis aufgehalten zu haben und um ihre Abschiebung sicherzustellen. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum dies unter Gefängnisbedingungen geschehen muß. Die Situation in den Abschiebeeinrichtungen erfüllt in vielen Punkten nicht einmal den Minimalstandard deutscher Justizvollzugsanstalten.

Im Strafvollzugsgesetz ist die Einrichtung separater Hafthäuser für Zivilgefangene nicht vorgesehen. Die Gestaltung der Haftbedingungen ist somit weitgehend in die Verantwortung des jeweiligen JVA-Leiters gestellt. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die konkreten Haftbedingungen Gegenstand gerichtlicher Überprüfung werden, da den Gefangenen i.d.R. die Möglichkeiten dazu nicht bekannt sind und da sie vor einer solchen Entscheidung wahrscheinlich schon abgeschoben sein werden.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen einige der besonders brisanten Punkte genannt werden:

● *Platzbedarf:* Es scheint durchgängig so zu sein, daß bei einer Umwandlung einer Haftanstalt in eine Abschiebeeinrichtung eine größere Anzahl von Haftplätzen entsteht, d.h. die Abschiebegefangenen haben weniger Platz zur Verfügung als Gefangene in Straf- oder U-Haft.

● *Kleidung und Habe:* Viele Gefangene werden verhaftet, ohne daß sie die Möglichkeit haben, ihre Habe mitzunehmen. Manche Gefangene wurden in Sommerkleidung festgenommen und mußten im Winter im T-Shirt und Jogginghose zum Hofgang, wenn ihnen nicht Mitgefangene Kleidung liehen. Prinzipiell sollen die Haftanstalten Gefängniskleidung bereitstellen. Dieser Verpflichtung kamen einige erst nach verschiedenen Interventionen der BetreuerInnen nach.

Noch schwieriger gestaltete sich die Ausgabe von Kleidung für die Abschiebung an Gefangene, die keine der Jahreszeit entsprechende Kleidung hatten. So sind Gefangene in dünner Sommerkleidung im Winter in die GUS oder nach Rumänien abgeschoben worden.

● *Besuch:* Die Besuchsregelungen des Normalvollzugs (zweimal eine halbe Stunde monatlich) werden in vielen Anstalten angewandt, wobei die Justizbediensteten hierbei, entsprechend der organisatorischen Möglichkeiten, etwas großzügiger verfahren. Die oft langen Anfahrtswege, die Lage mancher Hafthäuser, die Residenzpflichtvorschriften machen Angehörigenbesuche oft schwer. Besuche sind aber für die Gefangenen, die Freunde und Angehörige hier haben, besonders wichtig: die Abschiebung bedeutet Trennung auf lange Zeit, es gibt für manchen noch viel zu regeln, zu besprechen, Abschied zu nehmen.

● *Wachdienste:* In dem provisorischen Containergefängnis Wuppertal-Lichtscheid wurde erstmals neben dem Justizvollzugsdienst ein privater Wachdienst eingesetzt, der nicht nur den Außenbereich der Anlage bewachtet, sondern auch die meisten direkten Kontakte mit Gefangenen hatte. In der Anstalt Büren wird dieser Wachdienst jetzt in größerer Zahl eingesetzt, andere Anstalten sollen folgen. Die politischen und rechtlichen Fragen sollen hier nicht diskutiert werden. Die privaten Wachleute sind kaum auf ihre Aufgabe vorbereitet. Einige von ihnen reagieren sensibel auf die Situation, gehen auf Gefangene ein, fühlen sich selbst stark betroffen und reagieren so weniger routiniert als erfahrene Justizbeamte. Solche spontane Herangehensweise kann aber im Konfliktfall auch eher zu unkontrollierter Auseinandersetzung und Gewalt gegenüber Gefangenen führen. Es werden allerdings auch Vorfälle gemeldet, in denen Justizbedienstete Gefangene geschlagen haben. Bevor diese Ereignisse geklärt werden konnten, waren die Betroffenen und Zeugen bereits abgeschoben.

● *Sozialdienst:* Im Normalvollzug stehen Gefangenen Sozialarbeiter, Psychologen, Lehrer und Seelsorger zur Verfügung, im Abschiebevollzug nicht. Von seiten des Justizministeriums wurde hierfür auch lange Zeit kein Bedarf gesehen. Begründet wurde diese Haltung durch die angeblich kurze Verweildauer. Gerade die krisenhafte Situation der Abschiebehaft aber, durch die Menschen aus ihrem bisherigen Lebenszusammenhang gerissen werden, an deren Ende eine ungewisse Zukunft steht, macht eine besondere psychosoziale Betreuung notwendig. Die Ehrenamtlichen können – vor allem in den größeren Anstalten – nur einem Bruchteil der Gefangenen helfen. Es kann auch nicht ihre Aufgabe sein, den enormen Bedarf an Information, an Unterstützung in praktischen Fragen, an Zugang zu rechtlicher Hilfe abzudecken. Alle Unterstützergruppen machen die Erfahrung, daß ohne einen Sozialdienst, wie er auch in anderen Haftanstalten existiert, ihre Tätigkeit zur Farce wird, wenn z.B. bei den Besuchen dreißig Anträge für ein Gespräch vorliegen, von denen nur ca. fünf angenommen werden können. Bislang kümmern sich von den Sozialdiensten der JVAs lediglich die Gefängnispfarrer beider Konfessionen auch um Abschiebegefangene. Für eine Anstalt ist die Einrichtung einer ABM-Sozialarbeiterstelle bei der JVA für ein Jahr geplant. Ausgerechnet in der größten Abschiebeeinrichtung, die als selbständige Anstalt konzipiert ist, gibt es noch nicht einmal einen Gefängnispfarrer.

● *Medizinische Versorgung:* In den Hafthäusern steht ein Sanitätsdienst zur Verfügung. Der Anstaltsarzt der jeweiligen Hauptanstalt ist auch für die Abschiebegefangenen zuständig. Zu Fachärzten können Gefangene zugeführt werden. Soweit wir erfahren konnten, wird wohl in wenigstens einer Anstalt keine Eingangsuntersuchung durchgeführt, die jedoch zur Prüfung der Haftfähigkeit wichtig ist. Es gibt Berichte, daß z.B. einem an Epilepsie leidenden Gefangenen vom Anstaltsleiter Simulation unterstellt wurde, daß ein anderer, psychisch kranker Gefangener lediglich mit starken Beruhigungsmitteln ruhiggestellt wurde, daß im Falle eines seit Jahren an Depressionen leidenden Gefangenen trotz zahlreicher Telephonate seitens der ZAB nichts unternommen wurde, um die Abschiebung – wie der Gefangene wünschte – zu beschleunigen. Zahlreiche Gefangene berichten, daß sie kein Vertrauen zu der medizinischen Versorgung haben.

● *Geld und Einkauf:* Die Ausländerbehörden behalten bei der Inhaftierung Geld der Gefangenen für die Kosten der Abschiebung ein. Berechnet werden dabei auch Personalkosten der ZAB, die in einem Bescheid mit 1100,- DM angegeben werden. Unklar ist, wieviel den Gefangenen für ihren Bedarf während der Haft und für die Fahrt vom Flughafen zum Heimatort belassen werden muß. Viele Gefangene haben kein Geld für Zigaretten, Kaffee, Zucker u.dgl. Werden Gefangene zwischen den Anstalten verlegt, dauert es oft wochenlang, bis das Geld, das sie auf ihrem JVA-Konto haben, überwiesen wird. Wenn es nicht gelingt, Gefangenen, z.B. aus kirchlichen Mitteln, etwas Geld für die Heimreise zukommen zu lassen, werden sie auch völlig mittellos abgeschoben.

● *Telephon:* In einer einzigen Haftanstalt können die Gefangenen einen Teil ihres Geldes bei sich behalten und haben die Möglichkeit, soviel wie nötig zu telephonieren. In einigen Anstalten ist nur ein Anruf bei Ankunft erlaubt, in anderen ist Telephonieren nur während der Sprechstunden des Seelsorgers gestattet. Der Zugang zum Telephon ist ein ganz zentrales Anlie-

gen der Gefangenen: Angehörige und Freunde hier oder im Herkunftsland müssen informiert werden; mit dem Rechtsanwalt sind oft noch Fragen zu klären; Habe, Geld, Papiere müssen noch beschafft werden. Die einzige Möglichkeit, auch nur das Notwendigste zu regeln, ist das Telephon.

● *Sanktionen:* Der Entzug von Vergünstigungen als Sanktion kommt bei Abschiebegefangenen nicht infrage, da sie keinerlei Vergünstigungen genießen. (Sieht man einmal vom eher hilflosen Versuch eines Anstaltsleiters ab, der Freizeitsperre (!) androhte, falls die Gefangenen weiter Abfall aus den Fenstern schmissen.) Aus der Herner Anstalt berichten Gefangene, daß sie nach einem Hungerstreik und Zellenverbarrikadierung ans Bett gefesselt und geschlagen wurden. In Wuppertal-Lichtscheid wurde ein Gefangener nach einer Attacke gegen einen Wachmann gefesselt in den Transportwagen auf dem Hof gelegt. Sogenannte Isolierzellen gibt es nur in Büren. In anderen Anstalten werden Gefangene, die als 'Rädelsführer' von Protesten oder als anderweitig schwierig angesehen werden, in die zuständige Hauptanstalt in Leverkusen verlegt. Nach dem Protest und der Dachbesetzung algerischer Gefangener in Leverkusen wurden allerdings nicht nur die beteiligten neun Gefangenen, sondern alle dreißig Algerier auf verschiedene normale JVA verteilt.

Den meisten Gefangenen ist nicht klar, warum sie im Gefängnis sitzen. Das komplizierte asyl- und ausländerrechtliche Verfahren mit seinen unterschiedlichen Zuständigkeiten haben sie meist nicht durchschaut. Sie verstehen nicht, daß sie ohne ein kriminelles Delikt begangen zu haben, inhaftiert sind. Die in Haftbeschlüssen genannten Gründe sind allerdings auch den BeraterInnen oft nicht einsichtig.

Die örtliche Ausländerbehörde beantragt beim zuständigen Amtsgericht einen Haftbeschluß. Das Amtsgericht prüft nicht, ob die Abschiebung überhaupt zulässig ist. Dies ist im Streitfall Sache der Verwaltungsgerichte. Der Haftrichter ist nur für die Frage zuständig, ob Abschiebehaft entsprechend § 57 Ausländergesetz zulässig ist. Meist wird dabei das Vorbringen der Ausländerbehörde übernommen. Der Ausländer kann zwar über einen Dolmetscher Stellung nehmen, weiß aber i.d.R. nicht, worauf es in diesem Verfahren ankommt.

Die zentralen Ausländerbehörden sind angewiesen, in den Hafthäusern wöchentliche Sprechstunden anzubieten. Nicht jedes Hafthaus fordert diese Sprechstunden an, auch wenn entsprechende Anfragen von Gefangenen vorliegen. Da, wo Sprechstunden angeboten werden, sind diese häufig überfüllt, so daß nicht alle, die dies wünschen, vorgelassen werden.

Meist wird die Haft zunächst für drei Monate beschlossen. Es kommt vor, daß abgelehnte Asylbewerber inhaftiert werden, die ihren Ablehnungsbescheid niemals zugestellt bekommen haben, auch wenn sie stets unter der den Behörden bekannten Anschrift erreichbar waren. Es kommt auch vor, daß Ausländer in der ihnen zugewiesenen Unterkunft leben, Sozialhilfe beziehen, auch noch Monate nach einer Ablehnung vom Ausländeramt ihre Gestattung verlängert bekommen und dann z.B. bei einem legalen Besuch in einer anderen Stadt verhaftet werden und in Abschiebehaft kommen. Ausländer, die sich von sich aus oder auf ein entsprechendes Schreiben hin bei ihrer Ausländerbehörde melden – die also wohl offensichtlich nicht untergetaucht sind – sind dort schon verhaftet worden. Andere sind in Abschiebehaft gekommen, bevor sie überhaupt die Möglichkeit hatten, einen Asylantrag zu stellen und obwohl sie versucht haben, ihr Asylbegehren bei der Verhaftung vorzubringen. Die Begründungen der Haftbeschlüsse sind meist sehr pauschal und entsprechen oft nicht den tatsächlichen Vorgängen.

Nach Ablauf der Frist des ersten Haftbeschlusses muß die Verlängerung wieder vom Amtsgericht beschlossen werden. Die Verlängerung wird beantragt und vom Gericht auch meist beschlossen, selbst wenn der Ausländer seiner Mitwirkungspflicht nachkommt, d.h. wenn er den Antrag auf Paßersatzpapiere unterschreibt und alle erforderlichen Unterlagen, die ihm zugänglich sind, einreicht. Dies geschieht auch bei einer Verlängerung der Haft über sechs Monate hinaus, obwohl hier strengere Kriterien anzulegen sind.

Der Rechtsschutz von Abschiebegefangenen ist in keiner Weise sichergestellt. Betreuungspersonen, die sich in die komplizierten juristischen Verfahren gut eingearbeitet haben, konnten zwar in vielen Fällen eine Aufhebung der Haft erreichen. Da aber ein Sozialdienst fehlt und die Anfragen der Gefangenen die Kapazitäten der ehrenamtlichen BetreuerInnen übersteigen, ist es weitgehend dem Zufall überlassen, welcher Gefangene mit welchem Anliegen überhaupt zu einem Gespräch kommen kann. Es hängt dann von den zeitlichen und fachlichen Möglichkeiten der BetreuerInnen ab, ob eine Intervention in rechtlicher Hinsicht überhaupt möglich und auch umfassend genug ist. Die Einschaltung von Rechtsanwälten scheitert oft an deren Überlastung und an fehlenden Mitteln zu ihren Bezahlung.

Zwei Gruppen von Gefangenen müssen besonders beachtet werden:

● Langzeitgefangene: Die durchschnittliche Verweildauer in Abschiebehaft betrug nach Angaben des Justizministeriums im Juli '93 21 Tage, im Januar '94 36 Tage, d.h. je länger die Anstalten bestehen, desto höher wird der Anteil an Langzeitgefangenen, Gefangene aus Algerien (74 Tage Durchschnittshaftdauer), Indien, Jugoslawien, Äthiopien, Bangla Desh, Vietnam, GUS, Libanon und Mazedonien, die keinen Paß haben, sitzen besonders lang in Haft. Dies wird damit begründet, daß die Botschaften Probleme bei der Ausstellung von Paßersatzpapieren machen. In Einzelfällen ließen sich lange Haftzeiten allerdings auch auf Schlamperei hiesiger Behörden zurückführen, so z.B. wenn Päse der Gefangenen im Gefängnis verwahrt werden, während sich das Ausländeramt um Ersatzpapiere bemüht, wenn bei Gefangenen, die vorher in Strafhaft waren, der Paß zwischen verschiedenen Gerichten monatelang unauffindbar ist, wenn Ausländerbehörden Hinweisen von Gefangenen, wo ihr Paß sei, nicht nachgehen.

Nach spätestens 18 Monaten ist ein Gefangener aus der Abschiebehaft zu entlassen. Es ist zumindest ein Fall bekannt, wo ein Gefangener wenige Tage nach seiner Entlassung erneut in Abschiebehaft genommen wurde.

● Gefangene, die die Abschiebung fürchten: Die Schwierigkeiten, Flüchtlinge vor der Abschiebung zu bewahren, potenzieren sich, wenn sie erst einmal in Abschiebehaft sitzen. Sie sind dem Zugriff der Behörden unmittelbar ausgesetzt. Alternativen, wie z.B. Ausreise in ein anderes Land oder Rückkehr über einen weniger gefährlichen Grenzübergang müssen nicht nur gefunden, sondern auch gegenüber den Behörden durchgesetzt werden. Viel hängt dabei vom Geschick und dem Einsatz der BetreuerInnen bzw. RechtsanwältInnen ab. Die Zeit arbeitet hier gegen die Gefangenen. Es ist oft schwer genug, nur den Termin der geplanten Abschiebung zu erfahren.

Ein erster Asylantrag, aus der Haft gestellt, bewirkt die Freilassung. Wie lange dies dauert, ist sehr unterschiedlich. Ein Folgeantrag führt erst nach der Entscheidung, ob er angenommen wird, zur Freilassung. Die Information darüber bekommt das Ausländeramt vor dem Gefangenen bzw. seinem Rechtsvertreter. Eine Abschiebung kann dann sofort durchgeführt werden.

Die Selbstmorde bzw. -versuche und die Protestaktionen der Gefangenen sind sicher hauptsächlich auf die Angst vor einer Abschiebung und erst in zweiter Linie auf die Gefängnissituation zurückzuführen. Das Verfahren zur Beschaffung von Paßersatzpapieren bei algerischen Behörden sieht vor, daß diesen die Abschiebung mit Namensnennung zwei Wochen vorher angekündigt wird. Die Abschiebung kommt hier einer Auslieferung gleich. ●

Landesflüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen

GEORG FÜLBERTH

Spekulationen über die PDS

Lang ist's schon her, und doch lohnt es vielleicht, sich noch einmal an die Schlußphase des Bundestags-Wahlkampfes 1994 zu erinnern. Der Kanzlerkandidat der SPD forderte die CDU auf, ihre Direktkandidaten in Ostberlin zurückzuziehen und damit zu verhindern, daß dort die PDS die drei Mandate gewann, die ihr selbst dann den Weg nach Bonn ermöglichen würden, falls sie – was damals allgemein erwartet wurde und ja auch eintrat – insgesamt unter fünf Prozent bliebe. Kohl lehnte ab. So gesehen, kann behauptet werden, die PDS habe dreißig Bundestagsabgeordnete von Gnaden der CDU.

Zu dem Zeitpunkt, als diese Kontroverse stattfand, sprachen die Meinungsforschungsinstitute von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Regierungskoalition einerseits, SPD, Grünen und PDS (die rechnerisch, wenngleich nicht politisch addiert werden konnten) andererseits. Nahm Kohl diese Prognosen ernst, dann konnte er sich den Wahlsieg sichern, wenn er in Berlin die PDS kippte.

Integration und Konfrontation

Weshalb schonte er diese Partei in für sie wahlentscheidender Weise?

Es ist denkbar, daß Kohl mehr über seine in Wirklichkeit guten Aussichten wußte, als in den Umfragen bekanntgemacht wurde. Im nachhinein stellte sich heraus, daß CDU/CSU und FPD auch bei einem Verbleib der PDS im Bundestag eine Mehrheit hatten. Dieses Ergebnis vorausgesetzt, konnte ein anderes Ziel ins Auge gefaßt werden: die langfristig wirkende Spaltung des sozialdemokratischen Potentials.

Für die neuen Bundesländer galt 1994 mehr noch als 1990: was die PDS gewinnt, fehlt der SPD. Da in absehbarer Zeit eine gemeinsame Mehrheitsbildung beider Parteien allenfalls indirekt – Sachsen-Anhalt –, nicht aber unmittelbar erfolgen wird, ist die Sozialdemokratie überall dort im Osten, wo sie nicht die absolute Mehrheit gewinnt (Brandenburg), in die Opposition gedrängt oder auf große Koalitionen angewiesen. Von daher kann es sogar im Interesse der CDU liegen, wenn die PDS auch im Westen stark wird. Zum konservativen Konzept gehören gleichermaßen nationale Integration wie parteipolitische Polarisierung. Beidemale kann die PDS nützlich sein.

Hätte die Partei des Demokratischen Sozialismus am 16. Oktober 1994 keine Direktmandate in Berlin erhalten, wären 16-17 Prozent des Ost-Elektorats ohne Vertretung geblieben. So aber erhielten sie im Bundestag eine Vertretung, die dort ohne politisches Gewicht bleibt, also auszuhalten ist. Ihr Fehlen hätte ein Integrations-Defizit angezeigt und insofern einem offiziell proklamierten nationalpolitischen Hauptziel widersprochen.

Das Selbstverständnis der PDS entspricht jenem latenten Versöhnungs-Konsens. Auch in der Rede, mit welcher Stefan Heym als Alterspräsident den 13. Bundestag eröffnete, wird die Integrationsbereitschaft laut. Ihre Mäßigung widersprach seinen Ankündigungen, die eine Provokation erwarten ließen. Statt dessen suchte er die von ihm vertretene Partei in eine Gemeinsamkeit einzubringen, die er zugleich antinationalistisch und antistalinistisch definierte und in der als PDS-Besonderheit eher schüchtern gerade mal eine Art Bitte um Nachsicht für diejenigen vorkam, welche der untergegangenen DDR ein paar mildernde Umstände zubilligten.

Hermann L. Gremliza hat in seinem im übrigen mißglückten publizistischen Feldzug gegen die Partei des Demokratischen Sozialismus diese mit dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) der fünfziger Jahre verglichen. Daran ist soviel richtig, daß die PDS ebenso einen Beitrag zur sozialpolitischen Integration der von ihr Vertretenen zu leisten versucht wie einst die Vertriebenenpartei für die Flüchtlinge. (Gremliza zielt noch auf eine zweite Parallele: Nationalismus, und irrt.)

So gesehen, müßte die PDS als Partei mit einem Spezial-Anliegen zum Untergang verurteilt sein, sobald dieses befriedigt ist. Es wäre dann zu erwarten, daß sie in einigen Jahren nur noch als regionales Spurenelement nachzuweisen ist, wie die Deutsche Zentrumspartei im Münsterland und die Bayernpartei. Wie dieser Übergang in die Bedeutungslosigkeit zu organisieren ist, bliebe Sache des taktischen Geschicks der Führung. Das Optimum wäre dann die Integration in die SPD.

Die zweite Variante des Umgangs herrschender Politik mit der PDS ist die Konfrontation. Sie verträgt sich durchaus mit der Integrationslinie, und von daher ist es nicht verwunderlich, daß sie vor allem von der CDU/CSU gepflegt wird, die, wie gezeigt, trotz anderslautender Rhetorik durchaus eine konservierende Funktion für diese Partei haben kann. Wenn im Wahlkampf die Stellung zur PDS der hauptsächliche Kontroverspunkt zwischen den beiden Großen war, dann lag dies nicht nur am Mangel an anderen Themen (da man sich in den großen Fragen der Inneren und Äußeren Sicherheit sowie der Sozialpolitik weitgehend einig war), sondern es entsprach dem Carl Schmittschen Verständnis von Politik als einer Freund-Feind-Beziehung ebenso wie den überkommenen Reflexen des Kalten Krieges. Wenn die PDS nach der Bundestagswahl weiterhin im Zentrum von Kontroversen steht, wird ein Grundsatzkonflikt über die Frage ausgetragen, ob das antikommunistische Feindbild eine Zombie-Existenz führen darf, vielleicht wiederum zum Zweck der gesellschaftlichen Konzentration.

Marktlücke für eine Partei der Verlierer?

Integration und Konfrontation: in beiden Fällen ist die PDS Objekt. Von ihrer Bundestagsgruppe hat man seit 1990 nicht viel gehört, gegenwärtig sieht es noch nicht so aus, als ob sich in der neuen Legislaturperiode hier etwas ändern würde. Zu eigenständigen Initiativen zeigt sich die Partei außerhalb der fünf neuen Bundesländer und Ostberlins nur selten imstande. Im Westen bleibt sie isoliert – vielleicht vorläufig, vielleicht endgültig.

Dennoch ist davon auszugehen, daß die PDS mindestens bis zum Jahr 2002 ein parlamentarisch relevanter Faktor bleibt. Selbst falls sie 1998 aus dem Bundestag ausscheiden sollte (was nicht unmöglich, aber auch nicht sicher ist), wird sie bis dahin in

Neuerscheinung

***TÜTE*-Sonderheft**
Zur Aktualität von Michel Foucault

Wissen und Macht

Die Krise des Regierens

Ich verstehe, was ich mache überhaupt nicht als "Werk", ... ich bin ein Werkzeughändler.
(Michel Foucault)

Politik als Lebenskunst/Wissenschaft und Macht/Recht und Differenz/Ethik der Selbstsorge/Technologien und Gestaltungskompetenz/Cyberspace/ /Biopolitik der neuen Armut: Sozialstaat & Individuum/ Rassismus/Gentechnologie/ Diskurs der Demokratie

Mit Beiträgen von Wilhelm Schmid, Hans Herbert Kögler, Axel Honneth, Jürgen Mittelstraß, François Ewald, Jacques Donzelot, Heinz Ulrich Nennen, Urs Gattiker, Jean-Paul Gaudillière, Alessandro Baratta, Pasquale Pasquino, Heiner Benking, Andreas Goppold, Pietro Barcellona, Mathias Richter, Welf Schröter und Gisa Haas.

Originaltexte von Michel Foucault

Die TÜTE wagt einen Griff in die Werkzeugkiste!

Preis: DM 15.-

TÜTE, c/o TAV-Vertrieb, Pf. 2528, D-72015 Tübingen

den ostdeutschen Landtagen wohl noch nicht unter die Prozent-Marke absinken. Ist ihre Perspektive zumindest in diesem Rahmen mittelfristig stabil, dann ist durchaus denkbar, daß die PDS mehr ist als ein Auslaufmodell: ihr Status quo kann zur Ausgangsbasis für eine Entwicklung werden, in der sie sich als Teil des gesamtdeutschen Parteiensystems etabliert.

Der PDS ist immer wieder vorgehalten worden, daß sie eine zweite Sozialdemokratie sei. Dies trifft zu, doch die Folgerung, sie mache sich dadurch überflüssig, könnte falsch sein. Nirgends steht geschrieben, daß es in jedem Land nur eine einzige sozialdemokratische Partei geben könne. In den skandinavischen Staaten und in Finnland arbeiten neben der großen SP seit Jahrzehnten kleinere linkssozialistische Parteien, die in den Parlamenten vertreten sind. Sie stützen sozialdemokratische Minderheitsregierungen gegen bürgerliche Opposition, doch machen sich diese in der Regel nicht von ihnen abhängig, sondern halten Tuchfühlung mit den Liberalen. Die Existenz einer zweiten sozialdemokratischen Partei setzt einer möglichen Rechtsentwicklung der Haupt-SP Grenzen, da es immer wieder zu Wähleraustausch mit den Linkssozialisten kommt. In Dänemark, Schweden, Island und Finnland sind letztere aus ehemaligen kommunistischen Parteien hervorgegangen.

Dies ist nicht automatisch auf die Bundesrepublik übertragbar. Die Grünen könnten eine Sperre für eine solche Entwicklung sein. Ob die PDS neben ihnen eine Chance hat, hängt nicht nur teilweise von den eigenen Anstrengungen ab, sondern auch von Stabilität und Verwerfungen des bisherigen Parteiensystems und seiner gesellschaftlichen Voraussetzungen.

Gegenwärtig unternehmen SPD und Grüne parallele Anstrengungen, bisherige Wählerinnen der FDP zu sich hinüberzuziehen. Auf der Bundesversammlung der 'Grünen' erklärte Joschka Fischer im Dezember 1994, die Kooperation mit der CDU/CSU bei der Wahl Antje Vollmers zur Bundestags-Vizepräsidentin sei keine Grundsatz-, sondern eine „reine Interessensentscheidung" gewesen. Gerade damit aber hat er darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Eintagsfliege handelte. Denn Interessen, die von Fall zu Fall den Weg auch zur Absprache mit der Union weisen, gibt es in seiner Partei immer mehr. Die Bekräftigung der Grünen-Bundesversammlung, man ziehe eine Koalition mit der SPD vor, weist jene typische Parteitagsradikalität auf, welche einen bisherigen Konsens, der bereits unterspült ist, mit einer solch eindrucksvollen Mehrheit demonstriert, daß dadurch seine reale Schwächung überdeckt und noch gefördert wird.

Scharping verlangte in Tutzing in einer Rede vor dem rechten 'Seeheimer Kreis', seine Partei müsse sich mehr als bisher um die Besserverdienenden bemühen. Damit gab er keineswegs die gewerkschaftlich organisierte Klientel seiner Partei preis. Nicht nur nach Auffassung der SPD und der IG Chemie, sondern bald auch der IG Metall soll sie auf die Gewinnerseite mitgenommen, die Abgrenzung gegen den ärmlichen Rest dann umso schärfer exekutiert werden. (Der DGB als Gesamtorganisation wird sich nicht allzu lange zieren.) Die sozialpolitischen Abschreibungen, die damit verbunden wären, werden vor allem diejenigen treffen, welche auf Transferleistungen angewiesen sind, ohne eine Chance zu haben, im Beschäftigungssystem fest verankert zu sein. Ein Teil von ihnen hat in den letzten Jahren Organisationsmöglichkeiten gefunden, zum Beispiel in Selbsthilfe-Initiativen. Sie haben Verbindung zur offiziellen Politik, unter anderem im kommunalen Bereich und über die Wohlfahrtsverbände. Hier funktionieren nach wie vor die 'Grünen' als Partei, die von den Betroffenen angesprochen wird und hegemonialen Einfluß entweder ausübt oder um diesen mit den Sozialpolitiker(innen) der SPD kämpft. Sie werden hier weiterhin auch eine Interessenvertretung von sozial Schwachen sein, insofern also nicht nur eine ökologische FDP. Jürgen Trittin als neuer Sprecher der 'Grünen' ist zugleich deren Geheimwaffe in der Konkurrenz mit der PDS, Krista Sager dürfte eine ähnliche Funktion im Verhältnis zur FDP haben.

Die Zukunft der kleinen Brötchen

Durch Scharpings Wende gibt die SPD allerdings noch mehr sozialpolitisches Terrain auf, als von den milieugebundenen Grünen nachrückend besetzt werden kann. Die Abwanderung ging hier in der Vergangenheit aber nicht nach links, sondern nach rechts, zu den 'Republikanern'. Tatsächlich hat die Sozialdemokratische Partei ja nicht erst seit Tutzing darauf gesetzt, sozialpolitische Kompetenz durch (angeblich) wirtschaftspolitische zu ersetzen. Im Ergebnis hatten die 'Republikaner' ab 1989 auch in Arbeiterwohngebieten Erfolge. Der zeitweilige Niedergang dieser Partei hat die SPD offensichtlich zusätzlich ermutigt, jenen von ihr zunehmend vernachlässigten Teil ihres Anhangs, dessen gewerkschaftliche Bindung sich zusehends lockerte, nicht weiter in Rechnung zu stellen. Falls sich die PDS auf ihn orientiert – was eine mühsame Angelegenheit ist –, könnte sie auch im Westen eine Chance haben. Wenn die SPD nicht „der Betriebsrat der Nation" sein will, hat sie damit der Partei des Demokratischen Sozialismus eine mögliche Position zugewiesen. Scharping und Joschka Fischer wollen in absehbarer Zeit regieren, also – um in der Me-

taphorik zu bleiben – Arbeitgeberfunktionen wahrnehmen. In einer Gesellschaft mit zunehmender sozialer Polarisierung kann die PDS zur Partei der Permanenten Opposition werden. Diese Rolle ist doppelt problematisch. Allerdings ist denkbar, daß ein Teil ihrer Mitglieder mit einer so wenig offiziell staatstragenden Funktion auf Dauer nicht zufrieden sein wird.

Die unvermeidliche Sozialdemokratisierung der PDS wird denjenigen radikalen Linken sauer aufstoßen, die, aus marxistischen Kleingruppen (DKP; Vereinigte Sozialistische Partei, VSP; Bund Westdeutscher Kommunisten, BWK; Mehrheit des ehemaligen Kommunistischen Bunde, KB) kommend, teilweise auch in ihnen verbleibend, nun für diese Partei arbeiten. Soweit es nicht schierer Opportunismus und die letzte Rettung der eigenen politischen Haut ist, wird sich dieses Engagement mit einer ernüchternden Bilanz der bisherigen Auffassungen dieser Organisationen verbinden müssen. Deren frühere Politikvoraussetzung – eine revolutionäre Perspektive – ist auf unabsehbare Zeit entfallen. Wer sich nicht entpolitisiert (was in Einzelfällen ratsamer sein mag als dumpfes Weitermachen), wird Dinge tun, die er/sie früher als 'sozialdemokratisch' verachtete, dabei allerdings auch feststellen können, daß dies mit einer Bindung an den ewigen Noske-Flügel der SPD nichts zu tun haben muß – nämlich dann, wenn es gelingt, diese zweite Linie neben der Partei Scharpings organisatorisch eigenständig zu halten. Ist das klar, ist die Fortexistenz linksradikaler Minigruppen neben und in der PDS ein Gewinn. Für diese Partei muß es zu einer wichtigen Herausforderung werden, eine produktive Beziehung ohne Ausschlüsse und Unvereinbarkeits-Dekrete zu ihnen aufzubauen.

Im übrigen sind die intellektuellen Westlinken für die PDS zwar als interessante Einzelkader nicht völlig bedeutungslos, doch führt von ihnen kein Weg zu einer Massenverankerung. Schon gibt es da und dort interessante Reibungen mit Zwanzigjährigen, die eher im Umfeld der PDS als in deren Rahmen sich locker organisieren – zumeist nicht in der „Arbeitsgemeinschaft Junger GenossInnen" (die ein Ostprodukt bleibt), sondern unter neuen Bezeichnungen. Nicht eine forcierte „Jugendpolitik", wohl aber Aufmerksamkeit und die Bereitschaft, diese ersten Formen der Selbstrekrutierung und -organisation bald auch in die Partei durchschlagen zu lassen, können dieser auch im Westen zu einem neuen Ansatz verhelfen, zunächst allerdings außerhalb von Wahl-Orientierungen.

Eine wichtige Ressource, welche der PDS außerhalb der alten DDR zur Verfügung steht, ist Zeit: etwa acht Jahre. Das ist viel, wenn sie richtig genutzt wird. Wahrscheinlich (und vernünftigerweise) wird die Partei die Wahlkämpfe in Hessen und Nordrhein-Westfalen an sich vorbeiziehen lassen. In Berlin hat sie die Chance, auch in dem einen oder anderen westlichen Stadtteil mehr als fünf Prozent und somit Mandate in der Bezirksverordneten-Versammlung zu erhalten. Rechnet man das Bundestags-Ergebnis weiter, wird sie zwar in Bremen 1994 nicht in die Bürgerschaft kommen, aber einen Achtungserfolg erzielen können und in einigen nachgeordneten Körperschaften, die dort gleichzeitig gewählt werden, erste Mandate gewinnen können. Das kann der Anfang eines mühsamen parlamentarischen Weges außerhalb ihrer ostdeutschen Hochburgen sein.

Dennoch wird die PDS im Westen zunächst noch eine organisatorische Leerform bleiben. Daß diese im Laufe des nächsten Jahrzehnts gefüllt wird, ist weder wahrscheinlich noch ausgeschlossen. ●

„Haben Sie sich auch dabei überlegt, Herr Eisendecher, daß bei solchen Wahlen die westdeutsche Bundesrepublik *durch ihre bloße dreifache Stimmenzahl* Alles hier bei Ihnen überfahren würde, was Sie sich an Ostmustern aufgebaut haben ? : denn selbst vorausgesetzt, daß Alle hier SED wählten – was ja bekanntlich nicht der Fall sein würde! – : vom Westen erhielten Sie lediglich 4 % der Stimmen der KPD ! *Ihnen* bliebe nur die Rolle einer bedeutungslosen, stets mühelos überstimmten und ständig abschmelzenden Splitterpartei. Oder, wenn Sie vernünftig wären, der bedingungslose Anschluß an die SPD : da müßten Sie aber *auch* noch ganz schön drum bitten !". Er war der Ansicht, daß die Wahlplakate der SED sich im Handumdrehen alle Westherzen erobern würden (kann man nichts machen; jetzt trat noch der Senior hinzu).

ARNO SCHMIDT, »DAS STEINERNE HERZ« (1954/55)

CHRISTOPH WINNAT

Parteiprogramm als Beipackzettel

Zum Ende jener Veranstaltung, die man gemeinhin als die *Elephantenrunde* zu bezeichnen pflegt, muß den Kandidaten *der Partei August Bebels* irgend etwas geritten haben. Während dessen Auftritte sonst von der Maxime, Helmut Kohl nicht der CDU zu überlassen, geleitet scheinen, geriet er plötzlich ins ungewohnt Heftige. Empörung richtete sich gegen die Art, wie die vom Moderator gestellte Frage nach den die Bevölkerung wohl am meisten interessierenden politischen Aufgaben der nächsten Jahre beantwortet wurde – nämlich gar nicht. Statt dessen hatte sich die Runde einmal mehr ausgiebig der Definition der PDS und des Verhältnisses zu ihr überlassen. Zwar hatte Scharping willig mitgetan, doch dann – es mochte die Erleichterung ob des vorübergegangenen Kelches den Ausdruck zum *passenden Schlußwort* beflügeln – ging er entschlossener als je im Wahlkampf zuvor die Verteilung von Abgaben und Einkommenschancen an, die doch allemal wichtiger seien als das Gerangel um die Konkurrenz aus dem Osten. Für einen Augenblick nahm sich der objektive Geist zusammen und kam auf den Punkt, und dann kam *Lindenstraße*.

Die PDS ist insofern nicht neu, lediglich der aktuelle Name für den sorgsam gehüteten Popanz einer Politik, die in der Hauptsache dem technokratischen Verfahren nach frei gewählten Sachzwängen die grundsätzliche Distinktion ästhetisch zumißt und jeden Ansatz, der Sozialbindung des Eigentums oder dem Demokratiebegriff auch nur einen geringfügig elaborierteren Maßstab abzugewinnen, als Exempel statuiert. Das gilt um so mehr, je mehr die Bedingungen zur *Volkspartei*, die Dispensation genuin politischer Zielbestimmungen schwinden, ohne daß sich bereits ein Umschlag in der Gemengelage der Zweidrittelgesellschaft als manifestes Legitimationsproblem reflektiert. Die PDS muß sich damit einrichten, daß ihr die bürgerliche Öffentlichkeitsarbeit die DDR-Nachfolge anlegt. Sie kann als Partei demokratisch sein soviel sie will, ja nicht einmal das *ambi alente Verhältnis zur Gewalt* aufweisen, das an den GRÜNEN auch einen konservativen Hardliner der CDU nicht mehr kratzt. Sie mag sich Asche aufs Haupt streuen, was die Haltung der SED zu China betrifft, und wird trotzdem herhalten müssen, wenn der Kanzler als Handlungsreisender in Sachen *Standort Deutschland* mit Li Peng poussiert. Die PDS wird der *Bündnisunfähigkeit* wie einer ansteckenden Krankheit bezichtigt werden, wenn die *Partei August Bebels* sich ihre Kompetenz, nach unten treten zu können, einmal mehr beweisen muß. Biedert man sich wie unlängst (Sa. 3.12.) – bei wem eigentlich? – mit dem Austausch der Phrase von den *Besser erdienenden* durch den denunziatorischen *Sozialmißbrauch* an, dann meldet sich garantiert der Generalsekretär in Sachen scharfe Abgrenzung gegen die PDS zu Wort (So. 4.12.). So gesehen müßte die Abneigung noch ein Dankesschreiben Biskies nach sich ziehen. – Und wenn der CDU-Fraktionschef mit den GRÜNEN an der FDP-Nachfolgefunktion bastelt, dann ist klar, was folgt; aber auch nicht der letzte Anwärter auf den Vorsitz der Jugendorganisation wird es sich nehmen lassen, *li e aus dem Schlachthof* die unvermeidlichen historischen Parallelen zu ziehen und angewiedert abzurücken. Da kann sich Christa Luft auf den Kopf stellen und *Effizienz*, die Beschwörungsformel bekennender Liberaler, rückwärts aufsagen.

Andererseits sollte die PDS langsam damit aufhören, die Öffentlichkeit, die ihr wie von alleine zukommt, mit Witzigkeit zu verspielen. Gysis Mediengegenwärtigkeit erreichte im Wahlkampf bereits Fraktionsstärke. Doch statt dem eigenen Anspruch gemäß *Protest* von *links* zu artikulieren, konzentrierte sich dessen ihm von sämtlichen Seiten einhellig zugestandene *intellektuelle Brilianz* v. a. auf den ironisch-affirmativen Umgang mit dem der Partei zugewiesenen Status. Das reflektierte ein Wahlkampf, in dem nur die Imago des Spielverderbers mit der pubertären Freude am Verbotenen hausieren ging. Am Ende entlud sich die Koketterie mit frühem, zigaretterauchendem Zusammenhalt auf dem Schulklo (*es sieht ja keiner*) gerade noch in der Pointe, die SPD werde sich gefallen lassen müssen, daß die PDS im Bundestag mit ihr zusammen gegen die Regierungsparteien votiere. Solch abwechselnd mit wahlarithmetischem Geraune als ultima ratio des Politischen aufwartende Gewitztheit, die demonstriert, daß man warenästhetisch wenigstens *schon da* ist, mag im Osten für die Naivität entschädigen, mit der man sich hat über den Tisch ziehen lassen. Was die Unterhaltung betrifft, kann die PDS-Prominenz ohnehin keinem was vormachen. Lafontaine tingelt als Gaudimax durchs Ruhrgebiet, die bayerische Anwärterin läßt sich nur noch in bierzeltbodenständiger Einheimischkeit ablichten, Schröder tritt in einer Schmonzette aus der ersten Reihe auf, nur weil er hier einmal sich selbst, für Sekunden jovial mit Großaktionären umspringend, mimen darf, und Scharping grinst süffisant ohne Unterlaß, während er sich im Sprachgebrauch des Konrad-Adenauer-Hauses zum besten gibt. Die PDS hätte sich dagegen allmählich der besorgten Anfrage der FAZ, was denn nun eigentlich links sei, zuzuwenden, wenn da nicht nur die Leute angesprochen sein sollen, die sich erst von gleicher Seite den Kapitalismusbegriff haben verbieten lassen und seitdem unstet, auf der Suche nach einem *positi en Begriff der Nation,* durch den Raum zwischen den Anzeigen irren. Das krasse Ergebnis im Westen zeugt mehr von den eigenen Mängeln als vom Erfolg ihrer Ausgrenzung. Auf Dauer wird die PDS weder als Lobby der von der Treuhand Abgebügelten noch als PR-Berater für die *Integrität der Biographien* bestand haben. (Was letzteres betrifft, sollte bald mal jemand besonders Frau Wagenknecht darauf hinweisen, daß sie mit *es war auch nicht alles schlecht* immer in der falschen Abteilung landet. Für die DDR ist – wenn's denn schon sein muß – unbedingt eine differenziertere Nostalgieaussage gefordert.)

Die PDS wird die üble Gewohnheit aus DDR-Zeiten, die Partei als Selbstzweck zu betrachten, ablegen, ihr Selbstverständnis prägnanter herausarbeiten und die Öffentlichkeit, die jede Stasiassoziation ihr wohlfeil bringt, besser nutzen müssen, statt sich von ihrer Inszenierung durch andere eine solidarisierende Wirkung oder oppositionelle Evidenz zu erwarten. So dicht ist der Laden noch nicht, daß es kein Bedürfnis nach deutlicher Opposition gäbe. Die Frage der FAZ wird sich dann von selbst beantworten, und der Notwendigkeit, aufs Parteiprogramm wie auf den Beipackzettel zur Talkshow hinzuweisen, wäre man auch enthoben. ●

WOLFGANG FACH

Clintons Weg

I. „Was das Individuum betrifft", hat Hegel verkündet, „so ist ohnehin jedes ein Sohn seiner Zeit." Und manche Zeiten erlauben es manchen Individuen, als Helden in die Geschichte einzugehen, denn an „der Spitze aller Handlungen, auch der welthistorischen, stehen Individuen", die als Vollstrecker des Geistes ihrer Epoche „unsterblichen Ruhm" erlangen. Nun kann sich im ehernen Gehäuse pluralistischer Normalität das heroische Moment zwar nicht vollkommen entfalten, doch treten immer wieder Wendepunkte auf, da plötzlich „Staatsmänner", gesegnet mit Instinkt und Fortune, Geschichte machen.

II. Bill Clinton, davon waren viele nach seinem triumphalen Wahlsieg überzeugt, würde das Zeug zum Helden haben. Die Umstände schienen ihm wohlgesonnen. Amerika hatte gerade eine Dekade durchlebt, an deren Anfang soviel Verblendung war, daß die Enttäuschung am Ende ganz besonders herb ausgefallen ist. Ronald Reagans Philosophie, man müsse, um eine blühende Gesellschaft für alle zu schaffen, nur möglichst unverblümt den Reichtum hofieren (*trickle down*-Ökonomie), entpuppte sich als das, was sie wohl von Anfang an war: ein skrupelloses Bereicherungsprogramm. Dem Erben George Bush fiel der undankbare Part zu, die amerikanische Illusion zu verabschieden – nicht aus moralischer Gesinnung, sondern weil er anders keine Chance sah, politisch zu überleben: „In unseren Herzen wissen wir, was zählt. Wir können nicht einfach darauf bauen, daß wir unseren Kindern einen größeren Wagen, ein dickeres Bankkonto hinterlassen". Weshalb es denn auch den Amerikanern damals (1988) an der Zeit schien, „ein freundlicheres, sanftmütigeres Amerika" zu propagieren. „Reichtum ist *out*", orakelte wenig später das *Wall Street Journal,* und in einer Meinungsumfrage, wie um diese Botschaft zu untermauern, erklärten über 80 Prozent, daß man die Reichen stärker besteuern sollte. Offensichtlich hat die Masse es aufgegeben, darauf zu warten, bis etwas vom Wohlstand nach unten „tröpfeln" würde. Der Verlust dieser Hoffnung stand schließlich auch Pate für einflußreiche Expertisen, die den „gierigen" Zyklus am Ende und ein neues Zeitalter des kollektiven Mitleids heraufziehen sahen.

III. Ein freundlicheres, sanftmütigeres Amerika – das ist der Stoff gewesen, dem Bush seine Verlegenheit verdankt und Clinton seine Vision. Symbole des neuen Wendemuts waren: auf der materiellen Seite die überfällige Reform des Gesundheitswesens mit dem Ziel, allen Amerikanern eine ausreichende Krankenversicherung zu verschaffen (knapp 40 Millionen haben überhaupt keine); und, in ideeller Hinsicht, das Ende der Diskriminierung von Homosexualität in den Streitkräften.

Die spektakulären Höhenflüge haben ebenso spektakuläre Bauchlandungen nach sich gezogen; meßbare Erfolge im zweiten Glied sind dagegen verblaßt. „Es ist wirklich schade um Clinton", zog Arthur Schlesinger kürzlich Bilanz. Er sei „im Grunde ein Anhänger des New Deal: Er will sich der Regierung bedienen, um den Menschen größere Chancen zu eröffnen. Aber er hat Pech gehabt ...". Pech – das heißt hegelianisch gewendet: Clinton war eben „nicht Sohn seiner Zeit", und seine Vision hat nicht „ihre Zeit in Gedanken gefaßt". Im nachhinein ist man klüger: Clintons Mißverständnis lag darin, daß das *mainstream*-Amerika heute mit sich selbst und sonst niemandem Mitleid hat. Freundlichkeit und Sanftmut reklamiert der Mittelstand für die eigenen, nicht fremde Leiden. Von seinem Gott Reagan verstoßen, ist er „in Ungnade gefallen" (Katherine Newman) und spürt nun die Höllenqual des sozialen Abstiegs. Diese anständigen Bürger „peinigt der Gedanke, daß ihre Kinder einmal nicht die gleichen Aufstiegschancen haben werden, die sie selbst genossen haben. Was in der Wirtschaft euphemistisch gesundschrumpfen genannt wird, bedeutet nichts anderes, als daß jetzt die Arbeitsplätze des Mittelstands auf dem Spiel stehen". Und nicht die Gesundheit von „Schmarotzern" oder das Lebensgefühl der „Perversen". Clinton wollte sich als „Aktivist des Zentrums" profilieren – Amerikas *juste milieu* hat darin geradezu einen strafbaren Widerspruch gesehen: wer von Staats wegen aktiv sein will, verbraucht das Geld und verrät den Geist des Zentrums.

IV. „Reinventing Clinton" (*Newsweek*) – statt Amerikas Umkehr steht jetzt Clintons Wende auf der Tagesordnung jener,

die von Berufs wegen den Scherbenhaufen sortieren müssen. Welche Trends hat diese Wahl ins Kapitol gespült und vors Weiße Hause gekehrt? Welche Symbolik muß man den neuen Herren entwinden – und dann zu seiner Sache machen? Welche Themen sollten „besetzt" werden, damit mehr Resonanz draußen im Lande entsteht? Zwei (miteinander verwobene) Komplexe drängen sich unmittelbar auf: Sparsamkeit im Staat (Geld) und Sauberkeit in der Gesellschaft (Geist).

Die neue (alte) Geld-Philosophie des republikanischen Lagers verordnet dem Staat eine fiskalische Entziehungskur von radikalem Zuschnitt. Die speziellen Gründe variieren: einigen geht es einfach um weniger öffentliche Schulden und einen ausgeglichenen Staatshaushalt, andere stellen die Notwendigkeit steuerlicher Entlastung ins Zentrum, wieder andere machen sich daran, den Moloch Staat endgültig auszuhungern. Was diese Absichten eint, ist ihr abgrundtiefes Unbehagen am modernen Wohlfahrtsstaat, der knappe Ressourcen verschlinge (Kosten-Aspekt) und mit seinen Eingriffen in „natürliche" Ausleseprozesse einen verdorbenen Menschenschlag heranzüchte (Moral-Aspekt). Indes ist absehbar, daß diese Attacke (sobald sie reale Politik werden und nicht einfach wohlfeile Ideologie bleiben will) in eine Sackgasse mündet: denn eigentlicher Profiteur des Sozialstaats ist – der Mittelstand. Er müßte sich selbst ans Leder, und davor werden seine Repräsentanten zurückschrecken, um statt dessen an ein paar Sündenböcken – *teenage mothers, homeless, „affirmati e action babes"* – Sparsamkeit zu demonstrieren.

Die symbolische Strafaktion beleuchtet noch etwas: „harte" Geld-Fragen stehen im Schatten „weicher" Geist-Themen. Ins Wahllokal mitgenommen hat das Gros der Wähler: „den Ärger über eine minderwertige und korrumpierende Massenkultur, Schulunterricht über analen Sex für Mittelschüler, provokante Homos, die Kirchen mit Graffitis verschandeln", dann „der neue Unwillen, zwischen legaler und illegaler Einwanderung zu unterscheiden, der widernatürliche Guerillakrieg gegen die Vorstellung, Kinder hätten ein Anrecht darauf, mit einem Vater im Hause aufzuwachsen", und manches andere, was fremd aussieht, ungewohnt klingt, verkehrt anmutet. Damit soll jetzt Schluß sein – „Welcome to Gingrich Nation" (*U.S. News & World Report*) heißt Abschied von der liberalen Gesellschaft und einem neutralen Staat; statt dessen sollen wieder die richtigen Tugenden gelehrt, bewährte Ideale gepredigt, das Schulgebet eingeführt, Schmarotzer ausgehungert, die anständigen Bürger besser bewaffnet und kriminelle Elemente schneller exekutiert werden. Doch auch „geistige" Reformen, so lehren gescheiterte Experimente zur Genüge, verlaufen zwangsläufig im Sande, denn Regierungen, selbst wenn sie über mehr Autorität verfügen als Amerikas lahmendes Parteienregime, sind „nicht dafür gerüstet, einen kulturellen Wandel zu erzwingen." (Thomas Edsall)

V. „Welcome to Reality" (*Newsweek*) – diese Begrüßung wird den neuen Herren nicht erspart bleiben. „Die Rache der Rechten" wird dann auf jenes Maß zurückgestutzt werden, das blockierte und blockierende Gesellschaften zulassen. Freilich gibt es diesseits dieses „Konservativismus aus Komplexität", der zuweilen eben auch progressive Einrichtungen konserviert, noch eine andere beharrende Kraft, auf die Clinton zählen kann: die mittelständische Wählerschaft will keinen harten Konflikt zwischen den Machthabern; zwei Drittel sprechen sich dagegen aus, seine schmutzige Wäsche („Whitewater") nochmals zu inspizieren, und knapp achtzig Prozent des Wahlvolks empfehlen den Republikanern sogar, mit dem Präsidenten zusammenzuarbeiten (*Newsweek*).

Die Harmoniesucht des „mittleren Amerika" eröffnet dem Gebeutelten einen strategischen Korridor: Clinton gebe doch den Republikanern, „was sie wollen", um ihrer Offensive die Spitze zu brechen. Er „soll eine Steuersenkung vorschlagen, aber darauf bestehen, Einzelausgaben blockieren zu können, um die Mindereinnahmen zu decken; er soll von den Republikanern einen Haushalt verlangen, der mit den Defiziten endlich aufräumt, und versprechen, ihn zu unterzeichnen; er soll ein Programm der harten Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat lancieren, gegen das zu opponieren die Republikaner nicht wagen werden" etc. pp. (*The New Republic*) Kurz, Clinton müßte endlich ein bekennender Sohn seiner Zeit werden und deren beklemmende Gedanken aussprechen lernen. Welche Terraingewinne ihm dann auf jeden Fall winken, hat sehr eindrucksvoll schon sein erster Anlauf demonstriert: das überraschende Bekenntnis zum Schulgebet im Verfassungsrang stiftet unter den Rechten heillose Verwirrung, weil sie nun vor der undankbaren Wahl stehen, entweder ihre gemäßigten Anhänger vor den Kopf zu stoßen oder als großmäulige Papiertiger dazustehen.

VI. Freilich, „Clintons zweite Chance" (*The New Republic*) mag Amerika auf einen dritten Weg führen. Verlöscht die „linke" Wohlfahrtsvision und verpufft der „rechte" Säuberungsfeldzug, wird das „System" – die Parteiendemokratie – fürs erste heruntergewirtschaftet sein. Schon heute erklären zwei Drittel des Wahlvolks, sie hätten alle Illusionen verloren (*Newsweek*).

Alle bis auf eine: die fixe Idee nämlich, daß ein „starker Mann", der keine Parteien kennt, imstande sei, den Augiasstall gründlich auszumisten – das „zentristische" Ordnungsideal einer Disziplin ohne Ziel und Gefühl ist noch nicht ausgelaugt. Den „Retter hoch zu Roß" (*Der Spiegel)* haben scharfe Augen schon ausgemacht: Ex-General Colin Powell, „der vielleicht das Zeug zu einem 'zweiten Eisenhower' hätte" (*FAZ*). „Auf den Soldaten", das hat schon vor vielen Jahren Samuel P. Huntington befunden, „ruht eine schwere Verantwortung. Der größte Dienst, den sie uns leisten können, besteht darin, sich selbst treu zu bleiben, und still und mutig nach militärischer Art zu dienen. Wenn sie dem militärischen Geist abschwören, zerstören sie sich selbst zuerst und dann die Nation. Wenn die zivilen Mächte es den Soldaten gestatten, das militärische Ethos beizubehalten, mag die Nation am Ende Erlösung und Sicherheit dadurch finden, daß sie dieses Ethos zu ihrem eigenen macht."

So könnte das amerikanische Heldentum künftig aussehen, und eine Weile lang ließe sich damit vielleicht „Staat machen"; Politik würde dann Haltung annehmen, ja sich darauf reduzieren. Doch man dürfte versichert sein, daß Karl Marx wieder einmal recht behielte: auch diese Wiederholung verkäme zwangsläufig zur Farce – schon deshalb, weil der zweite Eisenhower die heile Gesellschaft des ersten nicht mehr vorfände. ●

Wolfgang Fach ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Uni ersität Leipzig. Er schrieb in links Nr. 294/295 über die politische Mentalität im deutschen Osten.

Latin America Bureau, London

Alan Gilbert:

THE LATIN AMERICAN CITY

In all but five Latin American countries, more people now live in towns and cities than in the countryside.

The Latin American City looks at the region's urban explosion from the perspective of the poor. It asks why people are attracted to the city and examines the underlying problem of rural poverty which fuels the exodus. It explores the options open to those arriving in the city and the strategies used in order to acquire land and build a home.

1994, 192pp, DM 29,80.

In jeder guten Buchhandlung oder direkt bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2,
10961 Berlin,
Tel. (030) 694 61 00, Fax. 692 65 90

REBECCA PINI

Die medizinische Situation der palästinensischen »Autonomie«

An kaum einem anderen Ort der Erde kann Gesundheit so wenig von Politik getrennt werden wie in den bis zum 4. Mai 1994 besetzten Gebieten Israels, die seit diesem Tag zum Teil und beschränkt von Arafat und seiner Riege selbstverwaltet werden. Beauftragt von einem zwischen ihm und der israelischen Regierung geschlossenen Vertrag, der in die Geschichte als das „Gaza-Jericho-Abkommen" eingehen wird, übernahm Arafat an jenem Tag die Verantwortung für die zivilen Angelegenheiten der palästinensischen Bevölkerung von Gaza und Jericho, darunter auch für das Gesundheitswesen. Die Herausforderung ist groß, insbesondere in Gaza, wo die Gesundheitsprobleme einer Bevölkerung mit wirtschaftlichem Status eines Entwicklungslandes durch eine 27jährige Besatzung noch verschlimmert wurden, wo die Mehrheit der Bevölkerung aus Flüchtlingen besteht und wo seit über 6 Jahren das Leben von Aufständen (Intifada), Gewalt und Ausgangssperren bestimmt wird. Gaza ist arm, seine Wirtschaft und Infrastruktur sind unterentwickelt, und der Zugang zu ausgereifter Technologie und teuren medikamentösen Behandlungen ist beschränkt. Ferner ist die Bevölkerungsdichte sehr hoch, die Wasserversorgung unzuverlässig, Land nur begrenzt verfügbar, und die Probleme der Abwasser- und Müllbeseitigung sind enorm. Die Frage, wie gesund die palästinensische „Autonomie" ist, stellt sich in ihrem medizinischen wie auch – davon unzertrennlich – in ihrem politischen Sinn.

Ausgehend von der Definition der „Weltgesundheitsorganisation" (WHO), die besagt, daß Gesundheit „der Zustand des physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens" ist, ähnelte das Krankheitsbild der Bevölkerung Palästinas nach dessen Einverleibung durch das osmanische Reich und später durch die britische Mandatsmacht dem ihrer arabischen Nachbarn. Nach der Staatsgründung Israels im Jahr 1948 fing der Gesundheitszustand der Palästinenser an, sich von jenem ihrer arabischen Nachbarn zu unterscheiden: Fortan litten sie an den Folgen ihrer Vertreibung, Demütigung und Entrechtung, womit der Grundstein für ein palästinensisches Nationalbewußtsein gelegt war.

Nach der Besatzung der Westbank und des Gazastreifens durch Israel im Jahr 1967 konnte zwar ein Rückgang der Säuglingssterblichkeitsrate festgestellt werden, was vor allem auf die Impfung von Kindern (insbesondere gegen Kinderlähmung) sowie auf die orale Rehydration bei Durchfallerkrankungen zurückzuführen ist. Im Vergleich zu den Säuglingssterblichkeitsraten in Israel oder Jordanien ist sie in den palästinensischen Gebieten jedoch immer noch auffällig hoch. Und wie es der Gesundheitsminister der palästinensischen „Autonomie" ausdrückte, hat sich die Anzahl der Krankenhausbetten in Gaza nicht erhöht, obwohl sich die Bevölkerung verdoppelt hat.

Die Entwicklung von einheimischen palästinensischen Gesundheitseinrichtungen in den besetzten Gebieten wurde von den israelischen Besatzungsbehörden scharf unterbunden. Erlaubnisse zum Bau von Krankenhäusern wurden nicht erteilt, Palästinenser hatten keine Möglichkeit, sich in den Gebieten oder in Israel selbst zu Ärzten ausbilden zu lassen. Ziel dieser Politik war es, die Gesundheitsversorgung in den besetzten Gebieten von Israel abhängig zu machen.

Konfrontiert mit den Repressionen und der Vernachlässigung der Entwicklung des Gesundheitssystems durch die israelische Besatzungsmacht, blieb der palästinensischen Bevölkerung der Westbank und des Gazastreifens nichts anderes übrig, als eine de facto Infrastruktur zu errichten. Diese Initiative führte dazu, daß die Gesundheitsversorgung durch die israelische Regierung von 92 % zu Beginn der Besatzung auf weniger als 44 % sank. Die Entwicklung einer primären Gesundheitsversorgung ist weitgehend das Werk verschiedener unabhängiger palästinensischer Organisationen gewesen, die zu großen Teilen als illegal von den israelischen Behörden betrachtet wurden (die „palästinensische Infrastruktur des Widerstandes").

Abgesehen von einem unzureichenden Zugang zu medizinischer Versorgung, waren die Palästinenser während der 27 Jahre Besatzung der täglichen Willkür einer Besatzungsarmee ausgesetzt: Gewalt, Schikanen und Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ausgangssperren und Häusersprengungen waren an der Tagesordnung. Als bil-

„Als Israel den Gazastreifen 1967 besetzte, gab es dort 5 Krankenhäuser mit insgesamt 800 Betten für 360 000 Palästinenser. Heute gibt es für die 800 000 palästinensischen Bewohner des Gazastreifens nach wie vor nur jene 5 Krankenhäuser mit insgesamt 800 Betten."

(Dr. Riad Za'anoun, Gesundheitsminister der palästinensischen Autonomie, April 1994)

Neuerscheinung im Verlag 2000

Von Spanien bis Nicaragua

Solidarität zwischen antifaschistischem Kampf und Entwicklungshilfe

Die Nicaragua-Solidarität zählte zu den größten, kontinuierlichsten und breitenwirksamsten Solidaritätsbewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik. Ihrem Selbstverständnis nach reihte sich die Bewegung in die Tradition der Internationalen Solidaritätsbewegung ein und verstand sich explizit als politische Bewegung. Anders als vorangegangene „Dritte-Welt"-Bewegungen griff die Nicaragua-Solidarität mit konkreten entwicklungspolitischen Maßnahmen aktiv in das Leben in Nicaragua ein. Im ersten Teil der Broschüre werden Konzeptionen internationaler Solidarität untersucht: vom antifaschistischen Kampf im Spanischen Bürgerkrieg bis zur Entwicklungshilfe in Nicaragua. Im zweiten Teil wird das Spannungsfeld zwischen „politischer Solidarität" und „Entwicklungshilfe" am Beispiel der Nicaragua-Solidaritätsbewegung untersucht. Grundlage sind die Ergebnisse einer dreijährigen Untersuchungsarbeit. In diesem Rahmen wurden über 1000 Interviews mit NicaraguanerInnen durchgeführt, die die Projektarbeit der Solidaritätsbewegung beurteilten. Mit dieser Broschüre wollen wir zur Diskussion um Zielsetzungen politischer Solidarität beitragen.

Autorin: *Rosemarie Karges*
Herausgeber: *TIE-Bildungswerk e.V. und Monimbó e.V.*

Verlag 2000
Postfach 102062
63020 Offenbach
Tel. 069/88 50 06
Fax 069/82 11 16

Monimbó e.V.
Darmstädter Str. 23
63128 Dietzenbach
Tel. 06074/ 26891
Fax 06074/ 44 601

ISBN 3-88534-126-3
60 Seiten, farbige Abbildungen **DM10,-**

lige Arbeitskräfte im Kernland von Israel beschäftigt, wurde ihnen zwar regelmäßig Sozial- und Krankenversicherung vom Gehalt abgezogen, in den Genuß einer Gegenleistung kamen jedoch nur die wenigsten.

Wasser ist in der Westbank und dem Gazastreifen Mangelware. Die Versorgung erfolgt durch lokale und private Brunnen sowie durch die israelische Wassergesellschaft. Die Wasserqualität hat sich im Laufe der letzten 10 Jahre aufgrund zunehmender Salzhaltigkeit wesentlich verschlechtert. Ein übermäßiges Abpumpen der Frischwasservorräte von Gaza hat dazu geführt, daß sich Salzwasser in die Grundwasservorräte mischen konnte. In fast ganz Gaza beträgt der Anteil an Chloriden 200 bis 1000 mg/l, während der von der EU vorgegebene Höchstwert für Trinkwasser bei 200 mg/l liegt. Aus dem Abwasser durchgesickerte Nitrate haben ebenfalls die Wasserqualität verschlechtert. Die natürliche Auffrischung des Grundwassers durch Regenfälle wird auf 35 Mio m^3/Jahr geschätzt; doch die Abpumpraten sind dreimal so hoch – und die Konsequenzen verheerend. Angemessene Abwasserbeseitigung und -aufbereitung ist nur in drei der 15 Lokalitäten gegeben. Nur jedes vierte Haus in Gaza ist an das Abwassersystem angeschlossen, das ohnehin kurz vor dem Verfall steht. Die Rohre sind total verrostet. Die Flüchtlingslager sind abhängig von offenen Abwässern. Angesichts dieser Verhältnisse konnte es nicht verwundern, als Anfang September diesen Jahres über Cholera im Gaza-Streifen berichtet wurde. Israel reagierte mit einem Verbot der Einfuhr von Früchten und Gemüse aus den „autonomen" Gebieten, wodurch den Palästinensern ein täglicher Verlust von DM 450 000 entstand.

Auch die Umweltverschmutzung in Gaza ist katastrophal. „Die Häuser in Gaza werden inmitten der Müllberge gebaut. Straßen sind nicht erkennbar, es existiert keine Müllabfuhr, es gibt keine Infrastruktur, keine Kanalisation", berichtet Dr. Jadallah von der Nichtregierungsorganisation *Union of Health Care Committees (UHCC)*. Nicht verwunderlich ist unter diesen Umständen, daß etwa 60 % der Bevölkerung von parasitären Infektionen befallen sind. Kinder zwischen 5 und 15 Jahren sind besonders betroffen, da sie in diesem Alter auch aufgrund der häuslichen Enge draußen spielen müssen.

Die Bedeutung der Intifada

Der Ausbruch der Intifada im Dezember 1987 hatte eine einschlagende Wirkung auf ein bereits stark belastetes System. Mit systematischer und ungeheuerlicher Brutalität ging die israelische Besatzungsmacht gegen die „Kinder der Steine" vor. Dabei galt es, den Opfern ein Maximum an Schaden zuzufügen und gleichzeitig das Risiko der Todesfolge zu minimieren, um die Weltöffentlichkeit so wenig wie möglich zu alarmieren. So ordnete der heutige Friedensnobelpreisträger und damalige Verteidigungsminister Rabin eine Politik des systematischen Brechens der Knochen von Armen und Händen an, wodurch die demonstrierenden und steinewerfenden Jugendlichen außer Gefecht gesetzt und verkrüppelt werden sollten. Viele starben durch Schußverletzungen, Kinder und ältere oder kranke Menschen kamen in Angriffen, bei denen Soldaten Tränengas in geschlossene Räume warfen, auf ihre Häuser um. Den Angaben der UNRWA zufolge gab es in Gaza von Dezember 1987 bis Dezember 1992 370 Todesfälle und 59 110 Verletzte, von denen eine beträchtliche Anzahl lebenslang verkrüppelt bleiben wird.

Nicht zu unterschätzen sind auch die psychologischen Folgen der Intifada. Denn hier handelte es sich nicht um einen Kampf zwischen Gleichen, der schon zu beachtlichen psychologischen Schäden bei Soldaten führen kann. Die Intifada war ein Aufstand, der maßgeblich von Jugendlichen und Kindern geführt wurde. Sie widerstanden einer gepanzerten Armee. Diese langanhaltende Gewalt hat ihr Leben und den normalen Verlauf ihres Erwachsenwerdens durcheinandergebracht. Die Schließung der Schulen

Abriegelung und Ausgangssperren

hat tief in ihre Schul- und Berufsausbildung und somit auch in ihre Zukunftsperspektiven eingegriffen. Geisteskrankheit, Ängste, Depressionen, streßbezogene oder psychosomatische Krankheiten sind die Folge. Auch tausende von Kleinkindern, die Zeugen der Machtlosigkeit ihrer Eltern gegen die Gewalt wurden, sind Opfer von Angstzuständen, Reizbarkeit, Kinderdepressionen, Schlaflosigkeit, Alpträumen und Störungen des Heranwachsens. Eine ernstzunehmende Folge der langjährigen Unterdrückung durch die israelischen Streitkräfte ist auch bei vielen Jugendlichen festgestellte Verlangen nach Rache für den Verlust von Angehörigen, erlittene Folter und Erniedrigungen, das sehr schnell wieder die Oberhand gewinnen kann, wenn ihre durch Arafat und das „Gaza-Jericho-Abkommen" gespeisten Erwartungen auf einen eigenen palästinensischen Staat nicht erfüllt werden.

Am 31. März 1993 wurden die besetzten Gebiete nach einer Reihe von Anschlägen durch Palästinenser gegen ihre israelischen Arbeitgeber abgeriegelt. Dadurch konnten sämtliche Palästinenser, die in Israel arbeiteten, ihren Arbeitsplatz nicht mehr erreichen. Die ohnehin sehr hohe Arbeitslosigkeit stieg auf über 70 %; ganze bereits unter

sehr schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen lebende Familien wurden in Armut gestürzt. Denn obwohl den palästinensischen Arbeitern regelmäßig Sozialabgaben vom Gehalt abgezogen wurden, kamen sie nicht in den Genuß von Arbeitslosengeld. Diese Abriegelung, die über Monate anhielt und nach der Entführung des israelischen Soldaten Wachsmann durch Hamas-Aktivisten im Oktober diesen Jahres wiederholt wurde, hatte verheerende Auswirkungen auf die wirtschaftliche und damit auch gesundheitliche Lage der Palästinenser in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Die Hilferufe palästinensischer Nichtregierungsorganisationen, die sich vor allem in den Flüchtlingscamps mit Hunger konfrontiert sahen, wurden von der von pompösen „Friedens"-Feierlichkeiten geblendeten Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommen. Den Angaben der *Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC)*, der größten palästinensischen Hilfsorganisation, zufolge sind bei mehr als 35 % der palästinensischen Kinder in der Westbank und dem Gazastreifen Symptome von Unterernährung erkennbar.

Für Ärzte und Patienten bedeutet die Abriegelung der palästinensischen Gebiete, daß sie medizinische Einrichtungen in Ost-Jerusalem ohne Erlaubnis der isralischen Behörden nicht erreichen können. Auch während der wochenlangen Ausgangssperren, wie sie im Verlauf der Intifada häufig verhängt wurden, konnten sich Patienten und Ärzte nur in sehr beschränktem Maße bewegen.

Die Konsequenzen derartiger Einschränkungen der Bewegungsfreiheit sind für Schwerverletzte, chronisch Kranke oder Schwangere oft fatal und stellen eine Verletzung der medizinischen Menschenrechte dar.

Nahezu 40 % der über 800 000 Menschen zählenden Bevölkerung von Gaza leben immer noch in Unterkünften, die von der UNRWA *(United Nations Relief and Works Agency)* für die palästinensischen Flüchtlinge nach dem Krieg von 1948 errichtet wurden. Vorherrschende Krankheiten sind u.a. Wurmbefall, infektiöse Hepatitis, Amöbenruhr, Angstneurosen, Depression, Bluthochdruck und Blindheit. Die Bevölkerungsdichte (2300/km^2) gehört zu den höchsten der Welt, in den 309 000 Bewohner zählenden Flüchtlingslagern von Gaza beträgt sie gar 77 000/km^2.

Israel fühlt sich offensichtlich nicht verantwortlich für den miserablen Zustand der Gesundheitsversorgung in den palästinensischen Gebieten, denn im „Gaza-Jericho-Abkommen" ist keine Rede von einer irgendwie gearteten Unterstützung durch Israel beim Aufbau eines angemessenen Gesundheitssystems in den palästinensischen Gebieten. Und beängstigend ist auch die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf das sogenannte „Friedens"-Abkommen: diese sieht seitdem keine Veranlassung mehr, die „palästinensische Infrastruktur des Widerstandes" zu unterstützen. Und so kam es, daß im August diesen Jahres die *Union of Palesinian Medical Relief Committees* (UPMRC) einen Appell an das Ausland richtete, in dem es heißt: „Seit dem Beginn des Friedensprozesses und insbesondere seit der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo im September 1993 haben UPMRC sowie andere Organisationen ernsthafte Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Mitteln zur Erhaltung existierender Gesundheitsprojekte. Ironischerweise sind diese Organisationen gerade jetzt aufgrund einer Welle von Kürzungen internationaler Hilfe vom Zusammenbruch bedroht. Erst kürzlich sah sich UPMRC leider gezwungen, drei seiner Kliniken zu schließen."

Das „Gaza-Jericho-Abkommen" hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der palästinensischen Bevölkerung von Gaza und Jericho, sondern in sehr starkem Maße auch auf die der Palästinenser in der Diaspora, vor allem in den Flüchtlingslagern im Libanon, wo sowohl die PLO als auch die UNRWA ihre Unterstützung stark eingeschränkt haben. Im August 1994 wurden Krankenhäuser und die Laboratorien von 22 Ärzten in dem Gebiet Barr Elias (Bekaa-Ebene) geschlossen. Die palästinensischen Flüchtlinge in der Diaspora wurden von dem Abkommen völlig ausgeschlossen, ihr in der UN-Resolution 194 verbrieftes Recht auf Rückkehr wurde damit hinfällig. Ihre Zukunft ist mehr denn je ungewiß.

Der Abschluß des „Gaza-Jericho-Abkommens" hat bei den Palästinensern große Hoffnungen auf Frieden und auf eine Normalisierung ihrer Lebensbedingungen geweckt. Ein Jahr nach Unterzeichnung der Grundsatzerklärung tritt nun Ernüchterung ein. Gewalt beherrscht nach wie vor den Alltag in den palästinensischen Gebieten. Frustration und Perspektivlosigkeit machen sich breit. Enttäuscht wenden sich immer mehr Palästinenser von Arafat ab und der radikalen Hamas zu. Unterdrückung erfahren die Aufständischen nun nicht mehr nur durch israelische, sondern mehr und mehr auch durch palästinensische Sicherheitskräfte. Die vom Ausland versprochenen Gelder für den Wiederaufbau von Gaza lassen nach wie vor auf sich warten. Eine wirkliche Verbesserung der Menschenrechtssituation läßt sich nicht verzeichnen. Nach wie vor sind die Palästinenser uneingeschränkt von Israel abhängig. Die Aussicht auf einen eigenen Staat rückt in immer weitere Ferne. Die Abriegelung der palästinensischen Gebiete nach Anschlägen der Hamas oder der Einfuhrstopp für palästinensische Erzeugnisse beim Auftreten von Krankheiten wie im September diesen Jahres machen deutlich, wie wenig autonom die palästinensische „Autonomie" ist und vor allem, wie dünn der Faden ist, an dem der sogenannte „Frieden" hängt.

Die Voraussetzungen für die Verbesserung der medizinischen Situation in Palästina sind nicht gegeben. Schon längst haben die Palästinenser durch den Aufbau einer de facto Infrastruktur des Widerstandes die Versorgung der eigenen Bevölkerung übernommen. Mit dem „Gaza-Jericho-Abkommen" hat sich die israelische Regierung lediglich ihrer Verantwortung, die sie als Besatzungsmacht gemäß internationalem Recht für die besetzte Bevölkerung hat, entzogen und die Palästinenser sich selbst überlassen, ohne ihnen Souveränität über Gesetzgebung, Wasser oder Land zuzugestehen, die notwendig wäre, um eine „gesunde" Autonomie zu erreichen. ●

Rebecca Pini ist Mitarbeiterin bei medico international.

medico international unterstützt zwei Projekte im Gaza-Streifen: ein Gesundheitszentrum im Dorf Abu Taymeh, das eine reguläre Gesundheits ersorgung allen Menschen zugänglich machen soll, und ein Programm zur Prä ention und Behandlung parasitärer Infektionen im Sabra-Viertel (Gaza-Stadt), das eine Verringerung der Infektionsgefahr durch die Verbesserung der sanitären Situation zum Ziel hat. Helfen Sie mit bei der Förderung der medizinischen Versorgung der Be ölkerung on Gaza mit einer Spende unter dem Stichwort „Palästina" (medico-Spendenkonto: 1800 Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, oder 6999-508 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50).

INTERNATIONALE **LANDMINEN** KAMPAGNE

»Die Bibliothek hatte sich der Wunde angepaßt, nahm die Gewohnheiten des Wetters hin, den Abendstern, die Vogellaute. Es gab darin ein Sofa, ein Klavier, von grauem Leichentuch verhüllt einen ausgestopften Bärenkopf und hohe Buchwände. Die Regale neben der zerrissenen Wand waren vom Regen verzogen, der das Gewicht der Bücher verdoppelt hatte.
Das deutsche Heer hatte viele Häuser, aus denen es sich zurückzog, vermint.«

Michael Ondaatje, Der englische Patient

Seit dem 2. Weltkrieg wurden über 200 Milionen Minen verlegt. Geplante Zerstörung jahrtausende alter Kulturen. Von Somalia bis Kambodscha. medico unterstützt Minenopfer in El Salvador, Kurdistan & Kambodscha. Helfen Sie uns dabei.
Spendenkonto Stichwort **»Minenopfer«**: Nr. 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)
Fordern Sie weitere Materialien über die Landminen-Kampagne an.

medico international
Obermainanlage 7 ▮ D-60314 Frankfurt ▮ Tel. 069/94438-0

HANS FÜCHTNER, RIO DE JANEIRO

Brasilien nach den Wahlen

Objekt soziologischer Feldforschung oder gesellschaftspolitischer Neubeginn?

Da sich der neue Präsident Brasiliens, der Sozialwissenschaftler Fernando Henrique Cardoso, bereits im ersten Wahlgang gegenüber seinem Rivalen, dem Gewerkschafter Lula (Luis Inácio da Silva) durchsetzen konnte, hat der zweite Wahlgang, trotz einer Reihe wichtiger Stichwahlen in einzelnen Staaten, auch in Brasilien keine so große Aufmerksamkeit mehr gefunden; am meisten noch in Rio, wo der erste Wahlgang wegen Wahlbetrügereien in großem Stil für ungültig erklärt wurde.

Alles in allem haben die Ergebnisse die Position des gewählten Präsidenten zusätzlich gestärkt. In sechs Staaten, darunter den so wichtigen Sao Paulo, Rio de Janeiro und Minas Gerais, haben die Kandidaten der Partei Cardosos, des PSDR, gewonnen. Aber auch die PT, Lulas Partei, konnte Zuwächse verzeichnen. Sie stellt zum ersten Mal zwei Gouverneure. Bezeichnend für die im Vergleich zu den Wahlen vor fünf Jahren veränderte politische Szene sind auch eine Reihe anderer Ergebnisse, die damals noch unvorstellbar gewesen wären. So u.a. der tiefe politische Sturz des alten Populisten Leonel Brizola, die Wahl von farbigen Frauen aus der Unterschicht zu Abgeordneten und Senatorinnen, die Wahl des ehemaligen Guerilleros Fernando Gabaeira als Vertreter der „Grünen Partei" zum Bundesabgeordneten. Dazu kommt, daß sich die ganze öffentliche Diskussion in den Medien seit einiger Zeit erheblich verändert hat, und die sozialen Ungleichzeiten, die die brasilianische Gesellschaft spalten, sind im Alltag präsenter denn je.

Es ist also Optimismus angesagt. Das war auch nach den Wahlen vor fünf Jahren so. Diesmal allerdings sind die Vorausssetzungen andere. Der künftige Präsident ist ohne Zweifel integer, intelligent und ein erfahrener Politiker. Falls er sich von seiner Vergangenheit nicht völlig gelöst hat, in der er ein kritischer und sozial empfindender Sozialwissenschaftler war, der während der Diktatur aus politischen Gründen das Land verlassen mußte, wird er sein Versprechen halten, das Elend zu bekämpfen. Aber wird er das wirkungsvoll tun? Viele Brasilianer trauen ihm Großes zu, da es ihm als Finanzminister gelungen ist, eine neue Währung einzuführen, den Real, der anfangs einen Dollar wert war, dessen Devisenkurs inzwischen jedoch um 14 % gestiegen ist. Vor allem ein sehr hohes Zinsniveau, aber auch systematische Eingriffe der Staatsbank, die derzeit über große Devisenreserven verfügt, haben diesen Kursanstieg ermöglicht. Die Stabilität des Real läßt das gesenkte Inflationsniveau aber noch niedriger erscheinen, als es in Wirklichkeit ist. Vor allem werden dadurch die Importe billiger und die Exporte für die ausländische Kundschaft teurer. Die Exportwirtschaft, vor allem die Industriellen, werden bereits unruhig. Eine Rezession mit entsprechend zunehmender Arbeitslosigkeit ist abzusehen. Die Gewinne der Banken sind weniger groß. Einige kleine Banken sind auf der Strecke geblieben.

Die konservativen und reaktionären Kräfte, die sich mit Cadoso im Wahlkampf verbündet hatten, weil er ihnen als das kleinere Übel erschien, verfolgen mißtrauisch die Regierungsbildung. Noch wundert sich der künftige Präsident öffentlich, wie wenig Pressionen er sich bei dieser Aufgabe ausgesetzt sieht. Als Sozialwissenschaftler weiß er aber sicher, daß er als Präsident zwar regieren kann, daß er aber nicht über die Macht im Lande verfügt. Die Banken, die nationalen und internationalen Konzerne und die ländliche Oligarchie, deren Macht in einigen Teilen Brasiliens weitgehend ungebrochen ist, werden ihm zeigen, was eine Harke ist, wenn er ihre Interessen nicht genug berücksichtigt.

Um das praktisch verwirklichen zu können, was er als Präsident im Parlament und im Senat eventuell politisch durchsetzen kann, weil die strukturellen, institutionellen und inhaltlichen Konfliktlinien sich nicht decken, braucht Cardoso effektive Staatsapparate, die es nicht gibt. Brasilien ist noch immer ein Land, in dem man bei jedem Gesetz erst abwarten muß, ob es auch „greift". Gesetze, die nicht genug Rücksicht auf die gegebenen Machtverhältnisse und Interessenkonstellationen nehmen, „greifen" oben nicht. Der neue Präsident strebt zwar eine umfassende Reform der Staatsapparate an, und seine rechten Verbündeten begrüßen das. Die denken dabei aber vor allem an eine Entstaatlichung bzw. Privatisierung von Staatsaufgaben, an Deregulierung und Dezentralisierung. Um etwas praktisch durchsetzen zu können, wird Cardoso vermutlich das tun, was schon andere Präsidenten vor ihm getan haben. Er wird für bestimmte Vorhaben effiziente staatliche Parallelapparate schaffen. Nach seiner Amtszeit werden diese dann irgendwann der riesigen Staatsbürokratie eingegliedert und angepaßt.

Wunder seien nicht von ihm zu erwarten, hat Cardoso gesagt. Das gilt somit mit Sicherheit für seine Staatsreform. Spötter meinen schon jetzt, der Soziologiepräsident werde wohl vor allem Feldforschung betreiben. Vermutlich wird er aber doch einige Sozialprogramme realisieren, die das Massenelend etwas lindern. Er wird jedoch kaum etwas dafür tun, daß die von ihm als „ungerecht" bezeichnete Gesellschaft gerechter wird. Er erweckt jedenfalls nicht den Eindruck, als habe er irgendwelche sozialpolitischen Ziele, die er auf Biegen und Brechen durchsetzen wollte. So wird Brasilien auch in den nächsten Jahren das bemerkenswerte Beispiel dafür bleiben, daß es möglich ist, in einer Klassengesellschaft schlimmster Art formaldemokratische Verhältnisse einzuführen, ohne daß die Mächtigen und die Privilegierten befürchten müssen, es könnten auf ihre Kosten einschneidende ökonomische und soziale Veränderungen durchgesetzt werden. Das liegt unter anderem auch daran, daß die Macht der Medien keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Ein Präsident, der sich Robert Marinho, den Chef den Medienkonzerns Globo, zum Feind machen würde, könnte sich nicht lange behaupten. Davon abgesehen spielt aber auch eine nicht zu unterschätzende Rolle, daß gesellschaftliche Ungleichheit und soziale Rechtlosigkeit für einen großen Teil der Bevölkerung auch staatsbürgerliche Rechtlosigkeit und politische Ungleichheit nach sich ziehen.

In Rio, wo sich Drogenbanden untereinander und mit der Polizei tagtäglich Feuergefechte geliefert haben, wo Raubüberfälle und Einbrüche zum Alltag gehören, hat die Bundesregierung mit Zustimmung des Gouverneurs reguläres Militär zur direkten Verbrechensbekämpfung eingesetzt. Ganze Stadtteile wurden von Soldaten mit Panzern, Jeeps und Waffen aller Art abgerie-

gelt. Favelas wurden durchkämmt, Waffen und Drogen beschlagnahmt. Das Militär erfüllt diese Aufgaben, die es nicht langfristig lösen kann, mit gemischten Gefühlen. Einerseits erfreut es sich der Zustimmung der anderen Angehörigen der Mittelklasse und der Reichen, die endlich wieder ohne Angst vor Überfällen auf die Straße gehen möchten und die es leid sind, immer wieder in ihren Appartements vom Lärm der Schießereien in benachbarten Favelas aufgeschreckt zu werden. Andererseits sind die militärischen Aktionen oft nicht mehr als groteske Inszenierungen einer Art symbolischer Guerillabekämpfung mit der feierlichen Inbesitznahme und Beflaggung der Spitze eines Favelahügels, mit dem Einsammeln einiger alter Flinten und Revolver, wobei jeder weiß, daß die Bandenführer bestens mit modernen Waffen ausgerüstet sind.

Was das Schlimmste an diesen militärischen Aktionen ist, wird nur selten öffentlich kritisiert. Die Bevölkerung ganzer Stadtteile wird grundlegender Bürgerrechte beraubt. Sie wird angehalten, kontrolliert, gefilzt und nachts in ihren Wohnvierteln eingesperrt. Armut und Kriminalität werden so einmal mehr gleichgesetzt. Andererseits fragen sich die Menschen aller Schichten, was passieren wird, wenn sich das Militär wieder zurückzieht. Zwar stellt die These, alles was sich in Rio abspielt, sei jeweils eine Art Vorschau auf das, was in Brasilien insgesamt geschehen wird, selbst auf die vergleichbaren Großstädte bezogen eine Übertreibung dar, aber die militärische Kontrolle der gesellschaftlichen Beziehungen in einer politischen Demokratie verdeutlicht tatsächlich das zentrale Problem Brasiliens, daß kein ökonomischer und sozialer Fortschritt von Bedeutung zustandekommen kann, ohne daß die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse angetastet werden. Ein Präsident Lula, der der politischen Rechten nicht verpflichtet gewesen wäre, hätte in diesem Sinne vermutlich mehr zu erreichen versucht und mehr erreichen können. ●

TERMINE

Die »Neue Rechte« im postmodernen Volksstaat

Der modernisierte Faschismus und seine Kritiker

Termin: 24. Januar 95, 20 Uhr
Ort: Strandcafé auf dem Grethergelände, Adlerstraße 12

Seit mehreren Jahren macht der Begriff „Neue Rechte" Karriere in den bundesdeutschen Feuilletons. Die einen sehen in dieser modernisierten Variante des Faschismus mit Siegfried Jäger nur „die alte Schande im neuenGewande", andere vermuten auch hinter dem „Neo-Rassismus" Drahtzieher am Werk. Der Modernisierungs-Theoretiker Rainer Zitelmann gilt zusammen mit einer ganzen Bagage von „ernstzunehmenden Wissenschaftlern" als wichtiger Anreger. Wenn es denn einen Erfolg dieser intellektuellen „Neuen Rechten" um Zeitschriften wie die „Junge Freiheit" und andere gibt, besteht er darin, daß sie mit ihrer modernisierten Ideologie von den Perspektiven der politischen Mitte fast nicht mehr zu unterscheiden sind und so ganz automatisch zu einer „normalen" Option des politischen Systems geworden sind. Viele „Demokraten" wie auch einige linke Kritiker z.B. aus dem Argument-Verlag, der die bundesdeutsche Diskussion über die „Neue Rechte" hegemonisiert, arbeiten mit denselben ontologischen Begriffen wie die „Neuen Rechten". Es sprechen Jochen Baumann und Andreas Benl vom Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung an der FU Berlin.
Veranstalter: Initiative sozialistisches forum c/o ca ira Verlag, PF 273, 79002 Freiburg

☆ ☆ ☆ ☆ ☆

Technokörper und postapokalyptische Faszination

Zur Warenästhetik der Negation

Termin: 7. Februar 95, 20 Uhr
Ort: Strandcafé auf dem Grethergelände, Adlerstraße 12

Der in elektronischen Netzwerken verstrickte Mensch, der „Technokörper", ist der letzte Schrei der Science Fiction und des Diskurses über Neue Medien. Er tritt in verschiedenen Variationen als Terminator, Cyborg oder Robocop („Dein Freund und Helfer!") oder Flusserianisch in Computernetzen als mit K.I.s verbundene vergeistigte Biointelligenz auf. Eine Welle der Begeisterung eilt ihm voraus, und eine apokalyptische Stimmung, die auch Oswald Spengler nicht besser hätte heraufbeschwören können, folgt ihm. Der Vortrag versucht einige Hilfen zur Dechiffrierung der neuen posthistorischen Untergangsästhetik in der SF anzubieten und einen kritischen Beitrag zur Einschätzung der technischen Umzingelung der Körper, die von dieser Ästhetik mitthematisiert wird, zu leisten. Es spricht Dierk Spreen (Freiburg).
Veranstalter: Initiative sozialistisches forum c/o ca ira Verlag, PF 273, 79002 Freiburg

☆ ☆ ☆ ☆ ☆

Soziale Differenzierung oder soziale Ungleichheit?

Termin: 21. Februar 95, 20 Uhr
Ort: beim Veranstalter zu erfragen

Eine feministische Kritik der Luhmannschen Systemtheorie aus der Perspektive der Kritischen Theorie
Es spricht Prof. Regina Becker-Schmidt, Professorin am Institut für Psychologie an der Universität in Hannover.
Veranstalter: Initiative sozialistisches forum c/o ca ira Verlag, PF 273, 79002 Freiburg

☆ ☆ ☆ ☆ ☆

Kritik der instrumentellen Vernunft, heute

Max Horkheimer - 100. Geburtstag

Termin: Mittwoch, 15. Februar 95, 20 Uhr
Ort: Literaturhaus Frankfurt a.M., Bockenheimer Landstr. 102

Einleitungen:
Prof. Dr. Alfred Schmidt:
Kritische Theorie als Konstruktion des zeitgenössischen Geschichtsverlaufs
PD Dr. Gunzelin Schmid Noerr:
Zum Abschluß der Edition Gesammelter Schriften und Briefe
Vortrag:
Prof. Dr. Christoph Türcke (Leipzig)
Horkheimer und die Versuchungen der Kritischen Theorie

Veranstalter: Fachbereich Philosophie der Universität, S. Fischer Verlag und Literaturhaus Frankfurt am Main

Mitgliederversammlung des SB

Termin: 28. Januar 1995

Ort: KOZ, Uni-Frankfurt **Zeit:** 10.00 bis 12.00 Uhr

Veranstaltung des Sozialistischen Büros

Perspektiven linker Politik

Nur selten können heute noch politische Einschätzungen mit solcher Sicherheit verkündet werden: das 1989 ausgerufenen »Zeitalter der Demokratie« hat nichts mit einem nachgeschichtlichen Idyll zu tun. Immer deutlicher wird, daß der Kapitalismus an der selbstgestellten Aufgabe scheitert, sich als eine Gesellschaftsform zu legitimieren, die Herrschaft und Unterdrückung, Verelendung und maßlose Verschwendung, Kriege und ökologische Bedrohungen auch nur einzudämmen vermag. Daß er dies vielmehr aus sich selbst heraus produziert, daß Nationalismus, Rassismus und Sexismus kein Relikt vormoderner Zeiten, sondern Ergebnis seiner inneren Widersprüche sind, davon muß man/frau (nicht erst seit heute) ausgehen. Doch hören hier schon die Gewißheiten auf. Nicht mehr so klar ist nämlich, was denn aus dieser Einschätzung folgt.

Immer verbreiteter ist jedenfalls nicht nur unter ex-, post- oder sonstwie »verschlankten« Linken die Anschauung, daß es keine Alternative zu einem affirmativen Bezug auf die Institutionen bürgerlicher Gesellschaften wie der Bundesrepublik gibt. Immer stärker wird die politische Praxis an die vorgegebenen Handlungsmöglichkeiten angepaßt, ohne noch die institutionellen Formen dieser Praxis selbst in Frage zu stellen. Damit wird aber gerade auch die Rückbildung eben der Demokratie mitbewirkt, zu der man sich doch bekennen möchte. Vergessen wird auch, daß sich die Rahmenbedingungen politischen Handelns im Prozeß der Globalisierung kapitalistischer Produktion selbst nachhaltig verändern. Parallel zur nachlassenden Regulierungskapazität nationalstaatlicher Politik findet eine zunehmend reaktive Ausrichtung auf eben diesen Rahmen statt, sei es in Form expliziter Nationalismen, sei es in der Version des nationalen Wettbewerbsstaats.

Ganz aus dem Blickfeld gerät aber erst recht jeder Anspruch, die bestehenden Verhältnisse nicht als etwas historisch Letztes, sondern als veränderungsfähig und -bedürftig begreifen zu wollen. Vor allem eine außerinstitutionell agierende Politik, die sich auf die Institutionen der bürgerlichen Demokratie mit dem Anspruch ihrer Weiterentwicklung bezieht, sieht sich am Ende des Jahrhunderts einer fast eindeutigen Botschaft gegenüber: No Hope! Nicht nur in der Bundesrepublik finden sich diese politischen Kräfte, die in den vergangenen Jahrzehnten wenigsten die demokratischen Spielräume erweitert oder erst geschaffen haben, längst auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Arten wieder. Das stellt nicht allein für die verbliebenen Exemplare dieser Spezies eine Bedrohung dar. Auch eine radikaler ansetzende Kritik bürgerlicher Politik, die selbst den kritischen Bezug auf die bürgerlichen Institutionen als Zugeständnis an den »nationalen Konsens« ablehnt, bleibt unabhängig von ihrer eigenen Stärke von diesen Entwicklungen nicht unberührt. So droht dem autonomen Politikverständnis mangels Bündnis- oder Diskussionspartnern, auf die es sich außerhalb seiner eigenen Kreise noch beziehen könnte, mehr und mehr die politische (Selbst-) Marginalisierung. Eine Perspektive, die gesellschaftlichen Zustände im Ganzen noch irgend positiv zu beeinflußen scheint auch dieser Strategie mehr und mehr abhanden zu kommen.

Wie steht es also um die Perspektiven linker Politik für das nächste Jahrtausend. Gibt es jenseits von Affirmation und Resignation, zwischen sich einrichten und sich verweigern, zwischen verzweifeltem Trotz oder trotzigem Zweifel noch eine Alternative? An diese Diagnose anküpfend könnten folgende Fragen diskutiert werden:

- Wie realitätshaltig ist die vorgestellte Perspektive: Gibt es doch noch stärkere Spielräume, als vermutet? Oder ist selbst diese Einschätzung noch zu optimistisch, was Vergangenheit und/oder Gegenwart angeht? Wie stellt sich aus heutiger Sicht insbesondere die abwechselnd glorifiziert und enttäuscht abgewertete Bewegungspolitik von den späten 60er bis zu den frühen 80er Jahren dar?
- Welche Veränderungen ergeben sich für linke Politik durch die Verankerung eines »nationalen Konsenses« in weiten Teilen selbst der ehemals liberalen Öffentlichkeit? Erfordern Nationalismus und Rassismus als Ausdruck eines »Extremismus der Mitte« in der Bundesrepublik neue strategische Überlegungen und Zielsetzungen?
- Wie läßt sich die Situation der sozialen Bewegungen charakterisieren: Haben sie lediglich ihre Erscheinungsformen verändert oder deutet die nachlassende öffentliche Resonanz auf ein Ende des Protestzyklus hin? Wie sind die Institutionalisierungstendenzen der Frauenbewegung einzuschätzen? Was bedeutet die ausgefallene Verfassungsdiskussion für das neue Deutschland? Welche Konsequenzen sind aus dem gescheiterten Widerstand gegen die Asylrechtsänderung zu ziehen?
- Welche theoretischen Probleme stecken in der Diagnose: Bleibt der Bezug auf die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu abstrakt, zu naiv? Wie verhalten sich Politik und Ökonomie gerade angesichts der Globalisierung der Produktion zueinander?
- Wie sieht es mit dem gesellschaftstransformierenden Handeln aus: Inwieweit muß darauf verzichtet werden, solche Praxis noch innerhalb der bestehenden Verhältnisse zu verorten? Kann eine kritisch auf die Überwindung bestehender Verhältnisse gerichtete Theorie umgekehrt darauf verzichten, praktische Ansatzpunkte zu benennen, die dieser Kritik ihren Realitätsgehalt geben?

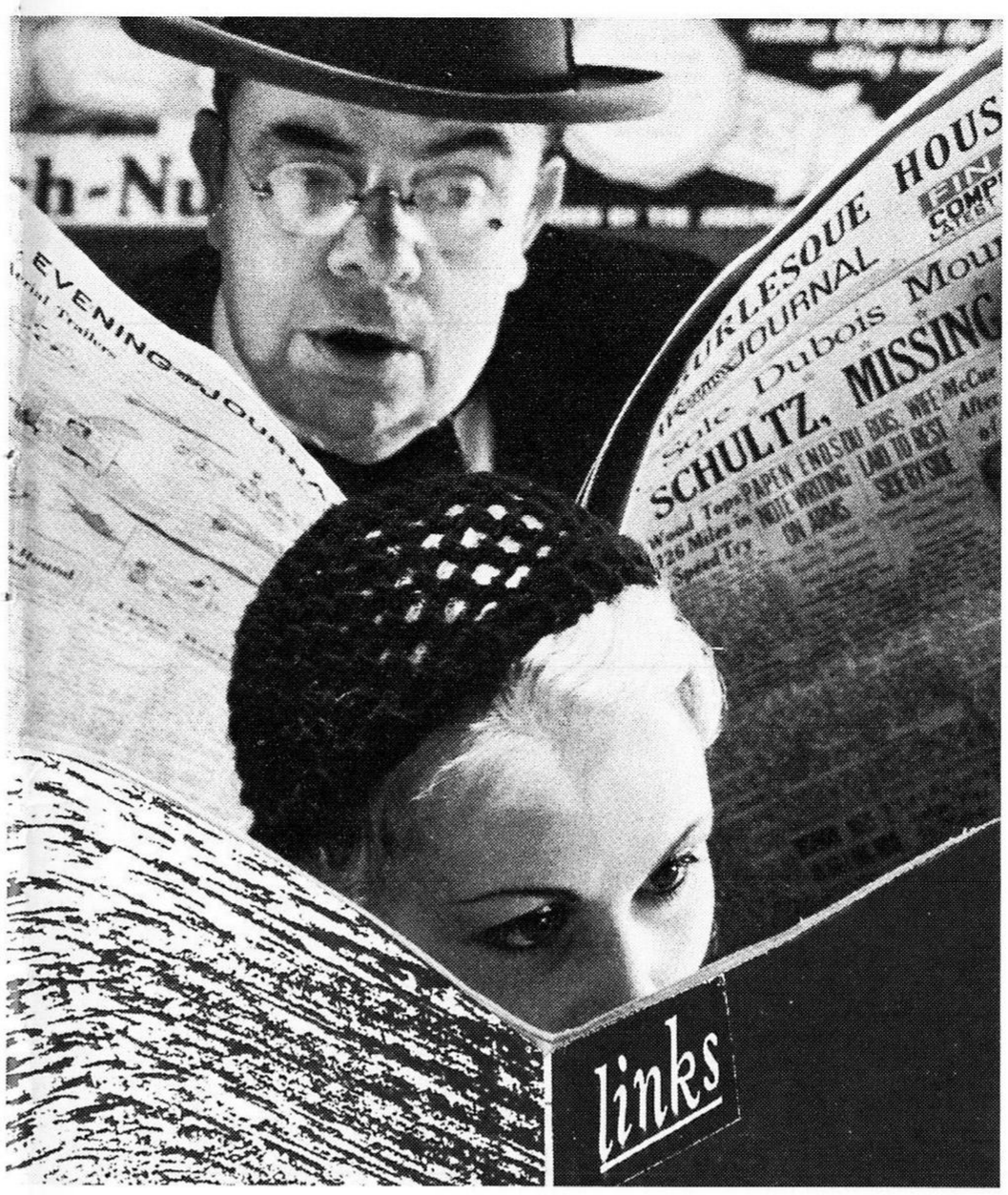
Referenten: **autonome l.u.p.u.s. Gruppe, Klaus Wolfram, Joachim Hirsch, Eike Hennig**

Termin: 28. Januar 1995 **Ort:** KOZ, Uni-Frankfurt

Zeit: 14.00 bis 18.00 Uhr

Mitgliederversammlung des SB 10.00 bis 12.00 Uhr am selben Ort

Lust auf links?



Ach was!
Aber auf einen brandneuen Titel aus dem Programm des Verlages Westfälisches Dampfboot. Den gibt's dann, wenn wir ein neues Abo verbuchen können. Also: Erst werben, dann lesen.

Zur Auswahl stehen:

- Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, 1992
- Ulrike Kretschmann, Das Vergewaltigungstrauma, 1993
- F. Baron / S. Szenes, Von Ungarn nach Auschwitz, 1994
- R. Hoffmann / U. Mückenberger, Die Wahrheit der Träume, 1968 und heute, 1994
- H.-D. Köhler / M. Wannöffel (Hg.), Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika, 1993

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch:

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,- /O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll

☐ ½ Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 2 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

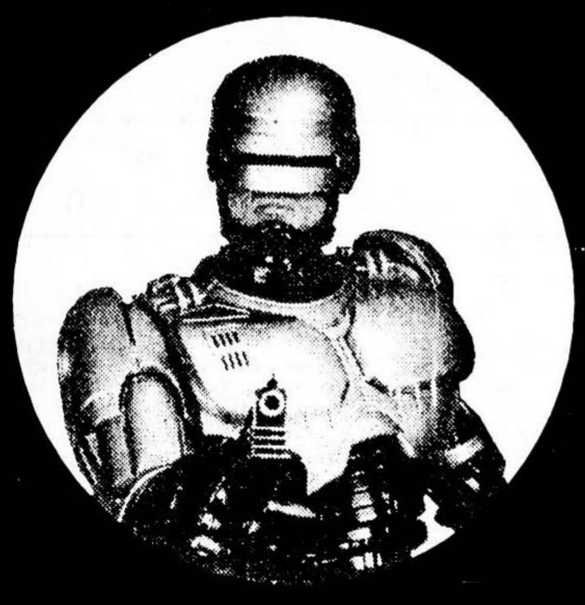
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Infoladen Leipzig

Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig

autonome l.u.p.u.s.gruppe
eike hennig
joachim hirsch
klaus wolfram

DIE VERANSTALTUNG:
PERSPEKTIVEN LINKER POLITIK



KoZ / Uni Frankfurt a.M.
Sa., 28.1.1995, 14.00-18.00 Uhr

Eine Veranstaltung der **afp e.V.** unter Beteiligung von:

links

Sozialistisches Büro
Info 069/885006

WIDER SPRÜCHE